

# Sammlung des Bundesrechts

## Bundesgesetzblatt

### Teil III

Stand vom 31. Dezember 1963

Sachgebiet 6 Finanzwesen

4. Lieferung

#### Inhalt

### 61 Steuern und Abgaben

#### 611 Besitz- und Verkehrsteuern, Vermögensabgaben

611-1 Einkommensteuer		Seite			Seite
611-1	Einkommensteuergesetz (EStG 1961) i. d. F. v. 15. 8. 1961 .....	4	611-1-4	Verordnung über die einkommensteuerliche Behandlung der freien Erfinder v. 30. 5. 1951 .....	123
Anlage zu			611-1-5	Gesetz über die Behandlung von Zuwendungen an betriebliche Pensionskassen und Unterstützungskassen bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag v. 26. 3. 1952	125
611-1	Einkommensteuertabelle (zu § 32 a) .....	43	611-1-6	Verordnung über den Abzug von Spenden zur Förderung staatspolitischer Zwecke v. 3. 7. 1956 .....	128
611-1-1	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1961) i. d. F. v. 30. 4. 1962 ..	65	611-1-7	Zweite Verordnung über den Abzug von Spenden zur Förderung staatspolitischer Zwecke v. 23. 10. 1956 .....	128
Anhang zu			611-1-8	Gesetz über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West) i. d. F. v. 26. 7. 1962 (StErlG 1962) ..	129
611-1-1	Einkommensteuertabelle (zu § 63 b) .....	97			
611-1-2	Verordnung über die Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus v. 26. 1. 1937 .....	119			
611-1-3	Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft v. 2. 6. 1949 .....	120			

#### Hinweis auf Vorschriften mit teilweise einschlägigem Inhalt:

2330-3-5	Verordnung über Steuervergünstigungen zur Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen i. d. F. v. 16. 7. 1958;	610-6-4-1	Verordnung zur Durchführung des § 8 Abs. 1 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer v. 28. 2. 1962;
2330-9	Gesetz über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer (Wohnungsbau-Prämiengesetz) i. d. F. v. 25. 8. 1960;	610-6-5	Gesetz zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) (BHG 1962) i. d. F. v. 26. 7. 1962;
2330-9-1	Verordnung zur Durchführung des Wohnungsbau-Prämiengesetzes (WoPDV) i. d. F. v. 23. 6. 1961;	610-6-6	Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern (Entwicklungshilfe-Steuer-gesetz) v. 23. 12. 1963;
610-6-2	Verordnung über die steuerliche Vergünstigung von Wasserkraftwerken v. 26. 10. 1944;	7612-1	Spar-Prämiengesetz (SparPG 1963) i. d. F. v. 6. 2. 1963;
610-6-3	Gesetz über Steuererleichterungen bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften (Umwandlungssteuergesetz) v. 11. 10. 1957;	7612-1-1	Verordnung zur Durchführung des Spar-Prämiengesetzes (SparPDV 1963) i. d. F. v. 30. 7. 1963;
610-6-4	Gesetz über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer i. d. F. v. 2. 11. 1961;	800-7	Gesetz über Bergmannsprämien i. d. F. v. 19. 12. 1963;
		800-7-1	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Bergmannsprämien (BergPDV) v. 25. 6. 1957.

### **Hinweise für die Benutzung dieser Lieferung**

1. Wegen der Bezeichnung der Finanzbehörden in vorkonstitutionellen Rechtsvorschriften dieser Lieferung vergleiche Gesetz über die Finanzverwaltung 600-1 und Erste Verwaltungsanordnung zur Durchführung dieses Gesetzes Anhang zu 600-1.  
Im Land Berlin gilt das FVG 600-1 bis auf weiteres nicht mit Ausnahme der §§ 23 bis 33 und des § 39, siehe § 7 Abs. 1 Nr. 1 Drittes Überleitungsg 603-5 und die dort enthaltene Maßgabe. Dementsprechend finden im Land Berlin bis auf weiteres auch keine Anwendung die Abschnitte 1 bis 6 der 1. DAFVG Anhang zu 600-1.
2. Ist in einer Rechtsvorschrift dieser Lieferung eine andere in die Sammlung aufgenommene zitiert, so steht in einer Fußnote die Gliederungsnummer der bezogenen Vorschrift nur dann, wenn sie zu einer anderen Lieferung gehört.

**611-1 Einkommensteuer**

# Einkommensteuergesetz\*

## (EStG 1961)

in der Fassung vom 15. August 1961

Bundesgesetzbl. I S. 1254

Neufassung des Einkommensteuergesetzes v. 16. 10. 1934 I 1005 auf Grund des § 51 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 11. 10. 1960 I 789 unter Berücksichtigung

- a) des am 31. Dezember 1960 in Kraft getretenen Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 27. Dezember 1960 I 1077 und
- b) des gem. den besonderen Vorschriften in Art. 3, im übrigen am 21. Juli 1961 in Kraft getretenen Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Gewerbesteuerergesetzes, des Bewertungsgesetzes, des Vermögensteuergesetzes, des Steuersäumnisgesetzes, der Reichsabgabenordnung, des Steueranpassungsgesetzes, des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) und anderer Gesetze vom 13. Juli 1961 I 981 laut Bekanntmachung vom 15. August 1961 I 1253

### Inhaltsübersicht

	§		§
I. STEUERPFLICHT .....	1	8. Die einzelnen Einkunftsarten	
II. EINKOMMEN		a) Land- und Forstwirtschaft	
1. Einkunftsarten, Einkünfte, Einkommen .....	2	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft ....	13
2. Steuerfreie Einnahmen		Veräußerung des Betriebs .....	14
Steuerfreie Einnahmen .....	3	b) Gewerbebetrieb	
Steuerbefreiung bestimmter Zinsen .....	3a	Einkünfte aus Gewerbebetrieb .....	15
Steuerbefreiung bestimmter Gewinnanteile ....	3b	Veräußerung des Betriebs .....	16
Anteilige Abzüge .....	3c	Veräußerung wesentlicher Beteiligungen ....	17
3. Gewinn		c) Selbständige Arbeit .....	18
Gewinnbegriff im allgemeinen .....	4	d) Nichtselbständige Arbeit .....	19
Gewinn bei Vollkaufleuten und bei bestimmten		e) Kapitalvermögen .....	20
anderen Gewerbetreibenden .....	5	f) Vermietung und Verpachtung .....	21
Bewertung .....	6	g) Sonstige Einkünfte	
Pensionsrückstellung .....	6a	Arten der sonstigen Einkünfte .....	22
Absetzung für Abnutzung oder Substanzver-		Spekulationsgeschäfte .....	23
ringerung .....	7	h) Gemeinsame Vorschriften .....	24
Bewertungsfreiheit für bewegliche Wirtschafts-			
güter .....	7a	III. VERANLAGUNG	
Erhöhte Absetzungen für Wohngebäude .....	7b	Veranlagungszeitraum .....	25
Förderung des Wohnungsbaues .....	7c	Veranlagung von Ehegatten .....	26
<i>Gestrichen</i> .....	7d	Getrennte Veranlagung von Ehegatten .....	26a
Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lager-		Zusammenveranlagung von Ehegatten.....	26b
häuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude	7e	Zusammenveranlagung mit Kindern .....	27
4. Überschuß der Einnahmen über die Werbung-		Besteuerung bei fortgesetzter Gütergemeinschaft ..	28
kosten		Durchschnittsätze .....	29
Einnahmen .....	8	<i>Gestrichen</i> .....	30
Werbungskosten .....	9	Pauschbesteuerung .....	31
Pauschbeträge für Werbungskosten .....	9a		
5. Sonderausgaben		IV. TARIF	
Sonderausgaben .....	10	Zu versteuernder Einkommensbetrag, Freibeträge .	32
Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Ge-		Tarif .....	32a
winns .....	10a	Außergewöhnliche Belastungen .....	33
Steuerbegünstigte Zwecke .....	10b	Außergewöhnliche Belastung in besonderen Fällen	33a
Pauschbeträge für Sonderausgaben .....	10c	Steuersätze bei außerordentlichen Einkünften ....	34
Verlustabzug .....	10d	Steuerfreiheit bestimmter Zuschläge zum Arbeits-	34a
6. Vereinnahmung und Verausgabung .....	11	Steuersätze bei außerordentlichen Einkünften aus	
7. Nicht abzugsfähige Ausgaben .....	12	Forstwirtschaft .....	34b
		Steuerermäßigung bei ausländischen Einkünften ..	34c
		Kapitalanlagen in Entwicklungsländern .....	34d

Überschrift: Übergangsregelung f. d. Saarland siehe §§ 43 bis 68 G v. 30. 6. 1959 600-2

V. ENTRICHTUNG DER STEUER	§		
1. Vorauszahlungen			
Bemessung und Entrichtung der Vorauszahlungen	35		
<i>Gestrichen</i> .....	36		
<i>Gestrichen</i> .....	37		
2. Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer)			
Erhebung der Lohnsteuer, Lohnsteuerkarte, Haftung .....	38		
Jahresarbeitslohn, Jahreslohnsteuer, Jahreslohnsteuertabelle .....	39		
Vom Arbeitslohn abzuziehende Beträge .....	40		
Einbehaltung der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber .....	41		
Lohnsteuer-Jahresausgleich .....	42		
Bemessung der Lohnsteuer nach Vomhundertsätzen .....	42 a		
3. Steuerabzug vom Kapitalertrag (Kapitalertragsteuer)			
Steuerabzugspflichtige Kapitalerträge .....	43		
Bemessung und Entrichtung der Kapitalertragsteuer .....	44		
<i>Gestrichen</i> .....	45		
			§
		4. Veranlagung von Steuerpflichtigen mit steuerabzugspflichtigen Einkünften	
		Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit .....	46
		Besondere Behandlung von Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder Kapitalvermögen im Sinn des § 43 Abs. 1 Ziff. 3 bis 5 ..	46 a
		5. Abschlußzahlung .....	47
		VI. BESTEUERUNG NACH DEM VERBRAUCH	48
		VII. BESTEUERUNG BESCHRÄNKT STEUERPFLICHTIGER	
		Beschränkt steuerpflichtige Einkünfte .....	49
		Sondervorschriften für beschränkt Steuerpflichtige	50
		Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen .....	50 a
		VIII. ERMÄCHTIGUNGS- UND SCHLUSSVORSCHRIFTEN	
		Ermächtigung .....	51
		Schlußvorschriften .....	52
		Schlußvorschriften (Sondervorschriften für Berlin) .	53

## I. Steuerpflicht

### § 1\*

(1) Natürliche Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, sind vorbehaltlich des Absatzes 3 unbeschränkt einkommensteuerpflichtig. Die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht erstreckt sich auf sämtliche Einkünfte.

(2) Natürliche Personen, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, sind beschränkt einkommensteuerpflichtig mit inländischen Einkünften im Sinn des § 49.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für natürliche Personen, die weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes und in Berlin (West), aber einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem zum Inland gehörenden Gebiet haben, in dem Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) als beschränkt einkommensteuerpflichtig behandelt werden.

## II. Einkommen

### 1. Einkunftsarten, Einkünfte, Einkommen

#### § 2\*

(1) Die Einkommensteuer bemißt sich nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige innerhalb eines Kalenderjahrs bezogen hat.

(2) Einkommen ist der Gesamtbetrag der Einkünfte aus den in Absatz 3 bezeichneten Einkunftsarten nach Ausgleich mit Verlusten, die sich aus einzelnen Einkunftsarten ergeben, und nach Abzug

der Sonderausgaben (§§ 10 bis 10 d). Bei der Ermittlung des Einkommens bleiben die in § 49 bezeichneten Einkünfte, die in zum Inland gehörenden Gebieten außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes und von Berlin (West) bezogen worden sind, außer Ansatz, wenn in diesen Gebieten Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) haben, als beschränkt einkommensteuerpflichtig behandelt werden.

(3) Der Einkommensteuer unterliegen nur

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb,
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen,
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
7. sonstige Einkünfte im Sinn des § 22.

Zu welcher Einkunftsart die Einkünfte im einzelnen Fall gehören, bestimmt sich nach §§ 13 bis 24.

(4) Einkünfte im Sinn des Absatzes 3 sind

1. bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit der Gewinn (§§ 4 bis 7 e),
2. bei den anderen Einkunftsarten der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten (§§ 8, 9 und 9 a).

(5) Bei Land- und Forstwirten und bei Gewerbetreibenden ist der Gewinn nach dem Wirtschaftsjahr zu ermitteln. Wirtschaftsjahr ist

1. bei Land- und Forstwirten der Zeitraum vom 1. Juli bis zum 30. Juni. Durch Rechtsverordnung kann für einzelne Gruppen von Land- und Forstwirten ein anderer Zeitraum bestimmt werden, wenn das aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich ist;

2. bei Gewerbetreibenden, deren Firma im Handelsregister eingetragen ist, der Zeitraum, für den sie regelmäßig Abschlüsse machen. Die Umstellung des Wirtschaftsjahrs auf einen vom Kalenderjahr abweichenden Zeitraum ist steuerlich nur wirksam, wenn sie im Einvernehmen mit dem Finanzamt vorgenommen wird;
3. bei anderen Gewerbetreibenden das Kalenderjahr. Sind sie gleichzeitig buchführende Land- und Forstwirte, so können sie mit Zustimmung des Finanzamts den nach Ziffer 1 maßgebenden Zeitraum als Wirtschaftsjahr für den Gewerbebetrieb bestimmen, wenn sie für den Gewerbebetrieb Bücher führen und für diesen Zeitraum regelmäßig Abschlüsse machen.

(6) Bei Land- und Forstwirten und bei Gewerbetreibenden, deren Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr abweicht, ist der Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft oder aus Gewerbebetrieb bei der Ermittlung des Einkommens in folgender Weise zu berücksichtigen:

1. Bei Land- und Forstwirten ist der Gewinn des Wirtschaftsjahrs auf das Kalenderjahr, in dem das Wirtschaftsjahr beginnt, und auf das Kalenderjahr, in dem das Wirtschaftsjahr endet, entsprechend dem zeitlichen Anteil aufzuteilen. Bei der Aufteilung sind Veräußerungsgewinne im Sinn des § 14 auszuscheiden und dem Gewinn des Kalenderjahrs hinzuzurechnen, in dem sie entstanden sind;
2. bei Gewerbetreibenden gilt der Gewinn des Wirtschaftsjahrs als in dem Kalenderjahr bezogen, in dem das Wirtschaftsjahr endet.

## 2. Steuerfreie Einnahmen

### § 3\*

Steuerfrei sind

1. Leistungen aus einer Krankenversicherung und aus der gesetzlichen Unfallversicherung sowie Sachleistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und aus der Knappschaftsversicherung;

§ 3 Nr. 5: WSG 53-1; G über den zivilen Ersatzdienst 55-2

§ 3 Nr. 7: LAG 621-1; AKG 633-1

§ 3 Nr. 9: KündigungsschutzG 800-10; BetrVerfG 801-1

§ 3 Nr. 17: Hierzu siehe Art. 2 u. 3 G v. 27. 12. 1960 8232-12

§ 3 Nr. 18: LAG 621-1

§ 3 Nr. 19: KgfEG 84-2

§ 3 Nr. 21: AKG 653-1

§ 3 Nr. 22: G über Titel, Orden u. Ehrenzeichen 113-3-1

§ 3 Nr. 23: HHG 242-1

§ 3 Nr. 24: KGG 85-1; KGG 85-2; KGAG 85-3

§ 3 Nr. 25: BVFG 240-1

§ 3 Nr. 41: StAmpG 610-2

§ 3 Nr. 42: Fulbright-Abkommen v. 18. 7. 1952, in der Bundesrepublik Deutschland nicht bekanntgemacht, jetzt ersetzt durch das am 24. 1. 1964 lt. Bek. v. 12. 2. 1964 II 215 in Kraft getretene Abkommen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Durchführung von Austauschvorhaben zum Zwecke der Aus- und Weiterbildung v. 20. 11. 1962, veröffentlicht als Anhang zu § 1 V v. 17. 1. 1964 II 27, 28 ff.

§ 3 Nr. 45: AltsparerG 621-4

§ 3 Nr. 46: G über Bergmannsprämien 800-2

§ 3 Nr. 48: UnterhaltssicherungsG 53-3

§ 3 Nr. 49: GG 100-1

§ 3 Nr. 54: AuslWBG 4139-2; AuslBondsEntschG 4139-3

§ 3 Nr. 58: G über die Gewährung von Miet- u. Lastenbeihilfen Art. VII G v. 23. 6. 1960 402-24; G über Wohnbeihilfen 402-26; G Nr. 696 WoBauG f. d. Saarland i. d. F. v. 26. 9. 1961 ABl. S. 591 II. WoBauG 2330-2

2. das Arbeitslosengeld, das Kurzarbeitergeld, das Schlechtwettergeld und die Stilllegungsvergütung aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung sowie die Unterstützung aus der gesetzlichen Arbeitslosenhilfe;
3. Kapitalabfindungen auf Grund der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten, aus der Knappschaftsversicherung und auf Grund der Beamten-(Pensions-)Gesetze;
4. bei Angehörigen der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes, der Bereitschaftspolizei der Länder und der Vollzugspolizei der Länder und Gemeinden und bei Vollzugsbeamten der Kriminalpolizei des Bundes, der Länder und Gemeinden
  - a) der Geldwert der ihnen aus Dienstbeständen überlassenen Dienstkleidung,
  - b) Einkleidungsbeihilfen und Abnutzungsschädigungen für die Dienstkleidung der zum Tragen oder Bereithalten von Dienstkleidung Verpflichteten und für dienstlich notwendige Kleidungsstücke der Vollzugsbeamten der Kriminalpolizei,
  - c) Verpflegungs- und Beköstigungszuschüsse und der Geldwert der im Einsatz unentgeltlich abgegebenen Verpflegung,
  - d) der Geldwert der freien ärztlichen Behandlung, der freien Krankenhauspflege, des freien Gebrauchs von Kur- und Heilmitteln und der freien ärztlichen Behandlung erkrankter Ehefrauen und unterhaltsberechtigter Kinder;
5. die Geld- und Sachbezüge sowie die Heilfürsorge, die Soldaten auf Grund des § 1 Abs. 1 Satz 1 des Wehrsoldgesetzes und Ersatzdienstleistende auf Grund des § 20 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst erhalten;
6. Bezüge, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften aus öffentlichen Mitteln versorgungshalber an Wehrdienstbeschädigte und Ersatzdienstbeschädigte oder ihre Hinterbliebenen, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und ihnen gleichgestellte Personen gezahlt werden, soweit es sich nicht um Bezüge handelt, die auf Grund der Dienstzeit gewährt werden;
7. Ausgleichsleistungen nach dem Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz — LAG) vom 14. August 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 446) in der Fassung der dazu ergangenen Änderungsgesetze und Härtebeihilfen auf Grund der §§ 68 bis 84 des Gesetzes zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandener Schäden (Allgemeines Kriegsfolgengesetz) vom 5. November 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1747);
8. Geldrenten, Kapitalentschädigungen und Leistungen im Heilverfahren, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gewährt werden. Die Steuerpflicht von Bezügen aus einem aus Wiedergutmachungsgründen neu begründeten oder wieder begründeten Dienstverhält-

- nis sowie von Bezügen aus einem früheren Dienstverhältnis, die aus Wiedergutmachungsgründen neu gewährt oder wieder gewährt werden, bleibt unberührt;
9. Abfindungen wegen Entlassung aus einem Dienstverhältnis auf Grund der §§ 7 und 8 des Kündigungsschutzgesetzes oder des § 74 des Betriebsverfassungsgesetzes; das gleiche gilt für Abfindungen wegen Entlassung aus einem Dienstverhältnis, die in einem Vergleich vor dem Arbeitsgericht vereinbart sind, vorausgesetzt, daß die bezeichneten Vorschriften für den Arbeitnehmer gelten und die Abfindung 12 Monatsverdienste nicht übersteigt;
  10. Übergangsgelder und Übergangsbeihilfen auf Grund gesetzlicher Vorschriften wegen Entlassung aus einem Dienstverhältnis;
  11. Bezüge aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln einer öffentlichen Stiftung, die wegen Hilfsbedürftigkeit oder als Beihilfe zu dem Zweck bewilligt werden, die Erziehung oder Ausbildung, die Wissenschaft oder Kunst unmittelbar zu fördern. Darunter fallen nicht Kinderzuschläge und Kinderbeihilfen, die auf Grund der Besoldungsgesetze, besonderer Tarife oder ähnlicher Vorschriften gewährt werden;
  12. aus einer Bundeskasse oder Landeskasse gezahlte Bezüge, die in einem Bundesgesetz oder Landesgesetz oder einer auf bundesgesetzlicher oder landesgesetzlicher Ermächtigung beruhenden Bestimmung oder von der Bundesregierung oder einer Landesregierung als Aufwandsentschädigung festgesetzt sind und als Aufwandsentschädigung im Haushaltsplan ausgewiesen werden. Das gleiche gilt für andere Bezüge, die als Aufwandsentschädigung aus öffentlichen Kassen an öffentliche Dienste leistende Personen gezahlt werden, soweit nicht festgestellt wird, daß sie für Verdienstaufschlag oder Zeitverlust gewährt werden oder den Aufwand, der dem Empfänger erwächst, offenbar übersteigen;
  13. die aus öffentlichen Kassen gezahlten Reisekostenvergütungen und Umzugskostenvergütungen;
  14. Vorzugsrenten auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen;
  15. Heiratsbeihilfen und Geburtsbeihilfen, die an Arbeitnehmer von dem Arbeitgeber gezahlt werden. Übersteigt die Heiratsbeihilfe den Betrag von 700 Deutsche Mark, die Geburtsbeihilfe den Betrag von 500 Deutsche Mark, so ist der übersteigende Betrag steuerpflichtig;
  16. die Beträge, die den im privaten Dienst angestellten Personen für Reisekosten und für dienstlich veranlaßte Umzugskosten gezahlt werden, soweit sie die durch die Reise oder den Umzug entstandenen Mehraufwendungen nicht übersteigen;
  17. ein Betrag von 100 Deutsche Mark der Bezüge, die dem Arbeitnehmer aus einem Dienstverhältnis — bei mehreren Dienstverhältnissen aus dem ersten Dienstverhältnis — im Monat
- Dezember zufließen (Weihnachts-Freibetrag). Der Weihnachts-Freibetrag ist bei einer Veranlagung zur Einkommensteuer und beim Lohnsteuer-Jahresausgleich zu berücksichtigen;
  18. das Aufgeld für ein an die Bank für Vertriebene und Geschädigte (Lastenausgleichsbank) zugunsten des Ausgleichsfonds (§ 5 des Lastenausgleichsgesetzes) gegebenes Darlehen, wenn das Darlehen nach § 7f des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1355) im Jahr der Hingabe als Betriebsausgabe abzugsfähig war;
  19. Entschädigungen auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener;
  20. die aus öffentlichen Mitteln des Bundespräsidenten aus sittlichen oder sozialen Gründen gewährten Zuwendungen an besonders verdiente Personen oder ihre Hinterbliebenen;
  21. Zinsen aus Schuldbuchforderungen im Sinn des § 35 Abs. 1 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 5. November 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1747);
  22. der Ehrensold, der auf Grund des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 844) gewährt wird;
  23. die Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz in der Fassung vom 25. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 578)<sup>1)</sup>;
  24. Kindergeld, das auf Grund des Kindergeldgesetzes vom 13. November 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 333) und des Kindergeldergänzungsgesetzes vom 23. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 841) gezahlt wird, sowie die in § 11 des Kindergeldanpassungsgesetzes vom 7. Januar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 17) bezeichneten Leistungen; dabei sind das Gesetz zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften der Kindergeldgesetze vom 27. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1061) und das Zweite Gesetz zur Änderung von Vorschriften der Kindergeldgesetze vom 16. März 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 153) zu beachten;
  25. Einkünfte, soweit sie jährlich 2000 Deutsche Mark nicht übersteigen, aus der Verpachtung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs, Betriebsteils oder Grundstücks oder aus einer bei der Veräußerung derartiger Vermögensgegenstände vorbehaltenen Versorgung mit Wohnung und Unterhalt (z. B. Altenteil) nach Maßgabe der §§ 48, 42 und 35 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung vom 14. August 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1215);
  26. Dividenden und Zinsen aus den von dem Internationalen Währungsfonds ausgegebenen Schuldverschreibungen und Wertpapieren nach dem Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem nach der Bekanntmachung vom 26. August 1952 (Bundesgesetzblatt II S. 728) am 14. August 1952 in Kraft ge-

<sup>1)</sup> Die Vorschrift des § 3 Ziff. 23 ist nach § 52 Abs. 2 erstmals für den Veranlagungszeitraum 1960 anzuwenden. (Fußnote lt. BGBl. 1961 I 1257)

- tretenen Abkommen über den Internationalen Währungsfonds vom 28. Juli 1952 in dem aus Artikel IX Abschnitt 9 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds ersichtlichen Umfang (Bundesgesetzbl. II S. 637, 638);
27. Dividenden und Zinsen aus den von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ausgegebenen oder garantierten Schuldverschreibungen und Wertpapieren nach dem Gesetz vom 28. Juli 1952 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem nach der Bekanntmachung vom 26. August 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 728) am 14. August 1952 in Kraft getretenen Abkommen über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in dem aus Artikel VII Abschnitt 9 des bezeichneten Abkommens ersichtlichen Umfang (Bundesgesetzbl. 1952 II S. 637, 664);
  28. Dividenden und Zinsen aus den von der Internationalen Finanz-Corporation ausgegebenen oder garantierten Schuldverschreibungen und Wertpapieren nach dem Gesetz vom 12. Juli 1956 betreffend das am 20. Juli 1956 in Kraft getretene Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation und betreffend Gouverneure und Direktoren in der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, in der Internationalen Finanz-Corporation und im Internationalen Währungsfonds in dem aus Artikel VI Abschnitt 9 des bezeichneten Abkommens ersichtlichen Umfang (Bundesgesetzblatt 1956 II S. 747, 749, 901);
  29. das Gehalt und die Bezüge, die die diplomatischen Vertreter fremder Mächte, die ihnen zugewiesenen Beamten und die in ihren Diensten stehenden Personen erhalten, soweit sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sowie das Gehalt und die Bezüge der Berufskonsuln, der Konsulatsangehörigen und deren Personal, soweit sie Angehörige des Entsendestaates sind und in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) außerhalb ihres Amtes oder Dienstes keinen Beruf, kein Gewerbe und keine andere gewinnbringende Tätigkeit ausüben;
  30. das Gehalt und die Bezüge, die deutsche Staatsangehörige als ständige Mitglieder des internationalen Stabes des Generalsekretariats der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) von der OECE erhalten (Artikel 14 Buchstabe b des Zusatzprotokolls Nummer 1 zum Abkommen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit);
  31. das Gehalt und die Bezüge, die von dem Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung an ihre Direktoren, Stellvertreter, Beamten oder Angestellten gezahlt werden, wenn diese Personen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den in Ziffer 26 und 27 bezeichneten Abkommen);
  32. das Gehalt und die Bezüge, die von einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen an ihre Beamten gezahlt werden, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit dieser Personen, wenn die Bundesrepublik Mitgliedstaat der Sonderorganisation ist und Steuerbefreiung nach Artikel VI des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 zu gewähren ist (Gesetz vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen — Bundesgesetzbl. 1954 II S. 639);
  33. das Gehalt und die Bezüge, die von dem Europarat an bestimmte Beamte gezahlt werden (Gesetz vom 30. April 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Allgemeinen Abkommen vom 2. September 1949 über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates und zu dem Zusatzprotokoll vom 6. November 1952 zu diesem Abkommen — Bundesgesetzbl. 1954 II S. 493);
  34. das Gehalt und die Bezüge, die an die Mitglieder der Hohen Behörde und die Beamten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gezahlt werden, ohne daß es auf die Staatsangehörigkeit dieser Personen ankommt (Gesetz betreffend den nach der Bekanntmachung vom 14. Oktober 1952 — Bundesgesetzbl. II S. 978 — am 23. Juli 1952 in Kraft getretenen Vertrag vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 29. April 1952 in Verbindung mit Kapitel V Artikel 11 des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Gemeinschaft — Bundesgesetzbl. II S. 445, 479). Steuerfrei sind außerdem nach dem bezeichneten Vertrag in Verbindung mit den Artikeln 3 und 16 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs das Gehalt und die Bezüge, die der Gerichtshof an seine Richter und bestimmte seiner Bediensteten zahlt (Bundesgesetzbl. 1952 II S. 482);
  35. das Gehalt und die Bezüge des Leiters der Israelischen Mission und ihrer ständigen Beamten israelischer Staatsangehörigkeit, soweit das Gehalt und die Bezüge für ihre Tätigkeit als Mitglieder der Israelischen Mission gezahlt werden (Gesetz vom 20. März 1953 betreffend das nach der Bekanntmachung vom 30. April 1953 — Bundesgesetzbl. II S. 128 — am 27. März 1953 in Kraft getretene Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel — Bundesgesetzbl. 1953 II S. 35);
  36. nach Maßgabe der Artikel 2 und 4 des Abkommens über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 301, 469) das Gehalt und die Bezüge, die die in Artikel 1 Ziff. 7 des Vertrags über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder

- in der Bundesrepublik Deutschland — Truppenvertrag — (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 301, 321) bezeichneten Mitglieder der Streitkräfte sowie die Angestellten eines Teils der in Artikel 36 des Truppenvertrags bezeichneten Organisationen und Unternehmen als Entgelt für ihre dienstliche Tätigkeit bei den Streitkräften oder bei den Organisationen und Unternehmen im Bundesgebiet erhalten;
37. das Gehalt und die Bezüge, die von der Internationalen Finanz-Corporation an ihre Direktoren, Stellvertreter, Beamten oder Angestellten gezahlt werden, wenn diese Personen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (Gesetz betreffend das in Ziffer 28 bezeichnete Abkommen);
  38. das Gehalt und die Bezüge, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation an ihre Beamten gezahlt werden, nach Maßgabe des in Ziffer 32 bezeichneten Abkommens (Gesetz vom 7. April 1956 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem am 8. Juni 1956 in Kraft getretenen Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt und die Annahme der Vereinbarung vom 7. Dezember 1944 über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr in Verbindung mit Teil II Kapitel XI Artikel 60 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt — Bundesgesetzbl. 1956 II S. 411, 412, 934);
  39. nach Maßgabe des Artikels VIII des Abkommens vom 30. Juni 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Verteidigungshilfe das Gehalt und die Bezüge, die das Personal der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erhält (Gesetz vom 21. Dezember 1955 über das am 27. Dezember 1955 in Kraft getretene Abkommen vom 30. Juni 1955 — Bundesgesetzbl. 1955 II S. 1049, 1956 II S. 377);
  40. a) die von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gezahlten Gehälter, Löhne und Bezüge der vom Rat bestimmten Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft, der Mitglieder der Kommission sowie der Richter, Generalanwälte, des Kanzlers und der Hilfsberichterstatter des Gerichtshofs nach Maßgabe der Artikel 12, 15, 19 und 20 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 17. April 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 1182); die Befreiung gilt auch für die Mitglieder der Organe der Europäischen Investitionsbank, ihr Personal und für die Vertreter der Mitgliedstaaten, die an ihren Arbeiten teilnehmen (Artikel 21 des bezeichneten Protokolls),  
 b) die von der Europäischen Atomgemeinschaft gezahlten Gehälter, Löhne und Bezüge der vom Rat bestimmten Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft, der Mitglieder der Kommission so-  
 wie der Richter, Generalanwälte, des Kanzlers und der Hilfsberichterstatter des Gerichtshofs nach Maßgabe der Artikel 12, 15, 19 und 20 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Atomgemeinschaft vom 17. April 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 1212),  
 (Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vom 27. Juli 1957 — Bundesgesetzbl. II S. 753, 1678);
  41. die Einkünfte der Steuerpflichtigen insoweit, als ihnen ein Anspruch auf Befreiung nach den Doppelbesteuerungsabkommen zusteht (§ 9 des Steueranpassungsgesetzes);
  42. die Zuwendungen, die auf Grund des Fulbright-Abkommens gezahlt werden;
  43. der Ehrensold für Künstler sowie Zuwendungen aus Mitteln der Deutschen Künstlerhilfe, wenn es sich um Bezüge aus öffentlichen Mitteln handelt, die wegen der Bedürftigkeit des Künstlers gezahlt werden;
  44. die Beihilfen, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz zur Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung nach besonderen Richtlinien dieser Einrichtungen gegeben werden;
  45. Zinsen aus festverzinslichen Schuldverschreibungen, die zur Erfüllung der Entschädigungsansprüche für Altsparranlagen im Sinn des Altsparengesetzes ausgegeben worden sind;
  46. Bergmannsprämien nach § 4 des Gesetzes über Bergmannsprämien vom 20. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 927);
  47. Beträge, die nach Teil I des deutsch-schweizerischen Abkommens vom 16. Juli 1956 gezahlt werden (Artikel 2 des Gesetzes vom 4. April 1957 zu dem am 16. Juli 1956 in Bonn unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Liquidation des früheren deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs — Bundesgesetzbl. 1957 II S. 66);
  48. Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1046), soweit sie nicht nach dessen § 15 Abs. 1 Satz 2 steuerpflichtig sind;
  49. laufende Zuwendungen eines früheren alliierten Besatzungssoldaten an seine im Geltungsbereich des Grundgesetzes ansässige Ehefrau, soweit sie auf diese Zuwendungen angewiesen ist;
  50. die Beträge, die der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber erhält, um sie für ihn auszugeben (durchlaufende Gelder), und die Beträge, durch die Auslagen des Arbeitnehmers für den Arbeitgeber ersetzt werden (Auslagenersatz);

51. Trinkgelder, die dem Arbeitnehmer von Dritten gezahlt werden, ohne daß ein Rechtsanspruch darauf besteht, soweit sie 600 Deutsche Mark im Kalenderjahr nicht übersteigen;
52. besondere Zuwendungen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer nach näherer Maßgabe einer Rechtsverordnung, soweit es aus sozialen Gründen oder zur Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens geboten erscheint, die Zuwendungen ganz oder teilweise steuerfrei zu belassen;
53. Zinsen aus Pfandbriefen und Kommunalobligationen, die von der Landesbank und Girozentrale Saar vor dem 6. Juli 1959 ausgegeben worden sind. § 3a Abs. 2 gilt entsprechend;
54. Zinsen aus Entschädigungsansprüchen für deutsche Auslandsbonds im Sinn der §§ 52 bis 54 des Bereinigungsgesetzes für deutsche Auslandsbonds vom 25. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 553), soweit sich die Entschädigungsansprüche gegen den Bund oder die Länder richten. Das gleiche gilt für die Zinsen aus Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, die nach den §§ 9, 10 und 14 des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds vom 10. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 177) vom Bund oder von den Ländern für Entschädigungsansprüche erteilt oder eingetragen werden;
55. das Gehalt und die sonstigen Bezüge, die von dem Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens an seine Beamten gezahlt werden (Artikel VI Abschnitt 17 der Anlage zu dem Abkommen über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens — Bundesgesetzbl. 1952 II S. 1, 19);
56. Dividenden und Zinsen aus den von der Internationalen Entwicklungs-Organisation ausgegebenen oder garantierten Schuldverschreibungen und Wertpapieren nach Artikel VIII Abschnitt 9 des Abkommens vom 26. Januar 1960 über die Internationale Entwicklungs-Organisation in dem in dieser Bestimmung vorgeschriebenen Umfang (Bundesgesetzbl. II S. 2137, 2138, 2363);
57. das Gehalt und die sonstigen Bezüge, die von der Internationalen Entwicklungs-Organisation an ihre Direktoren, Stellvertreter und Bediensteten gezahlt werden, wenn diese Personen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, nach Artikel VIII Abschnitt 9 des in Ziffer 56 bezeichneten Abkommens;
58. Miet- und Lastenbeihilfen auf Grund des Gesetzes über die Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen vom 23. Juni 1960, zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juli 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 508), Wohnbeihilfen auf Grund des Gesetzes über Wohnbeihilfen vom 29. Juli 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 508) sowie Miet- und Lastenbeihilfen auf Grund des § 73 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes und des § 36 des Wohnungsbaugesetzes für das Saarland, beide in der Fassung des Bundesgesetzes vom 29. Juli 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 508).

## § 3a\*

**Steuerbefreiung bestimmter Zinsen**

## (1) Steuerfrei sind

1. Zinsen aus im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) ausgegebenen Pfandbriefen und Kommunalverschreibungen, wenn die Erlöse aus diesen Wertpapieren mindestens zu 90 vom Hundert zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues und der durch ihn bedingten Kosten der Aufschließungsmaßnahmen und Gemeinschaftseinrichtungen bestimmt sind;
2. Zinsen aus
  - a) festverzinslichen Schuldverschreibungen des Bundes und aus Schatzanweisungen des Bundes mit einer Laufzeit von mindestens drei Jahren,
  - b) festverzinslichen Schuldverschreibungen der Länder und aus Schatzanweisungen der Länder mit einer Laufzeit von mindestens drei Jahren, wenn der Ausschuß für Kapitalverkehr (§ 6 des Gesetzes über den Kapitalverkehr vom 2. September 1949 — WiGBL. S. 305) festgestellt hat, daß die vorgesehenen Ausgabebedingungen das Kurs- und Zinsgefüge am Kapitalmarkt nicht stören;
3. Zinsen aus vor dem 1. April 1952 — in Berlin (West) vor dem 27. Juni 1952 — im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) ausgegebenen festverzinslichen Wertpapieren (ausgenommen Namensschuldverschreibungen) und aus festverzinslichen Wertpapieren, die in der Zeit nach dem 31. März 1952 — in Berlin (West) nach dem 26. Juni 1952 — bis zum 17. Dezember 1952 im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) ausgegeben und nach dem Gesetz über den Kapitalverkehr vom 2. September 1949 (WiGBL. S. 305) genehmigt worden sind. Die Steuerfreiheit bezieht sich auch auf Zinsen aus vor dem 21. Juni 1948 — in Berlin (West) vor dem 25. Juni 1948 — außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes und von Berlin (West) ausgegebenen festverzinslichen Wertpapieren
  - a) von Geldinstituten, die nach § 3 der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz (Öffentlicher Anzeiger Nr. 83 vom 13. September 1949) bis zum 17. Dezember 1952 als verlagert anerkannt worden sind oder vor dem 21. Juni 1948 ihren Sitz in den Geltungsbereich des Grundgesetzes oder vor dem 25. Juni 1948 nach Berlin (West) verlegt haben,
  - b) von anderen Unternehmen, die ihren Sitz in den Geltungsbereich des Grundgesetzes oder nach Berlin (West) ver-

§ 3a Abs. 1: GG 100-1

§ 3a Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b u. Nrn. 3 u. 4: G über den Kapitalverkehr v. 2. 9. 1949 WiGBL. S. 305 außer Kraft durch Ablauf der Geltungsdauer, siehe § 1 G v. 19. 7. 1952 I 388 i. V. m. § 19 Satz 2 G v. 15. 12. 1952 I 801

§ 3a Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b: WertpBerG 4139-1

legt haben und auf deren Emissionen § 1 des Gesetzes zur Bereinigung des Wertpapierwesens (Wertpapierbereinigungsgesetz) vom 19. August 1949 (WiGBL. S. 295) — in Berlin (West) § 1 des Gesetzes zur Bereinigung des Wertpapierwesens (Wertpapierbereinigungsgesetz) vom 26. September 1949 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin Teil I S. 346) — anzuwenden ist.

Die Steuerfreiheit gilt nicht für Zinsen aus Industrieobligationen, die nach dem 20. Juni 1948 — im Saarland nach dem 19. November 1947 und in Berlin (West) nach dem 24. Juni 1948 — ausgegeben worden sind und nicht für Zinsen aus Wandelanleihen und Gewinnobligationen. Sie gilt jedoch für Zinsen aus vor dem 1. Januar 1952 ausgegebenen Industrieobligationen (ausgenommen Wandelanleihen und Gewinnobligationen), soweit und nachdem der Zinssatz auf 5,5 vom Hundert ermäßigt worden ist;

4. Zinsen aus nach dem 31. März 1952 — in Berlin (West) nach dem 26. Juni 1952 — im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) ausgegebenen festverzinslichen Wertpapieren, wenn der Verwendungszweck des Erlöses nach Anhörung des Ausschusses für Kapitalverkehr (§ 6 des Gesetzes über den Kapitalverkehr vom 2. September 1949 — WiGBL. S. 305) durch Rechtsverordnung als besonders förderungswürdig anerkannt worden ist. Eine Anerkennung darf nur erfolgen, wenn eine Ausgabe für den vorgesehenen Verwendungszweck zu den üblichen Bedingungen am Kapitalmarkt nicht möglich ist und wenn der Kapitalverkehrsausschuß festgestellt hat, daß durch die Ausgabe das Kurs- und Zinsgefüge am Kapitalmarkt nicht gestört wird.

(2) Eine Anleihe gilt im Sinn des Absatzes 1 als ausgegeben, wenn mindestens ein Wertpapier der Anleihe veräußert worden ist.

(3) Die Steuerfreiheit der Zinsen aus den in Absatz 1 bezeichneten Anleihen wird durch eine Änderung des Ausgabekurses der Anleihe nicht berührt, wenn der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen die Änderung genehmigt hat.

(4) Die Vorschriften des Absatzes 1 Ziff. 1, 2 und 4 gelten für Zinsen aus Anleihen im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 1, 2 und 4, die vor dem 1. Januar 1955 ausgegeben worden sind.

### § 3 b \*

#### Steuerbefreiung bestimmter Gewinnanteile

Steuerfrei sind die vor dem 1. Januar 1962 fällig gewordenen Gewinnanteile und sonstigen Bezüge aus Anteilen an Wohnungsunternehmen, solange diese nach dem Gesetz über die Gemeinnützigkeit

im Wohnungswesen vom 29. Februar 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 438) und den dieses Gesetz ergänzenden Vorschriften als gemeinnützig anerkannt sind.

### § 3 c

#### Anteilige Abzüge

Soweit Ausgaben mit steuerfreien Einnahmen in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, dürfen sie nicht als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden.

### 3. Gewinn

#### § 4

#### Gewinnbegriff im allgemeinen

(1) Gewinn ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahrs und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen. Entnahmen sind alle Wirtschaftsgüter (Barentnahmen, Waren, Erzeugnisse, Nutzungen und Leistungen), die der Steuerpflichtige dem Betrieb für sich, für seinen Haushalt oder für andere betriebsfremde Zwecke im Laufe des Wirtschaftsjahrs entnommen hat. Einlagen sind alle Wirtschaftsgüter (Bareinzahlungen und sonstige Wirtschaftsgüter), die der Steuerpflichtige dem Betrieb im Laufe des Wirtschaftsjahrs zugeführt hat. Bei der Ermittlung des Gewinns sind die Vorschriften über die Betriebsausgaben (Absätze 4 bis 6), über die Bewertung (§§ 6, 6a) und über die Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringerung (§ 7) zu befolgen. Der Wert des Grund und Bodens, der zum Anlagevermögen gehört, bleibt außer Ansatz.

(2) Der Steuerpflichtige darf die Vermögensübersicht (Bilanz) auch nach ihrer Einreichung beim Finanzamt ändern, soweit sie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Befolgung der Vorschriften dieses Gesetzes nicht entspricht. Darüber hinaus ist eine Änderung der Vermögensübersicht (Bilanz) nur mit Zustimmung des Finanzamts, im Rechtsmittelverfahren mit Zustimmung der Rechtsmittelbehörde zulässig.

(3) Steuerpflichtige, die nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind, Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen, und die auch keine Bücher führen und keine Abschlüsse machen, können als Gewinn den Überschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben (Absätze 4 bis 6) ansetzen. Die Vorschriften über die Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringerung (§ 7) sind zu befolgen.

(4) Betriebsausgaben sind die Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlaßt sind.

#### (5) Aufwendungen

1. für Geschenke an Personen, die nicht Arbeitnehmer des Steuerpflichtigen sind und nicht in ständiger Geschäftsbeziehung zu dem Steuerpflichtigen auf Grund eines Werkvertrags oder eines Handelsvertreter-

vertrags stehen, mit Ausnahme von Geschenken, die bei einem Empfänger im Wirtschaftsjahr den Wert von insgesamt 100 Deutsche Mark nicht übersteigen,

2. für Einrichtungen des Steuerpflichtigen, soweit sie der Bewirtung oder der Beherbergung von Personen, die nicht Arbeitnehmer des Steuerpflichtigen sind, dienen (Gästehäuser) und sich außerhalb des Ortes eines Betriebs des Steuerpflichtigen befinden,
3. für die Pacht oder die Ausübung einer Jagd oder einer Fischerei, für die Haltung oder Benutzung von Segeljachten oder Motorjachten sowie für ähnliche Zwecke und für die hiermit zusammenhängenden Bewirtungen

scheiden bei der Gewinnermittlung aus, soweit nicht die Unterhaltung der in Ziffer 2 bezeichneten Einrichtungen oder die in Ziffer 3 bezeichneten Tätigkeiten Gegenstand einer mit Gewinnabsicht ausgeübten Betätigung des Steuerpflichtigen sind. Andere Aufwendungen als die in den Ziffern 1 bis 3 bezeichneten, die die Lebensführung des Steuerpflichtigen oder anderer Personen berühren, scheidet bei der Gewinnermittlung insoweit aus, als sie nach der allgemeinen Verkehrsauffassung als unangemessen anzusehen sind. § 12 Ziff. 1 bleibt unberührt.

(6) Aufwendungen im Sinn des Absatzes 5 sind einzeln und getrennt von den sonstigen Betriebsausgaben aufzuzeichnen. Soweit diese Aufwendungen nicht bereits nach Absatz 5 vom Abzug ausgeschlossen sind, dürfen sie bei der Gewinnermittlung nur berücksichtigt werden, wenn sie nach Satz 1 besonders aufgezeichnet sind.

## § 5

### Gewinn bei Vollkaufleuten und bei bestimmten anderen Gewerbetreibenden

Bei Gewerbetreibenden, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind, Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen, oder die ohne eine solche Verpflichtung Bücher führen und regelmäßig Abschlüsse machen, ist für den Schluß des Wirtschaftsjahrs das Betriebsvermögen anzusetzen (§ 4 Abs. 1 Satz 1), das nach den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung auszuweisen ist. Die Vorschriften über die Entnahmen und die Einlagen (§ 4 Abs. 1), über die Zulässigkeit der Bilanzänderung (§ 4 Abs. 2), über die Betriebsausgaben (§ 4 Abs. 4 bis 6), über die Bewertung (§§ 6, 6a) und über die Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringerung (§ 7) sind zu befolgen.

## § 6

### Bewertung

(1) Für die Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter, die dem Betrieb dienen, gilt das Folgende:

1. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen, sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die Absetzungen für Ab-

nutzung nach § 7, anzusetzen. Ist der Teilwert niedriger, so kann dieser angesetzt werden. Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Betriebs im Rahmen des Gesamtaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde; dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber den Betrieb fortführt. Bei Wirtschaftsgütern, die bereits am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs zum Anlagevermögen des Steuerpflichtigen gehört haben, darf der Bilanzansatz nicht über den letzten Bilanzansatz hinausgehen.

2. Andere als die in Ziffer 1 bezeichneten Wirtschaftsgüter des Betriebs (Grund und Boden, Beteiligungen, Geschäfts- oder Firmenwert, Umlaufvermögen) sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen. Statt der Anschaffungs- oder Herstellungskosten kann der niedrigere Teilwert (Ziffer 1 Satz 3) angesetzt werden. Bei Wirtschaftsgütern, die bereits am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs zum Betriebsvermögen gehört haben, kann der Steuerpflichtige in den folgenden Wirtschaftsjahren den Teilwert auch dann ansetzen, wenn er höher ist als der letzte Bilanzansatz; es dürfen jedoch höchstens die Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden. Bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist auch der Ansatz des höheren Teilwerts zulässig, wenn das den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entspricht.
3. Verbindlichkeiten sind unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Ziffer 2 anzusetzen.
4. Entnahmen des Steuerpflichtigen für sich, für seinen Haushalt oder für andere betriebsfremde Zwecke sind mit dem Teilwert anzusetzen.
5. Einlagen sind mit dem Teilwert für den Zeitpunkt der Zuführung anzusetzen; sie sind jedoch höchstens mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen, wenn das zugeführte Wirtschaftsgut
  - a) innerhalb der letzten drei Jahre vor dem Zeitpunkt der Zuführung angeschafft oder hergestellt worden ist oder
  - b) ein Anteil an einer Kapitalgesellschaft ist und der Steuerpflichtige am Kapital der Gesellschaft im Sinn des § 17 Abs. 1 Satz 2 wesentlich beteiligt ist.
6. Bei Eröffnung eines Betriebs ist Ziffer 5 entsprechend anzuwenden.
7. Bei entgeltlichem Erwerb eines Betriebs sind die Wirtschaftsgüter mit dem Teilwert, höchstens jedoch mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen.

(2) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, können die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen und die einer selbstän-

digen Bewertung und Nutzung fähig sind, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung in voller Höhe als Betriebsausgaben absetzen, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten für das einzelne Wirtschaftsgut 600 Deutsche Mark nicht übersteigen.

### § 6a

#### Pensionsrückstellung

(1) Eine Rückstellung für eine Pensionsanswartschaft (Versorgungsanspruch einer Person, bei der der Versorgungsfall noch nicht eingetreten ist) kann nur gebildet werden, wenn die Pensionsanswartschaft auf einer vertraglichen Pensionsverpflichtung beruht oder sich aus einer Betriebsvereinbarung, einem Tarifvertrag oder einer Besoldungsordnung ergibt. Eine auf betrieblicher Übung oder dem Grundsatz der Gleichbehandlung beruhende Pensionsverpflichtung gilt nicht als vertragliche Verpflichtung im Sinn des Satzes 1.

(2) Eine Rückstellung für eine Pensionsanswartschaft darf im Wirtschaftsjahr den Gewinn nur bis zur Höhe des Betrags mindern, der auf das Wirtschaftsjahr entfällt, wenn die Rückstellung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gleichmäßig auf die Zeit von der Entstehung der Pensionsverpflichtung (Pensionszusage) bis zu dem vertraglich vorgesehenen Eintritt des Versorgungsfalls verteilt wird. In dem Wirtschaftsjahr, in dem der Versorgungsfall eintritt oder die aus der Pensionszusage berechnete Person ihre Tätigkeit für den Steuerpflichtigen unter Beibehaltung des Versorgungsanspruchs beendet, darf die Rückstellung den Gewinn bis zu dem Betrag mindern, der sich als Unterschied zwischen dem versicherungsmathematischen Barwert der künftigen Pensionsleistungen und einer nach den Grundsätzen des Satzes 1 für den Bilanzstichtag des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs berechneten Rückstellung ergibt. Bei der Anwendung der Sätze 1 und 2 ist ein Rechnungszinsfuß von mindestens  $5\frac{1}{2}$  vom Hundert zugrunde zu legen.

(3) Ist in der Steuerbilanz zum Schluß des letzten Wirtschaftsjahrs, das vor dem 16. Dezember 1960 endet, eine Rückstellung für eine Pensionsanswartschaft ausgewiesen, die unter Zugrundelegung eines niedrigeren Rechnungszinsfußes als  $5\frac{1}{2}$  vom Hundert gebildet worden ist, so sind in den folgenden Wirtschaftsjahren die nach den Absätzen 1 und 2 zulässigen Zuführungen zu der Rückstellung versicherungsmathematisch gleichmäßig so zu kürzen, daß die Rückstellung im Zeitpunkt des vertraglich vorgesehenen Eintritts des Versorgungsfalls den sich unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von  $5\frac{1}{2}$  vom Hundert ergebenden versicherungsmathematischen Barwert der künftigen Pensionsleistungen nicht übersteigt.

(4) Nach dem Eintritt des Versorgungsfalls ist eine Rückstellung für eine Pensionsverpflichtung in jedem Wirtschaftsjahr mindestens in Höhe des Betrags gewinnerhöhend aufzulösen, der sich unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von  $5\frac{1}{2}$  vom Hundert als Unterschied des versicherungsmathematischen Barwerts der künftigen Pensionsleistungen am Schluß des Wirtschaftsjahrs und am

Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs ergibt. Ist nach dem Eintritt des Versorgungsfalls eine in der Steuerbilanz des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs ausgewiesene Rückstellung für eine Pensionsverpflichtung höher als der unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von  $5\frac{1}{2}$  vom Hundert errechnete versicherungsmathematische Barwert der künftigen Pensionsleistungen am Schluß des Wirtschaftsjahrs, so ist insoweit die Rückstellung gewinnerhöhend aufzulösen. Der Steuerpflichtige kann in Höhe von vier Fünfteln eines nach Satz 2 entstehenden Gewinns eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage bilden. Die Rücklage ist in den auf die Bildung folgenden vier Wirtschaftsjahren mit mindestens je einem Viertel, spätestens jedoch bei Wegfall der Pensionsverpflichtung gewinnerhöhend aufzulösen.

### § 7

#### Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringering

(1) Bei Gebäuden und sonstigen Wirtschaftsgütern, deren Verwendung oder Nutzung durch den Steuerpflichtigen zur Erzielung von Einkünften sich erfahrungsgemäß auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstreckt, ist jeweils für ein Jahr der Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzusetzen, der bei gleichmäßiger Verteilung dieser Kosten auf die Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung auf ein Jahr entfällt (Absetzung für Abnutzung in gleichen Jahresbeträgen). Die Absetzung bemißt sich hierbei nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Wirtschaftsguts. Bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, bei denen es wirtschaftlich begründet ist, die Absetzung für Abnutzung nach Maßgabe der Leistung des Wirtschaftsguts vorzunehmen, kann der Steuerpflichtige dieses Verfahren statt der Absetzung für Abnutzung in gleichen Jahresbeträgen anwenden, wenn er den auf das ganze Jahr entfallenden Umfang der Leistung nachweist. Absetzungen für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung sind zulässig.

(2) Bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens kann der Steuerpflichtige statt der Absetzung für Abnutzung in gleichen Jahresbeträgen die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen bemessen. Die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen kann nach einem unveränderlichen Hundertsatz vom jeweiligen Buchwert (Restwert) vorgenommen werden; der dabei anzuwendende Hundertsatz darf höchstens das Zweifache des bei der Absetzung für Abnutzung in gleichen Jahresbeträgen in Betracht kommenden Hundertsatzes betragen und 20 vom Hundert nicht übersteigen. Durch Rechtsverordnung kann die Anwendung anderer Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen zugelassen werden, wenn sich danach für das erste Jahr der Nutzung und für die ersten drei Jahre der Nutzung insgesamt nicht höhere Absetzungen für Abnutzung als bei dem in Satz 2 bezeichneten Verfahren ergeben. Bei Wirtschaftsgütern, bei denen die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen

bemessen wird, sind Absetzungen für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung nicht zulässig. Voraussetzung für die Anwendung der Sätze 1 bis 4 ist, daß über die Wirtschaftsgüter, bei denen die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen bemessen wird, durch Rechtsverordnung zu bestimmende Aufzeichnungen geführt werden.

(3) Der Übergang von der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen zur Absetzung für Abnutzung in gleichen Jahresbeträgen ist zulässig. In diesem Fall bemißt sich die Absetzung für Abnutzung vom Zeitpunkt des Übergangs an nach dem dann noch vorhandenen Restwert und der Restnutzungsdauer des einzelnen Wirtschaftsguts. Der Übergang von der Absetzung für Abnutzung in gleichen Jahresbeträgen zur Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen ist nicht zulässig.

(4) Bei Bergbauunternehmen, Steinbrüchen und anderen Betrieben, die einen Verbrauch der Substanz mit sich bringen, ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden; dabei sind Absetzungen nach Maßgabe des Substanzverzehrs zulässig (Absetzung für Substanzverringerung).

#### § 7 a \*

#### Bewertungsfreiheit für bewegliche Wirtschaftsgüter

##### (1) Steuerpflichtige, die

1. auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen berechtigt sind oder
2. aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Weltanschauung oder politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verfolgt worden sind,

ihre frühere Erwerbsgrundlage verloren haben und den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, können für die abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens neben der nach § 7 von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bemessenden Absetzung für Abnutzung im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem darauffolgenden Jahr bis zu insgesamt 50 vom Hundert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, höchstens jedoch für alle in Betracht kommenden Wirtschaftsgüter eines Unternehmens bis zu 100 000 Deutsche Mark jährlich abschreiben. Die Absetzung für Abnutzung in den folgenden Jahren bemißt sich nach dem dann noch vorhandenen Restwert und der Restnutzungsdauer der einzelnen Wirtschaftsgüter, für die Bewertungsfreiheit nach Satz 1 in Anspruch genommen worden ist.

(2) Die Bewertungsfreiheit nach Absatz 1 kann nur für diejenigen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Anspruch genommen werden, die bis zum 31. Dezember 1958 angeschafft oder hergestellt worden sind. Bei Wirtschaftsgütern, für die von der Bewertungsfreiheit nach Absatz 1 Gebrauch gemacht wird, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

§ 7 a Abs. 1 Nr. 1: BVFG 240-1

#### § 7 b \*

#### Erhöhte Absetzungen für Wohngebäude

(1) Bei Gebäuden, die im Geltungsbereich des Gesetzes errichtet worden sind und zu mehr als  $66\frac{2}{3}$  vom Hundert Wohnzwecken dienen, können abweichend von § 7 im Jahr der Fertigstellung des Gebäudes und in dem darauffolgenden Jahr auf Antrag jeweils bis zu  $7\frac{1}{2}$  vom Hundert der Herstellungskosten abgesetzt werden. Ferner können in den darauffolgenden acht Jahren an Stelle der nach § 7 zu bemessenden Absetzung für Abnutzung jeweils bis zu 4 vom Hundert der Herstellungskosten abgesetzt werden. Nach Ablauf dieser acht Jahre bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem dann noch vorhandenen Restwert und der Restnutzungsdauer des Gebäudes. Die Sätze 1 bis 3 sind auf die Aufwendungen entsprechend anzuwenden, die zum Wiederaufbau eines durch Kriegseinwirkung ganz oder teilweise zerstörten Gebäudes gemacht werden, wenn dieses Gebäude ohne den Wiederaufbau nicht mehr oder nicht mehr voll zu Wohnzwecken verwendet werden kann. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern sind die Sätze 1 bis 4 auf den Teil der Herstellungskosten, der 120 000 Deutsche Mark übersteigt, nicht anzuwenden.

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 gelten entsprechend für Aufwendungen, die für Zubauten, Ausbauten oder Umbauten an bestehenden Gebäuden gemacht worden sind, wenn die neu hergestellten Gebäudeteile zu mehr als 80 vom Hundert Wohnzwecken dienen.

(3) Bei Gebäuden im Sinn des Absatzes 1 Satz 1, die im Rahmen der Kleinsiedlung oder als Kaufeigenheime mit der Verpflichtung errichtet worden sind, sie an natürliche Personen zu Eigentum zu übertragen, können die Absetzungen im Sinn des Absatzes 1 (erhöhte Absetzungen) vom Ersterwerber vorgenommen werden, soweit der Bauherr nicht selbst für die veräußerten Gebäude erhöhte Absetzungen geltend gemacht hat. In diesen Fällen treten an die Stelle der Herstellungskosten (Absatz 1) die Anschaffungskosten. Hat der Bauherr für die veräußerten Gebäude keine erhöhten Absetzungen vorgenommen, so tritt für den Ersterwerber an die Stelle des Jahres der Fertigstellung des Gebäudes (Absatz 1 Satz 1) das Jahr des Ersterwerbs. Hat der Bauherr für die veräußerten Gebäude erhöhte Absetzungen vorgenommen, so kann der Ersterwerber sie nur mit den Hundertsätzen und für den Zeitraum geltend machen, die für den Bauherrn ohne die Veräußerung maßgebend gewesen wären.

(4) Bei Gebäuden im Sinn des Absatzes 1 Satz 1 gilt die Vorschrift des Absatzes 3 entsprechend für den Ersterwerber einer Kaufeigentumswohnung im Sinn des § 12 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 523) oder eines Dauerwohnrechts im Sinn des Zweiten Teils des Wohnungseigentumsgesetzes vom 15. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 175), wenn der Dauerwohnberechtigte wirtschaftlich einem Wohnungseigentümer gleichsteht.

§ 7 b Abs. 4: II. WoBauG 2330-2; WEG 403-1

§ 7 b Abs. 7: Angef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 16. 5. 1963 I 319

(5) Bei Gebäuden im Sinn des Absatzes 1 kann der Bauherr innerhalb der ersten vier Jahre nicht ausgenutzte erhöhte Absetzungen nachholen. Dabei können nachträgliche Herstellungskosten vom Jahr ihrer Entstehung an bei der Bemessung der erhöhten Absetzungen so berücksichtigt werden, als wären sie bereits im Jahr der Fertigstellung des Gebäudes entstanden. Im Jahr der Fertigstellung des Gebäudes und den beiden folgenden Jahren müssen jedoch mindestens die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 vorgenommen werden. Die Sätze 1 bis 3 gelten für Zubauten, Ausbauten und Umbauten im Sinn des Absatzes 2 und für den Ersterwerb im Sinn der Absätze 3 und 4 entsprechend.

(6) Für die Anwendung der Absätze 1 bis 4 sind zum Gebäude gehörende Garagen ohne Rücksicht auf ihre tatsächliche Nutzung als Wohnzwecken dienend zu behandeln, soweit in ihnen nicht mehr als ein Personenkraftwagen für jede in dem Gebäude befindliche Wohnung untergestellt werden kann. Räume für die Unterstellung weiterer Kraftwagen sind stets als nicht Wohnzwecken dienend zu behandeln.

(7) Bei Gebäuden sowie bei Zubauten, Ausbauten und Umbauten, bei denen der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 9. Oktober 1962 und vor dem 1. April 1964 gestellt worden ist, sind an Stelle der Absätze 1 bis 6 die Vorschriften des § 54 anzuwenden. Das gilt nicht für Gebäude sowie für Zubauten, Ausbauten und Umbauten, die in Berlin (West) errichtet worden sind.

#### § 7 c\*

##### Förderung des Wohnungsbaues

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder nach § 5 ermitteln, können bei unverzinslichen, in gleichen Jahresbeträgen zu tilgenden Darlehen, die aus Mitteln des Betriebs zur Förderung des Baues von Wohnungen gegeben werden, 25 vom Hundert des nach Absatz 3 berücksichtigungsfähigen Gesamtbetrags der im Wirtschaftsjahr gegebenen Darlehen außerhalb der Bilanz vom Gewinn abziehen. Das gilt auch, wenn die Hingabe der Darlehen nicht durch den Betrieb veranlaßt worden ist. Die Darlehen sind in der Bilanz mit dem Wert anzusetzen, der sich nach Abzug von Zwischenzinsen unter Berücksichtigung von Zinsezinsen vom Nennbetrag der Darlehen ergibt. Dabei ist von einem Zinssatz von höchstens 5,5 vom Hundert auszugehen.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß die Darlehen

1. eine Laufzeit von mindestens zehn Jahren haben,
2. nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 1. Januar 1962 an einen Bauherrn gegeben werden,
3. von dem Bauherrn unverzüglich und unmittelbar zur nachstelligen Finanzierung oder Restfinanzierung des Baues von Wohnungen im Sinn des § 39 oder des § 82 des

Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 523)

a) in Eigenheimen, Kaufeigenheimen, Kleinsiedlungen oder als Wohnungen (Eigentumswohnungen) im Sinn des Ersten Teils des Wohnungseigentumsgesetzes oder

b) durch Wiederaufbau von durch Kriegseinwirkung ganz oder teilweise zerstörten Gebäuden

verwendet werden und

4. weder unmittelbar noch mittelbar in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Aufnahme eines Kredits stehen.

(3) Absatz 1 ist nur anzuwenden, wenn die Darlehen 7000 Deutsche Mark für jede geförderte Wohnung nicht übersteigen. Bei Darlehen, die zur Finanzierung des Baues von Wohnungen in Eigenheimen, Kaufeigenheimen, Kleinsiedlungen oder von Wohnungen (Eigentumswohnungen) im Sinn des Ersten Teils des Wohnungseigentumsgesetzes verwendet werden, erhöht sich dieser Betrag auf 10 000 Deutsche Mark. Bei Eigenheimen, Kaufeigenheimen und Kleinsiedlungen mit zwei Wohnungen gilt diese Erhöhung nur für Darlehen zur Finanzierung einer der beiden Wohnungen. Die Darlehen dürfen bei der Ermittlung des nach Absatz 1 vom Gewinn abzuziehenden Betrags nur insoweit berücksichtigt werden, als sie 30 vom Hundert des Gewinns aus dem Betrieb nicht übersteigen, aus dessen Mitteln die Darlehen gegeben worden sind. Das gilt nicht, wenn diese Wohnungen für Arbeitnehmer des Steuerpflichtigen errichtet werden.

(4) Zum Nachweis der in Absatz 2 Ziff. 3 und in Absatz 3 Satz 1 bis 3 bezeichneten Voraussetzungen ist eine Bescheinigung der nach § 95 Abs. 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes bestimmten Stelle vorzulegen.

(5) Wird ein Darlehen im Sinn des Absatzes 1 während der Laufzeit über die Tilgungsbeträge hinaus zurückgezahlt oder innerhalb von zehn Jahren nach der Hingabe abgetreten, so ist zum Zweck der Nachversteuerung im Wirtschaftsjahr oder Kalenderjahr der Rückzahlung oder Abtretung der nach Absatz 1 abgezogene Betrag außerhalb der Bilanz dem Gewinn hinzuzurechnen.

#### § 7 d

(gestrichen)

#### § 7 e\*

##### Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude

(1) Steuerpflichtige, die

1. auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen berechtigt sind oder

2. aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Weltanschauung oder politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verfolgt worden sind,

ihre frühere Erwerbsgrundlage verloren haben und den Gewinn nach § 4 Abs. 1 oder nach § 5 auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, können bei Gebäuden, die im eigenen gewerblichen Betrieb unmittelbar

- a) der Fertigung oder
- b) der Bearbeitung von zum Absatz bestimmten Wirtschaftsgütern oder
- c) der Wiederherstellung von Wirtschaftsgütern oder
- d) ausschließlich der Lagerung von Waren, die zum Absatz an Wiederverkäufer bestimmt sind oder für fremde Rechnung gelagert werden,

dienen und nach dem 31. Dezember 1951, aber vor dem 1. Januar 1964 hergestellt worden sind, neben der nach § 7 von den Herstellungskosten zu bemessenden Absetzung für Abnutzung im Wirtschaftsjahr der Herstellung des Gebäudes und in dem darauffolgenden Jahr bis zu je 10 vom Hundert der Herstellungskosten absetzen. In den folgenden Wirtschaftsjahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer des Gebäudes. Den Herstellungskosten eines Gebäudes werden die Aufwendungen gleichgestellt, die nach dem 31. Dezember 1951, aber vor dem 1. Januar 1964 zum Wiederaufbau eines durch Kriegseinwirkung ganz oder teilweise zerstörten Gebäudes gemacht werden, wenn dieses Gebäude ohne den Wiederaufbau nicht oder nicht mehr voll zu einem der in Satz 1 bezeichneten Zwecke verwendet werden kann.

(2) Absatz 1 ist entsprechend anwendbar auf die Herstellungskosten von land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgebäuden und auf die Aufwendungen zum Wiederaufbau von durch Kriegseinwirkung ganz oder teilweise zerstörten land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, wenn der Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermittelt wird.

(3) Bei Gebäuden, für die von der Bewertungsfreiheit im Sinn des Absatzes 1 oder 2 Gebrauch gemacht wird, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

#### 4. Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten

##### § 8

##### Einnahmen

(1) Einnahmen sind alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen und dem Steuerpflichtigen im Rahmen einer der Einkunftsarten des § 2 Abs. 3 Ziff. 4 bis 7 zufließen.

(2) Einnahmen, die nicht in Geld bestehen (Wohnung, Kost, Waren und sonstige Sachbezüge) sind mit den üblichen Mittelpreisen des Verbrauchsorts anzusetzen.

##### § 9

##### Werbungskosten

Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen. Sie sind bei der Einkunftsart abzuziehen, bei der sie erwachsen sind. Werbungskosten sind auch

1. Schuldzinsen und auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhende Renten und dauernde Lasten, soweit sie mit einer Einkunftsart in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Bei Leibrenten kann nur der Anteil abgezogen werden, der sich aus der in § 22 Ziff. 1 Buchstabe a aufgeführten Tabelle ergibt; in den Fällen des § 22 Ziff. 1 Buchstabe a letzter Satz kann nur der Anteil, der nach der in dieser Vorschrift vorgesehenen Rechtsverordnung zu ermitteln ist, abgezogen werden;
2. Steuern vom Grundbesitz, sonstige öffentliche Abgaben und Versicherungsbeiträge, soweit solche Ausgaben sich auf Gebäude oder auf Gegenstände beziehen, die dem Steuerpflichtigen zur Einnahmeerzielung dienen;
3. Beiträge zu Berufsständen und sonstigen Berufsverbänden, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist;
4. Aufwendungen des Steuerpflichtigen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Zur Abgeltung des Abzugs dieser Aufwendungen bei Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeugs sind durch Rechtsverordnung je ein Pauschbetrag für die Benutzung eines Kraftwagens, eines Kleinstkraftwagens (drei- oder vierrädriges Kraftfahrzeug, dessen Motor einen Hubraum von nicht mehr als 500 Kubikzentimeter hat), eines Motorrads und eines Fahrrads mit Motor festzusetzen. Absetzungen für Abnutzung sind dabei zu berücksichtigen;
5. Aufwendungen für Arbeitsmittel (Werkzeuge und Berufskleidung);
6. Absetzungen für Abnutzung und für Substanzverringerung (§ 7 Abs. 1 und 4, § 7b).

##### § 9a

##### Pauschbeträge für Werbungskosten

Für Werbungskosten sind bei der Ermittlung der Einkünfte die folgenden Pauschbeträge abzuziehen, wenn nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden:

1. von den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit:  
ein Pauschbetrag von 564 Deutsche Mark;
2. von den Einnahmen aus Kapitalvermögen:  
ein Pauschbetrag von 150 Deutsche Mark;  
bei Ehegatten, die nach §§ 26, 26b zusammen veranlagt werden, erhöht sich dieser Pauschbetrag auf insgesamt 300 Deutsche Mark;
3. von wiederkehrenden Bezügen im Sinn des § 22 Ziff. 1:  
ein Pauschbetrag von 200 Deutsche Mark.

Die Pauschbeträge dürfen nicht höher sein als die Einnahmen aus der jeweiligen Einkunftsart.

## 5. Sonderausgaben

### § 10\*

(1) Sonderausgaben, die vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden, sind die folgenden Aufwendungen, wenn sie weder Betriebsausgaben noch Werbungskosten sind:

1. Schuldzinsen und auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhende Renten und dauernde Lasten, die nicht mit Einkünften in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, die bei der Veranlagung außer Betracht bleiben. Bei Leibrenten kann nur der Anteil abgezogen werden, der sich aus der in § 22 Ziff. 1 Buchstabe a aufgeführten Tabelle ergibt; in den Fällen des § 22 Ziff. 1 Buchstabe a letzter Satz kann nur der Anteil, der nach der in dieser Vorschrift vorgesehenen Rechtsverordnung zu ermitteln ist, abgezogen werden;
2. Beiträge zu
  - a) Kranken-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen, den gesetzlichen Rentenversicherungen und der Arbeitslosenversicherung,
  - b) Versicherungen auf den Lebens- oder Todesfall sowie zu Witwen-, Waisen-, Versorgungs- und Sterbekassen, wenn bei einmaliger Beitragsleistung zu Beginn des Vertrags (Einmalbeitrag) dieser für die Dauer von mindestens zehn Jahren oder bei laufender Beitragsleistung für die Dauer von mindestens fünf Jahren abgeschlossen worden ist;
3. Beiträge an Bausparkassen zur Erlangung von Baudarlehen. Beiträge, die nach Ablauf von vier Jahren seit Vertragsabschluß geleistet werden, können nur insoweit abgezogen werden, als sie das Eineinhalbfache des durchschnittlichen Jahresbetrags der in den ersten vier Jahren geleisteten Beiträge im Veranlagungszeitraum nicht übersteigen.
4. gezahlte Kirchensteuer;
5. gezahlte Vermögenssteuer;
6. die nach § 211 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Lastenausgleichsgesetzes abzugsfähigen Teile der Vermögensabgabe, der Hypothekengewinnabgabe und der Kreditgewinnabgabe und die nach § 216 des Lastenausgleichsgesetzes abzugsfähigen Beträge an Übergangsabgabe;
7. die Beiträge auf Grund der Vorschriften des Kindergeldgesetzes vom 13. November 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 333) in der Fassung des Kindergeldergänzungsgesetzes vom 23. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 841) und des Gesetzes zur Änderung und

Ergänzung von Vorschriften der Kindergeldgesetze vom 27. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1061).

Voraussetzung für die Abzugsfähigkeit der in den Ziffern 2 und 3 bezeichneten Aufwendungen ist, daß sie weder unmittelbar noch mittelbar in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Aufnahme eines Kredits stehen. Das gilt nicht, soweit die in den Ziffern 2 und 3 bezeichneten Beiträge nach Ablauf von fünf Jahren seit Vertragsabschluß in der beim Abschluß des Vertrags ursprünglich vereinbarten Höhe laufend und gleichbleibend geleistet werden.

(2) Nach Maßgabe einer Rechtsverordnung ist eine Nachversteuerung durchzuführen

1. bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag (Absatz 1 Ziff. 2 Buchstabe b), bei denen die volle oder teilweise Rückzahlung von geleisteten Beiträgen verlangt werden kann, wenn vor Ablauf von zehn Jahren seit Vertragsabschluß die Versicherungssumme, außer im Schadensfall und in der Rentenversicherung auch bei Erbringung der vertragsmäßigen Rentenleistung, ganz oder zum Teil ausgezahlt oder die bezeichneten Einmalbeiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt oder Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag ganz oder zum Teil abgetreten oder beliehen werden;
2. bei Bausparverträgen (Absatz 1 Ziff. 3), wenn vor Ablauf von sechs Jahren seit Vertragsabschluß, außer im Fall des Todes des Bausparers oder des Eintritts seiner völligen Erwerbsunfähigkeit, die Bausparsumme ganz oder zum Teil ausgezahlt, geleistete Beiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt oder Ansprüche aus dem Bausparvertrag abgetreten oder beliehen werden. Unschädlich sind jedoch die Auszahlung der Bausparsumme oder die Beleihung von Ansprüchen aus dem Bausparvertrag, wenn der Steuerpflichtige die empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau verwendet, und die Abtretung, wenn der Erwerber die Bausparsumme oder die auf Grund einer Beleihung empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau für den Abtretenden oder dessen Angehörige im Sinn des § 10 des Steueranpassungsgesetzes verwendet.

(3) 1. Unter Absatz 1 fallen auch Sonderausgaben für den Ehegatten und diejenigen Kinder des Steuerpflichtigen, die mit ihm zusammen veranlagt werden, oder für über 18 Jahre alte Kinder, für die dem Steuerpflichtigen ein Kinderfreibetrag gewährt wird.

2. Beiträge und Versicherungsprämien an solche Versicherungsunternehmen und Bausparkassen, die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz im Inland haben, sind nur dann abzugsfähig, wenn diesen Unternehmen die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb im Inland erteilt ist.

§ 10 Abs. 1 Nr. 6: LAG 621-1

§ 10 Abs. 1 Nr. 7: KGG 85-1

§ 10 Abs. 2 Nr. 2: StAnpG 610-2

§ 10 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. b: I. d. F. d. Art. 1 G v. 25. 11. 1963 I 845

3. Für die Sonderausgaben im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 2 und 3 gilt das Folgende:
- Sie können bis zu 1100 Deutsche Mark, im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten bis zu 2200 Deutsche Mark im Kalenderjahr in voller Höhe abgezogen werden. Für jedes Kind, für das nach § 32 Abs. 2 ein Kinderfreibetrag zusteht oder gewährt wird, erhöhen sich diese Beträge um je 500 Deutsche Mark;
  - hat der Steuerpflichtige oder im Fall der Zusammenveranlagung einer der Ehegatten mindestens vier Monate vor dem Ende des Veranlagungszeitraums das 50. Lebensjahr vollendet, so erhöhen sich die in Buchstabe a bezeichneten Beträge auf das Doppelte. Das gilt nicht bei Steuerpflichtigen, die nach dem 31. Dezember 1964 das 50. Lebensjahr vollenden;
  - übersteigen die Sonderausgaben im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 2 und 3 die in den Buchstaben a und b bezeichneten Beträge, so kann der darüber hinausgehende Betrag zur Hälfte, höchstens jedoch bis zu 50 vom Hundert der in den Buchstaben a und b bezeichneten Beträge abgezogen werden.
  - vor Anwendung der Buchstaben a bis c können Sonderausgaben im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 2 bis zu 500 Deutsche Mark, im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten bis zu 1000 Deutsche Mark im Kalenderjahr in voller Höhe abgezogen werden; diese Beträge vermindern sich, wenn in dem Gesamtbetrag der Einkünfte solche aus nicht-selbständiger Arbeit enthalten sind, um den vom Arbeitgeber geleisteten gesetzlichen Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung.

## § 10 a \*

**Steuerbegünstigung  
des nicht entnommenen Gewinns**

- (1) Steuerpflichtige, die
- auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen berechtigt sind oder
  - aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Weltanschauung oder politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verfolgt worden sind,

ihre frühere Erwerbsgrundlage verloren haben und ihre Gewinne aus Land- und Forstwirtschaft und aus Gewerbebetrieb auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder nach § 5 ermitteln, können für die Veranlagungszeiträume 1952 bis 1963 auf Antrag bis zu 50 vom Hundert der Summe der nicht entnommenen Gewinne, höchstens aber 20 000 Deutsche Mark als Sonderausgaben vom Ge-

§ 10 a Abs. 1: BVFG 240-1; LAG 621-1  
§ 10 a Abs. 2: LAG 621-1; ErbStG 611-8

samtbetrag der Einkünfte abziehen. Für die Veranlagungszeiträume 1956 bis 1958 erhöht sich der Satz von 50 vom Hundert auf 75 vom Hundert. Als nicht entnommen gilt auch der Teil der Summe der Gewinne, der zur Zahlung der auf die Betriebsvermögen entfallenden Abgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz verwendet wird. Der als steuerbegünstigt in Anspruch genommene Teil der Summe der Gewinne ist bei der Veranlagung besonders festzustellen.

(2) Übersteigen in einem der auf die Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung (Absatz 1) folgenden drei Jahre bei dem Steuerpflichtigen oder seinem Gesamtrechtsnachfolger die Entnahmen aus dem Betrieb die Summe der bei der Veranlagung zu berücksichtigenden Gewinne aus Land- und Forstwirtschaft und aus Gewerbebetrieb, so ist der übersteigende Betrag (Mehrentnahme) bis zur Höhe des besonders festgestellten Betrags (Absatz 1 letzter Satz) dem Einkommen im Jahr der Mehrentnahme zum Zweck der Nachversteuerung hinzuzurechnen. Beträge, die zur Zahlung der auf die Betriebsvermögen entfallenden Abgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz verwendet werden, rechnen auch in diesem Fall nicht zu den Entnahmen. Soweit Entnahmen zur Zahlung von Erbschaftsteuer auf den Erwerb des Betriebsvermögens von Todes wegen oder auf den Übergang des Betriebsvermögens an Personen der Steuerklasse I des § 9 des Erbschaftsteuergesetzes verwendet werden oder soweit sich Entnahmen durch Veräußerung des Betriebs (§§ 14 und 16) ergeben, unterliegen sie einer Nachversteuerung mit den Sätzen des § 34 Abs. 1; das gilt nicht für die Veräußerung eines Teilbetriebs und im Fall der Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft. Auf Antrag des Steuerpflichtigen ist eine Nachversteuerung auch dann vorzunehmen, wenn in dem in Betracht kommenden Jahr eine Mehrentnahme nicht vorliegt.

(3) Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für den Gewinn aus selbständiger Arbeit mit der Maßgabe, daß dieser Gewinn hinsichtlich der Steuerbegünstigung (Absatz 1) und der Nachversteuerung (Absatz 2) für sich zu behandeln ist.

## § 10 b \*

**Steuerbegünstigte Zwecke**

Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und staatspolitischer Zwecke und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke sind bis zur Höhe von insgesamt 5 vom Hundert des Gesamtbetrags der Einkünfte oder 2 vom Tausend der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter als Sonderausgaben abzugsfähig. Für wissenschaftliche und staatspolitische Zwecke erhöht sich der Vomhundertsatz von 5 um weitere 5 vom Hundert.

§ 10 b: In den mit obigem Wortlaut übereinstimmenden Fassungen v. 21. 12. 1954 I 441 u. v. 13. 11. 1957 I 1793 gem. Urteil d. BVerfG v. 24. 6. 1958 — 2 BvF 1/57 — nichtig, soweit nach diesen Bestimmungen unmittelbare oder mittelbare Zuwendungen an politische Parteien als Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke bei Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden können (Bek. v. 9. 7. 1958 I 447 Abschnitt I Nr. 1)

## § 10 c

**Pauschbeträge für Sonderausgaben**

Für Sonderausgaben im Sinn der §§ 10 und 10 b sind bei der Ermittlung des Einkommens die folgenden Pauschbeträge abzuziehen, wenn nicht höhere Sonderausgaben nachgewiesen werden:

1. in den Fällen, in denen in den Einkünften des Steuerpflichtigen Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit oder wiederkehrende Bezüge (§ 22 Ziff. 1) enthalten sind:  
ein Pauschbetrag von insgesamt 636 Deutsche Mark;
2. in anderen Fällen:  
ein Pauschbetrag von 200 Deutsche Mark.

Bei Ehegatten, die nach §§ 26, 26 b zusammen veranlagt werden, wird für jeden Ehegatten der für ihn in Betracht kommende Pauschbetrag mit der Maßgabe gewährt, daß der Pauschbetrag nach Ziffer 2 nicht doppelt oder neben dem Pauschbetrag nach Ziffer 1 abgezogen werden kann, wenn die Einkünfte der Ehegatten, die nicht Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit sind, insgesamt nicht 800 Deutsche Mark übersteigen.

## § 10 d

**Verlustabzug**

Steuerpflichtige, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 oder nach § 5 auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, können die Verluste der fünf vorangegangenen Veranlagungszeiträume aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit wie Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehen, soweit ihnen ein Ausgleich oder Abzug der Verluste in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen nicht möglich war.

**6. Vereinnahmung und Verausgabung**

## § 11

(1) Einnahmen sind innerhalb des Kalenderjahrs bezogen, in dem sie dem Steuerpflichtigen zugeflossen sind. Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen, die dem Steuerpflichtigen kurze Zeit vor Beginn oder kurze Zeit nach Beendigung des Kalenderjahrs, zu dem sie wirtschaftlich gehören, zugeflossen sind, gelten als in diesem Kalenderjahr bezogen. Die Vorschriften über die Gewinnermittlung (§ 4 Abs. 1, § 5) bleiben unberührt.

(2) Ausgaben sind für das Kalenderjahr abzusetzen, in dem sie geleistet worden sind. Für regelmäßig wiederkehrende Ausgaben gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend. Die Vorschriften über die Gewinnermittlung (§ 4 Abs. 1, § 5) bleiben unberührt.

**7. Nicht abzugsfähige Ausgaben**

## § 12

Unbeschadet der Vorschrift des § 10 dürfen weder bei den einzelnen Einkunftsarten noch vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden

1. die für den Haushalt des Steuerpflichtigen und für den Unterhalt seiner Familienangehörigen aufgewendeten Beträge. Dazu gehören auch die Aufwendungen für die Lebensführung, die die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung des Steuerpflichtigen mit sich bringt, auch wenn sie zur Förderung des Berufs oder der Tätigkeit des Steuerpflichtigen erfolgen;
2. freiwillige Zuwendungen und Zuwendungen an eine gegenüber dem Steuerpflichtigen oder seinem Ehegatten gesetzlich unterhaltsberechtigte Person oder deren Ehegatten, auch wenn diese Zuwendungen auf einer besonderen Vereinbarung beruhen;
3. die Steuern vom Einkommen und sonstige Personensteuern.

**8. Die einzelnen Einkunftsarten**a) Land- und Forstwirtschaft  
(§ 2 Abs. 3 Ziff. 1)

## § 13

**Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft**

(1) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft sind

1. Einkünfte aus dem Betrieb von Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau, Gartenbau, Obstbau, Gemüsebau, Baumschulen und aus allen Betrieben, die Pflanzen und Pflanzenteile mit Hilfe der Naturkräfte gewinnen; zu diesen Einkünften gehören auch die Einkünfte aus der Tierzucht und Tierhaltung dieser Betriebe, wenn die für die Tierzucht und Tierhaltung erforderlichen Erzeugnisse überwiegend in diesen Betrieben gewonnen werden können;
2. Einkünfte aus Tierzuchtbetrieben, Viehmastereien, Abmelkstätten, Geflügelfarmen und ähnlichen Betrieben, wenn zur Tierzucht oder Tierhaltung überwiegend Erzeugnisse verwendet werden, die im eigenen Betrieb mit Hilfe der Naturkräfte gewonnen sind;
3. Einkünfte aus Binnenfischerei, Fischzucht und Teichwirtschaft;
4. Einkünfte aus Jagd, wenn diese mit dem Betrieb einer Landwirtschaft oder einer Forstwirtschaft in Zusammenhang steht.

(2) Zu den Einkünften im Sinn des Absatzes 1 gehören auch

1. Einkünfte aus einem land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieb. Als Nebenbetrieb gilt ein Betrieb, der dem land- und forstwirtschaftlichen Hauptbetrieb zu dienen bestimmt ist;
2. der Nutzungswert der Wohnung des Steuerpflichtigen, wenn die Wohnung die bei Betrieben gleicher Art übliche Größe nicht überschreitet.

(3) Bei nichtbuchführenden Land- und Forstwirten, deren Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen ermittelt werden, werden diese Einkünfte im vollen Umfang zur Einkommensteuer

herangezogen, wenn das Einkommen den Betrag von 6000 Deutsche Mark jährlich übersteigt. Wenn das Einkommen diesen Betrag nicht übersteigt, so werden die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft zur Einkommensteuer nur herangezogen, soweit sie den Betrag von 1000 Deutsche Mark übersteigen. Verluste aus Land- und Forstwirtschaft dürfen bei Ermittlung des Einkommens nur ausgeglichen werden (§ 2 Abs. 2), wenn sie 1000 Deutsche Mark übersteigen.

## § 14

**Veräußerung des Betriebs**

(1) Zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft gehören auch Gewinne, die bei der Veräußerung oder Aufgabe eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs oder Teilbetriebs erzielt werden. Veräußerungsgewinn ist der Betrag, um den der Veräußerungspreis nach Abzug der Veräußerungskosten den Wert des Betriebsvermögens übersteigt, der nach § 4 Abs. 1 für den Zeitpunkt der Veräußerung ermittelt wird.

(2) Die Steuerpflicht tritt nur ein, wenn der Veräußerungsgewinn bei der Veräußerung des ganzen Betriebs den Betrag von 10 000 Deutsche Mark und bei Veräußerung eines Teilbetriebs den entsprechenden Teil von 10 000 Deutsche Mark übersteigt.

(3) Die Einkommensteuer vom Veräußerungsgewinn wird auf Antrag ermäßigt oder erlassen, wenn der Steuerpflichtige den veräußerten Betrieb oder Teilbetrieb innerhalb der letzten drei Jahre vor der Veräußerung erworben und infolge des Erwerbs Erbschaftsteuer entrichtet hat.

## b) Gewerbebetrieb

(§ 2 Abs. 3 Ziff. 2)

## § 15

**Einkünfte aus Gewerbebetrieb**

Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind

1. Einkünfte aus gewerblichen Unternehmen. Dazu gehören auch Einkünfte aus gewerblicher Bodenbewirtschaftung, z. B. aus Bergbauunternehmen und aus Betrieben zur Gewinnung von Torf, Steinen und Erden, soweit sie nicht land- oder forstwirtschaftliche Nebenbetriebe sind;
2. die Gewinnanteile der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft und einer anderen Gesellschaft, bei der der Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen ist, und die Vergütungen, die der Gesellschafter von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft oder für die Hingabe von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezogen hat;
3. die Gewinnanteile der persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, soweit sie nicht auf Anteile am Grundkapital entfallen, und die Vergütungen, die der persönlich haftende Gesellschafter von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft oder für die Hingabe von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezogen hat.

## § 16

**Veräußerung des Betriebs**

(1) Zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb gehören auch Gewinne, die erzielt werden bei der Veräußerung

1. des ganzen Gewerbebetriebs oder eines Teilbetriebs;
2. des Anteils eines Gesellschafters, der als Unternehmer (Mitunternehmer) des Betriebs anzusehen ist (§ 15 Ziff. 2);
3. des Anteils eines persönlich haftenden Gesellschafters einer Kommanditgesellschaft auf Aktien (§ 15 Ziff. 3).

(2) Veräußerungsgewinn im Sinn des Absatzes 1 ist der Betrag, um den der Veräußerungspreis nach Abzug der Veräußerungskosten den Wert des Betriebsvermögens (Absatz 1 Ziff. 1) oder den Wert des Anteils am Betriebsvermögen (Absatz 1 Ziff. 2 und 3) übersteigt. Der Wert des Betriebsvermögens oder des Anteils ist für den Zeitpunkt der Veräußerung nach § 4 Abs. 1 oder nach § 5 zu ermitteln.

(3) Als Veräußerung gilt auch die Aufgabe des Gewerbebetriebs. Werden die einzelnen dem Betrieb gewidmeten Wirtschaftsgüter im Rahmen der Aufgabe des Betriebs veräußert, so sind die Veräußerungspreise anzusetzen. Werden die Wirtschaftsgüter nicht veräußert, so ist der gemeine Wert im Zeitpunkt der Aufgabe anzusetzen. Bei Aufgabe eines Gewerbebetriebs, an dem mehrere Personen beteiligt waren, ist für jeden einzelnen Beteiligten der gemeine Wert der Wirtschaftsgüter anzusetzen, die er bei der Auseinandersetzung erhalten hat.

(4) Die Steuerpflicht tritt **nur** ein, wenn der Veräußerungsgewinn bei der Veräußerung des ganzen Gewerbebetriebs (Absatz 1 Ziff. 1) den Betrag von 10 000 Deutsche Mark und bei der Veräußerung eines Teilbetriebs oder eines Anteils am Betriebsvermögen (Absatz 1 Ziff. 1 bis 3) den entsprechenden Teil von 10 000 Deutsche Mark übersteigt.

(5) Die Einkommensteuer vom Veräußerungsgewinn wird auf Antrag ermäßigt oder erlassen, wenn der Steuerpflichtige den veräußerten Betrieb oder Teilbetrieb oder den veräußerten Anteil am Betriebsvermögen innerhalb der letzten drei Jahre vor der Veräußerung erworben und infolge des Erwerbs Erbschaftsteuer entrichtet hat.

## § 17

**Veräußerung wesentlicher Beteiligungen**

(1) Zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb gehört auch der Gewinn aus der Veräußerung eines Anteils an einer Kapitalgesellschaft, wenn der Veräußerer am Kapital der Gesellschaft wesentlich beteiligt war und der veräußerte Anteil eins vom Hundert des Grund- oder Stammkapitals der Gesellschaft übersteigt. Eine wesentliche Beteiligung ist gegeben, wenn der Veräußerer allein oder mit seinen Angehörigen an der Kapitalgesellschaft zu mehr als einem Viertel unmittelbar oder mittelbar, z. B. durch Treuhänder oder durch eine Kapitalgesellschaft, innerhalb der letzten fünf Jahre beteiligt war.

(2) Veräußerungsgewinn im Sinn des Absatzes 1 ist der Betrag, um den der Veräußerungspreis nach Abzug der Veräußerungskosten die Anschaffungskosten übersteigt.

(3) Die Steuerpflicht tritt nur ein, wenn der Veräußerungsgewinn den dem veräußerten Anteil an der Kapitalgesellschaft entsprechenden Teil von 10 000 Deutsche Mark übersteigt.

(4) Die Einkommensteuer vom Veräußerungsgewinn wird auf Antrag ermäßigt oder erlassen, wenn der Steuerpflichtige den veräußerten Anteil an der Kapitalgesellschaft innerhalb der letzten drei Jahre vor der Veräußerung erworben und infolge des Erwerbs Erbschaftsteuer entrichtet hat.

(5) Verluste, die bei der Veräußerung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft entstanden sind, dürfen bei Ermittlung des Einkommens nicht ausgeglichen werden (§ 2 Abs. 2).

### c) Selbständige Arbeit

(§ 2 Abs. 3 Ziff. 3)

#### § 18

(1) Einkünfte aus selbständiger Arbeit sind

1. Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit. Zu der freiberuflichen Tätigkeit gehören die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, künstlerische, schriftstellerische, unterrichtende oder erzieherische Tätigkeit, die selbständige Berufstätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Vermessungsingenieure, Ingenieure, Architekten, Handelschemiker, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, beratenden Volks- und Betriebswirte, vereidigten Buchprüfer (vereidigten Bücherrevisoren), Helfer in Steuersachen, Heilpraktiker, Dentisten, Krankengymnasten, Journalisten, Bildberichterstatter, Dolmetscher, Übersetzer, Lotsen und ähnlicher Berufe. Ein Angehöriger eines freien Berufs im Sinn der Sätze 1 und 2 ist auch dann freiberuflich tätig, wenn er sich der Mithilfe fachlich vorgebildeter Arbeitskräfte bedient; Voraussetzung ist, daß er auf Grund eigener Fachkenntnisse leitend und eigenverantwortlich tätig wird. Eine Vertretung im Fall vorübergehender Verhinderung steht der Annahme einer leitenden und eigenverantwortlichen Tätigkeit nicht entgegen;
2. Einkünfte der Einnahmer einer staatlichen Lotterie, wenn sie nicht Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind;
3. Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit, z. B. Vergütungen für die Vollstreckung von Testamenten, für Vermögensverwaltung und für die Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied.

(2) Einkünfte nach Absatz 1 sind auch dann steuerpflichtig, wenn es sich nur um eine vorübergehende Tätigkeit handelt.

(3) Zu den Einkünften aus selbständiger Arbeit gehört auch der Gewinn, der bei der Veräußerung

des der selbständigen Arbeit dienenden Vermögens oder bei der Aufgabe der Tätigkeit erzielt wird. Veräußerungsgewinn ist der Betrag, um den der Veräußerungspreis nach Abzug der Veräußerungskosten den Wert des Vermögens übersteigt, der nach § 4 Abs. 1 für den Zeitpunkt der Veräußerung ermittelt wird. § 16 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden. Die Steuerpflicht tritt nur ein, wenn der Veräußerungsgewinn den Betrag von 10 000 Deutsche Mark übersteigt. Die Einkommensteuer vom Veräußerungsgewinn wird auf Antrag ermäßigt oder erlassen, wenn der Steuerpflichtige das veräußerte Vermögen innerhalb der letzten drei Jahre vor der Veräußerung erworben und infolge des Erwerbs Erbschaftsteuer entrichtet hat.

(4) Bei der Ermittlung des Einkommens werden 5 vom Hundert der Einnahmen aus freier Berufstätigkeit, höchstens jedoch 1200 Deutsche Mark jährlich, abgesetzt, wenn die Einkünfte aus der freien Berufstätigkeit die anderen Einkünfte überwiegen.

### d) Nichtselbständige Arbeit

(§ 2 Abs. 3 Ziff. 4)

#### § 19

Zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gehören

1. Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und Vorteile, die für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst gewährt werden;
2. Wartegelder, Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder und andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen.

Es ist gleichgültig, ob es sich um laufende oder um einmalige Bezüge handelt und ob ein Rechtsanspruch auf sie besteht.

### e) Kapitalvermögen

(§ 2 Abs. 3 Ziff. 5)

#### § 20\*

(1) Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören

1. Gewinnanteile (Dividenden), Zinsen, Ausbeuten und sonstige Bezüge aus Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Kolonialgesellschaften, aus Anteilen an der Reichsbank und bergbautreibenden Vereinigungen, die die Rechte einer juristischen Person haben;
2. Einkünfte aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter;
3. Zinsen aus Hypotheken und Grundschulden und Renten aus Rentenschulden. Bei Tilgungshypotheken und Tilgungsgrundschulden ist nur der Teil der Zahlung steuerpflichtig, der als Zins auf den jeweiligen Kapitalrest entfällt;

§ 20 Abs. 1 Nr. 1 „Reichsbank“: In Liquidation siehe RBankLiquG 7620-6

4. Zinsen aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art, z. B. aus Darlehen, Anleihen, Einlagen und Guthaben bei Sparkassen, Banken und anderen Kreditanstalten;
5. Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel.

(2) Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören auch

1. besondere Entgelte oder Vorteile, die neben den in Absatz 1 bezeichneten Einkünften oder an deren Stelle gewährt werden;
2. Einkünfte aus der Veräußerung von Dividendscheinen, Zinsscheinen und sonstigen Ansprüchen, wenn die dazugehörigen Aktien, Schuldverschreibungen oder sonstigen Anteile nicht mitveräußert werden.

(3) Soweit Einkünfte der in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Art zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit oder aus Vermietung und Verpachtung gehören, sind sie diesen Einkünften zuzurechnen.

#### f) Vermietung und Verpachtung

(§ 2 Abs. 3 Ziff. 6)

##### § 21

(1) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sind

1. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von unbeweglichem Vermögen, insbesondere von Grundstücken, Gebäuden, Gebäudeteilen, Schiffen, die in ein Schiffsregister eingetragen sind, und Rechten, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen (z. B. Erbbaurecht, Erbpachtrecht, Mineralgewinnungsrecht);
2. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Sachinbegriffen, insbesondere von beweglichem Betriebsvermögen;
3. Einkünfte aus zeitlich begrenzter Überlassung von Rechten, insbesondere von schriftstellerischen, künstlerischen und gewerblichen Urheberrechten, von gewerblichen Erfahrungen und von Gerechtigkeiten und Gefällen;
4. Einkünfte aus der Veräußerung von Miet- und Pachtzinsforderungen, auch dann, wenn die Einkünfte im Veräußerungspreis von Grundstücken enthalten sind und die Miet- oder Pachtzinsen sich auf einen Zeitraum beziehen, in dem der Veräußerer noch Besitzer war.

(2) Zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung gehört auch der Nutzungswert der Wohnung im eigenen Haus oder der Nutzungswert einer dem Steuerpflichtigen ganz oder teilweise unentgeltlich überlassenen Wohnung einschließlich der zugehörigen sonstigen Räume und Gärten.

(3) Einkünfte der in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Art sind Einkünften aus anderen Einkunftsarten zuzurechnen, soweit sie zu diesen gehören.

#### g) Sonstige Einkünfte

(§ 2 Abs. 3 Ziff. 7)

##### § 22

#### Arten der sonstigen Einkünfte

Sonstige Einkünfte sind

1. Einkünfte aus wiederkehrenden Bezügen, soweit sie nicht zu den in § 2 Abs. 3 Ziff. 1 bis 6 bezeichneten Einkunftsarten gehören. Werden die Bezüge freiwillig oder einer gesetzlich unterhaltsberechtigten Person gewährt, so sind sie nicht dem Empfänger zuzurechnen, wenn der Geber unbeschränkt steuerpflichtig ist. Zu den in Satz 1 bezeichneten Einkünften gehören auch

- a) Leibrenten insoweit, als in den einzelnen Bezügen Einkünfte aus Erträgen des Rentenrechts enthalten sind. Als Ertrag des Rentenrechts gilt für die gesamte Dauer des Rentenbezugs der Unterschied zwischen dem Jahresbetrag der Rente und dem Betrag, der sich bei gleichmäßiger Verteilung des Kapitalwerts der Rente auf ihre voraussichtliche Laufzeit ergibt; dabei ist der Kapitalwert nach dieser Laufzeit zu berechnen. Der Ertrag des Rentenrechts (Ertragsanteil) ist aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensjahr des Rentenberechtigten	Ertragsanteil in v. H.	Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensjahr des Rentenberechtigten	Ertragsanteil in v. H.	Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensjahr des Rentenberechtigten	Ertragsanteil in v. H.
0	63	39	43	64	21
1 bis 3	64	40	42	65	20
4 bis 5	63	41 bis 42	41	66	19
6 bis 8	62	43	40	67	18
9 bis 10	61	44	39	68	17
11 bis 12	60	45	38	69	16
13 bis 14	59	46	37	70 bis 71	15
15 bis 16	58	47	36	72	14
17 bis 18	57	48 bis 49	35	73	13
19 bis 20	56	50	34	74	12
21	55	51	33	75 bis 76	11
22 bis 23	54	52	32	77	10
24 bis 25	53	53	31	78 bis 79	9
26	52	54	30	80	8
27 bis 28	51	55	29	81 bis 82	7
29 bis 30	50	56	28	83 bis 84	6
31	49	57	27	85 bis 86	5
32	48	58	26	87 bis 89	4
33 bis 34	47	59 bis 60	25	90 bis 92	3
35	46	61	24	93 bis 98	2
36 bis 37	45	62	23	ab 99	1
38	44	63	22		

Die Ermittlung des Ertrags aus Leibrenten, die vor dem 1. Januar 1955 zu laufen begonnen haben, und aus Renten, deren Dauer von der Lebenszeit mehrerer Personen oder einer anderen Person als des Rentenberechtigten abhängt, sowie aus Leibrenten, die auf eine bestimmte Zeit beschränkt sind, wird durch eine Rechtsverordnung bestimmt;

- b) Einkünfte aus Zuschüssen und sonstigen Vorteilen, die als wiederkehrende Bezüge gewährt werden;
2. Einkünfte aus Spekulationsgeschäften im Sinn des § 23;
3. Einkünfte aus Leistungen, soweit sie weder zu anderen Einkunftsarten (§ 2 Abs. 3 Ziff. 1 bis 6) noch zu den Einkünften im Sinn der Ziffer 1 oder 2 gehören, z. B. Einkünfte aus gelegentlichen Vermittlungen und aus der Vermietung beweglicher Gegenstände. Solche Einkünfte sind nicht steuerpflichtig, wenn sie weniger als 500 Deutsche Mark im Kalenderjahr betragen haben. Übersteigen die Werbungskosten die Einnahmen, so darf der übersteigende Betrag bei Ermittlung des Einkommens nicht ausgeglichen werden (§ 2 Abs. 2).

### § 23

#### Spekulationsgeschäfte

- (1) Spekulationsgeschäfte (§ 22 Ziff. 2) sind
1. Veräußerungsgeschäfte, bei denen der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung beträgt:
    - a) bei Grundstücken und Rechten, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen (z. B. Erbbaurecht, Erbpachtrecht, Mineralgewinnungsrecht), nicht mehr als zwei Jahre,
    - b) bei anderen Wirtschaftsgütern, insbesondere bei Wertpapieren, nicht mehr als sechs Monate;
  2. Veräußerungsgeschäfte, bei denen die Veräußerung der Wirtschaftsgüter früher erfolgt als der Erwerb.
- (2) Außer Ansatz bleiben die Einkünfte aus der Veräußerung von
1. Schuld- und Rentenverschreibungen von Schuldnern, die Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz im Inland haben, es sei denn, daß bei ihnen neben der festen Verzinsung ein Recht auf Umtausch in Gesellschaftsanteile (Wandelanleihen) oder eine Zusatzverzinsung, die sich nach der Höhe der Gewinnausschüttung des Schuldners richtet, eingeräumt ist oder daß sie von dem Steuerpflichtigen im Ausland erworben worden sind;
  2. Forderungen, die in ein inländisches öffentliches Schuldbuch eingetragen sind.
- (3) Spekulationsgeschäfte liegen nicht vor, wenn Wirtschaftsgüter veräußert werden, deren Wert bei Einkünften im Sinn des § 2 Abs. 3 Ziff. 1 bis 6 anzusetzen ist.
- (4) Gewinn oder Verlust aus Spekulationsgeschäften ist der Unterschied zwischen dem Veräußerungspreis einerseits und den Anschaffungs- oder Herstellungskosten und den Werbungskosten andererseits. Gewinne aus Spekulationsgeschäften bleiben steuerfrei, wenn der aus Spekulationsgeschäften erzielte Gesamtgewinn im Kalenderjahr weniger als

1000 Deutsche Mark betragen hat. Verluste aus Spekulationsgeschäften dürfen nur bis zur Höhe des Spekulationsgewinns, den der Steuerpflichtige im gleichen Kalenderjahr erzielt hat, ausgeglichen werden.

#### h) Gemeinsame Vorschriften

### § 24\*

Zu den Einkünften im Sinn des § 2 Abs. 3 gehören auch

1. Entschädigungen, die gewährt worden sind
  - a) als Ersatz für entgangene oder entgehende Einnahmen oder
  - b) für die Aufgabe oder Nichtausübung einer Tätigkeit, für die Aufgabe einer Gewinnbeteiligung oder einer Anwartschaft auf eine solche;
  - c) als Ausgleichszahlungen an Handelsvertreter nach § 89 b des Handelsgesetzbuchs;
2. Einkünfte aus einer ehemaligen Tätigkeit im Sinn des § 2 Abs. 3 Ziff. 1 bis 4 oder aus einem früheren Rechtsverhältnis im Sinn des § 2 Abs. 3 Ziff. 5 bis 7, und zwar auch dann, wenn sie dem Steuerpflichtigen als Rechtsnachfolger zufließen.

## III. Veranlagung

### § 25

#### Veranlagungszeitraum

(1) Die Einkommensteuer wird nach Ablauf des Kalenderjahrs (Veranlagungszeitraum) nach dem Einkommen veranlagt, das der Steuerpflichtige in diesem Veranlagungszeitraum bezogen hat, soweit nicht nach §§ 46 und 46 a eine Veranlagung unterbleibt.

(2) Hat die Steuerpflicht nicht während des vollen Veranlagungszeitraums bestanden, so wird das während der Dauer der Steuerpflicht bezogene Einkommen zugrunde gelegt. In diesem Fall kann die Veranlagung bei Wegfall der Steuerpflicht sofort vorgenommen werden.

### § 26

#### Veranlagung von Ehegatten

(1) Ehegatten, die beide unbeschränkt steuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt leben und bei denen diese Voraussetzungen im Veranlagungszeitraum mindestens vier Monate bestanden haben, können zwischen getrennter Veranlagung (§ 26 a) und Zusammenveranlagung (§ 26 b) wählen.

(2) Ehegatten werden getrennt veranlagt, wenn einer der Ehegatten getrennte Veranlagung wählt. Ehegatten werden zusammen veranlagt, wenn beide Ehegatten Zusammenveranlagung wählen. Die zur Ausübung der Wahl erforderlichen Erklärungen sind beim Finanzamt schriftlich oder zu Protokoll abzugeben.

(3) Werden die nach Absatz 2 erforderlichen Erklärungen nicht abgegeben, so wird unterstellt, daß die Ehegatten die Zusammenveranlagung wählen.

#### § 26 a \*

##### Getrennte Veranlagung von Ehegatten

(1) Bei getrennter Veranlagung von Ehegatten in den in § 26 bezeichneten Fällen sind jedem Ehegatten die von ihm bezogenen Einkünfte zuzurechnen. Einkünfte eines Ehegatten sind nicht allein deshalb zum Teil dem anderen Ehegatten zuzurechnen, weil dieser bei der Erzielung der Einkünfte mitgewirkt hat. Bei der Ermittlung der Einkommen der Ehegatten bleiben Minderungen des Einkommens des einen Ehegatten, die sich aus Vereinbarungen unter den Ehegatten herleiten, insoweit außer Betracht, als ihnen nicht Erhöhungen des Einkommens des anderen Ehegatten gegenüberstehen.

(2) Die Sonderausgaben der Ehegatten im Sinn der §§ 10 und 10b sind, soweit sie die Summe der bei der Veranlagung jedes Ehegatten mindestens anzusetzenden Pauschbeträge (§ 10c) übersteigen, im Rahmen der bei einer Zusammenveranlagung der Ehegatten in Betracht kommenden Höchstbeträge je zur Hälfte bei den Veranlagungen der Ehegatten zu berücksichtigen, wenn sie nicht eine andere Aufteilung beantragen.

(3) Die als außergewöhnliche Belastung im Sinn der §§ 33 und 33a bei den Veranlagungen der Ehegatten vom Einkommen abzuziehenden Beträge sind insgesamt in Höhe des bei einer Zusammenveranlagung der Ehegatten in Betracht kommenden Betrags zu berücksichtigen. Für die Aufteilung gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Die Anwendung der §§ 10a und 10d für den Fall des Übergangs von der getrennten Veranlagung zur Zusammenveranlagung und von der Zusammenveranlagung zur getrennten Veranlagung, wenn bei beiden Ehegatten nicht entnommene Gewinne oder nicht ausgeglichene Verluste vorliegen, wird durch Rechtsverordnung geregelt.

#### § 26 b

##### Zusammenveranlagung von Ehegatten

Die Zusammenveranlagung von Ehegatten wird nach Maßgabe des in § 32a Abs. 2 festgelegten Verfahrens vorgenommen. Bei der Zusammenveranlagung sind die Einkünfte der Ehegatten zuzurechnen. Bei der Ermittlung des Einkommens der Ehegatten bleiben Minderungen des Einkommens außer Betracht, soweit sie sich aus Vereinbarungen unter den Ehegatten herleiten.

#### § 27

##### Zusammenveranlagung mit Kindern

(1) Der Steuerpflichtige und seine Kinder, für die ihm Kinderfreibeträge nach § 32 Abs. 2 Ziff. 1 zustehen, werden zusammen veranlagt, solange er und die Kinder unbeschränkt steuerpflichtig sind.

§ 26 a Abs. 1 Satz 2: In der mit obigem Wortlaut übereinstimmenden Fassung v. 13. 11. 1957 I 1793 gem. Beschluß d. BVerfG v. 14. 4. 1959 — I BvL 23/57 — I BvL 34/57 — mit dem GG 100-1 vereinbar (Bek. v. 14. 5. 1959 I 274)

(2) Bei der Zusammenveranlagung sind die Einkünfte des Steuerpflichtigen und der Kinder zusammenzurechnen.

(3) Einkünfte der Kinder aus nichtselbständiger Arbeit (§ 2 Abs. 3 Ziff. 4) scheiden bei der Zusammenveranlagung aus.

(4) Steht im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten nach §§ 26, 26a beiden Ehegatten für dasselbe Kind ein Kinderfreibetrag nach § 32 Abs. 2 Ziff. 1 und Ziff. 4 letzter Satz jeweils zur Hälfte zu und haben beide Ehegatten das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen, so ist das Kind mit jedem Ehegatten zusammen zu veranlagern. Dabei sind die mit den Einkünften der Ehegatten zusammenzurechnenden Einkünfte des Kindes je zur Hälfte bei den Veranlagungen der Ehegatten zu berücksichtigen.

#### § 28

##### Besteuerung bei fortgesetzter Gütergemeinschaft

Bei fortgesetzter Gütergemeinschaft gelten Einkünfte, die in das Gesamtgut fallen, als Einkünfte des überlebenden Ehegatten, wenn dieser unbeschränkt steuerpflichtig ist.

#### § 29 \*

##### Durchschnittsätze

(1) Durchschnittsätze können durch Rechtsverordnung aufgestellt werden

1. für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb oder aus selbständiger Arbeit;
2. für die Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Werbungskosten bei Vermietung und Verpachtung.

(2) Die aufgestellten Durchschnittsätze sind zugrunde zu legen

1. der Gewinnermittlung, wenn
  - a) der Steuerpflichtige nicht zur Führung von Büchern verpflichtet ist,
  - b) ordnungsmäßige Bücher nicht geführt werden oder die Bücher sachliche Unrichtigkeit vermuten lassen und
  - c) der Umsatz die durch Rechtsverordnung zu bestimmende Grenze nicht übersteigt;
2. der Ermittlung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, wenn die Werbungskosten nicht ordnungsmäßig aufgezeichnet werden oder die Aufzeichnungen sachliche Unrichtigkeit vermuten lassen.

(3) Der Nutzungswert der Wohnung im eigenen Haus kann in einem Hundertsatz des zuletzt festgestellten Einheitswerts des Grundstücks bemessen werden.

(4) Der Steuerpflichtige kann nicht einwenden, daß die Durchschnittsätze zu hoch festgesetzt seien.

#### § 30

(gestrichen)

§ 29 Abs. 3: Hierzu siehe V über die Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus 611-1-2

## § 31

**Pauschbesteuerung**

(1) Bei Personen, die durch Zuzug aus dem Ausland unbeschränkt steuerpflichtig werden, können die obersten Finanzbehörden der Länder mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Einkommensteuer bis zur Dauer von zehn Jahren seit Begründung der unbeschränkten Steuerpflicht in einem Pauschbetrag festsetzen.

(2) Die Besteuerung der Auslandsbeamten kann durch Rechtsverordnung abweichend von den allgemeinen Vorschriften geregelt werden.

**IV. Tarif**

## § 32

**Zu versteuernder Einkommensbetrag, Freibeträge**

(1) Zu versteuernder Einkommensbetrag ist das um die nach den Absätzen 2 und 3 in Betracht kommenden Freibeträge und um die sonstigen vom Einkommen abzuziehenden Beträge verminderte Einkommen.

**(2) Kinderfreibeträge**

1. Kinderfreibeträge stehen dem Steuerpflichtigen für Kinder zu, die im Veranlagungszeitraum mindestens vier Monate das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten.

2. Kinderfreibeträge werden dem Steuerpflichtigen auf Antrag gewährt

a) für Kinder, die im Veranlagungszeitraum mindestens vier Monate das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und während dieser Zeit

aa) überwiegend<sup>2)</sup> auf Kosten des Steuerpflichtigen unterhalten und für einen Beruf ausgebildet worden sind oder

bb) Wehrdienst (Ersatzdienst) geleistet haben, wenn die Berufsausbildung durch die Einberufung zum Wehrdienst unterbrochen worden ist und der Steuerpflichtige vor der Einberufung die Kosten des Unterhalts und der Berufsausbildung überwiegend<sup>2)</sup> getragen hat;

b) für Kinder, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd erwerbsunfähig sind, wenn dem Steuerpflichtigen für die Kinder ein Kinderfreibetrag nicht zusteht und die Kinder im Veranlagungszeitraum mindestens vier Monate überwiegend<sup>2)</sup> auf Kosten des Steuerpflichtigen unterhalten worden sind.

3. Kinder im Sinn der Ziffern 1 und 2 sind

a) eheliche Kinder,

b) eheliche Stiefkinder,

<sup>2)</sup> Für den Veranlagungszeitraum 1961 gelten an Stelle des Wortes „überwiegend“ die Worte „im wesentlichen“; vgl. § 52 Abs. 4.

(Fußnote lt. BGBl. 1961 I 1274)

c) für ehelich erklärte Kinder,

d) Adoptivkinder,

e) uneheliche Kinder (jedoch nur im Verhältnis zur leiblichen Mutter),

f) Pflegekinder.

4. Als Kinderfreibeträge sind abzuziehen für das erste Kind

1200<sup>3)</sup> Deutsche Mark,

für das zweite Kind

1680 Deutsche Mark,

für jedes weitere Kind

1800 Deutsche Mark.

Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 vorliegen, erhalten für dasselbe Kind den Kinderfreibetrag nur einmal. Werden sie nach §§ 26, 26a getrennt veranlagt, so erhält jeder Ehegatte den Kinderfreibetrag zur Hälfte, soweit nicht ein Kinderfreibetrag nur einem Ehegatten zusteht oder zu gewähren ist.

**(3) Besondere Freibeträge**

1. Bei Steuerpflichtigen, auf die § 32a Abs. 2 und 3 keine Anwendung findet und die nicht nach §§ 26, 26a getrennt veranlagt werden, ist ein Sonderfreibetrag

a) von 840 Deutsche Mark abzuziehen, wenn sie mindestens vier Monate vor dem Ende des Veranlagungszeitraums das 50. Lebensjahr vollendet hatten, oder

b) von 1200 Deutsche Mark abzuziehen, wenn bei ihnen mindestens ein Kinderfreibetrag vom Einkommen abgezogen wird.

2. Bei Steuerpflichtigen, die mindestens vier Monate vor dem Ende des Veranlagungszeitraums das 70. Lebensjahr vollendet hatten, ist ein Altersfreibetrag von 600<sup>4)</sup> Deutsche Mark abzuziehen. Bei Ehegatten, die nach §§ 26, 26b zusammen veranlagt werden und beide mindestens vier Monate vor dem Ende des Veranlagungszeitraums das 70. Lebensjahr vollendet hatten, erhöht sich der Altersfreibetrag auf 1200<sup>4)</sup> Deutsche Mark.

## § 32a \*

**Tarif**

(1) Die zu veranlagende Einkommensteuer ergibt sich, vorbehaltlich der §§ 34, 34b und 34c, aus der diesem Gesetz beigefügten Anlage (Einkommensteuertabelle)<sup>5)</sup>.

<sup>3)</sup> Für den Veranlagungszeitraum 1961 gilt an Stelle der Zahl „1200“ die Zahl „900“; vgl. § 52 Abs. 4.

<sup>4)</sup> Für den Veranlagungszeitraum 1961 gelten an Stelle der Zahl „600“ die Zahl „360“ und an Stelle der Zahl „1200“ die Zahl „720“; vgl. § 52 Abs. 4. (Fußnoten lt. BGBl. 1961 I 1275)

<sup>5)</sup> Fußnote mit Hinweis auf Fundstelle der ESt-Tabelle lt. BGBl. 1961 I 1275 entfällt. ESt-Tabelle s. Anhang.

§ 32a: ESt-Tabelle für Einkommensteuerpflichtige im Saarland (§ 43 G v. 30. 6. 1959 600-2) 1.) für den Veranlagungszeitraum 1959/1960 (6. 7. 1959 bis 31. 12. 1960) siehe Bek. v. 18. 1. 1960 Beilage zum BAnz. Nr. 18 (S. 94 bis 120) u. 2.) für den Veranlagungszeitraum 1961 siehe Bek. v. 2. 12. 1960 Beilage zum BAnz. Nr. 236

(2) Bei Ehegatten, die nach §§ 26, 26b zusammen veranlagt werden, ist die Einkommensteuer in der Weise zu ermitteln, daß die Einkommensteuer von der Hälfte des zu versteuernden Einkommensbetrags nach Absatz 1 errechnet und der sich ergebende Betrag sodann verdoppelt wird.

(3) Absatz 2 gilt auch bei verwitweten Personen, die im Zeitpunkt des Todes ihres Ehegatten von diesem nicht dauernd getrennt gelebt haben,

1. in dem Veranlagungszeitraum, in dem der Ehegatte verstorben ist und in dem folgenden Veranlagungszeitraum;
2. wenn ihnen für den Veranlagungszeitraum ein Kinderfreibetrag für ein Kind zusteht oder auf Antrag zu gewähren ist, das aus der Ehe mit dem Verstorbenen hervorgegangen ist oder für das den Ehegatten auch in dem Veranlagungszeitraum, in dem der Ehegatte verstorben ist, ein Kinderfreibetrag (Kinderermäßigung) zustand oder auf Antrag zu gewähren war.

### § 33

#### Außergewöhnliche Belastungen

(1) Erwachsen einem Steuerpflichtigen zwangsläufig größere Aufwendungen als der überwiegenden Mehrzahl der Steuerpflichtigen gleicher Einkommensverhältnisse, gleicher Vermögensverhältnisse und gleichen Familienstands (außergewöhnliche Belastung), so wird auf Antrag die Einkommensteuer dadurch ermäßigt, daß der Teil der Aufwendungen, der die dem Steuerpflichtigen zumutbare Eigenbelastung übersteigt, vom Einkommen abgezogen wird. Die Höhe der zumutbaren Eigenbelastung ist nach der Höhe des Einkommens und nach dem Familienstand zu staffeln; das Nähere wird durch Rechtsverordnung bestimmt.

(2) Aufwendungen erwachsen dem Steuerpflichtigen zwangsläufig, wenn er sich ihnen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann und soweit die Aufwendungen den Umständen nach notwendig sind und einen angemessenen Betrag nicht übersteigen. Aufwendungen, die zu den Betriebsausgaben, Werbungskosten oder Sonderausgaben gehören, bleiben dabei außer Betracht.

### § 33 a

#### Außergewöhnliche Belastung in besonderen Fällen

(1) Erwachsen einem Steuerpflichtigen zwangsläufig (§ 33 Abs. 2) Aufwendungen für den Unterhalt und eine etwaige Berufsausbildung von Personen, für die der Steuerpflichtige keinen Kinderfreibetrag erhält, so wird auf Antrag die Einkommensteuer dadurch ermäßigt, daß die Aufwendungen, höchstens jedoch ein Betrag von 1200<sup>6)</sup> Deutsche Mark im Kalenderjahr für jede unterhaltene Person, vom Einkommen abgezogen werden. Voraussetzung ist, daß die unterhaltene Person kein oder nur ein geringes Vermögen besitzt. Hat die unterhaltene Person andere Einkünfte oder Bezüge, die zur Bestreitung des Unterhalts bestimmt

<sup>6)</sup> Für den Veranlagungszeitraum 1961 gilt in den Absätzen 1 bis 4 an Stelle der Zahl „1200“ jeweils die Zahl „900“; vgl. § 52 Abs. 4.  
(Fußnote lt. BGBl. 1961 I 1276)

oder geeignet sind, so vermindert sich der Betrag von 1200 Deutsche Mark um den Betrag, um den diese Einkünfte und Bezüge den Betrag von 1200<sup>6)</sup> Deutsche Mark übersteigen. Werden die Aufwendungen für eine unterhaltene Person von mehreren Steuerpflichtigen getragen, so wird bei jedem der Teil des sich hiernach ergebenden Betrags abgezogen, der seinem Anteil am Gesamtbetrag der Leistungen entspricht.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 erhöht sich auf Antrag der Betrag von 1200<sup>6)</sup> Deutsche Mark um 1200<sup>6)</sup> Deutsche Mark im Kalenderjahr, wenn dem Steuerpflichtigen für die auswärtige Unterbringung einer in der Berufsausbildung befindlichen unterhaltenen Person Aufwendungen erwachsen. Absatz 1 Satz 4 ist entsprechend anzuwenden. Für ein Kind, für das der Steuerpflichtige einen Kinderfreibetrag erhält, wird auf Antrag ein Betrag von 1200<sup>6)</sup> Deutsche Mark vom Einkommen abgezogen, wenn im übrigen die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen. Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 vorliegen, erhalten für dasselbe Kind den Betrag von 1200<sup>6)</sup> Deutsche Mark nur einmal.

(3) Erwachsen einem Steuerpflichtigen Aufwendungen durch die Beschäftigung einer Hausgehilfin, so wird auf Antrag die Einkommensteuer dadurch ermäßigt, daß die Aufwendungen, höchstens jedoch ein Betrag von 1200<sup>6)</sup> Deutsche Mark im Kalenderjahr, vom Einkommen abgezogen werden, wenn

1. zum Haushalt des Steuerpflichtigen mindestens drei Kinder gehören, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder
2. zum Haushalt des Steuerpflichtigen mindestens zwei Kinder gehören, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und
  - a) der Steuerpflichtige verheiratet ist, von seinem Ehegatten nicht dauernd getrennt lebt und beide Ehegatten erwerbstätig sind, oder
  - b) der Steuerpflichtige unverheiratet und erwerbstätig ist,
 oder
3. der Steuerpflichtige oder sein nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte das 60. Lebensjahr vollendet hat  
oder
4. der Steuerpflichtige oder sein nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte oder ein zu seinem Haushalt gehöriges Kind oder eine andere zu seinem Haushalt gehörige unterhaltene Person, für die eine Ermäßigung nach Absatz 1 gewährt wird, nicht nur vorübergehend körperlich hilflos oder schwer körperbeschädigt ist oder die Beschäftigung einer Hausgehilfin wegen Krankheit einer der genannten Personen erforderlich ist.

<sup>6)</sup> Für den Veranlagungszeitraum 1961 gilt in den Absätzen 1 bis 4 an Stelle der Zahl „1200“ jeweils die Zahl „900“; vgl. § 52 Abs. 4.  
(Fußnote lt. BGBl. 1961 I 1276)

Eine Steuerermäßigung für mehr als eine Hausgehilfin steht dem Steuerpflichtigen nur zu, wenn zu seinem Haushalt mindestens fünf Kinder gehören, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 vorliegen, erhalten den Betrag von 1200<sup>9)</sup> Deutsche Mark nur einmal.

(4) Für jeden vollen Kalendermonat, in dem die in den Absätzen 1 bis 3 bezeichneten Voraussetzungen nicht vorgelegen haben, ermäßigen sich die in den Absätzen 1 bis 3 bezeichneten Beträge von 1200<sup>9)</sup> Deutsche Mark um je ein Zwölftel.

(5) In den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 und der Absätze 2 und 3 kann wegen der in diesen Vorschriften bezeichneten Aufwendungen der Steuerpflichtige eine Steuerermäßigung nach § 33 nicht in Anspruch nehmen.

(6) Wegen der außergewöhnlichen Belastungen Körperbehinderter, denen auf Grund ihrer Behinderung nach gesetzlichen Vorschriften Renten oder andere laufende Bezüge zustehen, sind durch Rechtsverordnungen Pauschbeträge festzusetzen. Diese sind nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit zu staffeln. Die Regelung kann auch auf andere Gruppen von ähnlichen Fällen ausgedehnt werden, soweit bei diesen übersichtliche Verhältnisse gegeben sind, die eine einheitliche Beurteilung ermöglichen.

#### § 34

##### Steuersätze bei außerordentlichen Einkünften

(1) Sind in dem Einkommen außerordentliche Einkünfte enthalten, so ist auf Antrag die Einkommensteuer für die außerordentlichen Einkünfte auf 10 bis 30 vom Hundert der außerordentlichen Einkünfte zu bemessen. Auf die anderen Einkünfte ist die Einkommensteuertabelle anzuwenden.

(2) Als außerordentliche Einkünfte im Sinn des Absatzes 1 kommen nur in Betracht

1. Veräußerungsgewinne im Sinn der §§ 14, 16, 17 und 18 Abs. 3;
2. Entschädigungen im Sinn des § 24 Ziff. 1;
3. Zinsen, die nach §§ 14, 34 und 43 des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 137) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiet des Finanzwesens vom 23. März 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 232) bei der Einlösung von Auslosungsrechten bezogen werden.

(3) Einkünfte, die die Entlohnung für eine Tätigkeit darstellen, die sich über mehrere Jahre erstreckt, unterliegen der Einkommensteuer zu den gewöhnlichen Steuersätzen. Zum Zweck der Einkommensteuerveranlagung können diese Einkünfte auf die Jahre verteilt werden, in deren Verlauf sie erzielt wurden, und als Einkünfte eines jeden dieser Jahre angesehen werden, vorausgesetzt, daß die Gesamtverteilung drei Jahre nicht überschreitet.

<sup>9)</sup> Für den Veranlagungszeitraum 1961 gilt in den Absätzen 1 bis 4 an Stelle der Zahl „1200“ jeweils die Zahl „900“; vgl. § 52 Abs. 4.  
(Fußnote lt. BGBl. 1961 I 1276)

(4) Die Steuersätze nach Absatz 1 sind auf Antrag bei Steuerpflichtigen mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit oder aus selbständiger Arbeit, die aus einer Berufstätigkeit im Sinn des § 18 Abs. 1 Ziff. 1 bezogen werden, auf Nebeneinkünfte aus wissenschaftlicher, künstlerischer oder schriftstellerischer Tätigkeit unter folgenden Voraussetzungen anzuwenden:

1. Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit oder die Einkünfte aus der Berufstätigkeit müssen die übrigen Einkünfte überwiegen;
2. die Einkünfte aus wissenschaftlicher, künstlerischer oder schriftstellerischer Tätigkeit dürfen nicht zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gehören und müssen von den Einkünften aus der Berufstätigkeit abgrenzbar sein.

Die Steuersätze nach Absatz 1 sind in diesen Fällen auf die Einkünfte aus wissenschaftlicher, künstlerischer oder schriftstellerischer Tätigkeit anzuwenden, die 50 vom Hundert der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit oder aus der Berufstätigkeit nicht übersteigen.

#### § 34 a

##### Steuerfreiheit bestimmter Zuschläge zum Arbeitslohn

Die gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit sind steuerfrei, wenn der Arbeitslohn insgesamt 15 000 Deutsche Mark im Kalenderjahr nicht übersteigt.

#### § 34 b

##### Steuersätze bei außerordentlichen Einkünften aus Forstwirtschaft

(1) Wird ein Bestandsvergleich für das stehende Holz nicht vorgenommen, so sind auf Antrag die ermäßigten Steuersätze dieser Vorschrift auf Einkünfte aus den folgenden Holznutzungsarten anzuwenden:

1. Außerordentliche Holznutzungen. Das sind Nutzungen, die außerhalb des festgesetzten Nutzungssatzes (Absatz 4 Ziff. 1) anfallen, wenn sie aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt sind. Bei der Bemessung ist die außerordentliche Nutzung des laufenden Wirtschaftsjahrs um die in den letzten drei Wirtschaftsjahren eingesparten Nutzungen (nachgeholte Nutzungen) zu kürzen. Außerordentliche Nutzungen und nachgeholte Nutzungen liegen nur insoweit vor, als die um die Holznutzungen infolge höherer Gewalt (Ziffer 2) verminderte Gesamtnutzung den Nutzungssatz übersteigt;
2. Holznutzungen infolge höherer Gewalt (Kalamitätsnutzungen). Das sind Nutzungen, die durch Eis-, Schnee-, Windbruch oder Windwurf, Erdbeben, Berggrutsch, Insektenfraß, Brand oder ein anderes Naturereignis, das in seinen Folgen den angeführten Ereignissen gleichkommt, verursacht werden. Zu diesen rechnen nicht die Schäden, die in der Forstwirtschaft regelmäßig entstehen.

(2) Bei der Ermittlung der Einkünfte aus den einzelnen Holznutzungsarten sind

1. die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten, Grundsteuer und Zwangsbeiträge, soweit sie zu den festen Betriebsausgaben gehören, bei den Einnahmen aus ordentlichen Holznutzungen und Holznutzungen infolge höherer Gewalt, die innerhalb des Nutzungssatzes (Absatz 4 Ziff. 1) anfallen, zu berücksichtigen. Sie sind entsprechend der Höhe der Einnahmen aus den bezeichneten Holznutzungen auf diese zu verteilen;
2. die anderen Betriebsausgaben entsprechend der Höhe der Einnahmen aus allen Holznutzungsarten auf diese zu verteilen.

(3) Die Einkommensteuer bemißt sich

1. bei Einkünften aus außerordentlichen Holznutzungen im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 1 nach den Steuersätzen des § 34 Abs. 1 Satz 1;
2. bei Einkünften aus nachgeholten Nutzungen im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 1 nach dem durchschnittlichen Steuersatz, der sich bei Anwendung der Einkommensteuertabelle auf das Einkommen ohne Berücksichtigung der Einkünfte aus außerordentlichen Holznutzungen, nachgeholten Nutzungen und Holznutzungen infolge höherer Gewalt ergibt, mindestens jedoch auf 10 vom Hundert der Einkünfte aus nachgeholten Nutzungen;
3. bei Einkünften aus Holznutzungen infolge höherer Gewalt im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 2,
  - a) soweit sie im Rahmen des Nutzungssatzes (Absatz 4 Ziff. 1) anfallen, nach den Steuersätzen der Ziffer 1,
  - b) soweit sie den Nutzungssatz übersteigen, nach den halben Steuersätzen der Ziffer 1.

(4) Die Steuersätze des Absatzes 3 sind nur unter den folgenden Voraussetzungen anzuwenden:

1. Auf Grund eines amtlich anerkannten Betriebsgutachtens oder durch ein Betriebswerk muß periodisch für zehn Jahre ein Nutzungssatz festgesetzt sein. Dieser muß den Nutzungen entsprechen, die unter Berücksichtigung der vollen jährlichen Ertragsfähigkeit des Waldes in Festmetern nachhaltig erzielbar sind;
2. die in einem Wirtschaftsjahr erzielten verschiedenen Nutzungen müssen mengenmäßig nachgewiesen werden;
3. wenn eine gesetzliche Verpflichtung besteht, Bücher zu führen, müssen diese ordnungsmäßig geführt werden;
4. Schäden infolge höherer Gewalt müssen unverzüglich nach Feststellung des Schadensfalls dem zuständigen Finanzamt mitgeteilt werden.

### Steuerermäßigung bei ausländischen Einkünften

(1) Bei unbeschränkt Steuerpflichtigen, die mit ihren aus einem ausländischen Staat stammenden Einkünften in diesem Staat zu einer der deutschen Einkommensteuer entsprechenden Steuer herangezogen werden, ist die festgesetzte und gezahlte ausländische Steuer auf die deutsche Einkommensteuer anzurechnen, die auf die Einkünfte aus diesem Staat entfällt. Die auf diese ausländischen Einkünfte entfallende deutsche Einkommensteuer ist in der Weise zu ermitteln, daß die sich bei der Veranlagung des Einkommens (einschließlich der ausländischen Einkünfte) ergebende deutsche Einkommensteuer im Verhältnis dieser ausländischen Einkünfte zum Gesamtbetrag der Einkünfte aufgeteilt wird. Die ausländischen Steuern sind nur insoweit anzurechnen, als sie auf die im Veranlagungszeitraum bezogenen Einkünfte entfallen.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn die Einkünfte aus einem ausländischen Staat stammen, mit dem ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung besteht.

(3) Die obersten Finanzbehörden der Länder können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die auf ausländische Einkünfte entfallende deutsche Einkommensteuer ganz oder zum Teil erlassen oder in einem Pauschbetrag festsetzen, wenn es aus volkswirtschaftlichen Gründen zweckmäßig ist oder die Anwendung des Absatzes 1 besonders schwierig ist.

(4) Bei ausländischen Einkünften unbeschränkt Steuerpflichtiger aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr können die obersten Finanzbehörden der Länder mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen und im Benehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die Einkommensteuer in einem Pauschbetrag festsetzen. Dabei gelten 50 vom Hundert der Einkünfte aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr als ausländische Einkünfte im Sinn des Satzes 1; Absatz 2 findet keine Anwendung. An Stelle der Pauschalierung nach den Sätzen 1 und 2 kann der Steuerpflichtige die Anwendung des Absatzes 1 verlangen.

(5) Absatz 1 ist auf unbeschränkt Steuerpflichtige, die Angehörige eines fremden Staates sind, nur anzuwenden, wenn dieser Staat den deutschen Staatsangehörigen, die in seinem Gebiet ihren Wohnsitz haben, eine der Regelung des Absatzes 1 entsprechende Steuervergünstigung gewährt.

(6) Durch Rechtsverordnung können Vorschriften erlassen werden über

1. den Begriff der ausländischen Einkünfte,
2. die Anrechnung ausländischer Steuern, wenn die ausländischen Einkünfte aus mehreren fremden Staaten stammen,
3. den Nachweis über die Höhe der festgesetzten und gezahlten ausländischen Steuern,

4. die Berücksichtigung ausländischer Steuern, die nachträglich erhoben oder zurückgezahlt werden,
5. die Anrechnung ausländischer Steuern, wenn ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung besteht, jedoch trotz dieses Abkommens eine Doppelbesteuerung bestehenbleibt, und
6. den Abzug ausländischer Steuern vom Einkommen, die nicht unter Absatz 1 fallen, vom Gesamtbetrag der Einkünfte.

## § 34 d \*

**Kapitalanlagen in Entwicklungsländern**

(1) Die obersten Finanzbehörden der Länder können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen auf Antrag bei Steuerpflichtigen, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln und nach dem 31. Dezember 1960 besonders förderungswürdige Entwicklungshilfe durch Kapitalanlagen in Entwicklungsländern leisten, zur Erleichterung dieser Entwicklungshilfe und zur Minderung des Wagnisses eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage zulassen, deren Höhe ein Drittel der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Kapitalanlagen nicht übersteigen darf. Die Rücklage ist vom dritten auf ihre Bildung folgenden Wirtschaftsjahr an jährlich mit je einem Fünftel gewinnerhöhend aufzulösen.

(2) Als Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in der Regel nur anzusehen

1. Beteiligungen an Kapitalgesellschaften in Entwicklungsländern, die anlässlich der Gründung oder einer Kapitalerhöhung erworben worden sind,
2. Einlagen in Personengesellschaften in Entwicklungsländern zum Zweck der Gründung oder einer erheblichen Erweiterung des Unternehmens und
3. Betriebsvermögen, das einem Betrieb oder einer Betriebsstätte des Steuerpflichtigen in Entwicklungsländern zum Zweck der Gründung oder einer erheblichen Erweiterung des Betriebs (der Betriebsstätte) zugeführt worden ist.

Die Rücklage darf nur zugelassen werden, wenn die Gesellschaft, der Betrieb oder die Betriebsstätte in Entwicklungsländern ausschließlich oder fast ausschließlich die Herstellung oder Lieferung von Waren, die Gewinnung von Bodenschätzen oder die Bewirkung gewerblicher Leistungen zum Gegenstand hat.

(3) Bei der Bemessung der Rücklage sind die Kapitalanlagen in der Regel nur zu berücksichtigen, soweit die zugeführten Mittel zur Anschaffung oder Herstellung abnutzbarer Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens verwendet werden oder soweit die zugeführten Mittel in abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens bestehen. Werden Kapitalanlagen mit dem niedrigeren Teilwert angesetzt, so

ist insoweit eine Rücklage nicht zuzulassen und die vorzeitige Auflösung einer bereits gebildeten Rücklage vorzusehen.

(4) Die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 gelten nur für Entwicklungshilfe durch Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, die vor dem 1. Januar 1963 geleistet worden ist.

**V. Entrichtung der Steuer****1. Vorauszahlungen**

## § 35

**Bemessung und Entrichtung der Vorauszahlungen**

(1) Der Steuerpflichtige hat am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember Vorauszahlungen zu entrichten.

(2) Die Vorauszahlungen bemessen sich grundsätzlich nach der Steuer, die sich nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (§ 47 Abs. 1 Ziff. 2) bei der letzten Veranlagung ergeben hat. Das Finanzamt kann die Vorauszahlungen der Steuer anpassen, die sich für den laufenden Veranlagungszeitraum voraussichtlich ergeben wird.

## §§ 36 und 37

*(gestrichen)***2. Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer) \***

## § 38

**Erhebung der Lohnsteuer, Lohnsteuerkarte, Haftung**

(1) Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben (Lohnsteuer). Dabei finden die Vorschriften des § 32 mit Ausnahme des Absatzes 2 Ziff. 4 Satz 3 und die Vorschriften des § 32a Abs. 2 und 3 entsprechende Anwendung.

(2) Die Gemeindebehörde hat für die Lohnsteuerberechnung dem Arbeitnehmer unentgeltlich eine Lohnsteuerkarte auszuschreiben. Der Arbeitnehmer hat die Lohnsteuerkarte seinem Arbeitgeber vor Beginn des Kalenderjahrs oder vor Beginn des Dienstverhältnisses auszuhändigen. Der Arbeitgeber hat die Lohnsteuerkarte während der Dauer des Dienstverhältnisses aufzubewahren. Endet das Dienstverhältnis vor dem Schluß des Kalenderjahrs, so hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer die Lohnsteuerkarte zurückzugeben. Das Verfahren hinsichtlich der Ausschreibung der Lohnsteuerkarten und das Verfahren hinsichtlich der Behandlung der Lohnsteuerkarten am Schluß des Kalenderjahrs und bei Beendigung des Dienstverhältnisses im Laufe des Kalenderjahrs wird durch Rechtsverordnung geregelt.

(3) Der Arbeitnehmer ist beim Steuerabzug vom Arbeitslohn Steuerschuldner. Der Arbeitgeber haftet

für die Einbehaltung und Abführung der Lohnsteuer. Der Arbeitnehmer (Steuerschuldner) wird nur in Anspruch genommen,

1. wenn der Arbeitgeber den Arbeitslohn nicht vorschriftsmäßig gekürzt hat oder
2. wenn der Arbeitnehmer weiß, daß der Arbeitgeber die einbehaltene Lohnsteuer nicht vorschriftsmäßig abgeführt hat, und dies dem Finanzamt nicht unverzüglich mitteilt oder
3. wenn der Arbeitnehmer eine Verpflichtung, seine Lohnsteuerkarte berichtigen zu lassen, nicht rechtzeitig erfüllt oder
4. wenn eine Nachversteuerung nach § 10 Abs. 2 durchzuführen ist.

#### § 39\*

##### **Jahresarbeitslohn, Jahreslohnsteuer, Jahreslohnsteuertabelle**

(1) Die Lohnsteuer (Jahreslohnsteuer) bemißt sich nach dem Arbeitslohn, den der Arbeitnehmer im Kalenderjahr (Erhebungszeitraum) bezogen hat (Jahresarbeitslohn). Die Jahreslohnsteuer ergibt sich aus der Jahreslohnsteuertabelle. Diese ist auf der Grundlage der diesem Gesetz beigefügten Anlage (Einkommensteuertabelle) unter Bildung von Steuerklassen durch Rechtsverordnung aufzustellen. Dabei sind die Pauschbeträge für Werbungskosten (§ 9a Ziff. 1) und für Sonderausgaben (§ 10c Ziff. 1), die Kinderfreibeträge (§ 32 Abs. 2) und die Sonderfreibeträge (§ 32 Abs. 3 Ziff. 1) zu berücksichtigen.

(2) Für die Eintragung der Steuerklasse und der Zahl der Kinder bei Ausschreibung der Lohnsteuerkarte sind die Verhältnisse zu Beginn des Kalenderjahrs maßgebend, für das die Lohnsteuerkarte ausgeschrieben wird. Treten bei einem Arbeitnehmer die Voraussetzungen für eine ihm günstigere Steuerklasse ein oder erhöht sich die Zahl der zu berücksichtigenden Kinder, so ist die Lohnsteuerkarte auf Antrag zu ergänzen.

(3) Die Höhe und die Berechnung der Lohnsteuer werden in den folgenden Fällen durch Rechtsverordnung bestimmt:

1. wenn der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber keine Lohnsteuerkarte vorlegt;
2. wenn der Arbeitnehmer gleichzeitig in mehreren Dienstverhältnissen steht;
3. wenn Ehegatten, die nicht dauernd getrennt leben, beide in einem Dienstverhältnis stehen;
4. wenn ein Zeitraum, für den der Arbeitslohn gezahlt wird, nicht festgestellt werden kann;
5. wenn der Arbeitnehmer in einem Lohnzahlungszeitraum Zuschüsse auf Grund der Vorschriften des § 1 des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle vom 26. Juni 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 649) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung

§ 39 Abs. 1: Jahreslohnsteuertabelle siehe Anlage zu § 1 Zweite V über die Jahreslohnsteuertabelle 611-2-4  
§ 39 Abs. 3 Nr. 5: G v. 26. 6. 1957 826-11

dieses Gesetzes vom 12. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 913) erhalten hat; in diesem Fall ist die Lohnsteuer nach dem Arbeitslohn für die Arbeitstage zu berechnen.

#### § 40

##### **Vom Arbeitslohn abzuziehende Beträge**

(1) Auf Antrag des Arbeitnehmers sind für die Berechnung der Lohnsteuer vom Arbeitslohn abzuziehen

1. Werbungskosten, die bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit zu berücksichtigen sind, soweit die Werbungskosten den in § 9a Ziff. 1 bezeichneten Pauschbetrag übersteigen;
2. Sonderausgaben (§§ 10, 10b), soweit sie den in § 10c Ziff. 1 bezeichneten Pauschbetrag übersteigen. Sonderausgaben von Ehegatten, die beide Arbeitnehmer sind und bei denen die Voraussetzungen für eine Zusammenveranlagung nach § 26 Abs. 1 vorliegen, sind, soweit sie die den Ehegatten nach § 10c Ziff. 1 zustehenden Pauschbeträge übersteigen, bei jedem Ehegatten zur Hälfte zu berücksichtigen, wenn nicht die Ehegatten eine andere Aufteilung beantragen;
3. der Altersfreibetrag (§ 32 Abs. 3 Ziff. 2);
4. der Betrag, der nach §§ 33 und 33a wegen außergewöhnlicher Belastung zu gewähren ist;
5. der Verlust bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, der bei Inanspruchnahme der erhöhten Absetzungen nach § 7b entsteht.

(2) Das Finanzamt hat die nach Absatz 1 vom Arbeitslohn abzuziehenden Beträge auf der Lohnsteuerkarte einzutragen.

(3) Durch Rechtsverordnung kann zugelassen werden, daß das Finanzamt in noch nicht übersehbaren Fällen die Eintragung nach Absatz 2 vorläufig vornehmen kann. Außerdem können durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Erstattung und über die Nachforderung von Lohnsteuer für die Fälle erlassen werden, in denen sich nach Ablauf des Kalenderjahrs ergibt, daß die vorläufige Eintragung von der endgültigen Feststellung abweicht; es kann dabei angeordnet werden, daß geringfügige Abweichungen außer Betracht bleiben.

#### § 41\*

##### **Einbehaltung der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber**

(1) Der Arbeitgeber hat die Lohnsteuer bei jeder Lohnzahlung für den Arbeitnehmer einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen, in dessen Bezirk der Betrieb oder Teilbetrieb liegt, in dem der Arbeitslohn und die Lohnsteuer berechnet und die Lohnsteuerkarten der Arbeitnehmer aufbewahrt werden. Durch Rechtsverordnung kann die Abführung der Lohnsteuer für Bezüge aus öffentlichen Kassen anders geregelt werden. Wenn der Arbeits-

§ 41 Abs. 2: Jahreslohnsteuertabelle siehe Fußnote zu § 39 Abs. 1; Lohnsteuertabellen für monatliche, wöchentliche u. tägliche Lohnzahlungen siehe Bek. v. 21. 12. 1961 Beilage zum BAnz. 1962 Nr. 6

lohn ganz oder teilweise aus Sachbezügen (§ 8) besteht und der Barlohn zur Deckung der Lohnsteuer nicht ausreicht, so hat der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber den zur Deckung der Lohnsteuer erforderlichen Betrag zu zahlen. Unterläßt das der Arbeitnehmer, so hat der Arbeitgeber einen entsprechenden Teil der Sachbezüge zurückzubehalten und die Lohnsteuer abzuführen.

(2) Die Höhe der einzubehaltenden Lohnsteuer richtet sich nach den für den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum maßgebenden Lohnsteuertabellen. Diese Lohnsteuertabellen sind aus der Jahreslohnsteuertabelle abzuleiten. Die Lohnstufen und die Lohnsteuer haben zu betragen, wenn der Arbeitslohn gezahlt wird

- für einen monatlichen Zeitraum,  
 $\frac{1}{12}$  des Jahresbetrags,
- für nicht mehr als einen Arbeitstag,  
 $\frac{1}{26}$  des Monatsbetrags,
- für volle Arbeitswochen,  
 $\frac{6}{26}$  des Monatsbetrags.

Der Bundesminister der Finanzen hat die danach maßgebenden Lohnsteuertabellen aufzustellen und bekanntzumachen.

(3) Ergänzungen der Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte dürfen erst bei der Lohnzahlung berücksichtigt werden, bei der die ergänzte Lohnsteuerkarte dem Arbeitgeber vorliegt.

#### § 42 \*

##### Lohnsteuer-Jahresausgleich

(1) Übersteigt die im Laufe des Kalenderjahrs einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Jahreslohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag gegenüber der Jahreslohnsteuer erstattet (Lohnsteuer-Jahresausgleich). Ein Lohnsteuer-Jahresausgleich wird nicht durchgeführt, wenn der Arbeitnehmer zu veranlagten ist.

(2) Das Verfahren zur Durchführung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs wird durch Rechtsverordnung geregelt. Dabei kann insbesondere bestimmt werden,

1. daß in gewissen Gruppen von Fällen der Lohnsteuer-Jahresausgleich nicht vom Finanzamt, sondern innerhalb einer bestimmten Frist vom Arbeitgeber durchgeführt wird;
2. daß der Lohnsteuer-Jahresausgleich vom Arbeitnehmer auch zur nachträglichen Geltendmachung vom Arbeitslohn abzuziehender Beträge oder einer günstigeren Steuerklasse oder einer höheren Zahl der zu berücksichtigenden Kinder beantragt werden kann;
3. daß der Lohnsteuer-Jahresausgleich beim Finanzamt nur innerhalb einer bestimmten Frist beantragt werden kann;
4. daß für Ehegatten, die beide Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen haben und bei denen die Voraussetzungen für eine Zusammenveranlagung nach § 26 Abs. 1 vorliegen, ein gemeinsamer Lohnsteuer-Jahresausgleich durchgeführt wird.

§ 42: Siehe V über den Lohnsteuer-Jahresausgleich (JAV) 611-2-4

#### § 42 a

##### Bemessung der Lohnsteuer nach Vomhundertsätzen

(1) Zum Zweck der Vereinfachung des Verfahrens kann durch Rechtsverordnung

1. angeordnet werden, daß sich die Lohnsteuer für Bezüge, die der Arbeitnehmer neben dem laufenden Arbeitslohn erhält (sonstige Bezüge), aus dem voraussichtlichen Jahresarbeitslohn des Kalenderjahrs errechnet, in dem die sonstigen Bezüge zufließen;
2. zugelassen werden, daß auf Antrag des Arbeitgebers bei bestimmten sonstigen Bezügen, die der Arbeitgeber in einer größeren Zahl von Fällen gewährt, die Lohnsteuer nach einem Vomhundertsatz (Pauschsteuersatz) erhoben wird, der sich für diese Bezüge unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 39 im Durchschnitt ergibt. Voraussetzung ist, daß der Arbeitgeber die Lohnsteuer übernimmt. Die bezeichneten Bezüge und die davon erhobene Lohnsteuer bleiben bei einer Veranlagung zur Einkommensteuer und beim Lohnsteuer-Jahresausgleich außer Betracht.

(2) Das Finanzamt kann zulassen, daß die Lohnsteuer nach einem unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 39 zu ermittelnden Vomhundertsatz (Pauschsteuersatz) erhoben wird,

1. wenn in anderen als den in Absatz 1 Ziff. 2 bezeichneten Fällen von einem Arbeitgeber sonstige Bezüge in einer größeren Zahl von Fällen gewährt werden oder
2. wenn in einer größeren Zahl von Fällen Lohnsteuer vom Arbeitgeber nachzuerheben ist, weil er den Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht oder in zu geringer Höhe vorgenommen hat, oder
3. wenn Bezüge an kurzfristig beschäftigte Arbeitnehmer oder an Arbeitnehmer gezahlt werden, die in geringem Umfang und gegen geringen Arbeitslohn tätig sind.

In den Fällen der Ziffern 1 und 2 ist Voraussetzung, daß eine Berechnung der Lohnsteuer nach § 39 schwierig ist oder einen unverhältnismäßigen Arbeitsaufwand erfordern würde. Die Anwendung des Verfahrens kann davon abhängig gemacht werden, daß der Arbeitgeber die Lohnsteuer übernimmt und daß die Bezüge und die davon einbehaltene Lohnsteuer bei einer Veranlagung und beim Lohnsteuer-Jahresausgleich außer Betracht bleiben.

### 3. Steuerabzug vom Kapitalertrag (Kapitalertragsteuer) \*

#### § 43 \*

##### Steuerabzugspflichtige Kapitalerträge

(1) Bei den folgenden inländischen Kapitalerträgen wird die Einkommensteuer durch Abzug vom Kapitalertrag (Kapitalertragsteuer) erhoben:

Überschrift vor § 43: Kapitalertragsteuer-Durchführungsverordnung (KapStDV) 611-3

§ 43 Abs. 1 Nr. 1 „Reichsbank“: In Liquidation siehe RBankLiquG 7620-6

§ 43 Abs. 1 Nrn. 3 u. 5: GG 100-1

1. Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen, Ausbeuten und sonstigen Bezügen aus Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Kolonialgesellschaften, aus Anteilen an der Reichsbank und an bergbautreibenden Vereinigungen, die die Rechte einer juristischen Person haben. Dazu gehören nicht Gewinnanteile und sonstige Bezüge im Sinn des § 3b und nicht Zinsen aus Wandelanleihen und Gewinnobligationen, soweit sie unter Ziffer 3 oder 5 fallen;
2. Einkünften aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter;
3. Zinsen aus im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) nach dem 20. Juni 1948 — in Berlin (West) nach dem 24. Juni 1948 — und vor dem 1. April 1952 ausgegebenen Industrieobligationen und vor dem 1. April 1952 ausgegebenen Wandelanleihen und Gewinnobligationen. Die Vorschrift des § 3a Abs. 1 Ziff. 3 letzter Satz bleibt unberührt;
4. Zinsen aus nach dem 31. März 1952 ausgegebenen festverzinslichen Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, wenn die Zinsen nicht nach § 3a Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe b oder Ziff. 4 steuerfrei sind, unter folgenden Voraussetzungen:
  - a) Die Wertpapiere dürfen bis zur Dauer von einschließlich drei Jahren nicht kündbar und nicht rückzahlbar sein,
  - b) nach den Anleihebedingungen darf die Laufzeit der Wertpapiere zu den bei der Ausgabe vorgesehenen Zinsbedingungen für die Dauer von weniger als drei Jahren nicht geändert werden;
5. Zinsen aus anderen im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) nach dem 31. März 1952 ausgegebenen festverzinslichen Wertpapieren (einschließlich der Wandelanleihen und Gewinnobligationen) unter folgenden Voraussetzungen:
  - a) Die Wertpapiere müssen spätestens innerhalb eines Jahres nach der Ausgabe zum Handel an einer Börse im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West) zugelassen werden,
  - b) die Wertpapiere dürfen auf die Dauer von mindestens fünf Jahren nicht kündbar und nicht rückzahlbar sein,
  - c) nach den Anleihebedingungen darf die Laufzeit der Wertpapiere zu den bei der Ausgabe vorgesehenen Zinsbedingungen für die Dauer von fünf Jahren nicht geändert werden.

Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf Zinsen, die nach § 3a steuerfrei sind. Die in Buchstabe a bezeichnete Voraussetzung gilt nicht für festverzinsliche Wertpapiere, die nach § 33 des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft zum Börsenhandel nicht zugelassen sind.

Die Vorschriften des § 3a Abs. 2 und 3 gelten für Anleihen im Sinn der Ziffern 3 bis 5 entsprechend.

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 Ziff. 4 und 5 gelten für Zinsen aus Anleihen im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 4 und 5, die vor dem 1. Januar 1955 ausgegeben worden sind.

(3) Steuerabzugspflichtige Kapitalerträge sind auch besondere Entgelte oder Vorteile, die neben den in Absatz 1 bezeichneten Kapitalerträgen oder an deren Stelle gewährt werden.

(4) Kapitalerträge sind als inländische anzusehen, wenn der Schuldner Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz im Inland hat.

(5) Die Vorschriften des Absatzes 1 Ziff. 3 bis 5 und des Absatzes 2 gelten nicht für Zinsen aus Anleihen, die im Saarland ausgegeben worden sind.

#### § 44

#### Bemessung und Entrichtung der Kapitalertragsteuer

(1) Die Kapitalertragsteuer beträgt

- |   |                 |
|---|-----------------|
| 1. in den Fällen des § 43<br>Abs. 1 Ziff. 1 und 2 | 25 vom Hundert, |
| 2. in den Fällen des § 43<br>Abs. 1 Ziff. 3 bis 5 | 30 vom Hundert  |

der Kapitalerträge.

(2) (entfällt)

(3) Der Schuldner hat die Kapitalertragsteuer für den Gläubiger einzubehalten. Er hat den Steuerabzug in dem Zeitpunkt vorzunehmen, in dem die Kapitalerträge dem Gläubiger zufließen, und die einbehaltenen Steuerabzüge innerhalb eines Monats an das Finanzamt abzuführen. Der Steuerabzug ist auch dann vorzunehmen, wenn die Kapitalerträge beim Gläubiger zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit oder aus Vermietung und Verpachtung gehören.

(4) Dem Steuerabzug unterliegen die vollen Kapitalerträge ohne Abzug.

(5) Der Gläubiger ist beim Steuerabzug vom Kapitalertrag (Kapitalertragsteuer) Steuerschuldner. Der Schuldner der Kapitalerträge haftet aber für die Einbehaltung und Abführung der Kapitalertragsteuer. Der Gläubiger (Steuerschuldner) wird nur in Anspruch genommen,

1. wenn der Schuldner die Kapitalerträge nicht vorschriftsmäßig gekürzt hat oder
2. wenn der Gläubiger weiß, daß der Schuldner die einbehaltenen Kapitalertragsteuer nicht vorschriftsmäßig abgeführt hat, und dies dem Finanzamt nicht unverzüglich mitteilt.

(6) Durch Rechtsverordnung kann angeordnet werden, daß bei bestimmten Gruppen von Steuerpflichtigen vom Steuerabzug vom Kapitalertrag abgesehen werden kann, wenn sichergestellt ist, daß dem für die Veranlagung jeweils zuständigen Finanzamt die Kapitalerträge, von denen hiernach der Steuerabzug nicht vorgenommen worden ist, bekanntwerden.

## § 45

(gestrichen)

**4. Veranlagung von Steuerpflichtigen mit steuerabzugspflichtigen Einkünften**

## § 46

**Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit**

(1) Besteht das Einkommen ganz oder teilweise aus Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, so wird eine Veranlagung stets durchgeführt, wenn das Einkommen mehr als 24 000 Deutsche Mark beträgt.

(2) Bei Einkommen bis zu 24 000 Deutsche Mark wird eine Veranlagung nur durchgeführt,

1. wenn die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, insgesamt mehr als 800 Deutsche Mark betragen;
2. wenn in dem Einkommen Einkünfte aus mehr als einem Dienstverhältnis enthalten sind, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterlegen haben, und der zu versteuernde Einkommensbetrag (§ 32 Abs. 1)
  - a) bei Personen, bei denen die Einkommensteuer nach § 32a Abs. 2 oder 3 zu ermitteln ist, 16 000 Deutsche Mark,
  - b) bei den nicht unter Buchstabe a fallenden Personen 8000 Deutsche Mark übersteigt;
3. wenn nach § 40 Abs. 1 Ziff. 5 bei der Berechnung der Lohnsteuer ein sich voraussichtlich für den Veranlagungszeitraum ergebender Verlust aus Vermietung und Verpachtung vom Arbeitslohn abgezogen worden ist;
4. wenn der Arbeitnehmer oder sein Ehegatte getrennte Veranlagung nach §§ 26, 26a beantragt;
5. wenn die Veranlagung beantragt wird
  - a) zur Anwendung der Vorschriften des § 34,
  - b) zur Berücksichtigung von Verlusten aus einer anderen Einkunftsart als derjenigen aus nichtselbständiger Arbeit, falls die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, zusammen einen Verlustbetrag ergeben,
  - c) zur Berücksichtigung von Verlustabzügen (§ 10d),
  - d) zur Anrechnung von Kapitalertragsteuer auf die Steuerschuld.

(3) In den Fällen des Absatzes 2 Ziff. 2 bis 4 und 5 Buchstaben a, c und d ist ein Betrag in Höhe der Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, vom Einkommen abzuziehen, wenn diese Einkünfte insgesamt nicht mehr als 800 Deutsche Mark betragen.

(4) Liegen die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 nicht vor, so gilt die Einkommensteuer, die auf die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit entfällt, für den Arbeitnehmer als abgegolten, wenn seine Haftung erloschen ist (§ 38 Abs. 3).

(5) Durch Rechtsverordnung kann in den Fällen des Absatzes 2 Ziff. 1 bis 4, in denen die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, den Betrag von 800 Deutsche Mark übersteigen, die Besteuerung so gemildert werden, daß auf die volle Besteuerung dieser Einkünfte stufenweise übergeleitet wird.

## § 46a

**Besondere Behandlung von Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder Kapitalvermögen im Sinn des § 43 Abs. 1 Ziff. 3 bis 5**

Die Einkommensteuer für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder Kapitalvermögen ist durch den Steuerabzug vom Kapitalertrag abgegolten, soweit es sich um Kapitalerträge im Sinn des § 43 Abs. 1 Ziff. 3 bis 5 handelt und die Haftung des Steuerpflichtigen erloschen ist. Auf Antrag des Steuerpflichtigen ist von der Anwendung des Satzes 1 abzusehen und die Veranlagung der Einkünfte im Sinn des § 43 Abs. 1 Ziff. 3 bis 5 zusammen mit den übrigen Einkünften vorzunehmen. Dem Antrag ist zu entsprechen, auch wenn in Fällen des § 46 Abs. 2 Ziff. 1 die Grenze von 800 Deutsche Mark nicht erreicht ist. § 46 Abs. 3 gilt bei einem Arbeitnehmer entsprechend.

**5. Abschlußzahlung**

## § 47

(1) Auf die Einkommensteuerschuld werden angerechnet

1. die für den Veranlagungszeitraum entrichteten Vorauszahlungen,
2. die durch Steuerabzug einbehaltenen Beträge, soweit sie auf die im Veranlagungszeitraum bezogenen Einkünfte entfallen.

(2) Ist die Einkommensteuerschuld größer als die Summe der Beträge, die nach Absatz 1 anzurechnen sind, so ist der Unterschiedsbetrag, soweit er den im Veranlagungszeitraum fällig gewordenen, aber nicht entrichteten Vorauszahlungen entspricht, sofort, im übrigen innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheids zu entrichten (Abschlußzahlung).

(3) Ist die Einkommensteuerschuld kleiner als die Summe der Beträge, die nach Absatz 1 anzurechnen sind, so wird der Unterschiedsbetrag nach Bekanntgabe des Steuerbescheids dem Steuerpflichtigen nach seiner Wahl entweder auf seine Steuerschuld gutgeschrieben oder zurückgezahlt.

**VI. Besteuerung nach dem Verbrauch**

## § 48

(1) Der Steuerpflichtige kann nach dem Verbrauch besteuert werden, wenn der Verbrauch im Kalenderjahr 10 000 Deutsche Mark überstiegen

hat und um mindestens die Hälfte höher ist als das Einkommen. Der Betrag von 10 000 Deutsche Mark erhöht sich um je 2000 Deutsche Mark für jedes Kind, für das dem Steuerpflichtigen ein Kinderfreibetrag nach § 32 Abs. 2 zusteht oder gewährt wird.

(2) Zum Verbrauch gehören alle Aufwendungen des Steuerpflichtigen für seinen Haushalt und für seine Lebensführung und die Lebensführung seiner Angehörigen.

(3) Zum Verbrauch gehören nicht

1. die Sonderausgaben (§ 10 Abs. 1);
2. die Steuern vom Einkommen und sonstige Personensteuern;
3. Ausgaben für Aussteuern oder Ausstattungen, soweit sie das den Verhältnissen des Steuerpflichtigen entsprechende Maß nicht überstiegen haben;
4. Ausgaben für politische, künstlerische, mildtätige, kirchliche, religiöse, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke;
5. Ausgaben, die durch Krankheiten, Todesfälle oder Unglücksfälle oder durch körperliche oder geistige Gebrechen verursacht sind;
6. Aufwendungen, die durch Geburt eines Kindes entstanden sind;
7. außerordentliche Aufwendungen, die durch den Unterhalt oder die Erziehung eines Kindes oder den Unterhalt eines bedürftigen Angehörigen entstanden sind;
8. Aufwendungen aus sozialen Beweggründen für Arbeitnehmer oder frühere Arbeitnehmer oder für ihre Angehörigen;
9. der Teil des Verbrauchs, den der Steuerpflichtige bestritten hat
  - a) aus Einkommen, das er in den letzten drei Jahren versteuert, aber nicht verbraucht hat,
  - b) aus Einnahmen, die nach §§ 3 bis 3b steuerfrei sind, oder aus Bezügen, die dem Steuerpflichtigen nach § 22 Ziff. 1 Satz 2 nicht zuzurechnen sind.

(4) Die Einkommensteuer nach dem Verbrauch beträgt nur die Hälfte der Steuer, die sich aus der Einkommensteuertabelle ergibt. Wenn der sich danach ergebende Steuerbetrag geringer ist als der Steuerbetrag, der sich bei Zugrundelegung des Einkommens ergeben würde, so ist der Besteuerung nicht der Verbrauch, sondern das Einkommen zugrunde zu legen.

## VII. Besteuerung beschränkt Steuerpflichtiger

### § 49\*

#### Beschränkt steuerpflichtige Einkünfte

(1) Inländische Einkünfte im Sinn der beschränkten Einkommensteuerpflicht (§ 1 Abs. 2) sind

1. Einkünfte aus einer im Inland betriebenen Land- und Forstwirtschaft (§§ 13, 14);

2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§§ 15, 16), für den im Inland eine Betriebsstätte unterhalten wird oder ein ständiger Vertreter bestellt ist, und Einkünfte aus der Veräußerung eines Anteils an einer inländischen Kapitalgesellschaft (§ 17);

3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 18), die im Inland ausgeübt oder verwertet wird oder worden ist;

4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19), die im Inland ausgeübt oder verwertet wird oder worden ist, und Einkünfte, die aus inländischen öffentlichen Kassen einschließlich der Kassen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundesbank mit Rücksicht auf ein gegenwärtiges oder früheres Dienstverhältnis gewährt werden;

5. Einkünfte aus Kapitalvermögen im Sinn des § 20 Abs. 1 Ziff. 1 und 2, wenn der Schuldner Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz im Inland hat, und Einkünfte im Sinn des § 20 Abs. 1 Ziff. 3 und 4, wenn das Kapitalvermögen durch inländischen Grundbesitz, durch inländische Rechte, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen, oder durch Schiffe, die in ein inländisches Schiffsregister eingetragen sind, unmittelbar oder mittelbar gesichert ist. Ausgenommen sind Zinsen aus Anleihen und Forderungen, die in ein öffentliches Schuldbuch eingetragen sind oder über die Teilschuldverschreibungen ausgegeben sind. Die Einkünfte aus Teilschuldverschreibungen unterliegen aber der beschränkten Steuerpflicht, wenn bei ihnen neben der festen Verzinsung ein Recht auf Umtausch in Gesellschaftsanteile (Wandelanleihen) oder eine Zusatzverzinsung eingeräumt ist, die sich nach der Höhe der Gewinnausschüttungen des Schuldners richtet (Gewinnobligationen), und wenn der Schuldner Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz im Inland hat;

6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21), wenn das unbewegliche Vermögen, die Sachinbegriffe oder Rechte im Inland belegen oder in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragen sind oder in einer inländischen Betriebsstätte verwertet werden;

7. sonstige Einkünfte im Sinn des § 22 Ziff. 1, soweit sie dem Steuerabzug unterworfen werden;

8. sonstige Einkünfte im Sinn des § 22 Ziff. 2, soweit es sich um Spekulationsgeschäfte mit inländischen Grundstücken oder mit inländischen Rechten handelt, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen.

(2) Abweichend von Absatz 1 Ziff. 2 sind Einkünfte steuerfrei, die ein Steuerpflichtiger mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in einem ausländischen Staat durch den Betrieb eigener oder

gecharterter Schiffe oder Luftfahrzeuge aus einem Unternehmen bezieht, dessen Geschäftsleitung sich in dem ausländischen Staat befindet. Voraussetzung für die Steuerbefreiung ist, daß dieser ausländische Staat Steuerpflichtigen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder Berlin (West) haben, eine entsprechende Steuerbefreiung für derartige Einkünfte gewährt.

#### § 50

##### Sondervorschriften für beschränkt Steuerpflichtige

(1) Beschränkt Steuerpflichtige dürfen Betriebsausgaben (§ 4 Abs. 4 bis 6) oder Werbungskosten (§ 9) nur insoweit abziehen, als sie mit inländischen Einkünften in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Die Vorschrift des § 10 ist nur hinsichtlich der als Sonderausgaben abzugsfähigen Teile der Vermögensabgabe anzuwenden. Die Vorschrift des § 10 d ist nur anzuwenden, wenn die in dieser Vorschrift bezeichneten Verluste in wirtschaftlichem Zusammenhang mit inländischen Einkünften stehen und der Gewinn auf Grund im Inland ordnungsmäßig geführter Bücher nach § 4 Abs. 1 oder nach § 5 ermittelt wird. Die Vorschriften des § 34 sind nur insoweit anzuwenden, als sie sich auf Gewinne aus der Veräußerung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs (§ 14), eines Gewerbebetriebs (§ 16), einer wesentlichen Beteiligung (§ 17) oder auf Veräußerungsgewinne im Sinn des § 18 Abs. 3 beziehen. Die übrigen Vorschriften der §§ 10 und 34 und die Vorschriften der §§ 9a, 10c, 32, 32a Abs. 3, §§ 33 und 33a sind nicht anzuwenden.

(2) Bei Einkünften, die dem Steuerabzug unterliegen, und bei Einkünften im Sinn des § 20 Abs. 1 Ziff. 3 und 4 ist für beschränkt Steuerpflichtige ein Ausgleich (§ 2 Abs. 2) mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten nicht zulässig.

(3) Die Einkommensteuer bemißt sich bei beschränkt Steuerpflichtigen, die veranlagt werden, nach § 32a Abs. 1; dabei ist ein Sonderfreibetrag von 840 Deutsche Mark vom Einkommen abzuziehen. Die Einkommensteuer beträgt mindestens 25 vom Hundert des Einkommens.

(4) Die Einkommensteuer für Einkünfte, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn oder vom Kapitalertrag oder dem Steuerabzug auf Grund des § 50a unterliegen, gilt bei beschränkt Steuerpflichtigen durch den Steuerabzug als abgegolten, wenn die Einkünfte nicht Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind. Die Höhe der Lohnsteuer wird durch Rechtsverordnung bestimmt.

(5) Das Finanzamt kann die Einkommensteuer bei beschränkt Steuerpflichtigen ganz oder zum Teil erlassen oder in einem Pauschbetrag festsetzen, wenn es aus volkswirtschaftlichen Gründen zweckmäßig ist oder eine gesonderte Berechnung der Einkünfte besonders schwierig ist.

(6) Die Absätze 1 bis 5 mit Ausnahme des Absatzes 3 Satz 2 gelten auch im Fall des § 1 Abs. 3.

#### § 50a

##### Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen

(1) Bei beschränkt steuerpflichtigen Mitgliedern des Aufsichtsrats (Verwaltungsrats) von inländi-

schen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und sonstigen Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und Personenvereinigungen des privaten und des öffentlichen Rechts, bei denen die Gesellschafter nicht als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen sind, unterliegen die Vergütungen jeder Art, die ihnen von den genannten Unternehmungen für die Überwachung der Geschäftsführung gewährt werden (Aufsichtsratsvergütungen), dem Steuerabzug (Aufsichtsratssteuer).

(2) Die Aufsichtsratssteuer beträgt

30 vom Hundert der Aufsichtsratsvergütungen, wenn der Empfänger die Steuer trägt, und

42,85 vom Hundert des an das Aufsichtsratsmitglied tatsächlich ausgezahlten Betrags, wenn das Unternehmen die Steuer übernimmt.

(3) Dem Steuerabzug unterliegt der volle Betrag der Aufsichtsratsvergütung ohne jeden Abzug. Werden Reisekosten (Tagegelder und Fahrtauslagen) besonders gewährt, so gehören sie zu den Aufsichtsratsvergütungen nur insoweit, als sie die tatsächlichen Auslagen übersteigen.

(4) Die Einkommensteuer wird bei beschränkt Steuerpflichtigen im Wege des Steuerabzugs erhoben

a) bei Einkünften aus der Ausübung oder Verwertung einer Tätigkeit als Künstler, Berufssportler, Schriftsteller, Journalist oder Bildberichterstatler, einschließlich solcher Tätigkeiten für den Rundfunk oder Fernsehfunk (§ 49 Abs. 1 Ziff. 2 bis 4),

b) bei Einkünften, die aus Vergütungen für die Nutzung oder das Recht auf Nutzung von Urheberrechten und gewerblichen Schutzrechten sowie von Plänen, Mustern, Verfahren und gewerblichen Erfahrungen und Kenntnissen herrühren (§ 49 Abs. 1 Ziff. 2, 3 und 6).

Der Steuerabzug beträgt

25 vom Hundert der Einnahmen, wenn der beschränkt Steuerpflichtige, und

33,33 vom Hundert der Einnahmen, wenn der Schuldner

die Steuer trägt.

Soweit eine Tätigkeit im Sinn des Buchstaben a im Inland ausgeübt wird oder ausgeübt worden ist, beträgt der Steuerabzug jedoch nur

15 vom Hundert der Einnahmen, wenn der beschränkt Steuerpflichtige, und

17,65 vom Hundert der Einnahmen, wenn der Schuldner

die Steuer trägt.

(5) Der Schuldner der Aufsichtsratsvergütung (Absatz 1) oder der Vergütungen (Absatz 4) hat den Steuerabzug für Rechnung des beschränkt steuerpflichtigen Gläubigers (Steuerschuldner) in dem Zeitpunkt vorzunehmen, in dem die Aufsichtsrats-

vergütung oder die Vergütungen dem Gläubiger zufließen. Er hat die innerhalb eines Kalender- vierteljahrs einbehaltene Steuer jeweils bis zum 10. des dem Kalendervierteljahr folgenden Monats an das für ihn zuständige Finanzamt abzuführen. Der beschränkt Steuerpflichtige ist beim Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen oder von Vergütungen Steuerschuldner. Der Schuldner der Aufsichtsratsvergütungen oder der Vergütungen haftet aber für die Einbehaltung und Abführung der Steuer. Der Steuerschuldner wird nur in Anspruch genommen,

1. wenn der Schuldner der Aufsichtsratsvergütung oder der Vergütungen diese nicht vorschriftsmäßig gekürzt hat oder
2. wenn der beschränkt steuerpflichtige Gläubiger weiß, daß der Schuldner die einbehaltene Steuer nicht vorschriftsmäßig abgeführt hat, und dies dem Finanzamt nicht unverzüglich mitteilt.

(6) Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden, daß bei Vergütungen für die Nutzung oder das Recht auf Nutzung von Urheberrechten (Absatz 4 Buchstabe b), wenn die Vergütungen nicht unmittelbar an den Gläubiger, sondern an einen Beauftragten geleistet werden, an Stelle des Schuldners der Vergütung der Beauftragte die Steuer einzubehalten und abzuführen hat und für die Einbehaltung und Abführung haftet.

(7) Das Finanzamt kann die Einkommensteuer von beschränkt steuerpflichtigen Einkünften, soweit diese nicht bereits dem Steuerabzug unterliegen, im Wege des Steuerabzugs erheben, wenn dies zur Sicherstellung des Steueranspruchs zweckmäßig ist. Das Finanzamt bestimmt hierbei die Höhe des Steuerabzugs.

## VIII. Ermächtigungs- und Schlußvorschriften

### § 51 \*

#### Ermächtigung

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates

1. zur Durchführung dieses Gesetzes Rechtsverordnungen zu erlassen, soweit dies zur Wahrung der Gleichmäßigkeit bei der Besteuerung, zur Beseitigung von Unbilligkeiten in Härtefällen oder zur Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens erforderlich ist, und zwar:
  - a) über die Abgrenzung der Steuerpflicht,
  - b) über die Ermittlung der Einkünfte und die Feststellung des Einkommens einschließlich der abzugsfähigen Beträge,
  - c) über die Veranlagung, die Anwendung der Tarifvorschriften und die Regelung der Steuerentrichtung einschließlich der Steuerabzüge,

§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. n Doppelbuchstabe aa u. Satz 3: I. d. F. d. § 46 Nrn. 1 u. 2 G v. 29. 7. 1963 I 549, 561, gem. § 48 anzuwenden mit Wirkung v. 1. 9. 1963

§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. q: II. WoBauG 2330-2

- d) über die Besteuerung der beschränkt Steuerpflichtigen einschließlich eines Steuerabzugs;
2. Vorschriften durch Rechtsverordnung zu erlassen
- a) über die sich aus der Aufhebung oder Änderung von Vorschriften dieses Gesetzes ergebenden Rechtsfolgen, soweit dies zur Wahrung der Gleichmäßigkeit bei der Besteuerung oder zur Beseitigung von Unbilligkeiten in Härtefällen erforderlich ist;
  - b) nach denen für jeweils zu bestimmende Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage für Preissteigerungen in Höhe eines Vomhundertsatzes des sich nach § 6 Abs. 1 Ziff. 2 Satz 1 ergebenden Werts dieser Wirtschaftsgüter zugelassen werden kann, wenn ihre Börsen- oder Marktpreise (Wiederbeschaffungspreise) am Bilanzstichtag gegenüber den Börsen- oder Marktpreisen (Wiederbeschaffungspreisen) am vorangegangenen Bilanzstichtag wesentlich gestiegen sind. Der Vomhundertsatz ist nach dem Umfang dieser Preissteigerung zu bestimmen; dabei ist ein angemessener Teil der Preissteigerung unberücksichtigt zu lassen. Die Rücklage für Preissteigerungen ist spätestens bis zum Ende des auf die Bildung folgenden sechsten Wirtschaftsjahrs gewinnerhöhend aufzulösen. Bei wesentlichen Preisenkungen, die auf die Preissteigerungen im Sinn des Satzes 1 folgen, kann die volle oder teilweise Auflösung der Rücklage zu einem früheren Zeitpunkt bestimmt werden;
  - c) über eine Beschränkung des Abzugs von Ausgaben zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke im Sinn des § 10b auf Zuwendungen an bestimmte Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen sowie über eine Anerkennung gemeinnütziger Zwecke als besonders förderungswürdig;
  - d) über eine Ermäßigung der Einkommensteuer bis auf die Hälfte bei Einkünften, die freie Erfinder aus volkswirtschaftlich wertvollen Versuchen oder Erfindungen haben, und über den Abzug der durch die Erfindertätigkeit verursachten Aufwendungen und Verluste sowie über das zeitliche Ausmaß dieser Begünstigungen;
  - e) über eine Ermäßigung der Lohnsteuer bis auf die Hälfte für Vergütungen, die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern für schutzfähige und aus der Arbeit des Arbeitnehmers im Betrieb entstandene Erfindungen zahlen, sowie über die Abgeltung der Einkommensteuer im Fall der Veranlagung;
  - f) über die volle oder teilweise Steuerfreiheit von Prämien für Verbesserungs-

- vorschläge, die Arbeitgeber an ihre Arbeitnehmer zahlen, soweit sich die Prämie in mäßigem Rahmen hält und Mißbräuche ausgeschlossen sind;
- g) über die Festsetzung abweichender Vorauszahlungstermine;
- h) nach denen Steuerpflichtige, die eine im besonderen Maße der minderbemittelten Bevölkerung dienende private Krankenanstalt betreiben, der Abnutzung unterliegende Wirtschaftsgüter, die zum Anlagevermögen dieser Anstalten gehören, in Höhe eines Vomhundertsatzes der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abschreiben können;
- i) über die Abschreibungsfreiheit zur Förderung des Baues von Landesarbeiterwohnungen und über eine Steuerermäßigung beim Bau von Heuerlings- und Werkwohnungen für ländliche Arbeiter;
- k) über eine Abschreibungsfreiheit oder Steuerermäßigungen für bestimmte Wirtschaftsgebäude, für Um- und Ausbauten an Wirtschaftsgebäuden, für bestimmte bewegliche Güter des Anlagevermögens einschließlich Betriebsvorrichtungen bei buchführenden und nichtbuchführenden Land- und Forstwirten. Dabei ist für diese Wirtschaftsgebäude sowie für Um- und Ausbauten von einer höchstens 30jährigen Nutzungsdauer auszugehen;
- l) über Sonderabschreibungen bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, Schädigungen durch Abwässer zu beseitigen oder zu verringern, und die in der Zeit vom 1. Januar 1955 bis zum 31. Dezember 1965 von Steuerpflichtigen, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 ermitteln, angeschafft oder hergestellt werden. Voraussetzung ist, daß die Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter im öffentlichen Interesse erforderlich ist. Die Sonderabschreibungen können auch bei Zuschüssen zur Finanzierung der Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern im Sinn des Satzes 1 zugelassen werden, wenn mit den Zuschüssen ein Recht auf Mitbenutzung dieser Wirtschaftsgüter erworben wird. Die Sonderabschreibungen sind nicht zuzulassen für Wirtschaftsgüter, die im Rahmen der Neuerrichtung von Betrieben oder Betriebstätten angeschafft oder hergestellt werden;
- m) nach denen jeweils zu bestimmende Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens ausländischer Herkunft, welche die nachstehend bezeichneten Voraussetzungen erfüllen und nach dem Erwerb weder bearbeitet noch verarbeitet worden sind, statt mit dem sich nach § 6 Abs. 1 Ziff. 2 ergebenden Wert mit dem

folgenden Wert angesetzt werden können:

- aa) Wirtschaftsgüter, deren Preis auf dem Weltmarkt wesentlichen Schwankungen unterliegt, mit einem Wert, der bis zu 20 vom Hundert unter den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) des Bilanzstichtags liegt,
- bb) Wirtschaftsgüter, die wegen ihrer besonderen volkswirtschaftlichen Bedeutung zur Deckung des Bedarfs der deutschen Wirtschaft erforderlich sind (Waren des volkswirtschaftlich vordringlichen Bedarfs), mit einem Wert, der bei einem Mehrbestand an diesen Waren bis zu 30 vom Hundert und bei dem übrigen Bestand bis zu 20 vom Hundert unter den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) des Bilanzstichtags liegt; statt des Abschlags auf einen Mehrbestand kann bei den einzelnen Waren des volkswirtschaftlich vordringlichen Bedarfs ein Abschlag bis zu 30 vom Hundert von den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) des Bilanzstichtags zugelassen werden, soweit diese Waren im Geltungsbereich dieses Gesetzes neben den handelsüblichen Vorräten eingelagert werden und nur unter besonders zu bestimmenden Bedingungen dem Lager (Sonderlager) entnommen werden können.

Ein Mehrbestand ist anzunehmen, soweit der mengenmäßige Bestand der Waren am Schluß des Wirtschaftsjahrs im einzelnen und insgesamt den Bestand an einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt, der nach dem 31. Dezember 1954 liegt, übersteigt. Hierbei sind nur Waren zu berücksichtigen, die sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes befinden.

Der Wertansatz nach Doppelbuchstabe aa kann nur in Wirtschaftsjahren, die nach dem 31. Dezember 1956 enden, der Wertansatz nach Doppelbuchstabe bb kann nur in Wirtschaftsjahren, die nach dem 31. Dezember 1956 und vor dem 1. Januar 1965 enden, zugelassen werden. Für Wirtschaftsjahre, die vor dem 1. Januar 1959 enden, kann ein Abschlag nach Doppelbuchstabe bb für den übrigen Bestand nur bis zu 15 vom Hundert zugelassen werden. Erfüllen Wirtschaftsgüter die Voraussetzungen zu Doppelbuchstabe aa und zu Doppelbuchstabe bb, so kann der Wertansatz nach Wahl

des Steuerpflichtigen entweder nach Doppelbuchstabe aa oder nach Doppelbuchstabe bb zugelassen werden. Für Wirtschaftsgüter, für die das Land Berlin vertraglich das mit der Einlagerung verbundene Preisrisiko übernommen hat, ist ein Wertansatz nach Doppelbuchstabe aa oder nach Doppelbuchstabe bb nicht zulässig;

n) über Sonderabschreibungen

aa) im Tiefbaubetrieb des Steinkohlen-, Pechkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbaus

bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens unter Tage und bei bestimmten mit dem Grubenbetrieb unter Tage in unmittelbarem Zusammenhang stehenden, der Förderung, Seilfahrt, Wasserhaltung und Wetterführung sowie der Aufbereitung des Minerals dienenden Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens über Tage, soweit die Wirtschaftsgüter

für die Errichtung von neuen Förderschachtanlagen, auch in Form von Anschlußschachtanlagen,

für die Errichtung neuer Schächte sowie die Erweiterung des Grubengebäudes und den durch Wasserzuflüsse aus stillliegenden Anlagen bedingten Ausbau der Wasserhaltung bestehender Schachtanlagen,

für Rationalisierungsmaßnahmen in der Hauptschacht-, Blindschacht-, Strecken- und Abbauförderung, im Streckenvortrieb, in der Gewinnung, Versatzwirtschaft, Seilfahrt, Wetterführung und Wasserhaltung sowie in der Aufbereitung,

für die Zusammenfassung von mehreren Förderschachtanlagen zu einer einheitlichen Förderschachtanlage

und

für den Wiederaufschluß stillliegender Grubenfelder und Feldesteile,

bb) im Tagebaubetrieb des Braunkohlen- und Erzbergbaues

bei bestimmten Wirtschaftsgütern des beweglichen Anlagevermögens (Grubenaufschluß, Großgeräte und im Erzbergbau auch Aufbereitungsanlagen), die für die Erschließung neuer Tagebaue und beim Übergang zum Tieftagebau für die Freilegung und Gewinnung der Lagerstätte

von Steuerpflichtigen, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 5 ermitteln, nach dem 31. De-

zember 1955 ganz oder zum Teil angeschafft oder hergestellt werden. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Sonderabschreibungen ist, daß mit der Durchführung der bezeichneten Vorhaben vor dem 1. Januar 1961 begonnen und ihre Förderungswürdigkeit von der obersten Landesbehörde für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft bescheinigt worden ist. An die Stelle des 1. Januar 1961 tritt für die in Doppelbuchstabe aa bezeichneten Vorhaben der 1. Januar 1968. Die Sonderabschreibungen können im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und den vier folgenden Wirtschaftsjahren

bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens

bis zu insgesamt 50 vom Hundert und bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens

bis zu insgesamt 30 vom Hundert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten in Anspruch genommen werden. Daneben sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 vorzunehmen. Von den Sonderabschreibungen darf nicht mehr Gebrauch gemacht werden für Wirtschaftsgüter, die bei der Errichtung von neuen Förderschachtanlagen (auch im Zusammenhang mit dem Wiederaufschluß stillliegender Grubenfelder und Feldesteile), jedoch nicht in der Form von Anschlußschachtanlagen, nach dem 31. Dezember 1970 und in den übrigen Fällen nach dem 31. Dezember 1965 angeschafft oder hergestellt werden. An die Stelle des 31. Dezember 1965 tritt bei begünstigten Vorhaben, mit deren Durchführung nach dem 31. Dezember 1960 begonnen worden ist, der 31. Dezember 1968. Bei nach diesen Stichtagen angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgütern können die Sonderabschreibungen für die vor diesen Stichtagen aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder Teilerstellungskosten zugelassen werden. Bei Wirtschaftsgütern, für die von den Sonderabschreibungen Gebrauch gemacht wird, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

Bei den begünstigten Vorhaben im Tagebaubetrieb des Braunkohlen- und Erzbergbaues kann außerdem zugelassen werden, daß die vor dem 1. Januar 1966 aufgewendeten Kosten für den Vorabraum bis zu 50 vom Hundert als sofort abzugsfähige Betriebsausgaben behandelt werden;

o) über Sonderabschreibungen bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagever-

- mögens, die unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, die Verunreinigung der Luft zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern, und die in der Zeit vom 1. Januar 1957 bis zum 31. Dezember 1965 von Steuerpflichtigen, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 ermitteln, angeschafft oder hergestellt werden; die Sonderabschreibungen können auch zugelassen werden, wenn Schornsteine auf Grund behördlicher Anordnung ausschließlich aus Gründen der Luftreinhaltung errichtet oder aufgestockt werden. Die Sonderabschreibungen können im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem folgenden Wirtschaftsjahr bis zu insgesamt 50 vom Hundert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten in Anspruch genommen werden. Daneben sind Absetzungen für Abnutzung nach § 7 vorzunehmen. Bei Wirtschaftsgütern, für die von den Sonderabschreibungen Gebrauch gemacht wird, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Sonderabschreibungen ist, daß die Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter im öffentlichen Interesse erforderlich ist. Die Sonderabschreibungen sind nicht zuzulassen für Wirtschaftsgüter, die im Rahmen der Neuerrichtung von Betrieben oder Betriebsstätten angeschafft oder hergestellt werden;
- p) über die Bemessung der Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringering bei nicht zu einem Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgütern, die vor dem 21. Juni 1948 angeschafft oder hergestellt oder die unentgeltlich erworben worden sind. Hierbei kann bestimmt werden, daß die Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringering nicht nach den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, sondern nach Hilfswerten (am 21. Juni 1948 maßgebender Einheitswert, Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Rechtsvorgängers abzüglich der von ihm vorgenommenen Absetzungen, fiktive Anschaffungskosten an einem noch zu bestimmenden Stichtag) zu bemessen sind. Zur Vermeidung von Härten kann zugelassen werden, daß an Stelle der Absetzungen für Abnutzung, die nach dem am 21. Juni 1948 maßgebenden Einheitswert zu bemessen sind, der Betrag abgezogen wird, der für das Wirtschaftsgut in dem Veranlagungszeitraum 1947 als Absetzung für Abnutzung geltend gemacht werden konnte. Für das Land Berlin tritt in den Sätzen 1 bis 3 an die Stelle des 21. Juni 1948 jeweils der 1. April 1949;
- q) über erhöhte Absetzungen von Aufwendungen für den Einbau von Anlagen und Einrichtungen im Sinn des § 40 Abs. 1 Buchstaben a bis d sowie f und g des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vom 27. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 523) und für den Einbau einer Heizungsanlage bei nicht zu einem Betriebsvermögen gehörenden Gebäuden, die überwiegend Wohnzwecken dienen und die vor dem 21. Juni 1948 hergestellt worden sind. Die erhöhten Absetzungen können erstmals für den Veranlagungszeitraum 1958 zugelassen werden. Sie dürfen jährlich 10 vom Hundert der Aufwendungen nicht übersteigen;
- r) nach denen Steuerpflichtige größere Aufwendungen für die Erhaltung von nicht zu einem Betriebsvermögen gehörenden Gebäuden, die überwiegend Wohnzwecken dienen, abweichend von § 11 Abs. 2 auf zwei bis fünf Jahre gleichmäßig verteilen können;
- s) nach denen bei einer sich abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Konjunkturabschwächung, die eine nachhaltige Verringerung der Umsätze oder der Beschäftigung erwarten läßt, insbesondere bei einem erheblichen Rückgang der Nachfrage, zur Förderung der Investitionstätigkeit bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung neben den nach § 7 zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung eine Sonderabschreibung vorgenommen werden kann. Die Sonderabschreibung darf nur zugelassen werden
- aa) für Wirtschaftsgüter, die innerhalb eines jeweils festzusetzenden Zeitraums, der ein Jahr nicht übersteigen darf (Begünstigungszeitraum), angeschafft oder hergestellt werden,
- bb) für Wirtschaftsgüter, die innerhalb des Begünstigungszeitraums bestellt und angezahlt werden oder mit deren Herstellung innerhalb des Begünstigungszeitraums begonnen wird, wenn sie innerhalb eines weiteren Jahres, bei Schiffen innerhalb zweier weiterer Jahre, geliefert oder fertiggestellt werden.
- Die Sonderabschreibung darf bei beweglichen Wirtschaftsgütern bis zu 10 vom Hundert und bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern bis zu 5 vom Hundert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugelassen werden.
- Rechtsverordnungen auf Grund dieser Ermächtigung bedürfen auch der Zustimmung des Bundestages;

t) über die Abzugsfähigkeit von Ausgaben bei der Vollblutzucht außerhalb eines land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebs, sofern mindestens zwei Zuchtstuten gehalten werden. In diesen Fällen sind die nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgaben für Zuchtstuten und höchstens drei weitere Vollblutpferde je Zuchtstute als Verluste bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft bis zu einem Höchstbetrag von 5000 Deutsche Mark je Pferd zu behandeln;

3. die in § 2 Abs. 5 Ziff. 1, § 3 Ziff. 52, § 3a Abs. 1 Ziff. 4, § 7 Abs. 2, § 9 Ziff. 4, § 10 Abs. 2, § 22 Ziff. 1 Buchstabe a, § 26a Abs. 4, § 29 Abs. 1 und 2, § 31 Abs. 2, § 33 Abs. 1, § 33a Abs. 6, § 34c Abs. 6, § 38 Abs. 2, § 39 Abs. 1 und 3, § 40 Abs. 3, § 41 Abs. 1, § 42 Abs. 2, § 42a Abs. 1, § 44 Abs. 6, § 46 Abs. 5, § 50 Abs. 4 und § 50a Abs. 6 vorgesehenen Rechtsverordnungen zu erlassen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, den Wortlaut dieses Gesetzes und der zu diesem Gesetz erlassenen Durchführungsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung mit neuem Datum, unter neuer Überschrift und in neuer Paragraphenfolge bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

## § 52

### Schlußvorschriften

(1) Die vorstehende Fassung dieses Gesetzes ist, soweit in den folgenden Absätzen 2 bis 4 nichts anderes bestimmt ist, erstmals für den Veranlagungszeitraum 1961 anzuwenden. Beim Steuerabzug vom Arbeitslohn gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß die vorstehende Fassung bei laufendem Arbeitslohn erstmals auf den Arbeitslohn anzuwenden ist, der für einen Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird, der nach dem 31. Dezember 1960 endet, bei sonstigen Bezügen auf den Arbeitslohn, der dem Steuerpflichtigen nach dem 31. Dezember 1960 zufließt.

(2) Die Vorschrift des § 3 Ziff. 23 ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1960 anzuwenden.

(3) Die Vorschriften des § 6 Abs. 1 Ziff. 5 und 6 sind erstmals auf Einlagen anzuwenden, die nach dem 23. Juli 1958 vorgenommen worden sind.

(4) Die Vorschriften des § 32 Abs. 2 Ziff. 2 und 4, Abs. 3 Ziff. 2 und des § 33a Abs. 1 bis 4 sind erstmals für den Veranlagungszeitraum 1962 anzuwenden.

(5) Die Vorschriften des § 7 Abs. 2 Satz 2 sind erstmals auf Wirtschaftsgüter anzuwenden, die nach dem 8. März 1960 angeschafft oder hergestellt worden sind, es sei denn, daß

- a) die Wirtschaftsgüter vor dem 9. März 1960 bestellt und bis zum 31. Dezember 1961 geliefert worden sind und daß vor dem 13. März 1960 für die Wirtschaftsgüter

eine Anzahlung geleistet oder von dem Lieferanten eine schriftliche Auftragsbestätigung erteilt worden ist;

- b) mit der Herstellung der Wirtschaftsgüter vor dem 9. März 1960 begonnen worden ist und die Wirtschaftsgüter bis zum 31. Dezember 1961 fertiggestellt worden sind.

(6) Bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die in der Zeit vom 1. Januar 1958 bis zum 31. Dezember 1960 angeschafft oder hergestellt werden, darf der bei der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen nach einem unveränderlichen Hundertsatz vom jeweiligen Buchwert (Restwert) anzuwendende Hundertsatz abweichend von § 7 Abs. 2 Satz 2

1. bei Wirtschaftsgütern mit einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von 16 bis 25 Jahren höchstens das 3fache und
2. bei Wirtschaftsgütern mit einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von mehr als 25 Jahren höchstens das 3,5fache

des bei der Absetzung für Abnutzung in gleichen Jahresbeträgen in Betracht kommenden Hundertsatzes betragen; er darf jedoch im Fall der Ziffer 1 16 vom Hundert und im Fall der Ziffer 2 12 vom Hundert nicht übersteigen.

(7) Beiträge im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1793), die auf Grund von vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Verträgen nach dem 31. Dezember 1958 geleistet werden, können auch weiterhin unter der Voraussetzung des § 10 Abs. 1 vorletzter und letzter Satz als Sonderausgaben abgezogen werden.

(8) Beiträge im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 672), die auf Grund von vor dem 9. März 1960 abgeschlossenen Verträgen nach dem 8. März 1960 geleistet werden, können auch weiterhin unter der Voraussetzung des § 10 Abs. 1 vorletzter und letzter Satz als Sonderausgaben abgezogen werden.

(9) Bei Sparverträgen mit festgelegten Sparraten im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Einkommensteuergesetzes 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 505), die nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 7. Oktober 1956 abgeschlossen worden sind und bei denen mindestens die erste Einzahlung vor dem 7. Oktober 1956 geleistet worden ist, können die nach dem 31. Dezember 1957 geleisteten Sparraten unter der Voraussetzung des § 10 Abs. 1 vorletzter Satz auch weiterhin als Sonderausgaben abgezogen werden. Das gleiche gilt für nach dem 31. Dezember 1958 geleistete Beiträge auf Grund von Sparverträgen mit festgelegten Sparraten im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Einkommensteuergesetzes 1957, die nach dem 6. Oktober 1956 und vor dem 1. Januar 1958 abgeschlossen worden sind und bei denen mindestens die erste Einzahlung vor dem 1. Januar 1958 geleistet worden ist.

(10) Für die Durchführung einer Nachversteuerung bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag, Bau- und Sparverträgen und bei Kapitalansammlungsverträgen sind anzuwenden

1. bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 in Verbindung mit Absatz 2 Ziff. 1 der Einkommensteuergesetze 1955 und 1957 auf Grund von nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Verträgen

§ 10 Abs. 2 Ziff. 1 des Einkommensteuergesetzes 1957;

2. bei Beiträgen an Bausparkassen im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes 1958 auf Grund von nach dem 31. Dezember 1958 und vor dem 9. März 1960 abgeschlossenen Verträgen

§ 10 Abs. 2 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes 1958;

3. bei Beiträgen an Bausparkassen im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes 1958 auf Grund von nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Verträgen

§ 10 Abs. 2 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes 1957;

4. bei allgemeinen Sparverträgen im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Einkommensteuergesetzes 1957, die nach dem 6. Oktober 1956 und vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossen worden sind,

§ 10 Abs. 2 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes 1957;

5. bei Sparverträgen mit festgelegten Sparraten im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 der Einkommensteuergesetze 1955 und 1957, die nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 1. Januar 1958 abgeschlossen worden sind,

§ 10 Abs. 2 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes 1957.

Das gilt nicht für nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 7. Oktober 1956 abgeschlossene Sparverträge mit festgelegten Sparraten im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Einkommensteuergesetzes 1955, wenn die Sparraten über drei Jahre hinaus geleistet werden; in diesem Fall wird die Nachversteuerung durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates geregelt;

6. bei Sparverträgen mit festgelegten Sparraten im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe d des Einkommensteuergesetzes 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1355), die vor dem 1. Januar 1955 abgeschlossen worden sind,

die hierzu durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassenden Vorschriften;

7. bei Kapitalansammlungsverträgen im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Einkommensteuergesetzes 1957, die nach dem 6. Oktober 1956 und vor dem 1. Januar 1959 über

den Ersterwerb festverzinslicher Schuldverschreibungen abgeschlossen worden sind,

§ 10 Abs. 2 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes 1957;

8. bei Kapitalansammlungsverträgen im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Einkommensteuergesetzes 1955, die nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 7. Oktober 1956 über den Ersterwerb solcher festverzinslicher Schuldverschreibungen abgeschlossen worden sind, die nicht von Grundkreditanstalten, Kommunalkreditanstalten, Schiffsbeleihungsbanken oder Ablösungsanstalten ausgegebene Pfandbriefe, Rentenbriefe, Kommunalschuldverschreibungen oder andere festverzinsliche Schuldverschreibungen sind,

§ 10 Abs. 2 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes 1955, es sei denn, daß es sich um Wertpapiere handelt, für die durch besondere Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die Sperrfrist verkürzt wird.

(11) Die Vorschrift des § 13 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes 1955 ist auf die dort bezeichneten Steuerpflichtigen weiterhin anzuwenden, wenn diese Steuerpflichtigen sich vor dem 1. Januar 1959 als Landwirte niedergelassen haben.

(12) Die Vorschriften des § 33a Abs. 1 und 2 und des § 41 Abs. 1 Ziff. 5 des Einkommensteuergesetzes 1953 gelten auch weiterhin mit der Maßgabe, daß sie bei einem Steuerpflichtigen jeweils nur für das Kalenderjahr, in dem bei ihm die Voraussetzungen für die Gewährung eines Freibetrags nach diesen Vorschriften eingetreten sind, und für die beiden folgenden Kalenderjahre anzuwenden sind.

#### § 53\*

#### Schlußvorschriften (Sondervorschriften für Berlin)

(1) Bei Anwendung des § 6a sind als Rechnungszinsfuß mindestens  $3\frac{1}{2}$  vom Hundert zugrunde zu legen, wenn die Rückstellung für eine Pensionsanswartschaft einer Person gebildet wird, die im Wirtschaftsjahr mindestens acht Monate in einer in Berlin (West) belegenen Betriebstätte beschäftigt war. § 6a Abs. 2 bis 4 ist insoweit nicht anzuwenden.

(2) Bei beweglichen Wirtschaftsgütern, die zum Anlagevermögen einer in Berlin (West) belegenen Betriebstätte gehören und mindestens drei Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung in einer solchen Betriebstätte verbleiben, ist § 7 Abs. 2 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes 1958 (Bundesgesetzblatt I S. 672) weiter anzuwenden.

(3) Bei Gebäuden, die in Berlin (West) errichtet werden und zu mehr als  $66\frac{2}{3}$  vom Hundert Wohnzwecken dienen, können abweichend von § 7b Abs. 1 Sätze 1 bis 3 im Jahr der Fertigstellung des Gebäudes und in dem darauffolgenden Jahr auf Antrag jeweils bis zu 10 vom Hundert, ferner in den darauf-

folgenden zehn Jahren jeweils bis zu 3 vom Hundert der Herstellungskosten abgesetzt werden. Nach Ablauf dieser zehn Jahre bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem dann noch vorhandenen Restwert und der Restnutzungsdauer des Gebäudes.

§ 54\*

**Schlußvorschriften**

**(Sondervorschriften für Wohngebäude,  
bei denen der Antrag auf Baugenehmigung  
nach dem 9. Oktober 1962  
und vor dem 1. April 1964 gestellt worden ist)**

(1) Bei Eigenheimen, Eigensiedlungen und eigen- genutzten Eigentumswohnungen, bei denen der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 9. Oktober 1962 und vor dem 1. April 1964 gestellt worden ist und die zu mehr als  $66\frac{2}{3}$  vom Hundert Wohnzwecken dienen, können abweichend von § 7 im Jahr der Fertigstellung und in dem darauffolgenden Jahr auf Antrag jeweils bis zu 7,5 vom Hundert der Herstellungskosten abgesetzt werden. Ferner können in den darauffolgenden acht Jahren an Stelle der nach § 7 zu bemessenden Absetzung für Abnutzung jeweils bis zu 4 vom Hundert der Herstellungskosten abgesetzt werden. Nach Ablauf dieser acht Jahre bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem dann noch vorhandenen Restwert und der Restnutzungsdauer. Die Sätze 1 bis 3 sind auf den Teil der Herstellungskosten, der 120 000 Deutsche Mark übersteigt, nicht anzuwenden.

(2) Bei Kaufeigenheimen, Trägerkleinsiedlungen und Kaufeigentumswohnungen sind die Vorschriften des Absatzes 1 mit der Maßgabe entsprechend

§ 54: Angef. durch Art. 1 Nr. 2 G v. 16. 5. 1963 I 319

anzuwenden, daß die erhöhten Absetzungen bis zur Höhe von 7,5 vom Hundert der Herstellungskosten vom Bauherrn, im übrigen vom Ersterwerber in Anspruch genommen werden können. Für den Ersterwerber treten an die Stelle der Herstellungskosten die Anschaffungskosten und an die Stelle des Jahres der Fertigstellung das Jahr des Ersterwerbs.

(3) Bei Gebäuden und Eigentumswohnungen im Sinn des Absatzes 1 kann der Bauherr innerhalb der ersten drei Jahre nicht ausgenutzte erhöhte Absetzungen bis zum Ende des vierten Jahres nachholen. Dabei können nachträgliche Herstellungskosten vom Jahr ihrer Entstehung an bei der Bemessung der erhöhten Absetzungen so berücksichtigt werden, als wären sie bereits im Jahr der Fertigstellung entstanden. Im Jahr der Fertigstellung und den beiden folgenden Jahren müssen jedoch mindestens die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 vorgenommen werden. Die Sätze 1 bis 3 gelten für den Ersterwerber im Sinn des Absatzes 2 mit der Maßgabe entsprechend, daß dieser auch die vom Bauherrn nicht ausgenutzten erhöhten Absetzungen nachholen kann.

(4) Für die Anwendung der Absätze 1 und 2 sind zum Gebäude gehörende Garagen ohne Rücksicht auf ihre tatsächliche Nutzung als Wohnzwecken dienend zu behandeln, soweit in ihnen nicht mehr als ein Personenkraftwagen für jede in dem Gebäude befindliche Wohnung untergestellt werden kann. Räume für die Unterstellung weiterer Kraftwagen sind stets als nicht Wohnzwecken dienend zu behandeln.

(5) Die Vorschriften der Absätze 1 bis 4 gelten nur für Gebäude und Eigentumswohnungen, die im Bundesgebiet ausschließlich Berlin (West) errichtet worden sind.

### Einkommensteuertabelle

(1) Die Einkommensteuer beträgt unter Berücksichtigung eines allgemeinen Freibetrages von 900 Deutsche Mark und eines Sonderfreibetrages zur Gestaltung der indirekten Progression in der Proportionalzone von 780 Deutsche Mark

1. für zu versteuernde Einkommensbeträge von 1 680 Deutsche Mark bis 8 009 Deutsche Mark  
 $0,2 [y - (900 + 780)]$   
 „y“ ist der abgerundete zu versteuernde Einkommensbetrag;
2. für zu versteuernde Einkommensbeträge von 8 010 Deutsche Mark bis 23 999 Deutsche Mark  
 $0,2 [8 000 - (900 + 780)] + 272 y + 2,9 y^2$   
 „y“ ist ein Tausendstel des 8 000 Deutsche Mark übersteigenden Teils des abgerundeten zu versteuernden Einkommensbetrages;
3. für zu versteuernde Einkommensbeträge von 24 000 Deutsche Mark bis 110 039 Deutsche Mark  
 $6358 + 382 y + 1,572 y^2 - 0,006 y^3$   
 „y“ ist ein Tausendstel des 24 000 Deut-

sche Mark übersteigenden Teils des abgerundeten zu versteuernden Einkommensbetrages;

4. für zu versteuernde Einkommensbeträge von 110 040 Deutsche Mark an  
 $0,53 y - 11 281$   
 „y“ ist der abgerundete zu versteuernde Einkommensbetrag.

(2) Der zu versteuernde Einkommensbetrag ist wie folgt nach unten abzurunden:

Auf den nächsten durch 30 ohne Rest teilbaren Betrag, wenn er nicht mehr als 48 000 Deutsche Mark beträgt und nicht bereits durch 30 ohne Rest teilbar ist,

auf den nächsten durch 60 ohne Rest teilbaren Betrag, wenn er mehr als 48 000 Deutsche Mark beträgt und nicht bereits durch 60 ohne Rest teilbar ist.

(3) Bei der Berechnung der Einkommensteuer nach den Absätzen 1 und 2 sich ergebende Pfennigbeträge bleiben unberücksichtigt.

(4) Für zu versteuernde Einkommensbeträge bis 110 039 Deutsche Mark ergibt sich die nach den Absätzen 1 bis 3 errechnete Einkommensteuer aus der nachstehenden Tabelle:

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
1	1 709	—	31	2 580 — 2 609	180
2	1 710 — 1 739	6	32	2 610 — 2 639	186
3	1 740 — 1 769	12	33	2 640 — 2 669	192
4	1 770 — 1 799	18	34	2 670 — 2 699	198
5	1 800 — 1 829	24	35	2 700 — 2 729	204
6	1 830 — 1 859	30	36	2 730 — 2 759	210
7	1 860 — 1 889	36	37	2 760 — 2 789	216
8	1 890 — 1 919	42	38	2 790 — 2 819	222
9	1 920 — 1 949	48	39	2 820 — 2 849	228
10	1 950 — 1 979	54	40	2 850 — 2 879	234
11	1 980 — 2 009	60			
12	2 010 — 2 039	66	41	2 880 — 2 909	240
13	2 040 — 2 069	72	42	2 910 — 2 939	246
14	2 070 — 2 099	78	43	2 940 — 2 969	252
15	2 100 — 2 129	84	44	2 970 — 2 999	258
16	2 130 — 2 159	90	45	3 000 — 3 029	264
17	2 160 — 2 189	96	46	3 030 — 3 059	270
18	2 190 — 2 219	102	47	3 060 — 3 089	276
19	2 220 — 2 249	108	48	3 090 — 3 119	282
20	2 250 — 2 279	114	49	3 120 — 3 149	288
			50	3 150 — 3 179	294
21	2 280 — 2 309	120	51	3 180 — 3 209	300
22	2 310 — 2 339	126	52	3 210 — 3 239	306
23	2 340 — 2 369	132	53	3 240 — 3 269	312
24	2 370 — 2 399	138	54	3 270 — 3 299	318
25	2 400 — 2 429	144	55	3 300 — 3 329	324
26	2 430 — 2 459	150	56	3 330 — 3 359	330
27	2 460 — 2 489	156	57	3 360 — 3 389	336
28	2 490 — 2 519	162	58	3 390 — 3 419	342
29	2 520 — 2 549	168	59	3 420 — 3 449	348
30	2 550 — 2 579	174	60	3 450 — 3 479	354

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM
	DM				DM		
	von — bis				von — bis		
61	3 480	— 3 509	360	121	5 280	— 5 309	720
62	3 510	— 3 539	366	122	5 310	— 5 339	726
63	3 540	— 3 569	372	123	5 340	— 5 369	732
64	3 570	— 3 599	378	124	5 370	— 5 399	738
65	3 600	— 3 629	384	125	5 400	— 5 429	744
66	3 630	— 3 659	390	126	5 430	— 5 459	750
67	3 660	— 3 689	396	127	5 460	— 5 489	756
68	3 690	— 3 719	402	128	5 490	— 5 519	762
69	3 720	— 3 749	408	129	5 520	— 5 549	768
70	3 750	— 3 779	414	130	5 550	— 5 579	774
71	3 780	— 3 809	420	131	5 580	— 5 609	780
72	3 810	— 3 839	426	132	5 610	— 5 639	786
73	3 840	— 3 869	432	133	5 640	— 5 669	792
74	3 870	— 3 899	438	134	5 670	— 5 699	798
75	3 900	— 3 929	444	135	5 700	— 5 729	804
76	3 930	— 3 959	450	136	5 730	— 5 759	810
77	3 960	— 3 989	456	137	5 760	— 5 789	816
78	3 990	— 4 019	462	138	5 790	— 5 819	822
79	4 020	— 4 049	468	139	5 820	— 5 849	828
80	4 050	— 4 079	474	140	5 850	— 5 879	834
81	4 080	— 4 109	480	141	5 880	— 5 909	840
82	4 110	— 4 139	486	142	5 910	— 5 939	846
83	4 140	— 4 169	492	143	5 940	— 5 969	852
84	4 170	— 4 199	498	144	5 970	— 5 999	858
85	4 200	— 4 229	504	145	6 000	— 6 029	864
86	4 230	— 4 259	510	146	6 030	— 6 059	870
87	4 260	— 4 289	516	147	6 060	— 6 089	876
88	4 290	— 4 319	522	148	6 090	— 6 119	882
89	4 320	— 4 349	528	149	6 120	— 6 149	888
90	4 350	— 4 379	534	150	6 150	— 6 179	894
91	4 380	— 4 409	540	151	6 180	— 6 209	900
92	4 410	— 4 439	546	152	6 210	— 6 239	906
93	4 440	— 4 469	552	153	6 240	— 6 269	912
94	4 470	— 4 499	558	154	6 270	— 6 299	918
95	4 500	— 4 529	564	155	6 300	— 6 329	924
96	4 530	— 4 559	570	156	6 330	— 6 359	930
97	4 560	— 4 589	576	157	6 360	— 6 389	936
98	4 590	— 4 619	582	158	6 390	— 6 419	942
99	4 620	— 4 649	588	159	6 420	— 6 449	948
100	4 650	— 4 679	594	160	6 450	— 6 479	954
101	4 680	— 4 709	600	161	6 480	— 6 509	960
102	4 710	— 4 739	606	162	6 510	— 6 539	966
103	4 740	— 4 769	612	163	6 540	— 6 569	972
104	4 770	— 4 799	618	164	6 570	— 6 599	978
105	4 800	— 4 829	624	165	6 600	— 6 629	984
106	4 830	— 4 859	630	166	6 630	— 6 659	990
107	4 860	— 4 889	636	167	6 660	— 6 689	996
108	4 890	— 4 919	642	168	6 690	— 6 719	1 002
109	4 920	— 4 949	648	169	6 720	— 6 749	1 008
110	4 950	— 4 979	654	170	6 750	— 6 779	1 014
111	4 980	— 5 009	660	171	6 780	— 6 809	1 020
112	5 010	— 5 039	666	172	6 810	— 6 839	1 026
113	5 040	— 5 069	672	173	6 840	— 6 869	1 032
114	5 070	— 5 099	678	174	6 870	— 6 899	1 038
115	5 100	— 5 129	684	175	6 900	— 6 929	1 044
116	5 130	— 5 159	690	176	6 930	— 6 959	1 050
117	5 160	— 5 189	696	177	6 960	— 6 989	1 056
118	5 190	— 5 219	702	178	6 990	— 7 019	1 062
119	5 220	— 5 249	708	179	7 020	— 7 049	1 068
120	5 250	— 5 279	714	180	7 050	— 7 079	1 074

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM
	DM				DM		
	von — bis				von — bis		
181	7 080	— 7 109	1 080	241	8 880	— 8 909	1 505
182	7 110	— 7 139	1 086	242	8 910	— 8 939	1 513
183	7 140	— 7 169	1 092	243	8 940	— 8 969	1 522
184	7 170	— 7 199	1 098	244	8 970	— 8 999	1 530
185	7 200	— 7 229	1 104	245	9 000	— 9 029	1 538
186	7 230	— 7 259	1 110	246	9 030	— 9 059	1 547
187	7 260	— 7 289	1 116	247	9 060	— 9 089	1 555
188	7 290	— 7 319	1 122	248	9 090	— 9 119	1 563
189	7 320	— 7 349	1 128	249	9 120	— 9 149	1 572
190	7 350	— 7 379	1 134	250	9 150	— 9 179	1 580
191	7 380	— 7 409	1 140	251	9 180	— 9 209	1 588
192	7 410	— 7 439	1 146	252	9 210	— 9 239	1 597
193	7 440	— 7 469	1 152	253	9 240	— 9 269	1 605
194	7 470	— 7 499	1 158	254	9 270	— 9 299	1 614
195	7 500	— 7 529	1 164	255	9 300	— 9 329	1 622
196	7 530	— 7 559	1 170	256	9 330	— 9 359	1 630
197	7 560	— 7 589	1 176	257	9 360	— 9 389	1 639
198	7 590	— 7 619	1 182	258	9 390	— 9 419	1 647
199	7 620	— 7 649	1 188	259	9 420	— 9 449	1 656
200	7 650	— 7 679	1 194	260	9 450	— 9 479	1 664
201	7 680	— 7 709	1 200	261	9 480	— 9 509	1 672
202	7 710	— 7 739	1 206	262	9 510	— 9 539	1 681
203	7 740	— 7 769	1 212	263	9 540	— 9 569	1 689
204	7 770	— 7 799	1 218	264	9 570	— 9 599	1 698
205	7 800	— 7 829	1 224	265	9 600	— 9 629	1 706
206	7 830	— 7 859	1 230	266	9 630	— 9 659	1 715
207	7 860	— 7 889	1 236	267	9 660	— 9 689	1 723
208	7 890	— 7 919	1 242	268	9 690	— 9 719	1 731
209	7 920	— 7 949	1 248	269	9 720	— 9 749	1 740
210	7 950	— 7 979	1 254	270	9 750	— 9 779	1 748
211	7 980	— 8 009	1 260	271	9 780	— 9 809	1 757
212	8 010	— 8 039	1 266	272	9 810	— 9 839	1 765
213	8 040	— 8 069	1 274	273	9 840	— 9 869	1 774
214	8 070	— 8 099	1 283	274	9 870	— 9 899	1 782
215	8 100	— 8 129	1 291	275	9 900	— 9 929	1 791
216	8 130	— 8 159	1 299	276	9 930	— 9 959	1 799
217	8 160	— 8 189	1 307	277	9 960	— 9 989	1 808
218	8 190	— 8 219	1 315	278	9 990	— 10 019	1 816
219	8 220	— 8 249	1 323	279	10 020	— 10 049	1 825
220	8 250	— 8 279	1 332	280	10 050	— 10 079	1 833
221	8 280	— 8 309	1 340	281	10 080	— 10 109	1 842
222	8 310	— 8 339	1 348	282	10 110	— 10 139	1 850
223	8 340	— 8 369	1 356	283	10 140	— 10 169	1 859
224	8 370	— 8 399	1 365	284	10 170	— 10 199	1 867
225	8 400	— 8 429	1 373	285	10 200	— 10 229	1 876
226	8 430	— 8 459	1 381	286	10 230	— 10 259	1 884
227	8 460	— 8 489	1 389	287	10 260	— 10 289	1 893
228	8 490	— 8 519	1 397	288	10 290	— 10 319	1 902
229	8 520	— 8 549	1 406	289	10 320	— 10 349	1 910
230	8 550	— 8 579	1 414	290	10 350	— 10 379	1 919
231	8 580	— 8 609	1 422	291	10 380	— 10 409	1 927
232	8 610	— 8 639	1 430	292	10 410	— 10 439	1 936
233	8 640	— 8 669	1 439	293	10 440	— 10 469	1 944
234	8 670	— 8 699	1 447	294	10 470	— 10 499	1 953
235	8 700	— 8 729	1 455	295	10 500	— 10 529	1 962
236	8 730	— 8 759	1 464	296	10 530	— 10 559	1 970
237	8 760	— 8 789	1 472	297	10 560	— 10 589	1 979
238	8 790	— 8 819	1 480	298	10 590	— 10 619	1 987
239	8 820	— 8 849	1 488	299	10 620	— 10 649	1 996
240	8 850	— 8 879	1 497	300	10 650	— 10 679	2 005

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
301	10 680 — 10 709	2 013	361	12 480 — 12 509	2 540
302	10 710 — 10 739	2 022	362	12 510 — 12 539	2 549
303	10 740 — 10 769	2 031	363	12 540 — 12 569	2 558
304	10 770 — 10 799	2 039	364	12 570 — 12 599	2 567
305	10 800 — 10 829	2 048	365	12 600 — 12 629	2 576
306	10 830 — 10 859	2 056	366	12 630 — 12 659	2 585
307	10 860 — 10 889	2 065	367	12 660 — 12 689	2 594
308	10 890 — 10 919	2 074	368	12 690 — 12 719	2 603
309	10 920 — 10 949	2 082	369	12 720 — 12 749	2 612
310	10 950 — 10 979	2 091	370	12 750 — 12 779	2 621
311	10 980 — 11 009	2 100	371	12 780 — 12 809	2 630
312	11 010 — 11 039	2 108	372	12 810 — 12 839	2 639
313	11 040 — 11 069	2 117	373	12 840 — 12 869	2 648
314	11 070 — 11 099	2 126	374	12 870 — 12 899	2 657
315	11 100 — 11 129	2 135	375	12 900 — 12 929	2 666
316	11 130 — 11 159	2 143	376	12 930 — 12 959	2 675
317	11 160 — 11 189	2 152	377	12 960 — 12 989	2 684
318	11 190 — 11 219	2 161	378	12 990 — 13 019	2 693
319	11 220 — 11 249	2 169	379	13 020 — 13 049	2 702
320	11 250 — 11 279	2 178	380	13 050 — 13 079	2 711
321	11 280 — 11 309	2 187	381	13 080 — 13 109	2 720
322	11 310 — 11 339	2 196	382	13 110 — 13 139	2 729
323	11 340 — 11 369	2 204	383	13 140 — 13 169	2 738
324	11 370 — 11 399	2 213	384	13 170 — 13 199	2 747
325	11 400 — 11 429	2 222	385	13 200 — 13 229	2 756
326	11 430 — 11 459	2 231	386	13 230 — 13 259	2 765
327	11 460 — 11 489	2 239	387	13 260 — 13 289	2 774
328	11 490 — 11 519	2 248	388	13 290 — 13 319	2 784
329	11 520 — 11 549	2 257	389	13 320 — 13 349	2 793
330	11 550 — 11 579	2 266	390	13 350 — 13 379	2 802
331	11 580 — 11 609	2 274	391	13 380 — 13 409	2 811
332	11 610 — 11 639	2 283	392	13 410 — 13 439	2 820
333	11 640 — 11 669	2 292	393	13 440 — 13 469	2 829
334	11 670 — 11 699	2 301	394	13 470 — 13 499	2 838
335	11 700 — 11 729	2 310	395	13 500 — 13 529	2 847
336	11 730 — 11 759	2 318	396	13 530 — 13 559	2 856
337	11 760 — 11 789	2 327	397	13 560 — 13 589	2 865
338	11 790 — 11 819	2 336	398	13 590 — 13 619	2 875
339	11 820 — 11 849	2 345	399	13 620 — 13 649	2 884
340	11 850 — 11 879	2 354	400	13 650 — 13 679	2 893
341	11 880 — 11 909	2 363	401	13 680 — 13 709	2 902
342	11 910 — 11 939	2 371	402	13 710 — 13 739	2 911
343	11 940 — 11 969	2 380	403	13 740 — 13 769	2 920
344	11 970 — 11 999	2 389	404	13 770 — 13 799	2 929
345	12 000 — 12 029	2 398	405	13 800 — 13 829	2 939
346	12 030 — 12 059	2 407	406	13 830 — 13 859	2 948
347	12 060 — 12 089	2 416	407	13 860 — 13 889	2 957
348	12 090 — 12 119	2 424	408	13 890 — 13 919	2 966
349	12 120 — 12 149	2 433	409	13 920 — 13 949	2 975
350	12 150 — 12 179	2 442	410	13 950 — 13 979	2 985
351	12 180 — 12 209	2 451	411	13 980 — 14 009	2 994
352	12 210 — 12 239	2 460	412	14 010 — 14 039	3 003
353	12 240 — 12 269	2 469	413	14 040 — 14 069	3 012
354	12 270 — 12 299	2 478	414	14 070 — 14 099	3 021
355	12 300 — 12 329	2 487	415	14 100 — 14 129	3 031
356	12 330 — 12 359	2 496	416	14 130 — 14 159	3 040
357	12 360 — 12 389	2 505	417	14 160 — 14 189	3 049
358	12 390 — 12 419	2 513	418	14 190 — 14 219	3 058
359	12 420 — 12 449	2 522	419	14 220 — 14 249	3 068
360	12 450 — 12 479	2 531	420	14 250 — 14 279	3 077

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer
	DM				DM		
	von — bis				von — bis		
421	14 280	— 14 309	3 086	481	16 080	— 16 109	3 651
422	14 310	— 14 339	3 095	482	16 110	— 16 139	3 660
423	14 340	— 14 369	3 105	483	16 140	— 16 169	3 670
424	14 370	— 14 399	3 114	484	16 170	— 16 199	3 679
425	14 400	— 14 429	3 123	485	16 200	— 16 229	3 689
426	14 430	— 14 459	3 132	486	16 230	— 16 259	3 698
427	14 460	— 14 489	3 142	487	16 260	— 16 289	3 708
428	14 490	— 14 519	3 151	488	16 290	— 16 319	3 718
429	14 520	— 14 549	3 160	489	16 320	— 16 349	3 727
430	14 550	— 14 579	3 170	490	16 350	— 16 379	3 737
431	14 580	— 14 609	3 179	491	16 380	— 16 409	3 747
432	14 610	— 14 639	3 188	492	16 410	— 16 439	3 756
433	14 640	— 14 669	3 197	493	16 440	— 16 469	3 766
434	14 670	— 14 699	3 207	494	16 470	— 16 499	3 775
435	14 700	— 14 729	3 216	495	16 500	— 16 529	3 785
436	14 730	— 14 759	3 225	496	16 530	— 16 559	3 795
437	14 760	— 14 789	3 235	497	16 560	— 16 589	3 804
438	14 790	— 14 819	3 244	498	16 590	— 16 619	3 814
439	14 820	— 14 849	3 253	499	16 620	— 16 649	3 824
440	14 850	— 14 879	3 263	500	16 650	— 16 679	3 833
441	14 880	— 14 909	3 272	501	16 680	— 16 709	3 843
442	14 910	— 14 939	3 281	502	16 710	— 16 739	3 853
443	14 940	— 14 969	3 291	503	16 740	— 16 769	3 862
444	14 970	— 14 999	3 300	504	16 770	— 16 799	3 872
445	15 000	— 15 029	3 310	505	16 800	— 16 829	3 882
446	15 030	— 15 059	3 319	506	16 830	— 16 859	3 891
447	15 060	— 15 089	3 328	507	16 860	— 16 889	3 901
448	15 090	— 15 119	3 338	508	16 890	— 16 919	3 911
449	15 120	— 15 149	3 347	509	16 920	— 16 949	3 920
450	15 150	— 15 179	3 357	510	16 950	— 16 979	3 930
451	15 180	— 15 209	3 366	511	16 980	— 17 009	3 940
452	15 210	— 15 239	3 375	512	17 010	— 17 039	3 950
453	15 240	— 15 269	3 385	513	17 040	— 17 069	3 959
454	15 270	— 15 299	3 394	514	17 070	— 17 099	3 969
455	15 300	— 15 329	3 404	515	17 100	— 17 129	3 979
456	15 330	— 15 359	3 413	516	17 130	— 17 159	3 989
457	15 360	— 15 389	3 423	517	17 160	— 17 189	3 998
458	15 390	— 15 419	3 432	518	17 190	— 17 219	4 008
459	15 420	— 15 449	3 441	519	17 220	— 17 249	4 018
460	15 450	— 15 479	3 451	520	17 250	— 17 279	4 028
461	15 480	— 15 509	3 460	521	17 280	— 17 309	4 037
462	15 510	— 15 539	3 470	522	17 310	— 17 339	4 047
463	15 540	— 15 569	3 479	523	17 340	— 17 369	4 057
464	15 570	— 15 599	3 489	524	17 370	— 17 399	4 067
465	15 600	— 15 629	3 498	525	17 400	— 17 429	4 077
466	15 630	— 15 659	3 508	526	17 430	— 17 459	4 086
467	15 660	— 15 689	3 517	527	17 460	— 17 489	4 096
468	15 690	— 15 719	3 527	528	17 490	— 17 519	4 106
469	15 720	— 15 749	3 536	529	17 520	— 17 549	4 116
470	15 750	— 15 779	3 546	530	17 550	— 17 579	4 126
471	15 780	— 15 809	3 555	531	17 580	— 17 609	4 135
472	15 810	— 15 839	3 565	532	17 610	— 17 639	4 145
473	15 840	— 15 869	3 574	533	17 640	— 17 669	4 155
474	15 870	— 15 899	3 584	534	17 670	— 17 699	4 165
475	15 900	— 15 929	3 593	535	17 700	— 17 729	4 175
476	15 930	— 15 959	3 603	536	17 730	— 17 759	4 185
477	15 960	— 15 989	3 612	537	17 760	— 17 789	4 194
478	15 990	— 16 019	3 622	538	17 790	— 17 819	4 204
479	16 020	— 16 049	3 631	539	17 820	— 17 849	4 214
480	16 050	— 16 079	3 641	540	17 850	— 17 879	4 224

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM
	DM				DM		
	von — bis				von — bis		
541	17 880	— 17 909	4 234	601	19 680	— 19 709	4 836
542	17 910	— 17 939	4 244	602	19 710	— 19 739	4 846
543	17 940	— 17 969	4 254	603	19 740	— 19 769	4 856
544	17 970	— 17 999	4 264	604	19 770	— 19 799	4 867
545	18 000	— 18 029	4 274	605	19 800	— 19 829	4 877
546	18 030	— 18 059	4 283	606	19 830	— 19 859	4 887
547	18 060	— 18 089	4 293	607	19 860	— 19 889	4 897
548	18 090	— 18 119	4 303	608	19 890	— 19 919	4 908
549	18 120	— 18 149	4 313	609	19 920	— 19 949	4 918
550	18 150	— 18 179	4 323	610	19 950	— 19 979	4 928
551	18 180	— 18 209	4 333	611	19 980	— 20 009	4 938
552	18 210	— 18 239	4 343	612	20 010	— 20 039	4 949
553	18 240	— 18 269	4 353	613	20 040	— 20 069	4 959
554	18 270	— 18 299	4 363	614	20 070	— 20 099	4 969
555	18 300	— 18 329	4 373	615	20 100	— 20 129	4 979
556	18 330	— 18 359	4 383	616	20 130	— 20 159	4 990
557	18 360	— 18 389	4 393	617	20 160	— 20 189	5 000
558	18 390	— 18 419	4 403	618	20 190	— 20 219	5 010
559	18 420	— 18 449	4 413	619	20 220	— 20 249	5 020
560	18 450	— 18 479	4 423	620	20 250	— 20 279	5 031
561	18 480	— 18 509	4 433	621	20 280	— 20 309	5 041
562	18 510	— 18 539	4 443	622	20 310	— 20 339	5 051
563	18 540	— 18 569	4 453	623	20 340	— 20 369	5 062
564	18 570	— 18 599	4 463	624	20 370	— 20 399	5 072
565	18 600	— 18 629	4 473	625	20 400	— 20 429	5 082
566	18 630	— 18 659	4 483	626	20 430	— 20 459	5 093
567	18 660	— 18 689	4 493	627	20 460	— 20 489	5 103
568	18 690	— 18 719	4 503	628	20 490	— 20 519	5 113
569	18 720	— 18 749	4 513	629	20 520	— 20 549	5 124
570	18 750	— 18 779	4 523	630	20 550	— 20 579	5 134
571	18 780	— 18 809	4 533	631	20 580	— 20 609	5 144
572	18 810	— 18 839	4 543	632	20 610	— 20 639	5 155
573	18 840	— 18 869	4 553	633	20 640	— 20 669	5 165
574	18 870	— 18 899	4 563	634	20 670	— 20 699	5 175
575	18 900	— 18 929	4 573	635	20 700	— 20 729	5 186
576	18 930	— 18 959	4 583	636	20 730	— 20 759	5 196
577	18 960	— 18 989	4 593	637	20 760	— 20 789	5 206
578	18 990	— 19 019	4 603	638	20 790	— 20 819	5 217
579	19 020	— 19 049	4 613	639	20 820	— 20 849	5 227
580	19 050	— 19 079	4 623	640	20 850	— 20 879	5 238
581	19 080	— 19 109	4 633	641	20 880	— 20 909	5 248
582	19 110	— 19 139	4 643	642	20 910	— 20 939	5 258
583	19 140	— 19 169	4 653	643	20 940	— 20 969	5 269
584	19 170	— 19 199	4 664	644	20 970	— 20 999	5 279
585	19 200	— 19 229	4 674	645	21 000	— 21 029	5 290
586	19 230	— 19 259	4 684	646	21 030	— 21 059	5 300
587	19 260	— 19 289	4 694	647	21 060	— 21 089	5 310
588	19 290	— 19 319	4 704	648	21 090	— 21 119	5 321
589	19 320	— 19 349	4 714	649	21 120	— 21 149	5 331
590	19 350	— 19 379	4 724	650	21 150	— 21 179	5 342
591	19 380	— 19 409	4 734	651	21 180	— 21 209	5 352
592	19 410	— 19 439	4 745	652	21 210	— 21 239	5 363
593	19 440	— 19 469	4 755	653	21 240	— 21 269	5 373
594	19 470	— 19 499	4 765	654	21 270	— 21 299	5 384
595	19 500	— 19 529	4 775	655	21 300	— 21 329	5 394
596	19 530	— 19 559	4 785	656	21 330	— 21 359	5 405
597	19 560	— 19 589	4 795	657	21 360	— 21 389	5 415
598	19 590	— 19 619	4 806	658	21 390	— 21 419	5 426
599	19 620	— 19 649	4 816	659	21 420	— 21 449	5 436
600	19 650	— 19 679	4 826	660	21 450	— 21 479	5 447

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
661	21 480 — 21 509	5 457	721	23 280 — 23 309	6 097
662	21 510 — 21 539	5 468	722	23 310 — 23 339	6 108
663	21 540 — 21 569	5 478	723	23 340 — 23 369	6 118
664	21 570 — 21 599	5 489	724	23 370 — 23 399	6 129
665	21 600 — 21 629	5 499	725	23 400 — 23 429	6 140
666	21 630 — 21 659	5 510	726	23 430 — 23 459	6 151
667	21 660 — 21 689	5 520	727	23 460 — 23 489	6 162
668	21 690 — 21 719	5 531	728	23 490 — 23 519	6 173
669	21 720 — 21 749	5 541	729	23 520 — 23 549	6 183
670	21 750 — 21 779	5 552	730	23 550 — 23 579	6 194
671	21 780 — 21 809	5 562	731	23 580 — 23 609	6 205
672	21 810 — 21 839	5 573	732	23 610 — 23 639	6 216
673	21 840 — 21 869	5 583	733	23 640 — 23 669	6 227
674	21 870 — 21 899	5 594	734	23 670 — 23 699	6 238
675	21 900 — 21 929	5 605	735	23 700 — 23 729	6 249
676	21 930 — 21 959	5 615	736	23 730 — 23 759	6 260
677	21 960 — 21 989	5 626	737	23 760 — 23 789	6 271
678	21 990 — 22 019	5 636	738	23 790 — 23 819	6 281
679	22 020 — 22 049	5 647	739	23 820 — 23 849	6 292
680	22 050 — 22 079	5 658	740	23 850 — 23 879	6 303
681	22 080 — 22 109	5 668	741	23 880 — 23 909	6 314
682	22 110 — 22 139	5 679	742	23 910 — 23 939	6 325
683	22 140 — 22 169	5 689	743	23 940 — 23 969	6 336
684	22 170 — 22 199	5 700	744	23 970 — 23 999	6 347
685	22 200 — 22 229	5 711	745	24 000 — 24 029	6 358
686	22 230 — 22 259	5 721	746	24 030 — 24 059	6 369
687	22 260 — 22 289	5 732	747	24 060 — 24 089	6 380
688	22 290 — 22 319	5 743	748	24 090 — 24 119	6 392
689	22 320 — 22 349	5 753	749	24 120 — 24 149	6 403
690	22 350 — 22 379	5 764	750	24 150 — 24 179	6 415
691	22 380 — 22 409	5 775	751	24 180 — 24 209	6 426
692	22 410 — 22 439	5 785	752	24 210 — 24 239	6 438
693	22 440 — 22 469	5 796	753	24 240 — 24 269	6 449
694	22 470 — 22 499	5 807	754	24 270 — 24 299	6 461
695	22 500 — 22 529	5 817	755	24 300 — 24 329	6 472
696	22 530 — 22 559	5 828	756	24 330 — 24 359	6 484
697	22 560 — 22 589	5 839	757	24 360 — 24 389	6 495
698	22 590 — 22 619	5 849	758	24 390 — 24 419	6 507
699	22 620 — 22 649	5 860	759	24 420 — 24 449	6 518
700	22 650 — 22 679	5 871	760	24 450 — 24 479	6 530
701	22 680 — 22 709	5 881	761	24 480 — 24 509	6 541
702	22 710 — 22 739	5 892	762	24 510 — 24 539	6 553
703	22 740 — 22 769	5 903	763	24 540 — 24 569	6 564
704	22 770 — 22 799	5 914	764	24 570 — 24 599	6 576
705	22 800 — 22 829	5 924	765	24 600 — 24 629	6 587
706	22 830 — 22 859	5 935	766	24 630 — 24 659	6 599
707	22 860 — 22 889	5 946	767	24 660 — 24 689	6 610
708	22 890 — 22 919	5 957	768	24 690 — 24 719	6 622
709	22 920 — 22 949	5 967	769	24 720 — 24 749	6 633
710	22 950 — 22 979	5 978	770	24 750 — 24 779	6 645
711	22 980 — 23 009	5 989	771	24 780 — 24 809	6 656
712	23 010 — 23 039	6 000	772	24 810 — 24 839	6 668
713	23 040 — 23 069	6 010	773	24 840 — 24 869	6 679
714	23 070 — 23 099	6 021	774	24 870 — 24 899	6 691
715	23 100 — 23 129	6 032	775	24 900 — 24 929	6 703
716	23 130 — 23 159	6 043	776	24 930 — 24 959	6 714
717	23 160 — 23 189	6 054	777	24 960 — 24 989	6 726
718	23 190 — 23 219	6 064	778	24 990 — 25 019	6 737
719	23 220 — 23 249	6 075	779	25 020 — 25 049	6 749
720	23 250 — 23 279	6 086	780	25 050 — 25 079	6 760

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
781	25 080 — 25 109	6 772	841	26 880 — 26 909	7 471
782	25 110 — 25 139	6 783	842	26 910 — 26 939	7 482
783	25 140 — 25 169	6 795	843	26 940 — 26 969	7 494
784	25 170 — 25 199	6 807	844	26 970 — 26 999	7 506
785	25 200 — 25 229	6 818	845	27 000 — 27 029	7 517
786	25 230 — 25 259	6 830	846	27 030 — 27 059	7 529
787	25 260 — 25 289	6 841	847	27 060 — 27 089	7 541
788	25 290 — 25 319	6 853	848	27 090 — 27 119	7 553
789	25 320 — 25 349	6 864	849	27 120 — 27 149	7 564
790	25 350 — 25 379	6 876	850	27 150 — 27 179	7 576
791	25 380 — 25 409	6 888	851	27 180 — 27 209	7 588
792	25 410 — 25 439	6 899	852	27 210 — 27 239	7 600
793	25 440 — 25 469	6 911	853	27 240 — 27 269	7 611
794	25 470 — 25 499	6 922	854	27 270 — 27 299	7 623
795	25 500 — 25 529	6 934	855	27 300 — 27 329	7 635
796	25 530 — 25 559	6 946	856	27 330 — 27 359	7 647
797	25 560 — 25 589	6 957	857	27 360 — 27 389	7 659
798	25 590 — 25 619	6 969	858	27 390 — 27 419	7 670
799	25 620 — 25 649	6 980	859	27 420 — 27 449	7 682
800	25 650 — 25 679	6 992	860	27 450 — 27 479	7 694
801	25 680 — 25 709	7 004	861	27 480 — 27 509	7 706
802	25 710 — 25 739	7 015	862	27 510 — 27 539	7 717
803	25 740 — 25 769	7 027	863	27 540 — 27 569	7 729
804	25 770 — 25 799	7 039	864	27 570 — 27 599	7 741
805	25 800 — 25 829	7 050	865	27 600 — 27 629	7 753
806	25 830 — 25 859	7 062	866	27 630 — 27 659	7 765
807	25 860 — 25 889	7 073	867	27 660 — 27 689	7 776
808	25 890 — 25 919	7 085	868	27 690 — 27 719	7 788
809	25 920 — 25 949	7 097	869	27 720 — 27 749	7 800
810	25 950 — 25 979	7 108	870	27 750 — 27 779	7 812
811	25 980 — 26 009	7 120	871	27 780 — 27 809	7 824
812	26 010 — 26 039	7 132	872	27 810 — 27 839	7 835
813	26 040 — 26 069	7 143	873	27 840 — 27 869	7 847
814	26 070 — 26 099	7 155	874	27 870 — 27 899	7 859
815	26 100 — 26 129	7 167	875	27 900 — 27 929	7 871
816	26 130 — 26 159	7 178	876	27 930 — 27 959	7 883
817	26 160 — 26 189	7 190	877	27 960 — 27 989	7 894
818	26 190 — 26 219	7 202	878	27 990 — 28 019	7 906
819	26 220 — 26 249	7 213	879	28 020 — 28 049	7 918
820	26 250 — 26 279	7 225	880	28 050 — 28 079	7 930
821	26 280 — 26 309	7 237	881	28 080 — 28 109	7 942
822	26 310 — 26 339	7 248	882	28 110 — 28 139	7 954
823	26 340 — 26 369	7 260	883	28 140 — 28 169	7 965
824	26 370 — 26 399	7 272	884	28 170 — 28 199	7 977
825	26 400 — 26 429	7 283	885	28 200 — 28 229	7 989
826	26 430 — 26 459	7 295	886	28 230 — 28 259	8 001
827	26 460 — 26 489	7 307	887	28 260 — 28 289	8 013
828	26 490 — 26 519	7 318	888	28 290 — 28 319	8 025
829	26 520 — 26 549	7 330	889	28 320 — 28 349	8 037
830	26 550 — 26 579	7 342	890	28 350 — 28 379	8 048
831	26 580 — 26 609	7 353	891	28 380 — 28 409	8 060
832	26 610 — 26 639	7 365	892	28 410 — 28 439	8 072
833	26 640 — 26 669	7 377	893	28 440 — 28 469	8 084
834	26 670 — 26 699	7 389	894	28 470 — 28 499	8 096
835	26 700 — 26 729	7 400	895	28 500 — 28 529	8 108
836	26 730 — 26 759	7 412	896	28 530 — 28 559	8 120
837	26 760 — 26 789	7 424	897	28 560 — 28 589	8 132
838	26 790 — 26 819	7 435	898	28 590 — 28 619	8 143
839	26 820 — 26 849	7 447	899	28 620 — 28 649	8 155
840	26 850 — 26 879	7 459	900	28 650 — 28 679	8 167

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
901	28 680 — 28 709	8 179	961	30 480 — 30 509	8 897
902	28 710 — 28 739	8 191	962	30 510 — 30 539	8 909
903	28 740 — 28 769	8 203	963	30 540 — 30 569	8 921
904	28 770 — 28 799	8 215	964	30 570 — 30 599	8 933
905	28 800 — 28 829	8 227	965	30 600 — 30 629	8 945
906	28 830 — 28 859	8 239	966	30 630 — 30 659	8 958
907	28 860 — 28 889	8 250	967	30 660 — 30 689	8 970
908	28 890 — 28 919	8 262	968	30 690 — 30 719	8 982
909	28 920 — 28 949	8 274	969	30 720 — 30 749	8 994
910	28 950 — 28 979	8 286	970	30 750 — 30 779	9 006
911	28 980 — 29 009	8 298	971	30 780 — 30 809	9 018
912	29 010 — 29 039	8 310	972	30 810 — 30 839	9 030
913	29 040 — 29 069	8 322	973	30 840 — 30 869	9 042
914	29 070 — 29 099	8 334	974	30 870 — 30 899	9 054
915	29 100 — 29 129	8 346	975	30 900 — 30 929	9 066
916	29 130 — 29 159	8 358	976	30 930 — 30 959	9 078
917	29 160 — 29 189	8 370	977	30 960 — 30 989	9 090
918	29 190 — 29 219	8 382	978	30 990 — 31 019	9 102
919	29 220 — 29 249	8 394	979	31 020 — 31 049	9 115
920	29 250 — 29 279	8 405	980	31 050 — 31 079	9 127
921	29 280 — 29 309	8 417	981	31 080 — 31 109	9 139
922	29 310 — 29 339	8 429	982	31 110 — 31 139	9 151
923	29 340 — 29 369	8 441	983	31 140 — 31 169	9 163
924	29 370 — 29 399	8 453	984	31 170 — 31 199	9 175
925	29 400 — 29 429	8 465	985	31 200 — 31 229	9 187
926	29 430 — 29 459	8 477	986	31 230 — 31 259	9 199
927	29 460 — 29 489	8 489	987	31 260 — 31 289	9 211
928	29 490 — 29 519	8 501	988	31 290 — 31 319	9 223
929	29 520 — 29 549	8 513	989	31 320 — 31 349	9 236
930	29 550 — 29 579	8 525	990	31 350 — 31 379	9 248
931	29 580 — 29 609	8 537	991	31 380 — 31 409	9 260
932	29 610 — 29 639	8 549	992	31 410 — 31 439	9 272
933	29 640 — 29 669	8 561	993	31 440 — 31 469	9 284
934	29 670 — 29 699	8 573	994	31 470 — 31 499	9 296
935	29 700 — 29 729	8 585	995	31 500 — 31 529	9 308
936	29 730 — 29 759	8 597	996	31 530 — 31 559	9 321
937	29 760 — 29 789	8 609	997	31 560 — 31 589	9 333
938	29 790 — 29 819	8 621	998	31 590 — 31 619	9 345
939	29 820 — 29 849	8 633	999	31 620 — 31 649	9 357
940	29 850 — 29 879	8 645	1 000	31 650 — 31 679	9 369
941	29 880 — 29 909	8 657	1 001	31 680 — 31 709	9 381
942	29 910 — 29 939	8 669	1 002	31 710 — 31 739	9 393
943	29 940 — 29 969	8 681	1 003	31 740 — 31 769	9 406
944	29 970 — 29 999	8 693	1 004	31 770 — 31 799	9 418
945	30 000 — 30 029	8 705	1 005	31 800 — 31 829	9 430
946	30 030 — 30 059	8 717	1 006	31 830 — 31 859	9 442
947	30 060 — 30 089	8 729	1 007	31 860 — 31 889	9 454
948	30 090 — 30 119	8 741	1 008	31 890 — 31 919	9 466
949	30 120 — 30 149	8 753	1 009	31 920 — 31 949	9 479
950	30 150 — 30 179	8 765	1 010	31 950 — 31 979	9 491
951	30 180 — 30 209	8 777	1 011	31 980 — 32 009	9 503
952	30 210 — 30 239	8 789	1 012	32 010 — 32 039	9 515
953	30 240 — 30 269	8 801	1 013	32 040 — 32 069	9 527
954	30 270 — 30 299	8 813	1 014	32 070 — 32 099	9 539
955	30 300 — 30 329	8 825	1 015	32 100 — 32 129	9 552
956	30 330 — 30 359	8 837	1 016	32 130 — 32 159	9 564
957	30 360 — 30 389	8 849	1 017	32 160 — 32 189	9 576
958	30 390 — 30 419	8 861	1 018	32 190 — 32 219	9 588
959	30 420 — 30 449	8 873	1 019	32 220 — 32 249	9 600
960	30 450 — 30 479	8 885	1 020	32 250 — 32 279	9 613

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 021	32 280 — 32 309	9 625	1 081	34 080 — 34 109	10 362
1 022	32 310 — 32 339	9 637	1 082	34 110 — 34 139	10 374
1 023	32 340 — 32 369	9 649	1 083	34 140 — 34 169	10 386
1 024	32 370 — 32 399	9 661	1 084	34 170 — 34 199	10 399
1 025	32 400 — 32 429	9 674	1 085	34 200 — 34 229	10 411
1 026	32 430 — 32 459	9 686	1 086	34 230 — 34 259	10 423
1 027	32 460 — 32 489	9 698	1 087	34 260 — 34 289	10 436
1 028	32 490 — 32 519	9 710	1 088	34 290 — 34 319	10 448
1 029	32 520 — 32 549	9 723	1 089	34 320 — 34 349	10 461
1 030	32 550 — 32 579	9 735	1 090	34 350 — 34 379	10 473
1 031	32 580 — 32 609	9 747	1 091	34 380 — 34 409	10 485
1 032	32 610 — 32 639	9 759	1 092	34 410 — 34 439	10 498
1 033	32 640 — 32 669	9 771	1 093	34 440 — 34 469	10 510
1 034	32 670 — 32 699	9 784	1 094	34 470 — 34 499	10 522
1 035	32 700 — 32 729	9 796	1 095	34 500 — 34 529	10 535
1 036	32 730 — 32 759	9 808	1 096	34 530 — 34 559	10 547
1 037	32 760 — 32 789	9 820	1 097	34 560 — 34 589	10 560
1 038	32 790 — 32 819	9 833	1 098	34 590 — 34 619	10 572
1 039	32 820 — 32 849	9 845	1 099	34 620 — 34 649	10 584
1 040	32 850 — 32 879	9 857	1 100	34 650 — 34 679	10 597
1 041	32 880 — 32 909	9 869	1 101	34 680 — 34 709	10 609
1 042	32 910 — 32 939	9 882	1 102	34 710 — 34 739	10 622
1 043	32 940 — 32 969	9 894	1 103	34 740 — 34 769	10 634
1 044	32 970 — 32 999	9 906	1 104	34 770 — 34 799	10 646
1 045	33 000 — 33 029	9 918	1 105	34 800 — 34 829	10 659
1 046	33 030 — 33 059	9 931	1 106	34 830 — 34 859	10 671
1 047	33 060 — 33 089	9 943	1 107	34 860 — 34 889	10 684
1 048	33 090 — 33 119	9 955	1 108	34 890 — 34 919	10 696
1 049	33 120 — 33 149	9 968	1 109	34 920 — 34 949	10 709
1 050	33 150 — 33 179	9 980	1 110	34 950 — 34 979	10 721
1 051	33 180 — 33 209	9 992	1 111	34 980 — 35 009	10 733
1 052	33 210 — 33 239	10 004	1 112	35 010 — 35 039	10 746
1 053	33 240 — 33 269	10 017	1 113	35 040 — 35 069	10 758
1 054	33 270 — 33 299	10 029	1 114	35 070 — 35 099	10 771
1 055	33 300 — 33 329	10 041	1 115	35 100 — 35 129	10 783
1 056	33 330 — 33 359	10 054	1 116	35 130 — 35 159	10 796
1 057	33 360 — 33 389	10 066	1 117	35 160 — 35 189	10 808
1 058	33 390 — 33 419	10 078	1 118	35 190 — 35 219	10 821
1 059	33 420 — 33 449	10 090	1 119	35 220 — 35 249	10 833
1 060	33 450 — 33 479	10 103	1 120	35 250 — 35 279	10 845
1 061	33 480 — 33 509	10 115	1 121	35 280 — 35 309	10 858
1 062	33 510 — 33 539	10 127	1 122	35 310 — 35 339	10 870
1 063	33 540 — 33 569	10 140	1 123	35 340 — 35 369	10 883
1 064	33 570 — 33 599	10 152	1 124	35 370 — 35 399	10 895
1 065	33 600 — 33 629	10 164	1 125	35 400 — 35 429	10 908
1 066	33 630 — 33 659	10 177	1 126	35 430 — 35 459	10 920
1 067	33 660 — 33 689	10 189	1 127	35 460 — 35 489	10 933
1 068	33 690 — 33 719	10 201	1 128	35 490 — 35 519	10 945
1 069	33 720 — 33 749	10 214	1 129	35 520 — 35 549	10 958
1 070	33 750 — 33 779	10 226	1 130	35 550 — 35 579	10 970
1 071	33 780 — 33 809	10 238	1 131	35 580 — 35 609	10 983
1 072	33 810 — 33 839	10 251	1 132	35 610 — 35 639	10 995
1 073	33 840 — 33 869	10 263	1 133	35 640 — 35 669	11 008
1 074	33 870 — 33 899	10 275	1 134	35 670 — 35 699	11 020
1 075	33 900 — 33 929	10 288	1 135	35 700 — 35 729	11 032
1 076	33 930 — 33 959	10 300	1 136	35 730 — 35 759	11 045
1 077	33 960 — 33 989	10 312	1 137	35 760 — 35 789	11 057
1 078	33 990 — 34 019	10 325	1 138	35 790 — 35 819	11 070
1 079	34 020 — 34 049	10 337	1 139	35 820 — 35 849	11 082
1 080	34 050 — 34 079	10 349	1 140	35 850 — 35 879	11 095

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 141	35 880 — 35 909	11 107	1 201	37 680 — 37 709	11 862
1 142	35 910 — 35 939	11 120	1 202	37 710 — 37 739	11 875
1 143	35 940 — 35 969	11 132	1 203	37 740 — 37 769	11 887
1 144	35 970 — 35 999	11 145	1 204	37 770 — 37 799	11 900
1 145	36 000 — 36 029	11 158	1 205	37 800 — 37 829	11 913
1 146	36 030 — 36 059	11 170	1 206	37 830 — 37 859	11 925
1 147	36 060 — 36 089	11 183	1 207	37 860 — 37 889	11 938
1 148	36 090 — 36 119	11 195	1 208	37 890 — 37 919	11 951
1 149	36 120 — 36 149	11 208	1 209	37 920 — 37 949	11 963
1 150	36 150 — 36 179	11 220	1 210	37 950 — 37 979	11 976
1 151	36 180 — 36 209	11 233	1 211	37 980 — 38 009	11 989
1 152	36 210 — 36 239	11 245	1 212	38 010 — 38 039	12 001
1 153	36 240 — 36 269	11 258	1 213	38 040 — 38 069	12 014
1 154	36 270 — 36 299	11 270	1 214	38 070 — 38 099	12 027
1 155	36 300 — 36 329	11 283	1 215	38 100 — 38 129	12 039
1 156	36 330 — 36 359	11 295	1 216	38 130 — 38 159	12 052
1 157	36 360 — 36 389	11 308	1 217	38 160 — 38 189	12 065
1 158	36 390 — 36 419	11 320	1 218	38 190 — 38 219	12 077
1 159	36 420 — 36 449	11 333	1 219	38 220 — 38 249	12 090
1 160	36 450 — 36 479	11 345	1 220	38 250 — 38 279	12 103
1 161	36 480 — 36 509	11 358	1 221	38 280 — 38 309	12 116
1 162	36 510 — 36 539	11 371	1 222	38 310 — 38 339	12 128
1 163	36 540 — 36 569	11 383	1 223	38 340 — 38 369	12 141
1 164	36 570 — 36 599	11 396	1 224	38 370 — 38 399	12 154
1 165	36 600 — 36 629	11 408	1 225	38 400 — 38 429	12 166
1 166	36 630 — 36 659	11 421	1 226	38 430 — 38 459	12 179
1 167	36 660 — 36 689	11 433	1 227	38 460 — 38 489	12 192
1 168	36 690 — 36 719	11 446	1 228	38 490 — 38 519	12 204
1 169	36 720 — 36 749	11 459	1 229	38 520 — 38 549	12 217
1 170	36 750 — 36 779	11 471	1 230	38 550 — 38 579	12 230
1 171	36 780 — 36 809	11 484	1 231	38 580 — 38 609	12 243
1 172	36 810 — 36 839	11 496	1 232	38 610 — 38 639	12 255
1 173	36 840 — 36 869	11 509	1 233	38 640 — 38 669	12 268
1 174	36 870 — 36 899	11 521	1 234	38 670 — 38 699	12 281
1 175	36 900 — 36 929	11 534	1 235	38 700 — 38 729	12 294
1 176	36 930 — 36 959	11 547	1 236	38 730 — 38 759	12 306
1 177	36 960 — 36 989	11 559	1 237	38 760 — 38 789	12 319
1 178	36 990 — 37 019	11 572	1 238	38 790 — 38 819	12 332
1 179	37 020 — 37 049	11 584	1 239	38 820 — 38 849	12 344
1 180	37 050 — 37 079	11 597	1 240	38 850 — 38 879	12 357
1 181	37 080 — 37 109	11 610	1 241	38 880 — 38 909	12 370
1 182	37 110 — 37 139	11 622	1 242	38 910 — 38 939	12 383
1 183	37 140 — 37 169	11 635	1 243	38 940 — 38 969	12 395
1 184	37 170 — 37 199	11 647	1 244	38 970 — 38 999	12 408
1 185	37 200 — 37 229	11 660	1 245	39 000 — 39 029	12 421
1 186	37 230 — 37 259	11 673	1 246	39 030 — 39 059	12 434
1 187	37 260 — 37 289	11 685	1 247	39 060 — 39 089	12 446
1 188	37 290 — 37 319	11 698	1 248	39 090 — 39 119	12 459
1 189	37 320 — 37 349	11 710	1 249	39 120 — 39 149	12 472
1 190	37 350 — 37 379	11 723	1 250	39 150 — 39 179	12 485
1 191	37 380 — 37 409	11 736	1 251	39 180 — 39 209	12 498
1 192	37 410 — 37 439	11 748	1 252	39 210 — 39 239	12 510
1 193	37 440 — 37 469	11 761	1 253	39 240 — 39 269	12 523
1 194	37 470 — 37 499	11 774	1 254	39 270 — 39 299	12 536
1 195	37 500 — 37 529	11 786	1 255	39 300 — 39 329	12 549
1 196	37 530 — 37 559	11 799	1 256	39 330 — 39 359	12 561
1 197	37 560 — 37 589	11 812	1 257	39 360 — 39 389	12 574
1 198	37 590 — 37 619	11 824	1 258	39 390 — 39 419	12 587
1 199	37 620 — 37 649	11 837	1 259	39 420 — 39 449	12 600
1 200	37 650 — 37 679	11 849	1 260	39 450 — 39 479	12 613

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 261	39 480 — 39 509	12 625	1 321	41 280 — 41 309	13 397
1 262	39 510 — 39 539	12 638	1 322	41 310 — 41 339	13 410
1 263	39 540 — 39 569	12 651	1 323	41 340 — 41 369	13 423
1 264	39 570 — 39 599	12 664	1 324	41 370 — 41 399	13 436
1 265	39 600 — 39 629	12 676	1 325	41 400 — 41 429	13 449
1 266	39 630 — 39 659	12 689	1 326	41 430 — 41 459	13 462
1 267	39 660 — 39 689	12 702	1 327	41 460 — 41 489	13 475
1 268	39 690 — 39 719	12 715	1 328	41 490 — 41 519	13 487
1 269	39 720 — 39 749	12 728	1 329	41 520 — 41 549	13 500
1 270	39 750 — 39 779	12 741	1 330	41 550 — 41 579	13 513
1 271	39 780 — 39 809	12 753	1 331	41 580 — 41 609	13 526
1 272	39 810 — 39 839	12 766	1 332	41 610 — 41 639	13 539
1 273	39 840 — 39 869	12 779	1 333	41 640 — 41 669	13 552
1 274	39 870 — 39 899	12 792	1 334	41 670 — 41 699	13 565
1 275	39 900 — 39 929	12 805	1 335	41 700 — 41 729	13 578
1 276	39 930 — 39 959	12 817	1 336	41 730 — 41 759	13 591
1 277	39 960 — 39 989	12 830	1 337	41 760 — 41 789	13 604
1 278	39 990 — 40 019	12 843	1 338	41 790 — 41 819	13 617
1 279	40 020 — 40 049	12 856	1 339	41 820 — 41 849	13 630
1 280	40 050 — 40 079	12 869	1 340	41 850 — 41 879	13 643
1 281	40 080 — 40 109	12 882	1 341	41 880 — 41 909	13 656
1 282	40 110 — 40 139	12 894	1 342	41 910 — 41 939	13 669
1 283	40 140 — 40 169	12 907	1 343	41 940 — 41 969	13 682
1 284	40 170 — 40 199	12 920	1 344	41 970 — 41 999	13 695
1 285	40 200 — 40 229	12 933	1 345	42 000 — 42 029	13 708
1 286	40 230 — 40 259	12 946	1 346	42 030 — 42 059	13 721
1 287	40 260 — 40 289	12 959	1 347	42 060 — 42 089	13 734
1 288	40 290 — 40 319	12 971	1 348	42 090 — 42 119	13 747
1 289	40 320 — 40 349	12 984	1 349	42 120 — 42 149	13 760
1 290	40 350 — 40 379	12 997	1 350	42 150 — 42 179	13 773
1 291	40 380 — 40 409	13 010	1 351	42 180 — 42 209	13 786
1 292	40 410 — 40 439	13 023	1 352	42 210 — 42 239	13 799
1 293	40 440 — 40 469	13 036	1 353	42 240 — 42 269	13 812
1 294	40 470 — 40 499	13 049	1 354	42 270 — 42 299	13 825
1 295	40 500 — 40 529	13 062	1 355	42 300 — 42 329	13 838
1 296	40 530 — 40 559	13 074	1 356	42 330 — 42 359	13 851
1 297	40 560 — 40 589	13 087	1 357	42 360 — 42 389	13 864
1 298	40 590 — 40 619	13 100	1 358	42 390 — 42 419	13 877
1 299	40 620 — 40 649	13 113	1 359	42 420 — 42 449	13 890
1 300	40 650 — 40 679	13 126	1 360	42 450 — 42 479	13 903
1 301	40 680 — 40 709	13 139	1 361	42 480 — 42 509	13 916
1 302	40 710 — 40 739	13 152	1 362	42 510 — 42 539	13 929
1 303	40 740 — 40 769	13 165	1 363	42 540 — 42 569	13 942
1 304	40 770 — 40 799	13 177	1 364	42 570 — 42 599	13 955
1 305	40 800 — 40 829	13 190	1 365	42 600 — 42 629	13 968
1 306	40 830 — 40 859	13 203	1 366	42 630 — 42 659	13 981
1 307	40 860 — 40 889	13 216	1 367	42 660 — 42 689	13 994
1 308	40 890 — 40 919	13 229	1 368	42 690 — 42 719	14 007
1 309	40 920 — 40 949	13 242	1 369	42 720 — 42 749	14 020
1 310	40 950 — 40 979	13 255	1 370	42 750 — 42 779	14 033
1 311	40 980 — 41 009	13 268	1 371	42 780 — 42 809	14 046
1 312	41 010 — 41 039	13 281	1 372	42 810 — 42 839	14 059
1 313	41 040 — 41 069	13 294	1 373	42 840 — 42 869	14 072
1 314	41 070 — 41 099	13 306	1 374	42 870 — 42 899	14 085
1 315	41 100 — 41 129	13 319	1 375	42 900 — 42 929	14 098
1 316	41 130 — 41 159	13 332	1 376	42 930 — 42 959	14 111
1 317	41 160 — 41 189	13 345	1 377	42 960 — 42 989	14 124
1 318	41 190 — 41 219	13 358	1 378	42 990 — 43 019	14 137
1 319	41 220 — 41 249	13 371	1 379	43 020 — 43 049	14 151
1 320	41 250 — 41 279	13 384	1 380	43 050 — 43 079	14 164

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
1 381	43 080 — 43 109	14 177	1 441	44 880 — 44 909	14 964
1 382	43 110 — 43 139	14 190	1 442	44 910 — 44 939	14 978
1 383	43 140 — 43 169	14 203	1 443	44 940 — 44 969	14 991
1 384	43 170 — 43 199	14 216	1 444	44 970 — 44 999	15 004
1 385	43 200 — 43 229	14 229	1 445	45 000 — 45 029	15 017
1 386	43 230 — 43 259	14 242	1 446	45 030 — 45 059	15 030
1 387	43 260 — 43 289	14 255	1 447	45 060 — 45 089	15 044
1 388	43 290 — 43 319	14 268	1 448	45 090 — 45 119	15 057
1 389	43 320 — 43 349	14 281	1 449	45 120 — 45 149	15 070
1 390	43 350 — 43 379	14 294	1 450	45 150 — 45 179	15 083
1 391	43 380 — 43 409	14 307	1 451	45 180 — 45 209	15 096
1 392	43 410 — 43 439	14 320	1 452	45 210 — 45 239	15 110
1 393	43 440 — 43 469	14 334	1 453	45 240 — 45 269	15 123
1 394	43 470 — 43 499	14 347	1 454	45 270 — 45 299	15 136
1 395	43 500 — 43 529	14 360	1 455	45 300 — 45 329	15 149
1 396	43 530 — 43 559	14 373	1 456	45 330 — 45 359	15 163
1 397	43 560 — 43 589	14 386	1 457	45 360 — 45 389	15 176
1 398	43 590 — 43 619	14 399	1 458	45 390 — 45 419	15 189
1 399	43 620 — 43 649	14 412	1 459	45 420 — 45 449	15 202
1 400	43 650 — 43 679	14 425	1 460	45 450 — 45 479	15 215
1 401	43 680 — 43 709	14 438	1 461	45 480 — 45 509	15 229
1 402	43 710 — 43 739	14 451	1 462	45 510 — 45 539	15 242
1 403	43 740 — 43 769	14 465	1 463	45 540 — 45 569	15 255
1 404	43 770 — 43 799	14 478	1 464	45 570 — 45 599	15 268
1 405	43 800 — 43 829	14 491	1 465	45 600 — 45 629	15 282
1 406	43 830 — 43 859	14 504	1 466	45 630 — 45 659	15 295
1 407	43 860 — 43 889	14 517	1 467	45 660 — 45 689	15 308
1 408	43 890 — 43 919	14 530	1 468	45 690 — 45 719	15 321
1 409	43 920 — 43 949	14 543	1 469	45 720 — 45 749	15 335
1 410	43 950 — 43 979	14 556	1 470	45 750 — 45 779	15 348
1 411	43 980 — 44 009	14 570	1 471	45 780 — 45 809	15 361
1 412	44 010 — 44 039	14 583	1 472	45 810 — 45 839	15 374
1 413	44 040 — 44 069	14 596	1 473	45 840 — 45 869	15 388
1 414	44 070 — 44 099	14 609	1 474	45 870 — 45 899	15 401
1 415	44 100 — 44 129	14 622	1 475	45 900 — 45 929	15 414
1 416	44 130 — 44 159	14 635	1 476	45 930 — 45 959	15 427
1 417	44 160 — 44 189	14 648	1 477	45 960 — 45 989	15 441
1 418	44 190 — 44 219	14 662	1 478	45 990 — 46 019	15 454
1 419	44 220 — 44 249	14 675	1 479	46 020 — 46 049	15 467
1 420	44 250 — 44 279	14 688	1 480	46 050 — 46 079	15 481
1 421	44 280 — 44 309	14 701	1 481	46 080 — 46 109	15 494
1 422	44 310 — 44 339	14 714	1 482	46 110 — 46 139	15 507
1 423	44 340 — 44 369	14 727	1 483	46 140 — 46 169	15 520
1 424	44 370 — 44 399	14 740	1 484	46 170 — 46 199	15 534
1 425	44 400 — 44 429	14 754	1 485	46 200 — 46 229	15 547
1 426	44 430 — 44 459	14 767	1 486	46 230 — 46 259	15 560
1 427	44 460 — 44 489	14 780	1 487	46 260 — 46 289	15 574
1 428	44 490 — 44 519	14 793	1 488	46 290 — 46 319	15 587
1 429	44 520 — 44 549	14 806	1 489	46 320 — 46 349	15 600
1 430	44 550 — 44 579	14 819	1 490	46 350 — 46 379	15 613
1 431	44 580 — 44 609	14 833	1 491	46 380 — 46 409	15 627
1 432	44 610 — 44 639	14 846	1 492	46 410 — 46 439	15 640
1 433	44 640 — 44 669	14 859	1 493	46 440 — 46 469	15 653
1 434	44 670 — 44 699	14 872	1 494	46 470 — 46 499	15 667
1 435	44 700 — 44 729	14 885	1 495	46 500 — 46 529	15 680
1 436	44 730 — 44 759	14 898	1 496	46 530 — 46 559	15 693
1 437	44 760 — 44 789	14 912	1 497	46 560 — 46 589	15 707
1 438	44 790 — 44 819	14 925	1 498	46 590 — 46 619	15 720
1 439	44 820 — 44 849	14 938	1 499	46 620 — 46 649	15 733
1 440	44 850 — 44 879	14 951	1 500	46 650 — 46 679	15 747

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 501	46 680 — 46 709	15 760	1 561	48 960 — 49 019	16 778
1 502	46 710 — 46 739	15 773	1 562	49 020 — 49 079	16 805
1 503	46 740 — 46 769	15 787	1 563	49 080 — 49 139	16 832
1 504	46 770 — 46 799	15 800	1 564	49 140 — 49 199	16 859
1 505	46 800 — 46 829	15 813	1 565	49 200 — 49 259	16 886
1 506	46 830 — 46 859	15 827	1 566	49 260 — 49 319	16 913
1 507	46 860 — 46 889	15 840	1 567	49 320 — 49 379	16 940
1 508	46 890 — 46 919	15 853	1 568	49 380 — 49 439	16 967
1 509	46 920 — 46 949	15 867	1 569	49 440 — 49 499	16 994
1 510	46 950 — 46 979	15 880	1 570	49 500 — 49 559	17 021
1 511	46 980 — 47 009	15 893	1 571	49 560 — 49 619	17 048
1 512	47 010 — 47 039	15 907	1 572	49 620 — 49 679	17 075
1 513	47 040 — 47 069	15 920	1 573	49 680 — 49 739	17 102
1 514	47 070 — 47 099	15 933	1 574	49 740 — 49 799	17 129
1 515	47 100 — 47 129	15 947	1 575	49 800 — 49 859	17 156
1 516	47 130 — 47 159	15 960	1 576	49 860 — 49 919	17 184
1 517	47 160 — 47 189	15 973	1 577	49 920 — 49 979	17 211
1 518	47 190 — 47 219	15 987	1 578	49 980 — 50 039	17 238
1 519	47 220 — 47 249	16 000	1 579	50 040 — 50 099	17 265
1 520	47 250 — 47 279	16 013	1 580	50 100 — 50 159	17 292
1 521	47 280 — 47 309	16 027	1 581	50 160 — 50 219	17 319
1 522	47 310 — 47 339	16 040	1 582	50 220 — 50 279	17 346
1 523	47 340 — 47 369	16 053	1 583	50 280 — 50 339	17 373
1 524	47 370 — 47 399	16 067	1 584	50 340 — 50 399	17 400
1 525	47 400 — 47 429	16 080	1 585	50 400 — 50 459	17 428
1 526	47 430 — 47 459	16 094	1 586	50 460 — 50 519	17 455
1 527	47 460 — 47 489	16 107	1 587	50 520 — 50 579	17 482
1 528	47 490 — 47 519	16 120	1 588	50 580 — 50 639	17 509
1 529	47 520 — 47 549	16 134	1 589	50 640 — 50 699	17 536
1 530	47 550 — 47 579	16 147	1 590	50 700 — 50 759	17 563
1 531	47 580 — 47 609	16 160	1 591	50 760 — 50 819	17 591
1 532	47 610 — 47 639	16 174	1 592	50 820 — 50 879	17 618
1 533	47 640 — 47 669	16 187	1 593	50 880 — 50 939	17 645
1 534	47 670 — 47 699	16 201	1 594	50 940 — 50 999	17 672
1 535	47 700 — 47 729	16 214	1 595	51 000 — 51 059	17 699
1 536	47 730 — 47 759	16 227	1 596	51 060 — 51 119	17 727
1 537	47 760 — 47 789	16 241	1 597	51 120 — 51 179	17 754
1 538	47 790 — 47 819	16 254	1 598	51 180 — 51 239	17 781
1 539	47 820 — 47 849	16 268	1 599	51 240 — 51 299	17 808
1 540	47 850 — 47 879	16 281	1 600	51 300 — 51 359	17 836
1 541	47 880 — 47 909	16 294	1 601	51 360 — 51 419	17 863
1 542	47 910 — 47 939	16 308	1 602	51 420 — 51 479	17 890
1 543	47 940 — 47 969	16 321	1 603	51 480 — 51 539	17 917
1 544	47 970 — 47 999	16 335	1 604	51 540 — 51 599	17 945
1 545	48 000 — 48 059	16 348	1 605	51 600 — 51 659	17 972
1 546	48 060 — 48 119	16 375	1 606	51 660 — 51 719	17 999
1 547	48 120 — 48 179	16 402	1 607	51 720 — 51 779	18 027
1 548	48 180 — 48 239	16 429	1 608	51 780 — 51 839	18 054
1 549	48 240 — 48 299	16 455	1 609	51 840 — 51 899	18 081
1 550	48 300 — 48 359	16 482	1 610	51 900 — 51 959	18 109
1 551	48 360 — 48 419	16 509	1 611	51 960 — 52 019	18 136
1 552	48 420 — 48 479	16 536	1 612	52 020 — 52 079	18 163
1 553	48 480 — 48 539	16 563	1 613	52 080 — 52 139	18 191
1 554	48 540 — 48 599	16 590	1 614	52 140 — 52 199	18 218
1 555	48 600 — 48 659	16 617	1 615	52 200 — 52 259	18 245
1 556	48 660 — 48 719	16 644	1 616	52 260 — 52 319	18 273
1 557	48 720 — 48 779	16 671	1 617	52 320 — 52 379	18 300
1 558	48 780 — 48 839	16 697	1 618	52 380 — 52 439	18 328
1 559	48 840 — 48 899	16 724	1 619	52 440 — 52 499	18 355
1 560	48 900 — 48 959	16 751	1 620	52 500 — 52 559	18 382

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM
	DM	DM			DM	DM	
	von — bis				von — bis		
1 621	52 560	52 619	18 410	1 681	56 160	56 219	20 069
1 622	52 620	52 679	18 437	1 682	56 220	56 279	20 097
1 623	52 680	52 739	18 465	1 683	56 280	56 339	20 125
1 624	52 740	52 799	18 492	1 684	56 340	56 399	20 153
1 625	52 800	52 859	18 520	1 685	56 400	56 459	20 180
1 626	52 860	52 919	18 547	1 686	56 460	56 519	20 208
1 627	52 920	52 979	18 575	1 687	56 520	56 579	20 236
1 628	52 980	53 039	18 602	1 688	56 580	56 639	20 264
1 629	53 040	53 099	18 630	1 689	56 640	56 699	20 292
1 630	53 100	53 159	18 657	1 690	56 700	56 759	20 320
1 631	53 160	53 219	18 685	1 691	56 760	56 819	20 348
1 632	53 220	53 279	18 712	1 692	56 820	56 879	20 376
1 633	53 280	53 339	18 740	1 693	56 880	56 939	20 404
1 634	53 340	53 399	18 767	1 694	56 940	56 999	20 432
1 635	53 400	53 459	18 795	1 695	57 000	57 059	20 460
1 636	53 460	53 519	18 822	1 696	57 060	57 119	20 488
1 637	53 520	53 579	18 850	1 697	57 120	57 179	20 516
1 638	53 580	53 639	18 877	1 698	57 180	57 239	20 544
1 639	53 640	53 699	18 905	1 699	57 240	57 299	20 572
1 640	53 700	53 759	18 932	1 700	57 300	57 359	20 600
1 641	53 760	53 819	18 960	1 701	57 360	57 419	20 628
1 642	53 820	53 879	18 988	1 702	57 420	57 479	20 656
1 643	53 880	53 939	19 015	1 703	57 480	57 539	20 684
1 644	53 940	53 999	19 043	1 704	57 540	57 599	20 712
1 645	54 000	54 059	19 070	1 705	57 600	57 659	20 740
1 646	54 060	54 119	19 098	1 706	57 660	57 719	20 768
1 647	54 120	54 179	19 126	1 707	57 720	57 779	20 796
1 648	54 180	54 239	19 153	1 708	57 780	57 839	20 824
1 649	54 240	54 299	19 181	1 709	57 840	57 899	20 852
1 650	54 300	54 359	19 208	1 710	57 900	57 959	20 880
1 651	54 360	54 419	19 236	1 711	57 960	58 019	20 908
1 652	54 420	54 479	19 264	1 712	58 020	58 079	20 936
1 653	54 480	54 539	19 291	1 713	58 080	58 139	20 964
1 654	54 540	54 599	19 319	1 714	58 140	58 199	20 992
1 655	54 600	54 659	19 347	1 715	58 200	58 259	21 021
1 656	54 660	54 719	19 374	1 716	58 260	58 319	21 049
1 657	54 720	54 779	19 402	1 717	58 320	58 379	21 077
1 658	54 780	54 839	19 430	1 718	58 380	58 439	21 105
1 659	54 840	54 899	19 458	1 719	58 440	58 499	21 133
1 660	54 900	54 959	19 485	1 720	58 500	58 559	21 161
1 661	54 960	55 019	19 513	1 721	58 560	58 619	21 189
1 662	55 020	55 079	19 541	1 722	58 620	58 679	21 217
1 663	55 080	55 139	19 568	1 723	58 680	58 739	21 246
1 664	55 140	55 199	19 596	1 724	58 740	58 799	21 274
1 665	55 200	55 259	19 624	1 725	58 800	58 859	21 302
1 666	55 260	55 319	19 652	1 726	58 860	58 919	21 330
1 667	55 320	55 379	19 679	1 727	58 920	58 979	21 358
1 668	55 380	55 439	19 707	1 728	58 980	59 039	21 387
1 669	55 440	55 499	19 735	1 729	59 040	59 099	21 415
1 670	55 500	55 559	19 763	1 730	59 100	59 159	21 443
1 671	55 560	55 619	19 791	1 731	59 160	59 219	21 471
1 672	55 620	55 679	19 818	1 732	59 220	59 279	21 499
1 673	55 680	55 739	19 846	1 733	59 280	59 339	21 528
1 674	55 740	55 799	19 874	1 734	59 340	59 399	21 556
1 675	55 800	55 859	19 902	1 735	59 400	59 459	21 584
1 676	55 860	55 919	19 930	1 736	59 460	59 519	21 612
1 677	55 920	55 979	19 957	1 737	59 520	59 579	21 641
1 678	55 980	56 039	19 985	1 738	59 580	59 639	21 669
1 679	56 040	56 099	20 013	1 739	59 640	59 699	21 697
1 680	56 100	56 159	20 041	1 740	59 700	59 759	21 725

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 741	59 760 — 59 819	21 754	1 801	63 360 — 63 419	23 463
1 742	59 820 — 59 879	21 782	1 802	63 420 — 63 479	23 491
1 743	59 880 — 59 939	21 810	1 803	63 480 — 63 539	23 520
1 744	59 940 — 59 999	21 839	1 804	63 540 — 63 599	23 549
1 745	60 000 — 60 059	21 867	1 805	63 600 — 63 659	23 577
1 746	60 060 — 60 119	21 895	1 806	63 660 — 63 719	23 606
1 747	60 120 — 60 179	21 924	1 807	63 720 — 63 779	23 635
1 748	60 180 — 60 239	21 952	1 808	63 780 — 63 839	23 663
1 749	60 240 — 60 299	21 980	1 809	63 840 — 63 899	23 692
1 750	60 300 — 60 359	22 009	1 810	63 900 — 63 959	23 721
1 751	60 360 — 60 419	22 037	1 811	63 960 — 64 019	23 750
1 752	60 420 — 60 479	22 065	1 812	64 020 — 64 079	23 778
1 753	60 480 — 60 539	22 094	1 813	64 080 — 64 139	23 807
1 754	60 540 — 60 599	22 122	1 814	64 140 — 64 199	23 836
1 755	60 600 — 60 659	22 150	1 815	64 200 — 64 259	23 865
1 756	60 660 — 60 719	22 179	1 816	64 260 — 64 319	23 893
1 757	60 720 — 60 779	22 207	1 817	64 320 — 64 379	23 922
1 758	60 780 — 60 839	22 235	1 818	64 380 — 64 439	23 951
1 759	60 840 — 60 899	22 264	1 819	64 440 — 64 499	23 980
1 760	60 900 — 60 959	22 292	1 820	64 500 — 64 559	24 008
1 761	60 960 — 61 019	22 321	1 821	64 560 — 64 619	24 037
1 762	61 020 — 61 079	22 349	1 822	64 620 — 64 679	24 066
1 763	61 080 — 61 139	22 378	1 823	64 680 — 64 739	24 095
1 764	61 140 — 61 199	22 406	1 824	64 740 — 64 799	24 124
1 765	61 200 — 61 259	22 434	1 825	64 800 — 64 859	24 152
1 766	61 260 — 61 319	22 463	1 826	64 860 — 64 919	24 181
1 767	61 320 — 61 379	22 491	1 827	64 920 — 64 979	24 210
1 768	61 380 — 61 439	22 520	1 828	64 980 — 65 039	24 239
1 769	61 440 — 61 499	22 548	1 829	65 040 — 65 099	24 268
1 770	61 500 — 61 559	22 577	1 830	65 100 — 65 159	24 297
1 771	61 560 — 61 619	22 605	1 831	65 160 — 65 219	24 325
1 772	61 620 — 61 679	22 634	1 832	65 220 — 65 279	24 354
1 773	61 680 — 61 739	22 662	1 833	65 280 — 65 339	24 383
1 774	61 740 — 61 799	22 691	1 834	65 340 — 65 399	24 412
1 775	61 800 — 61 859	22 719	1 835	65 400 — 65 459	24 441
1 776	61 860 — 61 919	22 748	1 836	65 460 — 65 519	24 470
1 777	61 920 — 61 979	22 776	1 837	65 520 — 65 579	24 499
1 778	61 980 — 62 039	22 805	1 838	65 580 — 65 639	24 528
1 779	62 040 — 62 099	22 833	1 839	65 640 — 65 699	24 556
1 780	62 100 — 62 159	22 862	1 840	65 700 — 65 759	24 585
1 781	62 160 — 62 219	22 890	1 841	65 760 — 65 819	24 614
1 782	62 220 — 62 279	22 919	1 842	65 820 — 65 879	24 643
1 783	62 280 — 62 339	22 947	1 843	65 880 — 65 939	24 672
1 784	62 340 — 62 399	22 976	1 844	65 940 — 65 999	24 701
1 785	62 400 — 62 459	23 005	1 845	66 000 — 66 059	24 730
1 786	62 460 — 62 519	23 033	1 846	66 060 — 66 119	24 759
1 787	62 520 — 62 579	23 062	1 847	66 120 — 66 179	24 788
1 788	62 580 — 62 639	23 090	1 848	66 180 — 66 239	24 817
1 789	62 640 — 62 699	23 119	1 849	66 240 — 66 299	24 846
1 790	62 700 — 62 759	23 148	1 850	66 300 — 66 359	24 875
1 791	62 760 — 62 819	23 176	1 851	66 360 — 66 419	24 904
1 792	62 820 — 62 879	23 205	1 852	66 420 — 66 479	24 933
1 793	62 880 — 62 939	23 233	1 853	66 480 — 66 539	24 962
1 794	62 940 — 62 999	23 262	1 854	66 540 — 66 599	24 991
1 795	63 000 — 63 059	23 291	1 855	66 600 — 66 659	25 020
1 796	63 060 — 63 119	23 319	1 856	66 660 — 66 719	25 049
1 797	63 120 — 63 179	23 348	1 857	66 720 — 66 779	25 078
1 798	63 180 — 63 239	23 377	1 858	66 780 — 66 839	25 107
1 799	63 240 — 63 299	23 405	1 859	66 840 — 66 899	25 136
1 800	63 300 — 63 359	23 434	1 860	66 900 — 66 959	25 165

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag		Einkommen- steuer DM
	DM				DM		
	von — bis				von — bis		
1 861	66 960	— 67 019	25 194	1 921	70 560	— 70 619	26 946
1 862	67 020	— 67 079	25 223	1 922	70 620	— 70 679	26 975
1 863	67 080	— 67 139	25 252	1 923	70 680	— 70 739	27 004
1 864	67 140	— 67 199	25 281	1 924	70 740	— 70 799	27 034
1 865	67 200	— 67 259	25 310	1 925	70 800	— 70 859	27 063
1 866	67 260	— 67 319	25 339	1 926	70 860	— 70 919	27 093
1 867	67 320	— 67 379	25 368	1 927	70 920	— 70 979	27 122
1 868	67 380	— 67 439	25 397	1 928	70 980	— 71 039	27 151
1 869	67 440	— 67 499	25 426	1 929	71 040	— 71 099	27 181
1 870	67 500	— 67 559	25 455	1 930	71 100	— 71 159	27 210
1 871	67 560	— 67 619	25 484	1 931	71 160	— 71 219	27 240
1 872	67 620	— 67 679	25 513	1 932	71 220	— 71 279	27 269
1 873	67 680	— 67 739	25 543	1 933	71 280	— 71 339	27 298
1 874	67 740	— 67 799	25 572	1 934	71 340	— 71 399	27 328
1 875	67 800	— 67 859	25 601	1 935	71 400	— 71 459	27 357
1 876	67 860	— 67 919	25 630	1 936	71 460	— 71 519	27 387
1 877	67 920	— 67 979	25 659	1 937	71 520	— 71 579	27 416
1 878	67 980	— 68 039	25 688	1 938	71 580	— 71 639	27 446
1 879	68 040	— 68 099	25 717	1 939	71 640	— 71 699	27 475
1 880	68 100	— 68 159	25 746	1 940	71 700	— 71 759	27 504
1 881	68 160	— 68 219	25 775	1 941	71 760	— 71 819	27 534
1 882	68 220	— 68 279	25 805	1 942	71 820	— 71 879	27 563
1 883	68 280	— 68 339	25 834	1 943	71 880	— 71 939	27 593
1 884	68 340	— 68 399	25 863	1 944	71 940	— 71 999	27 622
1 885	68 400	— 68 459	25 892	1 945	72 000	— 72 059	27 652
1 886	68 460	— 68 519	25 921	1 946	72 060	— 72 119	27 681
1 887	68 520	— 68 579	25 950	1 947	72 120	— 72 179	27 711
1 888	68 580	— 68 639	25 980	1 948	72 180	— 72 239	27 740
1 889	68 640	— 68 699	26 009	1 949	72 240	— 72 299	27 770
1 890	68 700	— 68 759	26 038	1 950	72 300	— 72 359	27 799
1 891	68 760	— 68 819	26 067	1 951	72 360	— 72 419	27 829
1 892	68 820	— 68 879	26 096	1 952	72 420	— 72 479	27 858
1 893	68 880	— 68 939	26 126	1 953	72 480	— 72 539	27 888
1 894	68 940	— 68 999	26 155	1 954	72 540	— 72 599	27 917
1 895	69 000	— 69 059	26 184	1 955	72 600	— 72 659	27 947
1 896	69 060	— 69 119	26 213	1 956	72 660	— 72 719	27 976
1 897	69 120	— 69 179	26 243	1 957	72 720	— 72 779	28 006
1 898	69 180	— 69 239	26 272	1 958	72 780	— 72 839	28 036
1 899	69 240	— 69 299	26 301	1 959	72 840	— 72 899	28 065
1 900	69 300	— 69 359	26 330	1 960	72 900	— 72 959	28 095
1 901	69 360	— 69 419	26 359	1 961	72 960	— 73 019	28 124
1 902	69 420	— 69 479	26 389	1 962	73 020	— 73 079	28 154
1 903	69 480	— 69 539	26 418	1 963	73 080	— 73 139	28 183
1 904	69 540	— 69 599	26 447	1 964	73 140	— 73 199	28 213
1 905	69 600	— 69 659	26 477	1 965	73 200	— 73 259	28 243
1 906	69 660	— 69 719	26 506	1 966	73 260	— 73 319	28 272
1 907	69 720	— 69 779	26 535	1 967	73 320	— 73 379	28 302
1 908	69 780	— 69 839	26 564	1 968	73 380	— 73 439	28 331
1 909	69 840	— 69 899	26 594	1 969	73 440	— 73 499	28 361
1 910	69 900	— 69 959	26 623	1 970	73 500	— 73 559	28 391
1 911	69 960	— 70 019	26 652	1 971	73 560	— 73 619	28 420
1 912	70 020	— 70 079	26 682	1 972	73 620	— 73 679	28 450
1 913	70 080	— 70 139	26 711	1 973	73 680	— 73 739	28 479
1 914	70 140	— 70 199	26 740	1 974	73 740	— 73 799	28 509
1 915	70 200	— 70 259	26 770	1 975	73 800	— 73 859	28 539
1 916	70 260	— 70 319	26 799	1 976	73 860	— 73 919	28 568
1 917	70 320	— 70 379	26 828	1 977	73 920	— 73 979	28 598
1 918	70 380	— 70 439	26 858	1 978	73 980	— 74 039	28 628
1 919	70 440	— 70 499	26 887	1 979	74 040	— 74 099	28 657
1 920	70 500	— 70 559	26 916	1 980	74 100	— 74 159	28 687

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 981	74 160 — 74 219	28 717	2 041	77 760 — 77 819	30 505
1 982	74 220 — 74 279	28 746	2 042	77 820 — 77 879	30 535
1 983	74 280 — 74 339	28 776	2 043	77 880 — 77 939	30 565
1 984	74 340 — 74 399	28 806	2 044	77 940 — 77 999	30 595
1 985	74 400 — 74 459	28 835	2 045	78 000 — 78 059	30 625
1 986	74 460 — 74 519	28 865	2 046	78 060 — 78 119	30 655
1 987	74 520 — 74 579	28 895	2 047	78 120 — 78 179	30 685
1 988	74 580 — 74 639	28 924	2 048	78 180 — 78 239	30 715
1 989	74 640 — 74 699	28 954	2 049	78 240 — 78 299	30 745
1 990	74 700 — 74 759	28 984	2 050	78 300 — 78 359	30 775
1 991	74 760 — 74 819	29 013	2 051	78 360 — 78 419	30 804
1 992	74 820 — 74 879	29 043	2 052	78 420 — 78 479	30 834
1 993	74 880 — 74 939	29 073	2 053	78 480 — 78 539	30 864
1 994	74 940 — 74 999	29 103	2 054	78 540 — 78 599	30 894
1 995	75 000 — 75 059	29 132	2 055	78 600 — 78 659	30 924
1 996	75 060 — 75 119	29 162	2 056	78 660 — 78 719	30 954
1 997	75 120 — 75 179	29 192	2 057	78 720 — 78 779	30 984
1 998	75 180 — 75 239	29 222	2 058	78 780 — 78 839	31 014
1 999	75 240 — 75 299	29 251	2 059	78 840 — 78 899	31 044
2 000	75 300 — 75 359	29 281	2 060	78 900 — 78 959	31 075
2 001	75 360 — 75 419	29 311	2 061	78 960 — 79 019	31 105
2 002	75 420 — 75 479	29 341	2 062	79 020 — 79 079	31 135
2 003	75 480 — 75 539	29 370	2 063	79 080 — 79 139	31 165
2 004	75 540 — 75 599	29 400	2 064	79 140 — 79 199	31 195
2 005	75 600 — 75 659	29 430	2 065	79 200 — 79 259	31 225
2 006	75 660 — 75 719	29 460	2 066	79 260 — 79 319	31 255
2 007	75 720 — 75 779	29 489	2 067	79 320 — 79 379	31 285
2 008	75 780 — 75 839	29 519	2 068	79 380 — 79 439	31 315
2 009	75 840 — 75 899	29 549	2 069	79 440 — 79 499	31 345
2 010	75 900 — 75 959	29 579	2 070	79 500 — 79 559	31 375
2 011	75 960 — 76 019	29 609	2 071	79 560 — 79 619	31 405
2 012	76 020 — 76 079	29 638	2 072	79 620 — 79 679	31 435
2 013	76 080 — 76 139	29 668	2 073	79 680 — 79 739	31 465
2 014	76 140 — 76 199	29 698	2 074	79 740 — 79 799	31 495
2 015	76 200 — 76 259	29 728	2 075	79 800 — 79 859	31 525
2 016	76 260 — 76 319	29 758	2 076	79 860 — 79 919	31 555
2 017	76 320 — 76 379	29 788	2 077	79 920 — 79 979	31 585
2 018	76 380 — 76 439	29 817	2 078	79 980 — 80 039	31 616
2 019	76 440 — 76 499	29 847	2 079	80 040 — 80 099	31 646
2 020	76 500 — 76 559	29 877	2 080	80 100 — 80 159	31 676
2 021	76 560 — 76 619	29 907	2 081	80 160 — 80 219	31 706
2 022	76 620 — 76 679	29 937	2 082	80 220 — 80 279	31 736
2 023	76 680 — 76 739	29 967	2 083	80 280 — 80 339	31 766
2 024	76 740 — 76 799	29 997	2 084	80 340 — 80 399	31 796
2 025	76 800 — 76 859	30 026	2 085	80 400 — 80 459	31 826
2 026	76 860 — 76 919	30 056	2 086	80 460 — 80 519	31 856
2 027	76 920 — 76 979	30 086	2 087	80 520 — 80 579	31 887
2 028	76 980 — 77 039	30 116	2 088	80 580 — 80 639	31 917
2 029	77 040 — 77 099	30 146	2 089	80 640 — 80 699	31 947
2 030	77 100 — 77 159	30 176	2 090	80 700 — 80 759	31 977
2 031	77 160 — 77 219	30 206	2 091	80 760 — 80 819	32 007
2 032	77 220 — 77 279	30 236	2 092	80 820 — 80 879	32 037
2 033	77 280 — 77 339	30 265	2 093	80 880 — 80 939	32 067
2 034	77 340 — 77 399	30 295	2 094	80 940 — 80 999	32 098
2 035	77 400 — 77 459	30 325	2 095	81 000 — 81 059	32 128
2 036	77 460 — 77 519	30 355	2 096	81 060 — 81 119	32 158
2 037	77 520 — 77 579	30 385	2 097	81 120 — 81 179	32 188
2 038	77 580 — 77 639	30 415	2 098	81 180 — 81 239	32 218
2 039	77 640 — 77 699	30 445	2 099	81 240 — 81 299	32 248
2 040	77 700 — 77 759	30 475	2 100	81 300 — 81 359	32 279

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
2 101	81 360 — 81 419	32 309	2 161	84 960 — 85 019	34 127
2 102	81 420 — 81 479	32 339	2 162	85 020 — 85 079	34 157
2 103	81 480 — 81 539	32 369	2 163	85 080 — 85 139	34 188
2 104	81 540 — 81 599	32 399	2 164	85 140 — 85 199	34 218
2 105	81 600 — 81 659	32 430	2 165	85 200 — 85 259	34 248
2 106	81 660 — 81 719	32 460	2 166	85 260 — 85 319	34 279
2 107	81 720 — 81 779	32 490	2 167	85 320 — 85 379	34 309
2 108	81 780 — 81 839	32 520	2 168	85 380 — 85 439	34 340
2 109	81 840 — 81 899	32 550	2 169	85 440 — 85 499	34 370
2 110	81 900 — 81 959	32 581	2 170	85 500 — 85 559	34 401
2 111	81 960 — 82 019	32 611	2 171	85 560 — 85 619	34 431
2 112	82 020 — 82 079	32 641	2 172	85 620 — 85 679	34 461
2 113	82 080 — 82 139	32 671	2 173	85 680 — 85 739	34 492
2 114	82 140 — 82 199	32 702	2 174	85 740 — 85 799	34 522
2 115	82 200 — 82 259	32 732	2 175	85 800 — 85 859	34 553
2 116	82 260 — 82 319	32 762	2 176	85 860 — 85 919	34 583
2 117	82 320 — 82 379	32 792	2 177	85 920 — 85 979	34 614
2 118	82 380 — 82 439	32 823	2 178	85 980 — 86 039	34 644
2 119	82 440 — 82 499	32 853	2 179	86 040 — 86 099	34 675
2 120	82 500 — 82 559	32 883	2 180	86 100 — 86 159	34 705
2 121	82 560 — 82 619	32 913	2 181	86 160 — 86 219	34 736
2 122	82 620 — 82 679	32 944	2 182	86 220 — 86 279	34 766
2 123	82 680 — 82 739	32 974	2 183	86 280 — 86 339	34 797
2 124	82 740 — 82 799	33 004	2 184	86 340 — 86 399	34 827
2 125	82 800 — 82 859	33 034	2 185	86 400 — 86 459	34 857
2 126	82 860 — 82 919	33 065	2 186	86 460 — 86 519	34 888
2 127	82 920 — 82 979	33 095	2 187	86 520 — 86 579	34 918
2 128	82 980 — 83 039	33 125	2 188	86 580 — 86 639	34 949
2 129	83 040 — 83 099	33 156	2 189	86 640 — 86 699	34 979
2 130	83 100 — 83 159	33 186	2 190	86 700 — 86 759	35 010
2 131	83 160 — 83 219	33 216	2 191	86 760 — 86 819	35 040
2 132	83 220 — 83 279	33 246	2 192	86 820 — 86 879	35 071
2 133	83 280 — 83 339	33 277	2 193	86 880 — 86 939	35 101
2 134	83 340 — 83 399	33 307	2 194	86 940 — 86 999	35 132
2 135	83 400 — 83 459	33 337	2 195	87 000 — 87 059	35 162
2 136	83 460 — 83 519	33 368	2 196	87 060 — 87 119	35 193
2 137	83 520 — 83 579	33 398	2 197	87 120 — 87 179	35 224
2 138	83 580 — 83 639	33 428	2 198	87 180 — 87 239	35 254
2 139	83 640 — 83 699	33 459	2 199	87 240 — 87 299	35 285
2 140	83 700 — 83 759	33 489	2 200	87 300 — 87 359	35 315
2 141	83 760 — 83 819	33 519	2 201	87 360 — 87 419	35 346
2 142	83 820 — 83 879	33 550	2 202	87 420 — 87 479	35 376
2 143	83 880 — 83 939	33 580	2 203	87 480 — 87 539	35 407
2 144	83 940 — 83 999	33 610	2 204	87 540 — 87 599	35 437
2 145	84 000 — 84 059	33 641	2 205	87 600 — 87 659	35 468
2 146	84 060 — 84 119	33 671	2 206	87 660 — 87 719	35 498
2 147	84 120 — 84 179	33 701	2 207	87 720 — 87 779	35 529
2 148	84 180 — 84 239	33 732	2 208	87 780 — 87 839	35 559
2 149	84 240 — 84 299	33 762	2 209	87 840 — 87 899	35 590
2 150	84 300 — 84 359	33 792	2 210	87 900 — 87 959	35 621
2 151	84 360 — 84 419	33 823	2 211	87 960 — 88 019	35 651
2 152	84 420 — 84 479	33 853	2 212	88 020 — 88 079	35 682
2 153	84 480 — 84 539	33 884	2 213	88 080 — 88 139	35 712
2 154	84 540 — 84 599	33 914	2 214	88 140 — 88 199	35 743
2 155	84 600 — 84 659	33 944	2 215	88 200 — 88 259	35 773
2 156	84 660 — 84 719	33 975	2 216	88 260 — 88 319	35 804
2 157	84 720 — 84 779	34 005	2 217	88 320 — 88 379	35 835
2 158	84 780 — 84 839	34 036	2 218	88 380 — 88 439	35 865
2 159	84 840 — 84 899	34 066	2 219	88 440 — 88 499	35 896
2 160	84 900 — 84 959	34 096	2 220	88 500 — 88 559	35 926

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 221	88 560 — 88 619	35 957	2 281	92 160 — 92 219	37 798
2 222	88 620 — 88 679	35 988	2 282	92 220 — 92 279	37 829
2 223	88 680 — 88 739	36 018	2 283	92 280 — 92 339	37 859
2 224	88 740 — 88 799	36 049	2 284	92 340 — 92 399	37 890
2 225	88 800 — 88 859	36 079	2 285	92 400 — 92 459	37 921
2 226	88 860 — 88 919	36 110	2 286	92 460 — 92 519	37 952
2 227	88 920 — 88 979	36 141	2 287	92 520 — 92 579	37 982
2 228	88 980 — 89 039	36 171	2 288	92 580 — 92 639	38 013
2 229	89 040 — 89 099	36 202	2 289	92 640 — 92 699	38 044
2 230	89 100 — 89 159	36 232	2 290	92 700 — 92 759	38 075
2 231	89 160 — 89 219	36 263	2 291	92 760 — 92 819	38 106
2 232	89 220 — 89 279	36 294	2 292	92 820 — 92 879	38 136
2 233	89 280 — 89 339	36 324	2 293	92 880 — 92 939	38 167
2 234	89 340 — 89 399	36 355	2 294	92 940 — 92 999	38 198
2 235	89 400 — 89 459	36 386	2 295	93 000 — 93 059	38 229
2 236	89 460 — 89 519	36 416	2 296	93 060 — 93 119	38 260
2 237	89 520 — 89 579	36 447	2 297	93 120 — 93 179	38 290
2 238	89 580 — 89 639	36 478	2 298	93 180 — 93 239	38 321
2 239	89 640 — 89 699	36 508	2 299	93 240 — 93 299	38 352
2 240	89 700 — 89 759	36 539	2 300	93 300 — 93 359	38 383
2 241	89 760 — 89 819	36 570	2 301	93 360 — 93 419	38 414
2 242	89 820 — 89 879	36 600	2 302	93 420 — 93 479	38 444
2 243	89 880 — 89 939	36 631	2 303	93 480 — 93 539	38 475
2 244	89 940 — 89 999	36 661	2 304	93 540 — 93 599	38 506
2 245	90 000 — 90 059	36 692	2 305	93 600 — 93 659	38 537
2 246	90 060 — 90 119	36 723	2 306	93 660 — 93 719	38 568
2 247	90 120 — 90 179	36 753	2 307	93 720 — 93 779	38 598
2 248	90 180 — 90 239	36 784	2 308	93 780 — 93 839	38 629
2 249	90 240 — 90 299	36 815	2 309	93 840 — 93 899	38 660
2 250	90 300 — 90 359	36 846	2 310	93 900 — 93 959	38 691
2 251	90 360 — 90 419	36 876	2 311	93 960 — 94 019	38 722
2 252	90 420 — 90 479	36 907	2 312	94 020 — 94 079	38 753
2 253	90 480 — 90 539	36 938	2 313	94 080 — 94 139	38 783
2 254	90 540 — 90 599	36 968	2 314	94 140 — 94 199	38 814
2 255	90 600 — 90 659	36 999	2 315	94 200 — 94 259	38 845
2 256	90 660 — 90 719	37 030	2 316	94 260 — 94 319	38 876
2 257	90 720 — 90 779	37 060	2 317	94 320 — 94 379	38 907
2 258	90 780 — 90 839	37 091	2 318	94 380 — 94 439	38 938
2 259	90 840 — 90 899	37 122	2 319	94 440 — 94 499	38 968
2 260	90 900 — 90 959	37 152	2 320	94 500 — 94 559	38 999
2 261	90 960 — 91 019	37 183	2 321	94 560 — 94 619	39 030
2 262	91 020 — 91 079	37 214	2 322	94 620 — 94 679	39 061
2 263	91 080 — 91 139	37 245	2 323	94 680 — 94 739	39 092
2 264	91 140 — 91 199	37 275	2 324	94 740 — 94 799	39 123
2 265	91 200 — 91 259	37 306	2 325	94 800 — 94 859	39 154
2 266	91 260 — 91 319	37 337	2 326	94 860 — 94 919	39 184
2 267	91 320 — 91 379	37 367	2 327	94 920 — 94 979	39 215
2 268	91 380 — 91 439	37 398	2 328	94 980 — 95 039	39 246
2 269	91 440 — 91 499	37 429	2 329	95 040 — 95 099	39 277
2 270	91 500 — 91 559	37 460	2 330	95 100 — 95 159	39 308
2 271	91 560 — 91 619	37 490	2 331	95 160 — 95 219	39 339
2 272	91 620 — 91 679	37 521	2 332	95 220 — 95 279	39 370
2 273	91 680 — 91 739	37 552	2 333	95 280 — 95 339	39 401
2 274	91 740 — 91 799	37 583	2 334	95 340 — 95 399	39 431
2 275	91 800 — 91 859	37 613	2 335	95 400 — 95 459	39 462
2 276	91 860 — 91 919	37 644	2 336	95 460 — 95 519	39 493
2 277	91 920 — 91 979	37 675	2 337	95 520 — 95 579	39 524
2 278	91 980 — 92 039	37 706	2 338	95 580 — 95 639	39 555
2 279	92 040 — 92 099	37 736	2 339	95 640 — 95 699	39 586
2 280	92 100 — 92 159	37 767	2 340	95 700 — 95 759	39 617

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
von — bis			von — bis		
2 341	95 760 — 95 819	39 648	2 401	99 360 — 99 419	41 505
2 342	95 820 — 95 879	39 679	2 402	99 420 — 99 479	41 536
2 343	95 880 — 95 939	39 709	2 403	99 480 — 99 539	41 567
2 344	95 940 — 95 999	39 740	2 404	99 540 — 99 599	41 598
2 345	96 000 — 96 059	39 771	2 405	99 600 — 99 659	41 629
2 346	96 060 — 96 119	39 802	2 406	99 660 — 99 719	41 660
2 347	96 120 — 96 179	39 833	2 407	99 720 — 99 779	41 691
2 348	96 180 — 96 239	39 864	2 408	99 780 — 99 839	41 722
2 349	96 240 — 96 299	39 895	2 409	99 840 — 99 899	41 753
2 350	96 300 — 96 359	39 926	2 410	99 900 — 99 959	41 784
2 351	96 360 — 96 419	39 957	2 411	99 960 — 100 019	41 815
2 352	96 420 — 96 479	39 988	2 412	100 020 — 100 079	41 846
2 353	96 480 — 96 539	40 019	2 413	100 080 — 100 139	41 877
2 354	96 540 — 96 599	40 049	2 414	100 140 — 100 199	41 908
2 355	96 600 — 96 659	40 080	2 415	100 200 — 100 259	41 939
2 356	96 660 — 96 719	40 111	2 416	100 260 — 100 319	41 970
2 357	96 720 — 96 779	40 142	2 417	100 320 — 100 379	42 001
2 358	96 780 — 96 839	40 173	2 418	100 380 — 100 439	42 032
2 359	96 840 — 96 899	40 204	2 419	100 440 — 100 499	42 063
2 360	96 900 — 96 959	40 235	2 420	100 500 — 100 559	42 094
2 361	96 960 — 97 019	40 266	2 421	100 560 — 100 619	42 125
2 362	97 020 — 97 079	40 297	2 422	100 620 — 100 679	42 156
2 363	97 080 — 97 139	40 328	2 423	100 680 — 100 739	42 187
2 364	97 140 — 97 199	40 359	2 424	100 740 — 100 799	42 218
2 365	97 200 — 97 259	40 390	2 425	100 800 — 100 859	42 249
2 366	97 260 — 97 319	40 421	2 426	100 860 — 100 919	42 280
2 367	97 320 — 97 379	40 452	2 427	100 920 — 100 979	42 311
2 368	97 380 — 97 439	40 483	2 428	100 980 — 101 039	42 342
2 369	97 440 — 97 499	40 513	2 429	101 040 — 101 099	42 373
2 370	97 500 — 97 559	40 544	2 430	101 100 — 101 159	42 404
2 371	97 560 — 97 619	40 575	2 431	101 160 — 101 219	42 435
2 372	97 620 — 97 679	40 606	2 432	101 220 — 101 279	42 467
2 373	97 680 — 97 739	40 637	2 433	101 280 — 101 339	42 498
2 374	97 740 — 97 799	40 668	2 434	101 340 — 101 399	42 529
2 375	97 800 — 97 859	40 699	2 435	101 400 — 101 459	42 560
2 376	97 860 — 97 919	40 730	2 436	101 460 — 101 519	42 591
2 377	97 920 — 97 979	40 761	2 437	101 520 — 101 579	42 622
2 378	97 980 — 98 039	40 792	2 438	101 580 — 101 639	42 653
2 379	98 040 — 98 099	40 823	2 439	101 640 — 101 699	42 684
2 380	98 100 — 98 159	40 854	2 440	101 700 — 101 759	42 715
2 381	98 160 — 98 219	40 885	2 441	101 760 — 101 819	42 746
2 382	98 220 — 98 279	40 916	2 442	101 820 — 101 879	42 777
2 383	98 280 — 98 339	40 947	2 443	101 880 — 101 939	42 808
2 384	98 340 — 98 399	40 978	2 444	101 940 — 101 999	42 839
2 385	98 400 — 98 459	41 009	2 445	102 000 — 102 059	42 870
2 386	98 460 — 98 519	41 040	2 446	102 060 — 102 119	42 901
2 387	98 520 — 98 579	41 071	2 447	102 120 — 102 179	42 932
2 388	98 580 — 98 639	41 102	2 448	102 180 — 102 239	42 963
2 389	98 640 — 98 699	41 133	2 449	102 240 — 102 299	42 994
2 390	98 700 — 98 759	41 164	2 450	102 300 — 102 359	43 026
2 391	98 760 — 98 819	41 195	2 451	102 360 — 102 419	43 057
2 392	98 820 — 98 879	41 226	2 452	102 420 — 102 479	43 088
2 393	98 880 — 98 939	41 257	2 453	102 480 — 102 539	43 119
2 394	98 940 — 98 999	41 288	2 454	102 540 — 102 599	43 150
2 395	99 000 — 99 059	41 319	2 455	102 600 — 102 659	43 181
2 396	99 060 — 99 119	41 350	2 456	102 660 — 102 719	43 212
2 397	99 120 — 99 179	41 381	2 457	102 720 — 102 779	43 243
2 398	99 180 — 99 239	41 412	2 458	102 780 — 102 839	43 274
2 399	99 240 — 99 299	41 443	2 459	102 840 — 102 899	43 305
2 400	99 300 — 99 359	41 474	2 460	102 900 — 102 959	43 336

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 461	102 960 — 103 019	43 367	2 521	106 560 — 106 619	45 234
2 462	103 020 — 103 079	43 398	2 522	106 620 — 106 679	45 265
2 463	103 080 — 103 139	43 430	2 523	106 680 — 106 739	45 296
2 464	103 140 — 103 199	43 461	2 524	106 740 — 106 799	45 327
2 465	103 200 — 103 259	43 492	2 525	106 800 — 106 859	45 358
2 466	103 260 — 103 319	43 523	2 526	106 860 — 106 919	45 390
2 467	103 320 — 103 379	43 554	2 527	106 920 — 106 979	45 421
2 468	103 380 — 103 439	43 585	2 528	106 980 — 107 039	45 452
2 469	103 440 — 103 499	43 616	2 529	107 040 — 107 099	45 483
2 470	103 500 — 103 559	43 647	2 530	107 100 — 107 159	45 514
2 471	103 560 — 103 619	43 678	2 531	107 160 — 107 219	45 545
2 472	103 620 — 103 679	43 709	2 532	107 220 — 107 279	45 576
2 473	103 680 — 103 739	43 740	2 533	107 280 — 107 339	45 608
2 474	103 740 — 103 799	43 772	2 534	107 340 — 107 399	45 639
2 475	103 800 — 103 859	43 803	2 535	107 400 — 107 459	45 670
2 476	103 860 — 103 919	43 834	2 536	107 460 — 107 519	45 701
2 477	103 920 — 103 979	43 865	2 537	107 520 — 107 579	45 732
2 478	103 980 — 104 039	43 896	2 538	107 580 — 107 639	45 763
2 479	104 040 — 104 099	43 927	2 539	107 640 — 107 699	45 794
2 480	104 100 — 104 159	43 958	2 540	107 700 — 107 759	45 826
2 481	104 160 — 104 219	43 989	2 541	107 760 — 107 819	45 857
2 482	104 220 — 104 279	44 020	2 542	107 820 — 107 879	45 888
2 483	104 280 — 104 339	44 051	2 543	107 880 — 107 939	45 919
2 484	104 340 — 104 399	44 083	2 544	107 940 — 107 999	45 950
2 485	104 400 — 104 459	44 114	2 545	108 000 — 108 059	45 981
2 486	104 460 — 104 519	44 145	2 546	108 060 — 108 119	46 012
2 487	104 520 — 104 579	44 176	2 547	108 120 — 108 179	46 044
2 488	104 580 — 104 639	44 207	2 548	108 180 — 108 239	46 075
2 489	104 640 — 104 699	44 238	2 549	108 240 — 108 299	46 106
2 490	104 700 — 104 759	44 269	2 550	108 300 — 108 359	46 137
2 491	104 760 — 104 819	44 300	2 551	108 360 — 108 419	46 168
2 492	104 820 — 104 879	44 331	2 552	108 420 — 108 479	46 199
2 493	104 880 — 104 939	44 363	2 553	108 480 — 108 539	46 230
2 494	104 940 — 104 999	44 394	2 554	108 540 — 108 599	46 262
2 495	105 000 — 105 059	44 425	2 555	108 600 — 108 659	46 293
2 496	105 060 — 105 119	44 456	2 556	108 660 — 108 719	46 324
2 497	105 120 — 105 179	44 487	2 557	108 720 — 108 779	46 355
2 498	105 180 — 105 239	44 518	2 558	108 780 — 108 839	46 386
2 499	105 240 — 105 299	44 549	2 559	108 840 — 108 899	46 417
2 500	105 300 — 105 359	44 580	2 560	108 900 — 108 959	46 449
2 501	105 360 — 105 419	44 611	2 561	108 960 — 109 019	46 480
2 502	105 420 — 105 479	44 643	2 562	109 020 — 109 079	46 511
2 503	105 480 — 105 539	44 674	2 563	109 080 — 109 139	46 542
2 504	105 540 — 105 599	44 705	2 564	109 140 — 109 199	46 573
2 505	105 600 — 105 659	44 736	2 565	109 200 — 109 259	46 604
2 506	105 660 — 105 719	44 767	2 566	109 260 — 109 319	46 635
2 507	105 720 — 105 779	44 798	2 567	109 320 — 109 379	46 667
2 508	105 780 — 105 839	44 829	2 568	109 380 — 109 439	46 698
2 509	105 840 — 105 899	44 860	2 569	109 440 — 109 499	46 729
2 510	105 900 — 105 959	44 892	2 570	109 500 — 109 559	46 760
2 511	105 960 — 106 019	44 923	2 571	109 560 — 109 619	46 791
2 512	106 020 — 106 079	44 954	2 572	109 620 — 109 679	46 822
2 513	106 080 — 106 139	44 985	2 573	109 680 — 109 739	46 854
2 514	106 140 — 106 199	45 016	2 574	109 740 — 109 799	46 885
2 515	106 200 — 106 259	45 047	2 575	109 800 — 109 859	46 916
2 516	106 260 — 106 319	45 078	2 576	109 860 — 109 919	46 947
2 517	106 320 — 106 379	45 109	2 577	109 920 — 109 979	46 978
2 518	106 380 — 106 439	45 141	2 578	109 980 — 110 039	47 009
2 519	106 440 — 106 499	45 172			
2 520	106 500 — 106 559	45 203			

# Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1961)

611-1-1

in der Fassung vom 30. April 1962

Bundesgesetzbl. I S. 294

Neufassung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1955) v. 21. 12. 1955 I 756  
auf Grund des § 51 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes i. d. F. v. 15. 8. 1961 I 1253 und unter Berücksichtigung  
der am 4. 5. 1962 in Kraft getretenen V v. 25. 4. 1962 I 241 laut Bekanntmachung v. 30. 4. 1962 I 293

## Inhaltsübersicht

	§		§
Wirtschaftsjahr .....	1	Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringere- rung .....	27
Wirtschaftsjahr bei Land- und Forstwirten .....	2	<i>Gestrichen</i> .....	28
<i>Gestrichen</i> .....	3	Anzeigepflichten bei Versicherungsverträgen und Bausparverträgen .....	29
Steuerfreie Einnahmen .....	4	Nachversteuerung bei Versicherungsverträgen ....	30
Begriffsbestimmungen .....	5	Nachversteuerung bei Bausparverträgen .....	31
Eröffnung, Erwerb, Aufgabe und Veräußerung eines Betriebs .....	6	<i>Gestrichen</i> .....	32 bis 42
Unentgeltliche Übertragung eines Betriebs, eines Teilbetriebs, eines Mitunternehmeranteils oder einzelner Wirtschaftsgüter .....	7	Überleitungsvorschrift zu § 10 Abs. 1 Ziff. 4 der Ein- kommensteuergesetze 1955 und 1957 .....	43
Überleitungsvorschrift zu § 4 Abs. 3 des Gesetzes in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen	8	Überleitungsvorschrift für den Abzug von Beiträ- gen im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommen- steuergesetzes 1957, des § 10 Abs. 1 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes 1958 und des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 der Einkommensteuergesetze 1955 und 1957	44
Pensionsrückstellungen .....	9	Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Ge- winns im Fall des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes ....	45
Absetzung für Abnutzung im Fall des § 4 Abs. 3 des Gesetzes .....	10	Nachversteuerung der Mehrentnahmen .....	46
Anschaffungs- oder Herstellungskosten in den Fäl- len der §§ 7 c und 7 d Abs. 2 des Gesetzes in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen ....	11	Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Ge- winns im Fall des § 10 a Abs. 3 des Gesetzes ....	47
Weitere Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen .....	11 a	Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wis- senschaftlicher und der als besonders förderungs- würdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke ....	48
Buchmäßige Voraussetzungen für die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen .....	11 b	Förderung staatspolitischer Zwecke .....	49
Ordnungsmäßige Buchführung .....	12	Überleitungsvorschrift zum Spendenabzug .....	50
Begünstigter Personenkreis im Sinn der §§ 7 a, 7 e und 10 a des Gesetzes .....	13	<i>Gestrichen</i> .....	51
<i>Gestrichen</i> .....	14	Begünstigter Personenkreis im Sinn des § 13 Abs. 4 des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 .....	52
Erhöhte Absetzungen bei Anwendung der Verord- nung über die Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus .....	15	Veräußerung wesentlicher Beteiligungen .....	53
Erhöhte Absetzungen beim Ersterwerb im Sinn des § 7 b Abs. 3 und 4 des Gesetzes .....	16	<i>Gestrichen</i> .....	54
Tilgung in gleichen Jahresbeträgen .....	17	Ermittlung des Ertrags aus Leibrenten in beson- deren Fällen .....	55
Voraussetzungen .....	18	Steuererklärungspflicht .....	56
Gewinn bei Berechnung des berücksichtigungs- fähigen Gesamtbetrags der im Wirtschaftsjahr ge- gebenen Darlehen .....	19	Steuererklärungspflicht im Fall der getrennten Ver- anlagung von Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes	57
Nachversteuerung .....	20	Steuererklärungspflicht im Fall der Zusammenver- anlagung von Ehegatten nach § 26 b des Gesetzes	57 a
Bewertungsfreiheit für Schiffe .....	21	Erklärung bei einheitlicher und gesonderter Fest- stellung der Besteuerungsgrundlagen .....	58
Überleitungsvorschrift zu § 7 d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 .....	21 a	Erklärung bei gesonderter Gewinnfeststellung ....	59
Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude .....	22	Form der Erklärung .....	60
Weitergeltung von Durchführungsvorschriften ....	23	Antrag auf anderweitige Verteilung der Sonder- ausgaben und der außergewöhnlichen Belastungen im Fall des § 26 a des Gesetzes .....	61
<i>Gestrichen</i> .....	24		
<i>Gestrichen</i> .....	25		
Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte .....	26		

§	§
Gestrichen ..... 62 bis 62 b	Begünstigung der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter und der Vornahme bestimmter Baumaßnahmen durch Land- und Forstwirte, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln ..... 76
Anwendung der §§ 7 a, 7 e und 10 a des Gesetzes bei der Veranlagung von Ehegatten ..... 62 c	Begünstigung der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter und der Vornahme bestimmter Baumaßnahmen durch Land- und Forstwirte, die den Gewinn nicht auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln ..... 77
Anwendung des § 10 d des Gesetzes bei der Veranlagung von Ehegatten ..... 62 d	Begünstigung der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter und der Vornahme bestimmter Baumaßnahmen durch Land- und Forstwirte, deren Gewinn nach Durchschnittssätzen zu ermitteln ist ..... 78
Abzug von Kinderfreibeträgen bei getrennter Veranlagung der Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes .. 63	Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung von Schädigungen durch Abwässer ..... 79
Verwitwete Personen ..... 63 a	Bewertungsabschlag für bestimmte Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens ausländischer Herkunft ... 80
Einkommensteuertabelle zu § 32 a Abs. 2 und 3 des Gesetzes ..... 63 b	Bewertungsfreiheit für bestimmte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Kohlen- und Erzbergbau 81
Außergewöhnliche Belastungen ..... 64	Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung der Verunreinigung der Luft ..... 82
Pauschbeträge für Körperbehinderte ..... 65	Erhöhte Absetzungen von Herstellungskosten für Anlagen und Einrichtungen bei Wohngebäuden .. 82 a
Steuerfreiheit bestimmter Zuschläge zum Arbeitslohn ..... 66	Behandlung größeren Erhaltungsaufwands bei Wohngebäuden ..... 82 b
Ermittlung der Einkünfte aus den einzelnen Holznutzungsarten bei aussetzenden forstwirtschaftlichen Betrieben ..... 67	Steuervergünstigung für Vollblutzuchtbetriebe ... 82 c
Betriebsgutachten, Betriebswerk, Nutzungssatz ... 68	Weitergeltung des § 33 a des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 ..... 83
Ausländische Einkommensteuer ..... 68 a	
Ausländische Einkünfte ..... 68 b	<b>Schlußvorschriften</b>
Einkünfte aus mehreren ausländischen Staaten ... 68 c	Geltungsbereich ..... 84
Nachweis über die Höhe der ausländischen Einkünfte und Steuern ..... 68 d	Anwendung im Land Berlin ..... 85
Nachträgliche Festsetzung oder Änderung ausländischer Steuern ..... 68 e	
Abzug ausländischer Steuern vom Gesamtbetrag der Einkünfte ..... 68 f	<b>Anlagen</b>
Berücksichtigung ausländischer Steuern bei Doppelbesteuerungsabkommen ..... 68 g	Anlage
Abweichende Vorauszahlungstermine ..... 69	Verzeichnis der Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens im Sinn des § 76 Abs. 1 Ziff. 1, des § 77 Abs. 1 Ziff. 1 und des § 78 Abs. 1 und 2 .. 1
Veranlagung im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2 des Gesetzes ..... 69 a	Verzeichnis der Wirtschaftsgebäude und Um- und Ausbauten an Wirtschaftsgebäuden im Sinn des § 76 Abs. 1 Ziff. 2, des § 77 Abs. 1 Ziff. 2 und des § 78 Abs. 1 und 2 ..... 2
Ausgleich von Härten in bestimmten Fällen ..... 70	Verzeichnis der Wirtschaftsgüter im Sinn des § 80 Abs. 1 Ziff. 1 ..... 3
Veranlagung auf Antrag nach § 46 Abs. 2 Ziff. 4 und 5 des Gesetzes ..... 71	Verzeichnis der Wirtschaftsgüter im Sinn des § 80 Abs. 1 Ziff. 2 ..... 4
Veranlagung auf Antrag nach § 46 a Satz 2 des Gesetzes ..... 72	Verzeichnis der Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens über Tage im Sinn des § 81 Abs. 3 Ziff. 1 .. 5
Sondervorschriften für beschränkt Steuerpflichtige	Verzeichnis der Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens im Sinn des § 81 Abs. 3 Ziff. 2 .. 6
Begriffsbestimmungen ..... 73 a	Verzeichnis der Anlagen und Einrichtungen im Sinn des § 82 a Abs. 1 ..... 7
Bemessungsgrundlage für den Steuerabzug im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes ..... 73 b	
Zeitpunkt des Zufließens im Sinn des § 50 a Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes ..... 73 c	
Aufzeichnungen, Steueraufsicht ..... 73 d	
Abführung und Anmeldung der Aufsichtsratssteuer und der Steuer von Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes (§ 50 a Abs. 5 des Gesetzes) .. 73 e	
Steuerabzug in den Fällen des § 50 a Abs. 6 des Gesetzes ..... 73 f	
Haftungsbescheid ..... 73 g	
Besonderheiten im Fall von Doppelbesteuerungsabkommen ..... 73 h	
Abgeltung nach § 50 Abs. 4 des Gesetzes ..... 73 i	
Rücklage für Preissteigerung ..... 74	
Bewertungsfreiheit für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens privater Krankenanstalten.. 75	

**Zu § 2 Abs. 5 des Gesetzes**

## § 1

**Wirtschaftsjahr**

Das Wirtschaftsjahr umfaßt einen Zeitraum von zwölf Monaten. Es darf einen Zeitraum von weniger als zwölf Monaten umfassen, wenn

1. ein Betrieb eröffnet, erworben, aufgegeben oder veräußert wird oder
2. ein Steuerpflichtiger von regelmäßigen Abschlüssen auf einen bestimmten Tag zu regelmäßigen Abschlüssen auf einen anderen bestimmten Tag übergeht. Bei Umstellung eines Wirtschaftsjahrs, das mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, auf ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr und bei Umstellung eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahrs auf ein anderes vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr gilt dies nur, wenn die Umstellung im Einvernehmen mit dem Finanzamt vorgenommen wird.

## § 2\*

**Wirtschaftsjahr bei Land- und Forstwirten**

(1) Macht ein Land- und Forstwirt regelmäßig Abschlüsse für ein Wirtschaftsjahr, das nicht am 30. Juni, aber an einem anderen Tag in der Zeit vom 24. Juni bis 6. Juli endet, so ist dieses Wirtschaftsjahr das Wirtschaftsjahr im Sinn des § 2 Abs. 5 Ziff. 1 Satz 1 des Gesetzes.

(2) Wirtschaftsjahr im Sinn des § 2 Abs. 5 Ziff. 1 des Gesetzes ist bei

1. reiner Weidewirtschaft und reiner Viehzucht  
der Zeitraum vom 1. Mai bis 30. April,
2. reiner Forstwirtschaft  
der Zeitraum vom 1. Oktober bis 30. September.

Ein Betrieb der in Satz 1 bezeichneten Art liegt auch vor, wenn daneben in geringem Umfang noch eine andere land- oder forstwirtschaftliche Nutzung vorhanden ist. Soweit die Oberfinanzdirektionen<sup>1)</sup> vor dem 1. Januar 1955 ein anderes als die in § 2 Abs. 5 Ziff. 1 des Gesetzes oder in Satz 1 bezeichneten Wirtschaftsjahre festgesetzt haben, wird dieser Zeitraum als Wirtschaftsjahr bestimmt; dies gilt nicht für den Weinbau.

(3) Buchführende Land- und Forstwirte im Sinn des § 2 Abs. 5 Ziff. 3 Satz 2 des Gesetzes sind Land- und Forstwirte, die auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung oder ohne eine solche Verpflichtung Bücher führen und regelmäßig Abschlüsse machen. Es müssen mindestens die nach der Verordnung über landwirtschaftliche Buchführung vom 5. Juli 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 908) erforderlichen Bücher, Register und Verzeichnisse geführt werden.

**Zu § 2 Abs. 6 des Gesetzes**

## § 3

*(gestrichen)*

<sup>1)</sup> Im Land Berlin: Das Landesfinanzamt Berlin.  
(Fußnote lt. BGBl. 1962 I 296)

**Zu § 3 des Gesetzes**

## § 4

**Steuerfreie Einnahmen**

Die Vorschriften der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung über die Steuerpflicht oder die Steuerfreiheit von Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit sind bei der Veranlagung anzuwenden.

**Zu § 3 a des Gesetzes**

## § 5

**Begriffsbestimmungen**

(1) Aufschließungsmaßnahmen sind Maßnahmen, die in sachlichem Zusammenhang mit der Errichtung von Wohnbauten notwendig sind, um diese Bauten in verkehrsüblicher Weise nutzbar zu machen. Dazu gehören insbesondere die Herrichtung der Verkehrsflächen einschließlich des Erwerbs der hierzu erforderlichen Grundstücke und die Herstellung der Abwasseranlagen und der öffentlichen Versorgungsleitungen.

(2) Gemeinschaftseinrichtungen sind solche Einrichtungen, die in ursächlichem Zusammenhang mit der Errichtung von Wohnbauten stehen und dazu bestimmt sind, den Bewohnern dieser Wohnbauten zur gemeinsamen Benutzung zu dienen. Dazu gehören insbesondere Heizungsanlagen, Wasch- und Trockenanlagen, Badeeinrichtungen, Kindergärten und Kinderspielplätze, Versammlungsräume, Lesräume und Sammelgaragen.

(3) Festverzinsliche Schuldverschreibungen des Bundes oder der Länder sind auch solche Schuldverschreibungen, bei denen das Gläubigerrecht in ein Schuldbuch des Bundes oder in das Schuldbuch eines Landes eingetragen ist (Schuldbuchforderungen).

(4) Namensschuldverschreibungen im Sinn des § 3 a Abs. 1 Ziff. 3 des Gesetzes sind die schlichten Namenspapiere, die nicht indossiert werden können (Rektapapiere), dagegen nicht die indossablen Namenspapiere (Orderpapiere).

(5) Industrieobligationen sind festverzinsliche Schuldverschreibungen, die von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ausgegeben werden.

**Zu §§ 4 bis 7 des Gesetzes**

## § 6

**Eröffnung, Erwerb, Aufgabe und Veräußerung eines Betriebs**

(1) Wird ein Betrieb eröffnet oder erworben, so tritt bei der Ermittlung des Gewinns an die Stelle des Betriebsvermögens am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs das Betriebsvermögen im Zeitpunkt der Eröffnung oder des Erwerbs des Betriebs.

(2) Wird ein Betrieb aufgegeben oder veräußert, so tritt bei der Ermittlung des Gewinns an die Stelle des Betriebsvermögens am Schluß des Wirtschaftsjahrs das Betriebsvermögen im Zeitpunkt der Aufgabe oder der Veräußerung des Betriebs.

## § 7

**Unentgeltliche Übertragung eines Betriebs, eines Teilbetriebs, eines Mitunternehmeranteils oder einzelner Wirtschaftsgüter**

(1) Wird ein Betrieb, ein Teilbetrieb oder der Anteil eines Mitunternehmers an einem Betrieb unentgeltlich übertragen, so sind bei der Ermittlung des Gewinns des bisherigen Betriebsinhabers (Mitunternehmers) die Wirtschaftsgüter mit den Werten anzusetzen, die sich nach den Vorschriften über die Gewinnermittlung ergeben. Der Rechtsnachfolger ist an diese Werte gebunden.

(2) Werden einzelne Wirtschaftsgüter unentgeltlich übertragen, so gilt für den Erwerber der Betrag als Anschaffungskosten, den er für das einzelne Wirtschaftsgut im Zeitpunkt des Erwerbs hätte aufwenden müssen.

(3) Im Fall des § 4 Abs. 3 des Gesetzes sind bei der Bemessung der Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung durch den Rechtsnachfolger (Absatz 1) oder Erwerber (Absatz 2) die sich bei Anwendung der Absätze 1 und 2 ergebenden Werte als Anschaffungskosten zugrunde zu legen.

## § 8

**Überleitungsvorschrift zu § 4 Abs. 3 des Gesetzes in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen**

Sind bei der Ermittlung des Gewinns für Wirtschaftsjahre, die vor dem 1. Januar 1955 geendet haben, wegen Schwankungen im Betriebsvermögen Zuschläge oder Abschläge nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen vorgenommen worden, so können bei der Ermittlung des Gewinns für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 1954 enden, entsprechende Abschläge oder Zuschläge vorgenommen werden, soweit sich die Schwankungen im Betriebsvermögen ausgeglichen haben.

## § 9

**Pensionsrückstellungen**

(1) Eine Rückstellung für Pensionsanswartschaften darf im Wirtschaftsjahr den Gewinn nur bis zur Höhe des Betrags mindern, der sich als Unterschied des Gegenwartswerts am Schluß des Wirtschaftsjahrs und am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs ergibt. Der Gegenwartswert ist nach den anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zu berechnen. Er ist gleich dem Barwert der künftigen Pensionsleistungen (einschließlich der Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung) am Schluß des Wirtschaftsjahrs abzüglich des Barwerts der in ihrer betragsmäßigen Höhe oder im Verhältnis zum pensionsfähigen Arbeitslohn gleichbleibenden Jahresbeträge, die nach dem Schluß des Wirtschaftsjahrs rechnerisch aufzubringen wären, um den Barwert der künftigen Pensionsleistungen vom Zeitpunkt der Pensionszusage bis zum vertraglich vorgesehenen Eintritt des Versorgungsfalls anzusammeln. Die Jahresbeträge sind so

zu bemessen, daß im Zeitpunkt der Pensionszusage der Barwert der Jahresbeträge gleich dem Barwert der künftigen Pensionsleistungen ist. Erhöht sich der Versorgungsanspruch nach der Pensionszusage durch eine Vertragsänderung, so gilt diese Erhöhung als neue Pensionszusage. Beendet die aus der Pensionszusage berechnete Person ihre Tätigkeit für den Steuerpflichtigen vor dem vertraglich vorgesehenen Eintritt des Versorgungsfalls unter Beibehaltung des Versorgungsanspruchs, so darf die Rückstellung in dem Wirtschaftsjahr, in dem die Tätigkeit endet, den Gewinn bis zur Höhe des Betrags mindern, der sich als Unterschied zwischen dem versicherungsmathematischen Barwert der künftigen Pensionsleistungen am Schluß dieses Wirtschaftsjahrs und dem Gegenwartswert am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs ergibt.

(2) Unterhält ein Steuerpflichtiger eine Betriebsstätte in Berlin (West), so gilt § 6a Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes mit der Maßgabe, daß an die Stelle eines Rechnungszinsfußes von 5,5 vom Hundert ein Rechnungszinsfuß von 3,5 vom Hundert tritt, wenn der Pensionsberechtigte in dem letzten Wirtschaftsjahr vor dem Zeitpunkt des vertraglich vorgesehenen Eintritts des Versorgungsfalls mindestens acht Monate in einer in Berlin (West) belegenen Betriebsstätte beschäftigt war; § 6a Abs. 4 Sätze 2 bis 4 des Gesetzes sind in diesem Fall nicht anzuwenden.

## § 10\*

**Absetzung für Abnutzung im Fall des § 4 Abs. 3 des Gesetzes**

(1) Bei Wirtschaftsgütern, die bereits am 21. Juni 1948 zum Betriebsvermögen gehört haben, sind im Fall des § 4 Abs. 3 des Gesetzes für die Bemessung der Absetzungen für Abnutzung als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugrunde zu legen

1. bei Gebäuden höchstens die Werte, die sich bei sinngemäßer Anwendung des § 16 Abs. 1 des D-Markbilanzgesetzes vom 21. August 1949 (WiGBl. S. 279)<sup>2)</sup> und
2. bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens höchstens die Werte, die sich bei sinngemäßer Anwendung des § 18 des D-Markbilanzgesetzes

ergeben würden. Für das Land Berlin tritt an die Stelle des 21. Juni 1948 der 1. April 1949.

(2) Für Wirtschaftsgüter, die zum Betriebsvermögen eines Betriebs oder einer Betriebsstätte im Saarland gehören, gilt Absatz 1 mit der Maßgabe,

<sup>2)</sup> An die Stelle des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz) vom 21. August 1949 (WiGBl. S. 279) tritt im Land Rheinland-Pfalz das Landesgesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz) vom 6. September 1949 (Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz Teil I S. 421) und in Berlin das Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz) vom 12. August 1950 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin Teil I S. 329). (Fußnote lt. BGBI. 1962 I 297)

daß an die Stelle des 21. Juni 1948 der 6. Juli 1959 sowie an die Stelle des § 16 Abs. 1 und des § 18 des D-Markbilanzgesetzes vom 21. August 1949 der § 8 Abs. 1 und die §§ 11 und 12 des D-Markbilanzgesetzes für das Saarland vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 372) treten.

### § 11

#### **Anschaffungs- oder Herstellungskosten in den Fällen der §§ 7 c und 7 d Abs. 2 des Gesetzes in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen**

Bei Gebäuden, Eigentumswohnungen und Schiffen, die mit Zuschüssen im Sinn der §§ 7 c und 7 d Abs. 2 des Gesetzes in den vor dem 1. Januar 1955 geltenden Fassungen angeschafft oder hergestellt worden sind, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um den Betrag dieser Zuschüsse anzusetzen.

### § 11 a

#### **Weitere Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen**

(1) Statt des in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten Verfahrens kann der Steuerpflichtige andere der kaufmännischen Übung entsprechende Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen anwenden, wenn sich danach für das erste Jahr der Nutzung und für die ersten drei Jahre der Nutzung insgesamt nicht höhere Absetzungen für Abnutzung als bei dem in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten Verfahren ergeben.

(2) Ein Wechsel zwischen dem in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten und einem nach Absatz 1 anwendbaren Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen sowie zwischen mehreren nach Absatz 1 anwendbaren Verfahren ist nicht zulässig.

(3) Bei Anwendung der in Absatz 1 bezeichneten Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen sind die Vorschriften des § 7 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 des Gesetzes zu beachten.

### § 11 b

#### **Buchmäßige Voraussetzungen für die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen**

Die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes, § 11 a) ist nur bei den beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens zulässig, über die ein besonderes Verzeichnis geführt wird, das die folgenden Angaben enthält:

Tag der Anschaffung oder Herstellung,  
Anschaffungs- oder Herstellungskosten,  
voraussichtliche Nutzungsdauer,

Höhe der jährlichen Absetzung für Abnutzung.

Steuerpflichtige, bei denen diese Angaben aus der Buchführung ersichtlich sind, brauchen ein besonderes Verzeichnis im Sinn des Satzes 1 nicht zu führen.

Zu § 6 Abs. 2, § 7 c Abs. 1, §§ 7 e, 10 a, 10 d und 34 b des Gesetzes

### § 12\*

#### **Ordnungsmäßige Buchführung**

(1) Bei Land- und Forstwirten liegt eine ordnungsmäßige Buchführung im Sinn des

§ 6 Abs. 2 des Gesetzes,  
§ 7 c Abs. 1 des Gesetzes,  
§ 7 e Abs. 2 des Gesetzes,  
§ 10 a des Gesetzes,  
§ 10 d des Gesetzes,  
§ 34 b Abs. 4 Ziff. 3 des Gesetzes,  
§ 76,  
§ 79 und  
§ 82

vor, wenn Bücher geführt werden, die mindestens den Anforderungen der Verordnung über landwirtschaftliche Buchführung vom 5. Juli 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 908) entsprechen.

(2) Bei Steuerpflichtigen, die ihren Gewinn aus Gewerbebetrieb oder aus selbständiger Arbeit nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes ermitteln, gelten Aufzeichnungen, die den Vorschriften der Absätze 3 und 4 entsprechen, als ordnungsmäßige Buchführung im Sinn des

§ 6 Abs. 2 des Gesetzes und  
§ 75.

(3) Die Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben müssen einzeln aufgezeichnet und am Schluß des Kalenderjahrs zusammengerechnet werden. Steuerliche Vorschriften, die eine Zusammenrechnung für kürzere Zeiträume anordnen, bleiben unberührt. Die Vorschriften der §§ 162 und 163 der Reichsabgabenordnung sind zu beachten.

(4) Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, bei denen Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes oder Abschreibungen nach § 75 vorgenommen werden, sind in ein besonderes, laufend zu führendes Verzeichnis aufzunehmen, das den Tag der Anschaffung oder Herstellung, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die Absetzungen für Abnutzung und die Abschreibungen zu enthalten hat.

### § 13\*

#### **Begünstigter Personenkreis im Sinn der §§ 7 e und 10 a des Gesetzes**

(1) Auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung vom 23. Oktober 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1882) können Rechte und Vergünstigungen in Anspruch nehmen

1. Vertriebene (§ 1 des Bundesvertriebenengesetzes),
2. Heimatvertriebene (§ 2 des Bundesvertriebenengesetzes),
3. Sowjetzonenflüchtlinge (§ 3 des Bundesvertriebenengesetzes),

§ 12 Abs. 1: V über landwirtschaftliche Buchführung 610-4-7

§ 12 Abs. 3: AO 610-1

§ 13 Abs. 1 u. 2: BVFG 240-1

§ 13 Abs. 4: BEG 251-1

4. den Sowjetzonenflüchtlingen gleichgestellte Personen (§ 4 des Bundesvertriebenengesetzes),

wenn sie die in §§ 9 bis 13 des Bundesvertriebenengesetzes bezeichneten Voraussetzungen erfüllen. Den in den Ziffern 1 bis 4 bezeichneten Personen stehen diejenigen Personengruppen gleich, die durch eine auf Grund des § 14 des Bundesvertriebenengesetzes erlassene Rechtsverordnung zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen nach dem Bundesvertriebenengesetz berechtigt werden. Der Nachweis für die Zugehörigkeit zu einer der bezeichneten Personengruppen ist durch Vorlage eines Ausweises im Sinn des § 15 des Bundesvertriebenengesetzes zu erbringen.

(2) Erlischt die Befugnis zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen (§§ 13 und 19 des Bundesvertriebenengesetzes), so können

1. § 7e des Gesetzes für solche Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude, die bis zum Tag des Erlöschens der Befugnis hergestellt worden sind, und
2. § 10a des Gesetzes für den gesamten, nicht entnommenen Gewinn des Veranlagungszeitraums, in dem die Befugnis erloschen ist,

in Anspruch genommen werden. Werden im Fall der Ziffer 1 die Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftlichen Betriebsgebäude erst nach dem Tag des Erlöschens der Befugnis hergestellt, so kann § 7e des Gesetzes auf die bis zu diesem Zeitpunkt aufgewendeten Teilherstellungskosten angewandt werden. Der Tag der Herstellung ist der Tag der Fertigstellung.

(3) Aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Weltanschauung oder politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verfolgt sind Steuerpflichtige, die nach §§ 1, 4, 149 und 167 des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz — BEG) in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 559) oder nach den landesrechtlichen Vorschriften Anspruch auf Entschädigung haben. Der Nachweis für die Zugehörigkeit zu der Personengruppe der Verfolgten ist durch Vorlage eines Bescheids oder einer sonstigen Mitteilung der zuständigen Entschädigungsbehörde zu erbringen.

#### § 14

*(gestrichen)*

Zu § 7b des Gesetzes

#### § 15\*

#### **Erhöhte Absetzungen bei Anwendung der Verordnung über die Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus**

Die erhöhten Absetzungen nach § 7b des Gesetzes sind auch bei der Berechnung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus nach der Verordnung über die Bemessung des Nut-

§ 15 Satz 1: V über die Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus 611-1-2

zungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus vom 26. Januar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 99) zulässig. Der Absetzungsbetrag ist in voller Höhe von dem um die abzugsfähigen Schuldzinsen gekürzten Grundbetrag abzuziehen. Entsteht hierdurch ein Verlust, so ist dieser mit den Einkünften aus anderen Einkunftsarten auszugleichen.

#### § 16\*

#### **Erhöhte Absetzungen beim Ersterwerb im Sinn des § 7b Abs. 3 und 4 des Gesetzes**

(1) Kleinsiedlung ist eine Siedlerstelle im Sinn des § 10, Kaufeigenheim ist ein Wohngebäude im Sinn des § 9 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) in der Fassung vom 1. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1121).

(2) Die Verpflichtung, die Kleinsiedlung oder das Kaufeigenheim an natürliche Personen zu Eigentum zu übertragen (Vorrats- oder Bestellbau), muß sich auf die Übertragung des bürgerlich-rechtlichen Eigentums oder eines Erbbaurechts beziehen. Sie kann auch gegenüber einem anderen als dem Ersterwerber übernommen werden.

(3) Beim Ersterwerb einer Kaufeigentumswohnung gilt Absatz 2 entsprechend. Beim Ersterwerb eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts muß sich die Verpflichtung auf die Bestellung des Dauerwohnrechts beziehen. In den Fällen der Sätze 1 und 2 ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme des § 7b des Gesetzes, daß die Wohnung zu mehr als 66⅔ vom Hundert Wohnzwecken dient.

(4) Zu den Anschaffungskosten gehören nicht die Aufwendungen für den Erwerb des Grund und Bodens.

Zu § 7c des Gesetzes

#### § 17

#### **Tilgung in gleichen Jahresbeträgen**

Ein Darlehen ist in gleichen Jahresbeträgen zu tilgen, wenn es jährlich mit gleichen Teilbeträgen, die der im Darlehensvertrag vereinbarten Laufzeit entsprechen, zurückzuzahlen ist.

#### § 18\*

#### **Voraussetzungen**

(1) Bauherr ist, wer auf eigene Rechnung und Gefahr Wohnungen baut oder bauen läßt.

(2) Eigenheim ist ein Wohngebäude im Sinn des § 9 Abs. 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) in der Fassung vom 1. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1121). Für die Begriffe „Kaufeigentum“ und „Kleinsiedlung“ gilt § 16 Abs. 1.

(3) Ein Wiederaufbau von durch Kriegseinwirkung ganz oder teilweise zerstörten Gebäuden liegt auch vor, wenn ein anderer die Gebäude wieder aufbaut als der Eigentümer im Zeitpunkt der Zerstörung.

§ 16 Abs. 1 u. § 18 Abs. 2: II. WoBauG 2330-2

## § 19

**Gewinn bei Berechnung  
des berücksichtigungsfähigen Gesamtbetrags  
der im Wirtschaftsjahr gegebenen Darlehen**

Bei Berechnung des berücksichtigungsfähigen Gesamtbetrags der im Wirtschaftsjahr gegebenen Darlehen ist von dem Gewinn auszugehen, der sich vor Abzug des nach § 7c Abs. 1 des Gesetzes vom Gewinn abzuziehenden Betrags ergibt.

## § 20

**Nachversteuerung**

(1) Die befreiende Schuldübernahme steht der Rückzahlung des Darlehens an den Darlehensgeber gleich. Das gilt nicht, wenn die Darlehensschuld im Rahmen der Veräußerung eines Gebäudes oder einer Eigentumswohnung übernommen wird.

(2) Eine Nachversteuerung ist nicht durchzuführen, wenn eine Darlehensforderung zur Sicherung einer Schuld abgetreten wird. Das gleiche gilt, wenn eine Darlehensforderung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge oder im Rahmen der unentgeltlichen Übertragung eines Betriebs, eines Teilbetriebs oder eines Mitunternehmeranteils auf einen anderen übergeht.

Zu § 7d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957\*

## § 21\*

**Bewertungsfreiheit für Schiffe**

Bei Anwendung des § 7d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 gilt § 14 Abs. 1 entsprechend.

## § 21 a\*

**Überleitungsvorschrift zu § 7d des Gesetzes  
in der Fassung vom 13. November 1957\***

Die Bewertungsfreiheit des § 7d des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 kann für ein nach dem 10. Juni 1958 hergestelltes Schiff auf Antrag in Anspruch genommen werden, wenn das Schiff vor dem 11. Juni 1958 bestellt und angezahlt oder wenn vor diesem Zeitpunkt mit seiner Herstellung begonnen worden ist. Weitere Voraussetzung ist, daß das Schiff vor dem 1. Januar 1961 geliefert oder fertiggestellt worden ist.

Zu § 7e des Gesetzes

## § 22

**Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser  
und landwirtschaftliche Betriebsgebäude**

(1) Die durch § 7e Abs. 1 des Gesetzes gewährte Bewertungsfreiheit wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß sich

1. in dem hergestellten Fabrikgebäude (§ 7e Abs. 1 Buchstaben a bis c des Gesetzes) die mit der Fabrikation zusammenhängenden üblichen Kontor- und Lagerräume oder

Überschriften vor §§ 21 u. 21 a sowie §§ 21 u. 21 a: EStG 1957 i. d. F. v. 13. 11. 1957 I 1793

2. in dem hergestellten Lagerhaus (§ 7e Abs. 1 Buchstabe d des Gesetzes) die mit der Lagerung zusammenhängenden üblichen Kontorräume befinden, wenn auf diese Räume nicht mehr als 20 vom Hundert der Herstellungskosten entfallen.

(2) Die Bewertungsfreiheit nach § 7e des Gesetzes ist auch dann zu gewähren, wenn ein nach dem 31. Dezember 1951 hergestelltes Gebäude gleichzeitig mehreren der in § 7e Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Zwecke dient.

(3) Dient ein nach dem 31. Dezember 1951 hergestelltes Gebäude zum Teil Fabrikationszwecken oder Lagerzwecken der in § 7e Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Art und zum Teil Wohnzwecken, so ist, wenn der Fabrikationszwecken oder Lagerzwecken dienende Gebäudeteil überwiegt, bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen die Bewertungsfreiheit des § 7e des Gesetzes zu gewähren. Überwiegt der Wohnzwecken dienende Teil, so sind die erhöhten Absetzungen des § 7b des Gesetzes auch dann zuzubilligen, wenn der Fabrikationszwecken oder Lagerzwecken dienende Teil 33<sup>1</sup>/<sub>3</sub> vom Hundert, bei Gebäuden, die vor dem 1. Januar 1953 hergestellt worden sind, 20 vom Hundert übersteigt.

(4) Zum Absatz an Wiederverkäufer im Sinn des § 7e Abs. 1 Buchstabe d des Gesetzes bestimmt sind solche Waren, die zum Absatz an einen anderen Unternehmer zur Weiterveräußerung — sei es in derselben Beschaffenheit, sei es nach vorheriger Bearbeitung oder Verarbeitung — bestimmt sind.

(5) Zu den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden gehört auch die Wohnung des Steuerpflichtigen, wenn sie die bei Betrieben gleicher Art übliche Größe nicht überschreitet.

(6) Sind im Fall des § 7e des Gesetzes mehrere Personen an einem Unternehmen als Mitunternehmer beteiligt und liegen nicht bei allen Mitunternehmern die Voraussetzungen des Gesetzes vor, so kann die Bewertungsfreiheit von dem Unternehmen nur bis zur Höhe des Hundertsatzes in Anspruch genommen werden, mit dem die Mitunternehmer, die die Voraussetzungen des Gesetzes erfüllen, an dem Gewinn des Unternehmens beteiligt sind.

(7) § 75 Abs. 5 gilt entsprechend.

Zu §§ 7c, 7d Abs. 2, §§ 7f und 7g des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 und zu §§ 7c und 7d Abs. 2 des Gesetzes in der Fassung vom 17. Januar 1952\*

## § 23

**Weitertgeltung von Durchführungsvorschriften**

(1) Auf Zuschüsse und Darlehen, für die die Steuervergünstigungen der §§ 7c, 7d Abs. 2 §§ 7f und 7g des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1355) in Anspruch genommen worden sind, sind §§ 11 bis 11 e, 11 h und 12 b bis 12 d der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vom 31. März 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 67) — EStDV 1953 — anzuwenden.

Überschrift vor § 23: EStG 1951 i. d. F. v. 17. 1. 1952 I 33

(2) Auf die Rückzahlung von Darlehen, die vor dem 1. Juni 1953 hingegeben worden sind, ist § 11f EStDV 1953 anzuwenden.

§ 24

(gestrichen)

Zu § 9 des Gesetzes

§ 25

(gestrichen)

§ 26

**Aufwendungen für Fahrten  
zwischen Wohnung und Arbeitsstätte**

(1) Hat der Arbeitnehmer aus nicht zwingenden persönlichen Gründen seinen Wohnsitz an einem Ort, der mehr als 40 km von der Arbeitsstätte entfernt liegt, so sind die Aufwendungen nur insoweit Werbungskosten, als sie durch die Fahrten bis zur Entfernung von 40 km verursacht werden.

(2) Zur Abgeltung des Abzugs der Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte werden für jeden Arbeitstag, an dem der Steuerpflichtige für diese Fahrten ein eigenes Kraftfahrzeug benutzt, die folgenden Pauschbeträge für jeden Kilometer der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte festgesetzt:

1. bei Benutzung eines Kraftwagens 0,50 DM,
2. bei Benutzung eines Kleinstkraftwagens (drei- oder vierrädriges Kraftfahrzeug, dessen Motor einen Hubraum von nicht mehr als 500 Kubikzentimeter hat) 0,36 DM,
3. bei Benutzung eines Motorrads oder Motorrollers 0,22 DM,
4. bei Benutzung eines Fahrrads mit Motor 0,12 DM.

Maßgebend ist die kürzeste benutzbare Straßenverbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Ausnahmsweise kann eine andere Straßenverbindung zugrunde gelegt werden, wenn sie offensichtlich verkehrsgünstiger ist und von dem Steuerpflichtigen regelmäßig benutzt wird. Die tatsächlichen Aufwendungen für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit eigenem Kraftfahrzeug können nicht an Stelle der Pauschbeträge oder neben den Pauschbeträgen abgezogen werden.

§ 27

**Absetzung  
für Abnutzung oder Substanzverringerung**

Bei nicht zu einem Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgütern, die vor dem 21. Juni 1948 angeschafft oder hergestellt oder die unentgeltlich erworben worden sind, sind für die Bemessung der Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugrunde zu legen

1. bei einem Gebäude,
  - a) das vor dem 21. Juni 1948 angeschafft, hergestellt oder unentgeltlich erworben wor-

den ist, der am 21. Juni 1948 maßgebende Einheitswert zuzüglich der nach dem 20. Juni 1948 aufgewendeten Herstellungskosten;

- b) das nach dem 20. Juni 1948 unentgeltlich erworben und vom Rechtsvorgänger vor dem 21. Juni 1948 angeschafft, hergestellt oder unentgeltlich erworben worden ist, der am 21. Juni 1948 maßgebende Einheitswert zuzüglich der nach dem 20. Juni 1948 aufgewendeten Herstellungskosten abzüglich der nach dem 20. Juni 1948 von dem Rechtsvorgänger vorgenommenen Absetzungen für Abnutzung im Sinn des § 7 des Gesetzes und der erhöhten Absetzungen im Sinn des § 7b des Gesetzes; Entsprechendes gilt, wenn das Gebäude nach dem 20. Juni 1948 mehrmals unentgeltlich übertragen worden ist;
- c) das nach dem 20. Juni 1948 unentgeltlich erworben und vom Rechtsvorgänger nach dem 20. Juni 1948 angeschafft oder hergestellt worden ist, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Rechtsvorgängers abzüglich der von ihm vorgenommenen Absetzungen für Abnutzung im Sinn des § 7 des Gesetzes und der erhöhten Absetzungen im Sinn des § 7b des Gesetzes zuzüglich der vom Erwerber aufgewendeten Herstellungskosten; Entsprechendes gilt, wenn das Gebäude nach der Herstellung oder dem letzten entgeltlichen Erwerb mehrmals unentgeltlich übertragen worden ist;

In Reichsmark festgesetzte Einheitswerte sind im Verhältnis von einer Reichsmark gleich einer Deutschen Mark umzurechnen. Auf Antrag können für die Bemessung der Absetzungen für Abnutzung die im Verhältnis von einer Reichsmark gleich einer Deutschen Mark umgerechneten Beträge zugrunde gelegt werden, die in dem am 31. Dezember 1947 endenden Veranlagungszeitraum als Absetzung für Abnutzung steuerlich geltend gemacht werden konnten, soweit diese der normalen Abnutzung entsprechen und nicht auf überhöhten Anschaffungs- oder Herstellungskosten beruhen;

2. bei einem sonstigen Wirtschaftsgut,
  - a) das vor dem 21. Juni 1948 angeschafft, hergestellt oder unentgeltlich erworben worden ist, der Betrag, den der Steuerpflichtige für die Anschaffung am 31. August 1948 hätte aufwenden müssen;
  - b) das nach dem 20. Juni 1948 unentgeltlich erworben worden ist, der Betrag, den der Steuerpflichtige für die Anschaffung im Zeitpunkt des Erwerbs hätte aufwenden müssen.

Für das Land Berlin treten an die Stelle des 21. Juni 1948 jeweils der 1. April 1949, an die Stelle des 20. Juni 1948 jeweils der 31. März 1949 und an die Stelle des 31. August 1948 der 31. August 1949.

Zu § 10 des Gesetzes

§ 28

(gestrichen)

## § 29\*

**Anzeigepflichten  
bei Versicherungsverträgen und Bausparverträgen**

(1) Das Versicherungsunternehmen hat bei den in § 10 Abs. 2 Ziff. 1 des Gesetzes bezeichneten Versicherungen gegen Einmalbeitrag dem für seine Veranlagung zuständigen Finanzamt (§ 73a der Reichsabgabenordnung) unverzüglich die Fälle anzuzeigen, in denen bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von zehn Jahren, bei vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von drei Jahren seit dem Vertragsabschluß

1. die Versicherungssumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird, ohne daß der Schadensfall eingetreten ist oder in der Rentenversicherung die vertragsmäßige Rentenleistung erbracht wird,
2. der Einmalbeitrag ganz oder zum Teil zurückgezahlt wird oder
3. Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag ganz oder zum Teil abgetreten oder beliehen werden.

(2) Die Bausparkasse hat dem für ihre Veranlagung zuständigen Finanzamt (§ 73a der Reichsabgabenordnung) unverzüglich die Fälle anzuzeigen, in denen, außer im Fall des Todes des Bausparers,

1. bei nach dem 31. Dezember 1954 abgeschlossenen Bausparverträgen vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Vertragsabschluß
  - a) die Bausparsumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird,
  - b) geleistete Beiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt werden oder
  - c) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil beliehen werden;
2. bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Bausparverträgen vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Vertragsabschluß
  - a) die Bausparsumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird,
  - b) geleistete Beiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt werden oder
  - c) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil abgetreten oder beliehen werden;
3. bei nach dem 8. März 1960 abgeschlossenen Bausparverträgen vor Ablauf von sechs Jahren seit dem Vertragsabschluß ein Tatbestand der Ziffer 2 Buchstaben a bis c eintritt.

In den Fällen, in denen die Bausparsumme ausgezahlt wird oder Ansprüche aus dem Bausparvertrag beliehen werden, entfällt die Anzeigepflicht, wenn der Bausparer die empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau verwendet.

(3) Der Steuerpflichtige hat dem für seine Veranlagung zuständigen Finanzamt (§ 73a der Reichsabgabenordnung) die Abtretung und die Beleihung (Absätze 1 und 2) unverzüglich anzuzeigen.

§ 29 Abs. 1 bis 3; AO 610-1

(4) Ein Anspruch aus einem Versicherungsvertrag oder einem Bausparvertrag wird beliehen, wenn der Anspruch zur Sicherung einer Schuld abgetreten oder verpfändet wird. Hierbei ist es unerheblich, ob die Schuld vor oder nach Abschluß des Vertrags entstanden ist.

## § 30

**Nachversteuerung bei Versicherungsverträgen**

Wird bei den in § 10 Abs. 2 Ziff. 1 des Gesetzes bezeichneten Versicherungen gegen Einmalbeitrag bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von zehn Jahren, bei vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Verträgen vor Ablauf von drei Jahren seit dem Vertragsabschluß

1. die Versicherungssumme ausgezahlt, ohne daß der Schadensfall eingetreten ist oder in der Rentenversicherung die vertragsmäßige Rentenleistung erbracht wird,
2. der Einmalbeitrag zurückgezahlt oder werden
3. Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag abgetreten oder beliehen,

so ist eine Nachversteuerung für den Veranlagungszeitraum durchzuführen, in dem einer dieser Tatbestände verwirklicht ist. Zu diesem Zweck ist die Steuer zu berechnen, die festzusetzen gewesen wäre, wenn der Steuerpflichtige den Einmalbeitrag nicht geleistet hätte. Der Unterschiedsbetrag zwischen dieser und der festgesetzten Steuer ist als Nachsteuer zu erheben. Bei einer teilweisen Auszahlung, Rückzahlung, Abtretung oder Beleihung (Ziffern 1 bis 3) ist der Einmalbeitrag insoweit als nicht geleistet anzusehen, als einer dieser Tatbestände verwirklicht ist.

## § 31\*

**Nachversteuerung bei Bausparverträgen**

(1) Eine Nachversteuerung ist durchzuführen, wenn, außer im Fall des Todes des Bausparers oder des Eintritts seiner völligen Erwerbsunfähigkeit,

1. bei nach dem 31. Dezember 1954 abgeschlossenen Bausparverträgen vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Vertragsabschluß
  - a) die Bausparsumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird,
  - b) geleistete Beiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt werden oder
  - c) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil beliehen werden;

2. bei nach dem 31. Dezember 1958 abgeschlossenen Bausparverträgen vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Vertragsabschluß

- a) die Bausparsumme ganz oder zum Teil ausgezahlt wird,
- b) geleistete Beiträge ganz oder zum Teil zurückgezahlt werden oder
- c) Ansprüche aus dem Vertrag ganz oder zum Teil abgetreten oder beliehen werden;

§ 31 Abs. 3; StAnpG 610-2

3. bei nach dem 8. März 1960 abgeschlossenen Bausparverträgen vor Ablauf von sechs Jahren seit dem Vertragsabschluß ein Tatbestand der Ziffer 2 Buchstaben a bis c eintritt.

§ 30 ist entsprechend anzuwenden. Bei einer Teilrückzahlung von Beiträgen gelten die zuletzt geleisteten Beiträge als zuerst zurückgezahlt. Das Entsprechende gilt, wenn die Bausparsumme zum Teil ausgezahlt wird oder Ansprüche aus dem Vertrag zum Teil abgetreten oder beliehen werden.

(2) In den Fällen, in denen die Bausparsumme ausgezahlt wird oder Ansprüche aus dem Bausparvertrag beliehen werden, ist eine Nachversteuerung nicht durchzuführen, soweit der Bausparer die empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau verwendet.

(3) Im Fall der Abtretung der Ansprüche aus dem Bausparvertrag ist die Nachversteuerung auszusetzen, wenn der Abtretende eine Erklärung des Erwerbers, die Bausparsumme oder die auf Grund einer Beleihung empfangenen Beträge unverzüglich und unmittelbar zum Wohnungsbau für den Abtretenden oder dessen Angehörige im Sinn des § 10 des Steueranpassungsgesetzes zu verwenden, beibringt.

§§ 32 bis 42

(gestrichen)

§ 43\*

**Überleitungsvorschrift zu § 10 Abs. 1 Ziff. 4 der Einkommensteuergesetze 1955 und 1957\***

(1) §§ 33, 33 a, 35 bis 36 a, 38 Abs. 1 Sätze 2 bis 4, § 38 a Abs. 1 letzter Satz und Abs. 3, §§ 39 bis 41, 41 a Abs. 1 und § 42 EStDV 1956/57 in Verbindung mit § 38 Abs. 2 EStDV 1955 sind weiter anzuwenden, wenn der Steuerpflichtige Beiträge auf Grund von nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossenen Kapitalansammlungsverträgen geleistet hat oder leistet oder wenn der Steuerpflichtige nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 1. Januar 1959 Sparbeträge im Sinn der §§ 32 und 34 EStDV 1955 oder EStDV 1956/57 für den steuerbegünstigten Erwerb von Wertpapieren nach § 38 Abs. 1 EStDV 1955 oder nach §§ 38 und 38 a Abs. 1 EStDV 1956/57 verwendet hat.

(2) Werden Wertpapiere, die nach dem 31. Dezember 1954 und vor dem 7. Oktober 1956 steuerbegünstigt erworben worden sind und bei denen sich die Sperrfrist nach § 41 a Abs. 1 EStDV 1956/57 nicht auf drei Jahre verkürzt, nach Kündigung oder Auslösung eingelöst, so ist eine Nachversteuerung nicht durchzuführen, wenn der Steuerpflichtige an Stelle des eingelösten Wertpapiers unmittelbar oder mittelbar als Ersterwerber Zug um Zug andere festverzinsliche Wertpapiere (ausgenommen Wandelanleihen und Gewinnobligationen) im Nennwert des eingelösten Wertpapiers erwirbt und bis zum Ablauf der nach § 37 Abs. 1 EStDV 1955 für die

eingelösten Wertpapiere geltenden Sperrfrist festlegt. An Stelle des eingelösten Wertpapiers kann der Steuerpflichtige auch Zug um Zug den Einlösungsbetrag bis zum Ablauf dieser Frist festlegen.

§ 44

**Überleitungsvorschrift für den Abzug von Beiträgen im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes 1957, des § 10 Abs. 1 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes 1958 und des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 der Einkommensteuergesetze 1955 und 1957\***

Nach dem 31. Dezember 1959 geleistete Beiträge

1. im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1793),
2. im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 3 des Gesetzes in der Fassung vom 23. September 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 672) und
3. im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Gesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 441) und des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957,

die nach § 52 Abs. 7 bis 9 des Gesetzes weiterhin als Sonderausgaben abzugsfähig sind, können zusammen mit den Sonderausgaben im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 des Gesetzes bis zu den in § 10 Abs. 3 Ziff. 3 des Gesetzes bezeichneten Höchstbeträgen abgezogen werden.

Zu § 10 a des Gesetzes

§ 45

**Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns im Fall des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes**

(1) Für die Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes ist

1. in den Fällen des § 2 Abs. 6 Ziff. 1 des Gesetzes der im Veranlagungszeitraum nicht entnommene Gewinn,
2. in den Fällen des § 2 Abs. 6 Ziff. 2 des Gesetzes der nicht entnommene Gewinn des im Veranlagungszeitraum endenden Wirtschaftsjahrs

maßgebend.

(2) Ist ein Steuerpflichtiger Inhaber oder Mitinhaber mehrerer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe oder mehrerer Gewerbebetriebe oder Inhaber (Mitinhaber) von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Gewerbebetrieben, so kann die Steuerbegünstigung des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes nur auf die Summe der nicht entnommenen Gewinne aus allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Gewerbebetrieben angewendet werden. Voraussetzung für die Anwendung des § 10 a Abs. 1 des Gesetzes ist in diesem Fall, daß alle Gewinne auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermittelt werden. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn der Steuerpflichtige und eine mit ihm zusammen veranlagte Person Inhaber oder Mitinhaber je

§ 43 Überschrift: EStG 1955 i. d. F. v. 21. 12. 1954 I 441; EStG 1957 i. d. F. v. 13. 11. 1957 I 1793

§ 43: EStDV 1955 i. d. F. v. 21. 12. 1955 I 756; EStDV 1956/57 i. d. F. v. 26. 4. 1958 I 306

§ 44 Überschrift: EStG 1955 i. d. F. v. 21. 12. 1954 I 441; EStG 1957 i. d. F. v. 13. 11. 1957 I 1793; EStG 1958 i. d. F. v. 23. 9. 1958 I 672

eines Betriebs oder mehrerer Betriebe sind. Gewinne aus Land- und Forstwirtschaft, die neben Gewinnen aus Gewerbebetrieb erzielt werden, bleiben auf Antrag bei der Anwendung des § 10a Abs. 1 des Gesetzes außer Betracht, wenn sie nicht auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung zu ermitteln sind und 3000 Deutsche Mark nicht übersteigen.

(3) Der nach § 10a Abs. 1 des Gesetzes als Sonderausgabe abgezogene Betrag ist bei der Veranlagung für den Veranlagungszeitraum, für den die Steuerbegünstigung in Anspruch genommen wird, zum Zweck der späteren Nachversteuerung im Steuerbescheid besonders festzustellen. Wird die Steuerbegünstigung des § 10a Abs. 1 des Gesetzes für einen späteren Veranlagungszeitraum erneut in Anspruch genommen, so ist bei der Veranlagung die Summe der bis dahin nach § 10a Abs. 1 des Gesetzes als Sonderausgaben abgezogenen und noch nicht nachversteuerten Beträge im Steuerbescheid besonders festzustellen.

#### § 46

##### Nachversteuerung der Mehrentnahmen

(1) Bei der Nachversteuerung ist der nach § 45 Abs. 3 besonders festgestellte Betrag um den nachversteuerten Betrag zu kürzen. Ein verbleibender Betrag ist für eine spätere Nachversteuerung im Steuerbescheid besonders festzustellen.

(2) Eine Nachversteuerung von Mehrentnahmen kommt innerhalb des in § 10a Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes bezeichneten Zeitraums so lange und insoweit in Betracht, als ein nach § 45 Abs. 3 und nach Absatz 1 besonders festgestellter Betrag vorhanden ist.

(3) Für die Feststellung der Mehrentnahmen sind in den Fällen des § 2 Abs. 6 Ziff. 1 des Gesetzes die Entnahmen im Veranlagungszeitraum und in den Fällen des § 2 Abs. 6 Ziff. 2 des Gesetzes die Entnahmen im Wirtschaftsjahr, das im Veranlagungszeitraum endet, maßgebend.

(4) Im Fall des § 45 Abs. 2 sind für die Feststellung der Mehrentnahmen die Summe der Gewinne und die Summe der Entnahmen aus allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Gewerbebetrieben zu berücksichtigen. Gewinne und Entnahmen aus den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, deren Gewinne bei der Anwendung des § 10a Abs. 1 des Gesetzes nach § 45 Abs. 2 letzter Satz außer Betracht geblieben sind, bleiben auch für die Feststellung der Mehrentnahmen außer Ansatz.

(5) Als Entnahmen gelten auch die Veräußerung des Betriebs im ganzen, die Veräußerung von Anteilen an einem Betrieb sowie die Aufgabe des Betriebs.

#### § 47

##### Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns im Fall des § 10a Abs. 3 des Gesetzes

(1) Nehmen Steuerpflichtige die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns für den Gewinn aus selbständiger Arbeit in Anspruch, so ist der auf Grund dieser Begünstigung als Sonder-

ausgabe abgezogene Betrag im Steuerbescheid getrennt von dem nach § 45 Abs. 3 festzustellenden Betrag besonders festzustellen. Im übrigen gelten die Vorschriften des § 45 Abs. 2 und 3 entsprechend.

(2) Auch hinsichtlich der Nachversteuerung sind die Fälle des Absatzes 1 besonders zu behandeln. Die Feststellung, ob die Entnahmen aus dem Betrieb den bei der Veranlagung zu berücksichtigenden Gewinn aus selbständiger Arbeit übersteigen, ist unabhängig von den Entnahmen aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben oder Gewerbebetrieben zu treffen. Die Vorschriften des § 46 Abs. 1, 2, 4 und 5 sind entsprechend anzuwenden.

#### Zu § 10b des Gesetzes

##### § 48\*

##### Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke

(1) Für die Begriffe gemeinnützige, mildtätige, kirchliche, religiöse und wissenschaftliche Zwecke im Sinn des § 10b des Gesetzes gelten die §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 925) in der Fassung der Anlage 1 der Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vom 16. Oktober 1948 (WiGBl. S. 139)<sup>3)</sup> und die Verordnung zur Durchführung der §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes (Gemeinnützigkeitsverordnung) vom 24. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1592).

(2) Gemeinnützige Zwecke der in Absatz 1 bezeichneten Art müssen außerdem durch Anordnung der Bundesregierung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, allgemein als besonders förderungswürdig anerkannt worden sein.

(3) Zuwendungen für die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Zwecke sind nur dann abzugsfähig, wenn

1. der Empfänger der Zuwendungen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle (z. B. Universität, Forschungsinstitut) ist und bestätigt, daß der zugewendete Betrag zu einem der in den Absätzen 1 oder 2 bezeichneten Zwecke verwendet wird, oder
2. der Empfänger der Zuwendungen eine in § 4 Abs. 1 Ziff. 6 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichnete Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse ist und bestätigt, daß sie den zugewendeten Betrag nur für ihre satzungsmäßigen Zwecke verwendet.

(4) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates durch Anordnung Ausgaben im Sinn des § 10b des Gesetzes als steuerbegünstigt auch anerkennen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 oder des Absatzes 3 nicht gegeben sind.

<sup>3)</sup> Im Land Berlin: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 1952 S. 1128.  
(Fußnote lt. BGBl. 1962 I 304)

## § 49\*

**Förderung staatspolitischer Zwecke**

(1) Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke können nur abgezogen werden, wenn sie an eine durch besondere Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates anerkannte juristische Person gegeben werden, die nach ihrer Satzung und tatsächlichen Geschäftsführung

1. ausschließlich staatspolitische Zwecke verfolgt und
2. weder eine politische Partei ist noch ihre Mittel für die unmittelbare oder mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwendet.

Staatspolitische Zwecke im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die auf die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich des Grundgesetzes und in Berlin (West) gerichtet sind; hierzu gehören nicht Bestrebungen, die nur bestimmte Einzelinteressen staatspolitischer Art verfolgen oder die auf den kommunalpolitischen Bereich beschränkt sind.

(2) Die Empfängerin der Zuwendungen muß bestätigen, daß sie den ihr zugewendeten Betrag und ihre übrigen Mittel nur für staatspolitische Zwecke (Absatz 1), nicht aber für die unmittelbare oder mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwendet.

## § 50

**Überleitungsvorschrift zum Spendenabzug**

(1) Soweit gemeinnützige Zwecke vor dem 1. Juli 1951<sup>4)</sup> als besonders förderungswürdig anerkannt worden sind, bleiben die Anerkennungen aufrechterhalten.

(2) Soweit Zweck und Form von Zuwendungen vor dem 1. Juli 1951<sup>4)</sup> als steuerbegünstigt anerkannt worden sind, bleiben die Anerkennungen aufrechterhalten.

Zu § 12 des Gesetzes

## § 51

*(gestrichen)*

Zu § 13 des Gesetzes in der Fassung vom 13. November 1957\*

## § 52

**Begünstigter Personenkreis  
im Sinn des § 13 Abs. 4 des Gesetzes  
in der Fassung vom 13. November 1957**

(1) Für die Abgrenzung des begünstigten Personenkreises gilt § 13 Abs. 1 entsprechend.

(2) Erlischt die Befugnis zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen (§§ 13 und 19 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung vom 23. Oktober 1961 — Bundesgesetzbl. I S. 1882), so

<sup>4)</sup> Im Land Berlin: 22. August 1951.  
(Fußnote lt. BGBl. 1962 I 305)

§ 49 Abs. 1 Satz 2: GG 100-1  
Überschriften zu § 52: EStG 1957 I. d. F. v. 13. 11. 1957 I 1793  
§ 52 Abs. 2: BVFG 240-1

kann der Freibetrag letztmals in dem Veranlagungszeitraum in Anspruch genommen werden, in dem die Befugnis erloschen ist.

Zu § 17 des Gesetzes

## § 53\*

**Veräußerung wesentlicher Beteiligungen**

(1) Anteile an einer Kapitalgesellschaft im Sinn des § 17 des Gesetzes sind Aktien, Kuxe, Genußscheine, Anteile an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder ähnliche Beteiligungen und Anwartschaften auf solche Beteiligungen.

(2) Gewinn aus der Veräußerung eines Anteils an einer Kapitalgesellschaft ist auch der Gewinn, den der Gesellschafter bei der Auflösung der Kapitalgesellschaft erzielt.

(3) Bei Anteilen an einer Kapitalgesellschaft, die vor dem 21. Juni 1948 erworben worden sind, sind als Anschaffungskosten im Sinn des § 17 Abs. 2 des Gesetzes die endgültigen Höchstwerte zugrunde zu legen, mit denen die Anteile in eine steuerliche Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark auf den 21. Juni 1948 hätten eingestellt werden können; bei Anteilen, die am 21. Juni 1948 als Auslandsvermögen beschlagnahmt waren, ist bei Veräußerung vor der Rückgabe der Veräußerungserlös und bei Veräußerung nach der Rückgabe der Wert im Zeitpunkt der Rückgabe als Anschaffungskosten maßgebend. Im Land Berlin tritt an die Stelle des 21. Juni 1948 jeweils der 1. April 1949; im Saarland tritt an die Stelle des 21. Juni 1948 für die in § 43 Abs. 1 Ziff. 1 des Gesetzes über die Einführung des deutschen Rechts auf dem Gebiet der Steuern, Zölle und Finanzmonopole im Saarland vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 339) bezeichneten Personen jeweils der 6. Juli 1959.

## § 54

*(gestrichen)*

Zu § 22 des Gesetzes

## § 55

**Ermittlung des Ertrags aus Leibrenten  
in besonderen Fällen**

(1) Der Ertrag des Rentenrechts ist in den folgenden Fällen auf Grund der in § 22 Ziff. 1 Buchstabe a des Gesetzes aufgeführten Tabelle zu ermitteln:

1. bei Leibrenten, die vor dem 1. Januar 1955 zu laufen begonnen haben. Dabei ist das vor dem 1. Januar 1955 vollendete Lebensjahr des Rentenberechtigten maßgebend;
2. bei Leibrenten, deren Dauer von der Lebenszeit einer anderen Person als des Rentenberechtigten abhängt. Dabei ist das bei Beginn der Rente, im Fall der Ziffer 1 das vor dem 1. Januar 1955 vollendete Lebensjahr dieser Person maßgebend;
3. bei Leibrenten, deren Dauer von der Lebenszeit mehrerer Personen abhängt. Dabei ist das bei Beginn der Rente, im Fall der Ziffer 1 das vor dem 1. Januar 1955 vollendete Lebensjahr der ältesten Person maßgebend, wenn das Rentenrecht mit dem

§ 53 Abs. 3: G v. 30. 6. 1959 600-2

Tod des zuerst Sterbenden erlischt, und das Lebensjahr der jüngsten Person, wenn das Rentenrecht mit dem Tod des zuletzt Sterbenden erlischt.

(2) Der Ertrag aus Leibrenten, die auf eine bestimmte Zeit beschränkt sind (abgekürzte Leibrenten), ist nach der Lebenserwartung unter Berücksichtigung der zeitlichen Begrenzung zu ermitteln. Der Ertragsanteil ist aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden.

Beschränkung der Laufzeit der Rente auf . . . Jahre ab Beginn des Rentenbezugs (ab 1. Januar 1955, falls die Rente vor diesem Zeitpunkt zu laufen begonnen hat)	Der Ertragsanteil beträgt, vorbehaltlich der Spalte 3. . . v. H.	Der Ertragsanteil ist der Tabelle in § 22 Ziff. 1 Buchstabe a des Gesetzes zu entnehmen, wenn der Rentenberechtigte zu Beginn des Rentenbezugs (vor dem 1. Januar 1955, falls die Rente vor diesem Zeitpunkt zu laufen begonnen hat) das . . . te Lebensjahr vollendet hatte
1	2	3
1	0	entfällt
2	2	99
3	4	90
4	6	85
5	7	83
6	9	80
7	11	77
8	12	75
9	14	73
10	15	72
11	16	70
12	18	68
13	19	67
14	21	65
15	22	64
16	23	63
17	24	62
18	25	61
19	26	59
20	27	58
21	28	57
22	29	56
23	30	55
24	31	54
25	32	53
26	33	52
27	34	51
28	35	50
29	36	48
30	37	47
31	38	46
32	39	45
33	40	44
34	41	43
35—36	42	41
37—38	44	39
39	45	38
40—41	46	36
42—43	47	35
44—45	49	32
46—47	51	29
48—50	52	27
51—53	54	24
54—55	55	22
56—58	56	21
59—61	57	19
62—64	58	17
65—68	59	15
69—72	60	13
73—76	61	11
77—81	62	9
82—86	63	6

mehr als 86

Der Ertragsanteil ist immer der Tabelle in § 22 Ziff. 1 Buchstabe a des Gesetzes zu entnehmen.

Zu § 25 des Gesetzes

§ 56

Steuererklärungspflicht

(1) Unbeschränkt Steuerpflichtige mit Ausnahme der in § 1 Abs. 3 des Gesetzes bezeichneten Personen haben eine jährliche Steuererklärung über das im abgelaufenen Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum) bezogene Einkommen in den folgenden Fällen abzugeben:

1. Ehegatten, bei denen in dem Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum), für das die Steuererklärung abzugeben ist, die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorgelegen haben,

a) wenn keiner der Ehegatten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, bezogen hat und

aa) die Summe der Einkünfte beider Ehegatten 3 820 Deutsche Mark oder mehr betragen hat oder

bb) die getrennte Veranlagung nach § 26 a des Gesetzes gewählt wird;

b) wenn mindestens einer der Ehegatten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, bezogen hat und

aa) die Einkünfte beider Ehegatten zusammen mehr als 24 636 Deutsche Mark betragen haben oder

bb) eine Veranlagung nach § 46 Abs. 2 des Gesetzes in Betracht kommt;

2. andere unbeschränkt steuerpflichtige Personen,

a) wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte 1 910 Deutsche Mark oder mehr betragen hat und darin keine Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, enthalten sind;

b) wenn in dem Gesamtbetrag der Einkünfte Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, enthalten sind und

aa) der Gesamtbetrag der Einkünfte mehr als 24 636 Deutsche Mark betragen hat oder

bb) eine Veranlagung nach § 46 Abs. 2 des Gesetzes in Betracht kommt.

Eine Steuererklärung ist außerdem abzugeben, wenn eine Veranlagung nach § 46 a Satz 2 des Gesetzes beantragt wird (§ 72 Abs. 1). Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung entfällt, wenn nach Durchschnittssätzen zu ermittelnde Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft bezogen worden sind und die übrigen Einkünfte nicht mehr als 600 Deutsche Mark betragen haben.

(2) Zu den Einkünften, die der Steuerpflichtige in seiner Steuererklärung anzugeben hat, gehören auch die mit seinen Einkünften zusammenzurechnenden Einkünfte der Kinder, die mit ihm nach § 27 des Gesetzes zusammen veranlagt werden.

(3) Beschränkt Steuerpflichtige und die in § 1 Abs. 3 des Gesetzes bezeichneten Personen haben eine jährliche Steuererklärung über ihre im abgelaufenen Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum) bezogenen inländischen Einkünfte im Sinn des § 49 des Gesetzes abzugeben, soweit für diese die Einkommensteuer nicht durch den Steuerabzug als abgegolten gilt (§ 50 Abs. 4 des Gesetzes).

(4) Die jährlichen Steuererklärungen sind spätestens an dem von den obersten Finanzbehörden der Länder mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen bestimmten Zeitpunkt abzugeben. Im Fall des § 2 Abs. 5 Ziff. 1 des Gesetzes ist die Erklärung bis zum Schluß des dritten Kalendermonats, der auf den Schluß des Wirtschaftsjahrs folgt, das im Veranlagungszeitraum begonnen hat, abzugeben, frühestens aber bis zu dem in Satz 1 bezeichneten Zeitpunkt. Das Recht des Finanzamts, schon vor diesem Zeitpunkt Angaben zu verlangen, die für die Besteuerung von Bedeutung sind, bleibt unberührt.

(5) Personen, die nach den Absätzen 1 oder 3 nicht zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind, haben eine solche abzugeben, wenn das Finanzamt sie dazu auffordert. Die Aufforderung kann auch durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

#### § 57

##### **Steuererklärungspflicht im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes**

Sind Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorliegen, nach § 56 zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, so hat jeder Ehegatte eine Steuererklärung abzugeben, wenn einer der Ehegatten die getrennte Veranlagung (§ 26 a des Gesetzes) wählt. Über die Sonderausgaben mit Ausnahme des Abzugs für den steuerbegünstigten nicht entnommenen Gewinn und des Verlustabzugs sowie über die außergewöhnlichen Belastungen sollen die Ehegatten eine gemeinsame Erklärung abgeben.

#### § 57 a

##### **Steuererklärungspflicht im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten nach § 26 b des Gesetzes**

Sind Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorliegen, nach § 56 zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, so haben die Ehegatten eine gemeinsame Steuererklärung abzugeben, wenn keiner der Ehegatten die getrennte Veranlagung (§ 26 a des Gesetzes) wählt.

#### § 58 \*

##### **Erklärung bei einheitlicher und gesonderter Feststellung der Besteuerungsgrundlagen**

Die zur Geschäftsführung oder Vertretung einer Gesellschaft oder Gemeinschaft berechtigten Personen sind in den Fällen des § 215 Abs. 2 bis 4 der

§ 58: AO 610-1

Reichsabgabenordnung verpflichtet, eine Erklärung zur einheitlichen Feststellung der Einkünfte der Beteiligten abzugeben.

#### § 59 \*

##### **Erklärung bei gesonderter Gewinnfeststellung**

Ist im Fall des § 6 der Verordnung über die Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren vom 3. Januar 1944 (Reichsgesetzbl. I S. 11) der Gewinn aus dem gewerblichen Betrieb gesondert festzustellen, so ist der Unternehmer verpflichtet, eine besondere Erklärung über den Gewinn aus dem gewerblichen Betrieb an das Betriebsfinanzamt (§ 72 Ziff. 2 der Reichsabgabenordnung) abzugeben.

#### § 60

##### **Form der Erklärung**

(1) Für die Erklärung (§§ 56 bis 59) sind die amtlichen Vordrucke zu verwenden. Sie müssen vom Steuerpflichtigen, in den Fällen einer gemeinsamen Erklärung der Ehegatten (§ 57 Satz 2, § 57 a) von den Ehegatten eigenhändig unterschrieben sein.

(2) Wird der Gewinn nach § 4 Abs. 1 oder § 5 des Gesetzes ermittelt, so ist der Erklärung eine Abschrift der Vermögensübersicht (Bilanz), die auf dem Zahlenwerk der Buchführung beruht, beizufügen. Werden Bücher geführt, die den Grundsätzen der doppelten Buchführung entsprechen, ist eine Verlust- und Gewinnrechnung und außerdem auf Verlangen des Finanzamts eine Hauptabschlußübersicht beizufügen.

(3) Enthält die Vermögensübersicht (Bilanz) Ansätze oder Beträge, die den steuerlichen Vorschriften nicht entsprechen, so sind diese Ansätze oder Beträge durch Zusätze oder Anmerkungen den steuerlichen Vorschriften anzupassen. Der Steuerpflichtige kann auch eine den steuerlichen Vorschriften entsprechende Vermögensübersicht (Steuerbilanz) beifügen.

(4) Liegen Jahresberichte (Geschäftsberichte) oder Prüfungsberichte vor, so sind sie der Erklärung beizufügen.

(5) Hat eine natürliche Person, eine Personengesellschaft oder eine juristische Person, die geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen leistet, bei der Anfertigung der Erklärung oder der Anlagen (Absätze 2 bis 4) mitgewirkt, so sind ihr Name und ihre Anschrift in der Erklärung anzugeben.

#### **Zu §§ 26 a und 26 b des Gesetzes**

#### § 61

##### **Antrag auf anderweitige Verteilung der Sonderausgaben und der außergewöhnlichen Belastungen im Fall des § 26 a des Gesetzes**

Der Antrag auf anderweitige Verteilung der Sonderausgaben und der als außergewöhnliche Belastungen vom Einkommen abzuziehenden Beträge (§ 26 a Abs. 2 und 3 des Gesetzes) kann nur von beiden Ehegatten gemeinsam gestellt werden. Kann

§ 59: V über die Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren 610-4-9;  
AO 610-1

der Antrag nicht gemeinsam gestellt werden, weil einer der Ehegatten dazu aus zwingenden Gründen nicht in der Lage ist, so kann das Finanzamt den Antrag des anderen Ehegatten als genügend ansehen.

§§ 62 bis 62 b

(gestrichen)

§ 62 c

#### Anwendung der §§ 7 e und 10 a des Gesetzes bei der Veranlagung von Ehegatten

(1) Im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten (§ 26 a des Gesetzes) ist Voraussetzung für die Anwendung der §§ 7 e und 10 a des Gesetzes, daß derjenige Ehegatte, der diese Steuerbegünstigungen in Anspruch nimmt, zu dem durch diese Vorschriften begünstigten Personenkreis gehört. Die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns kann in diesem Fall jeder der Ehegatten, der die in § 10 a des Gesetzes bezeichneten Voraussetzungen erfüllt, bis zum Höchstbetrag von 20 000 Deutsche Mark geltend machen. Übersteigen bei dem getrennt veranlagten Ehegatten oder seinem Gesamtrechtsnachfolger die Entnahmen die Summe der bei der Veranlagung zu berücksichtigenden Gewinne, so ist bei ihm nach § 10 a Abs. 2 des Gesetzes eine Nachversteuerung durchzuführen. Die Nachversteuerung kommt innerhalb des in § 10 a Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes bezeichneten Zeitraums so lange und insoweit in Betracht, als ein nach § 45 Abs. 3 und § 46 Abs. 1 besonders festgestellter Betrag vorhanden ist. Hierbei ist auch der besonders festgestellte Betrag für Veranlagungszeiträume, in denen die Ehegatten zusammen veranlagt worden sind, zu berücksichtigen, soweit er auf nicht entnommene Gewinne aus einem dem getrennt veranlagten Ehegatten gehörenden Betrieb entfällt.

(2) Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten (§ 26 b des Gesetzes) genügt es für die Anwendung der §§ 7 e und 10 a des Gesetzes, wenn einer der beiden Ehegatten zu dem durch die bezeichneten Vorschriften begünstigten Personenkreis gehört. Die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns kann in diesem Fall nur unter den Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 und nur bis zum Höchstbetrag von insgesamt 20 000 Deutsche Mark in Anspruch genommen werden. Die Nachversteuerung von Mehrentnahmen nach § 10 a Abs. 2 des Gesetzes ist in diesem Fall auch insoweit durchzuführen, als bei einem Ehegatten ein nach § 45 Abs. 3 und § 46 Abs. 1 besonders festgestellter Betrag für Veranlagungszeiträume, in denen die Ehegatten getrennt veranlagt worden sind, vorhanden ist.

§ 62 d

#### Anwendung des § 10 d des Gesetzes bei der Veranlagung von Ehegatten

(1) Im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten (§ 26 a des Gesetzes) kann der Steuerpflichtige den Verlustabzug nach § 10 d des Gesetzes auch für Verluste derjenigen Veranlagungszeit-

räume geltend machen, in denen die Ehegatten zusammen veranlagt worden sind. Der Verlustabzug kann in diesem Fall nur für Verluste geltend gemacht werden, die in einem dem getrennt veranlagten Ehegatten gehörenden Betrieb entstanden sind.

(2) Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten (§ 26 b des Gesetzes) kann der Steuerpflichtige den Verlustabzug nach § 10 d des Gesetzes auch für Verluste derjenigen Veranlagungszeiträume geltend machen, in denen die Ehegatten getrennt veranlagt worden sind.

Zu § 32 des Gesetzes

§ 63

#### Abzug von Kinderfreibeträgen bei getrennter Veranlagung der Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes

Werden Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes getrennt veranlagt, so sind die Kinderfreibeträge (§ 32 Abs. 2 des Gesetzes) insgesamt in der Höhe abzuziehen, in der sie bei einer Zusammenveranlagung der Ehegatten zu berücksichtigen wären. Das gilt auch, wenn der Kinderfreibetrag für ein Kind nur einem Ehegatten zusteht oder zu gewähren ist; in diesem Fall ist der Kinderfreibetrag anzusetzen, der sich für dieses Kind nach der Geburtenfolge aller Kinder der Ehegatten, für die die Voraussetzungen für den Abzug von Kinderfreibeträgen vorliegen, ergibt. Die Summe der den Ehegatten gemeinsam zustehenden oder zu gewährenden Kinderfreibeträge ist bei der Veranlagung jedes Ehegatten zur Hälfte abzuziehen.

Zu § 32 a des Gesetzes

§ 63 a

#### Verwitwete Personen

§ 32 a Abs. 3 des Gesetzes ist nicht auf solche Personen anzuwenden, die

1. für den Veranlagungszeitraum nach § 26 Abs. 1 des Gesetzes zwischen getrennter Veranlagung und Zusammenveranlagung wählen können oder
2. nach dem Tode ihres Ehegatten mindestens vier Monate im Veranlagungszeitraum entweder wiederverheiratet oder nach der Wiederverheiratung geschieden waren.

§ 63 b \*

#### Einkommensteuertabelle zu § 32 a Abs. 2 und 3 des Gesetzes

In den Fällen des § 32 a Abs. 2 und 3 des Gesetzes ergibt sich die zu veranlagende Einkommensteuer, vorbehaltlich der §§ 34, 34 b und 34 c des Gesetzes, aus der als Anhang beigefügten Einkommensteuertabelle<sup>5)</sup>.

<sup>5)</sup> Fußnote mit Hinweis auf Fundstelle der ESt-Tabelle lt. BGBl. 1962 I 308 entfällt. ESt-Tabelle s. Anhang.

§ 63 b: ESt-Tabelle für Einkommensteuerpflichtige im Saarland (§ 43 G. v. 30. 6. 1959 600-2) 1.) für den Veranlagungszeitraum 1959/1960 (6. 7. 1959 bis 31. 12. 1960) siehe Bek. v. 18. 1. 1960 Beilage zum BAnz. Nr. 18 (S. 94 bis 120) u. 2.) für den Veranlagungszeitraum 1961 siehe Bek. v. 2. 12. 1960 Beilage zum BAnz. Nr. 235

## Zu § 33 des Gesetzes

## § 64

**Außergewöhnliche Belastungen**

Die zumutbare Eigenbelastung beträgt bei Steuerpflichtigen

mit einem Einkommen, das um die nach § 32 Abs. 3 Ziff. 2 des Gesetzes und um die nach § 33 a des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1355) zu gewährenden Freibeträge vermindert ist, von	wenn sie			
	keinen Kinderfreibetrag erhalten		Kinderfreibeträge erhalten für	
	und nicht zu den in Spalte 3 bezeichneten Personen gehören.	und zu den 1. Ehegatten im Sinn des § 26 Abs. 1 des Gesetzes oder 2. verwitweten Personen, auf die § 32 a Abs. 3 Ziff. 1 des Gesetzes anzuwenden ist, oder 3. Personen, die den Freibetrag nach § 32 Abs. 3 Ziff. 1 Buchstabe a des Gesetzes erhalten, gehören,	ein Kind oder zwei Kinder.	drei oder mehr Kinder.
DM	2	3	4	5
höchstens 3 000	6	5	3	—
mehr als 3 000	7	6	4	2

vom Hundert dieses Betrags. Im Fall der getrennten Veranlagung von Ehegatten nach § 26 a des Gesetzes ist von der Summe der Einkommen beider Ehegatten auszugehen.

## Zu § 33 a des Gesetzes

## § 65\*

**Pauschbeträge für Körperbehinderte**

(1) Körperbehinderte, bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, erhalten auf Antrag wegen der außergewöhnlichen Belastungen, die ihnen unmittelbar infolge ihrer Körperbehinderung erwachsen, einen Pauschbetrag, wenn sie nicht höhere Aufwendungen nachweisen oder glaubhaft machen. Die Höhe des Pauschbetrags richtet sich nach der dauernden (nicht nur vorübergehenden) Minderung der Erwerbsfähigkeit des Körperbehinderten, soweit diese nicht überwiegend auf Alterserscheinungen beruht. Als Pauschbeträge werden gewährt:

Stufe	Bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um vom Hundert	vom Hundert	DM
1	25 bis ausschließlich	35	360
2	35 bis ausschließlich	45	480
3	45 bis ausschließlich	55	636
4	55 bis ausschließlich	65	780
5	65 bis ausschließlich	75	960
6	75 bis ausschließlich	85	1 140
7	85 bis einschließlich	90	1 300
8	91 bis einschließlich	100 (Erwerbsunfähigkeit)	1 500

§ 65 Abs. 4 Nr. 1: BVG 830-2

§ 65 Abs. 4 Nr. 4: BEG 251-1

Blinde sowie Körperbehinderte, die infolge der Körperbehinderung ständig so hilflos sind, daß sie nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen können, erhalten an Stelle der in der Übersicht aufgeführten Pauschbeträge einen Pauschbetrag von 3900 Deutsche Mark.

## (2) Die Pauschbeträge des Absatzes 1 erhalten:

1. Körperbehinderte, deren Minderung der Erwerbsfähigkeit auf mindestens 50 vom Hundert festgestellt ist;
2. Körperbehinderte, deren Minderung der Erwerbsfähigkeit auf weniger als 50 vom Hundert, aber mindestens 25 vom Hundert festgestellt ist,
  - a) wenn dem Körperbehinderten wegen seiner Behinderung nach gesetzlichen Vorschriften Renten oder andere laufende Bezüge zustehen, und zwar auch dann, wenn das Recht auf die Bezüge ruht oder der Anspruch auf die Bezüge durch Zahlung eines Kapitals abgefunden worden ist, oder
  - b) wenn die Körperbehinderung zu einer äußerlich erkennbaren dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat oder auf einer typischen Berufskrankheit beruht.

## (3) Die Körperbehinderung und das Ausmaß der Minderung der Erwerbsfähigkeit sind wie folgt nachzuweisen:

1. Körperbehinderte, deren Minderung der Erwerbsfähigkeit auf mindestens 50 vom Hundert festgestellt ist, haben den amtlichen Ausweis für Schwerkriegsbeschädigte, Schwerbeschädigte oder Schwererwerbsbeschränkte oder, wenn ihnen wegen ihrer Behinderung nach den gesetzlichen Vorschriften Renten oder andere laufende Bezüge zustehen, den Rentenbescheid oder den entsprechenden Bescheid vorzulegen. Kann das Ausmaß der Körperbehinderung in dieser Weise nicht nachgewiesen werden, so ist der Nachweis durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde zu erbringen. Die Behörde hat bei der Bemessung der Minderung der Erwerbsfähigkeit die Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im Versorgungswesen zugrunde zu legen und dabei von dem Umfang der verbleibenden Arbeitsmöglichkeit im allgemeinen Erwerbsleben auszugehen. Bei Körperbehinderten, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bemißt sich die Minderung der Erwerbsfähigkeit nach der Arbeitsmöglichkeit, die verbleiben würde, wenn sie das 14. Lebensjahr bereits vollendet hätten. Der Nachweis, daß der Körperbehinderte ständig so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, kann auch durch Vorlage eines Rentenbescheids, der die entsprechenden Angaben enthält, geführt werden;

2. Körperbehinderte, deren Minderung der Erwerbsfähigkeit auf weniger als 50 vom Hundert, aber mindestens 25 vom Hundert festgestellt ist, haben

- a) — wenn ihnen wegen ihrer Behinderung nach den gesetzlichen Vorschriften Renten oder andere laufende Bezüge zustehen — den Rentenbescheid oder den entsprechenden Bescheid vorzulegen,
- b) in allen anderen Fällen eine Bescheinigung der zuständigen Behörde vorzulegen. Ziffer 1 Sätze 3 und 4 sind anzuwenden. Die Bescheinigung der Behörde hat auch eine Äußerung darüber zu enthalten, ob die Körperbehinderung zu einer äußerlich erkennbaren dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat oder auf einer typischen Berufskrankheit beruht.

(4) Personen, denen laufende Hinterbliebenenbezüge bewilligt worden sind, erhalten auf Antrag einen Pauschbetrag von 600 Deutsche Mark, wenn die Hinterbliebenenbezüge geleistet werden

1. nach dem Bundesversorgungsgesetz oder einem anderen Gesetz, das die Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes über Hinterbliebenenbezüge für entsprechend anwendbar erklärt, oder
2. nach den Vorschriften über die gesetzliche Unfallversicherung oder
3. nach den beamtenrechtlichen Vorschriften an Hinterbliebene eines an den Folgen eines Dienstunfalls verstorbenen Beamten oder
4. nach den Vorschriften des Bundesentschädigungsgesetzes über die Entschädigung für Schaden an Leben, Körper oder Gesundheit.

Der Pauschbetrag wird auch dann gewährt, wenn das Recht auf die Bezüge ruht oder der Anspruch auf die Bezüge durch Zahlung eines Kapitals abgefunden worden ist. Liegen bei Steuerpflichtigen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes oder die Voraussetzungen für eine Zusammenveranlagung nach § 27 Abs. 1 des Gesetzes vor, so ist der Pauschbetrag bei der Veranlagung diesen Steuerpflichtigen nur einmal zu gewähren.

(5) Steht der Pauschbetrag für Körperbehinderte (Absatz 1) oder der Pauschbetrag für Hinterbliebene (Absatz 4) einem Kind zu, für das dem Steuerpflichtigen nach § 32 Abs. 2 Ziff. 2 des Gesetzes auf Antrag ein Kinderfreibetrag gewährt wird, so wird der Pauschbetrag auf Antrag insoweit auf den Steuerpflichtigen übertragen, als das Kind den Pauschbetrag nicht in Anspruch genommen hat. Die Übertragung des Pauschbetrags für Hinterbliebene ist jedoch nicht zulässig, wenn der Steuerpflichtige oder eine der übrigen in Absatz 4 letzter Satz bezeichneten Personen bei der Veranlagung den Pauschbetrag bereits nach Absatz 4 erhält.

#### Zu § 34 a des Gesetzes

##### § 66

#### Steuerfreiheit bestimmter Zuschläge zum Arbeitslohn

Bei der Feststellung, ob der Arbeitslohn 15 000 Deutsche Mark nicht übersteigt, sind die steuerfreien Bezüge und die gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit nicht zu berücksichtigen.

#### Zu § 34 b des Gesetzes

##### § 67

#### Ermittlung der Einkünfte aus den einzelnen Holznutzungsarten bei aussetzenden forstwirtschaftlichen Betrieben

(1) Bei aussetzenden forstwirtschaftlichen Betrieben, die nicht zur Buchführung verpflichtet sind, kann zur Abgeltung der Betriebsausgaben auf Antrag ein Pauschsatz von 40 vom Hundert der Einnahmen aus den einzelnen Holznutzungsarten abgezogen werden. Voraussetzung für den Abzug des Pauschsatzes ist, daß

1. die forstwirtschaftlich genutzte Fläche 100 Hektar nicht übersteigt,
2. eine ordnungsmäßige Buchführung nicht vorhanden ist und
3. ein Bestandsvergleich für das stehende Holz nicht vorgenommen wird.

(2) Der Pauschsatz zur Abgeltung der Betriebsausgaben beträgt 20 vom Hundert, soweit das Holz auf dem Stamm verkauft wird.

##### § 68

#### Betriebsgutachten, Betriebswerk, Nutzungssatz

(1) Das amtlich anerkannte Betriebsgutachten oder das Betriebswerk, das der erstmaligen Festsetzung des Nutzungssatzes zugrunde zu legen ist, muß vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 spätestens auf den Anfang des drittletzten Wirtschaftsjahrs aufgestellt worden sein, das dem Wirtschaftsjahr vorangegangen ist, in dem die nach § 34 b des Gesetzes zu begünstigenden Holznutzungen angefallen sind. Der Zeitraum von zehn Wirtschaftsjahren, für den der Nutzungssatz maßgebend ist, beginnt mit dem Wirtschaftsjahr, auf dessen Anfang das Betriebsgutachten oder Betriebswerk aufgestellt worden ist.

(2) Liegt ein Betriebsgutachten oder Betriebswerk vor, das am 1. Januar 1955 nicht älter als zehn Jahre ist, so kann dieses Betriebsgutachten oder Betriebswerk der Festsetzung des Nutzungssatzes zugrunde gelegt werden. Der hiernach festgesetzte Nutzungssatz ist letztmals für das zehnte Wirtschaftsjahr maßgebend, das nach dem Zeitpunkt der Aufstellung des Betriebsgutachtens oder Betriebswerks endet.

(3) Bei aussetzenden forstwirtschaftlichen Betrieben genügt es, wenn das Betriebsgutachten oder Betriebswerk auf den Anfang des Wirtschaftsjahrs aufgestellt wird, in dem die nach § 34 b des Gesetzes zu begünstigenden Holznutzungen angefal-

len sind. Der Zeitraum von zehn Jahren, für den der Nutzungssatz maßgebend ist, beginnt mit dem Wirtschaftsjahr, auf dessen Anfang das Betriebsgutachten oder Betriebswerk aufgestellt worden ist.

(4) Ein Betriebsgutachten im Sinn des § 34 b Abs. 4 Ziff. 1 des Gesetzes ist amtlich anerkannt, wenn die Anerkennung von einer Behörde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts des Landes, in dem der forstwirtschaftliche Betrieb belegen ist, ausgesprochen wird. Die Länder bestimmen, welche Behörden oder Körperschaften des öffentlichen Rechts diese Anerkennung auszusprechen haben.

#### Zu § 34 c des Gesetzes

##### § 68 a

#### Ausländische Einkommensteuer

Eine ausländische Einkommensteuer kann nur angerechnet werden, wenn sie in einem ausländischen Staat nach Vorschriften erhoben wird, die für das ganze Staatsgebiet gelten. Eine ausländische Steuer entspricht nicht der deutschen Einkommensteuer, wenn sie

1. nach den Gesetzen einer Provinz, eines Landes oder einer anderen Gebietskörperschaft des ausländischen Staates oder
2. durch eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband dieses Staates

erhoben wird.

##### § 68 b

#### Ausländische Einkünfte

Ausländische Einkünfte im Sinn des § 34 c des Gesetzes sind

1. Einkünfte aus einer in einem ausländischen Staat betriebenen Land- und Forstwirtschaft (§§ 13 und 14 des Gesetzes) und Einkünfte der in den Ziffern 4, 6 und 7 genannten Art, soweit sie zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft gehören;
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§§ 15 und 16 des Gesetzes), die durch eine in einem ausländischen Staat belegene Betriebsstätte oder durch einen in einem ausländischen Staat tätigen ständigen Vertreter erzielt werden, und Einkünfte der in den Ziffern 4, 6 und 7 genannten Art, soweit sie zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb gehören, sowie Einkünfte aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr, soweit die Einkünfte auf Beförderungen zwischen ausländischen Häfen oder vom Ausland in das Inland entfallen;
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 18 des Gesetzes), die in einem ausländischen Staat ausgeübt oder verwertet wird oder worden ist, und Einkünfte der in den Ziffern 4, 6 und 7 genannten Art, soweit sie zu den Einkünften aus selbständiger Arbeit gehören;
4. Einkünfte aus der Veräußerung von
  - a) Wirtschaftsgütern, die zum Anlagevermögen eines Betriebs gehören, wenn die Wirtschaftsgüter in einem ausländischen Staat belegen sind,

b) Anteilen an Kapitalgesellschaften, wenn die Gesellschaft Geschäftsleitung oder Sitz in einem ausländischen Staat hat;

5. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19 des Gesetzes), die in einem ausländischen Staat ausgeübt oder verwertet wird oder worden ist, und Einkünfte, die von ausländischen öffentlichen Kassen mit Rücksicht auf ein gegenwärtiges oder früheres Dienstverhältnis gewährt werden. Einkünfte, die von inländischen öffentlichen Kassen einschließlich der Kassen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundesbank mit Rücksicht auf ein gegenwärtiges oder früheres Dienstverhältnis gewährt werden, gelten auch dann als inländische Einkünfte, wenn die Tätigkeit in einem ausländischen Staat ausgeübt wird oder worden ist;
6. Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 20 des Gesetzes), wenn der Schuldner Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz in einem ausländischen Staat hat oder das Kapitalvermögen durch ausländischen Grundbesitz gesichert ist;
7. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 des Gesetzes), soweit das unbewegliche Vermögen oder die Sachinbegriffe in einem ausländischen Staat belegen oder die Rechte zur Nutzung in einem ausländischen Staat überlassen worden sind;
8. sonstige Einkünfte im Sinn des § 22 des Gesetzes, wenn
  - a) der zur Leistung der wiederkehrenden Bezüge Verpflichtete Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz in einem ausländischen Staat hat,
  - b) bei Spekulationsgeschäften die veräußerten Wirtschaftsgüter in einem ausländischen Staat belegen sind,
  - c) bei Einkünften aus Leistungen der zur Vergütung der Leistung Verpflichtete Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz in einem ausländischen Staat hat.

##### § 68 c

#### Einkünfte aus mehreren ausländischen Staaten

Die für die Einkünfte aus einem ausländischen Staat festgesetzte und gezahlte ausländische Steuer ist nur bis zur Höhe der deutschen Steuer anzurechnen, die auf die Einkünfte aus diesem ausländischen Staat entfällt. Stammen die Einkünfte aus mehreren ausländischen Staaten, so sind die Höchstbeträge der anrechenbaren ausländischen Steuern für jeden einzelnen ausländischen Staat gesondert zu berechnen.

##### § 68 d

#### Nachweis über die Höhe der ausländischen Einkünfte und Steuern

Der Steuerpflichtige hat den Nachweis über die Höhe der ausländischen Einkünfte und über die Festsetzung und Zahlung der ausländischen Steuern durch Vorlage entsprechender Urkunden (z. B. Steuerbescheid, Quittung über die Zahlung) zu füh-

ren. Sind diese Urkunden in einer fremden Sprache abgefaßt, so kann eine beglaubigte Übersetzung in die deutsche Sprache verlangt werden.

## § 68e

**Nachträgliche Festsetzung  
oder Änderung ausländischer Steuern**

(1) Der für einen Veranlagungszeitraum erteilte Steuerbescheid ist zu ändern (Berichtigungsveranlagung), wenn eine ausländische Steuer, die auf die in diesem Veranlagungszeitraum bezogenen ausländischen Einkünfte entfällt, nach Erteilung dieses Steuerbescheids, aber vor Ablauf der Verjährungsfrist erstmalig festgesetzt, nachträglich erhöht oder erstattet wird und sich dadurch eine höhere oder niedrigere Veranlagung rechtfertigt.

(2) Wird eine ausländische Steuer, die nach § 34c des Gesetzes auf die Einkommensteuer für einen Veranlagungszeitraum anzurechnen ist, nach der Abgabe der Steuererklärung für diesen Veranlagungszeitraum, aber vor Ablauf der Verjährungsfrist erstattet, so hat der Steuerpflichtige dies dem zuständigen Finanzamt unverzüglich mitzuteilen.

(3) Rechtsmittel gegen Steuerbescheide, die nach Absatz 1 geändert worden sind, können nur darauf gestützt werden, daß die ausländische Steuer nicht oder nicht zutreffend angerechnet worden sei.

## § 68f

**Abzug ausländischer Steuern  
vom Gesamtbetrag der Einkünfte**

Unbeschränkt Steuerpflichtige, die mit ihren ausländischen Einkünften in einem ausländischen Staat zu einer Steuer vom Einkommen herangezogen werden, die nicht der deutschen Einkommensteuer entspricht, können diese ausländische Steuer in Höhe des nachweislich gezahlten Betrags vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehen, soweit diese Steuer auf Einkünfte entfällt, die der deutschen Einkommensteuer unterliegen.

## § 68g

**Berücksichtigung ausländischer Steuern  
bei Doppelbesteuerungsabkommen**

(1) Soweit in einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung eine Anrechnung ausländischer Steuern auf die Einkommensteuer vorgesehen ist, sind § 34c Abs. 1 Sätze 2 und 3 des Gesetzes und §§ 68c bis 68e entsprechend anzuwenden.

(2) Wird bei Einkünften aus einem ausländischen Staat, mit dem ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung besteht, nach den Vorschriften dieses Abkommens die Doppelbesteuerung nicht beseitigt, so sind die auf diese Einkünfte entfallenden ausländischen Steuern vom Einkommen nach den Vorschriften des § 34c Abs. 1 Sätze 2 und 3 des Gesetzes und der §§ 68b bis 68e anzurechnen. Es können nur die festgesetzten und gezahlten ausländischen Steuern vom Einkommen angerechnet werden, auf die sich das Abkommen mit diesem Staat bezieht.

(3) § 68f ist entsprechend anzuwenden auf ausländische Steuern vom Einkommen, die in einem Staat erhoben werden, mit dem ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung besteht, wenn sich das Abkommen auf diese ausländischen Steuern nicht bezieht.

## Zu § 35 des Gesetzes

## § 69

**Abweichende Vorauszahlungstermine**

Die Oberfinanzdirektionen<sup>6)</sup> können für Steuerpflichtige, die überwiegend Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft haben, die Vorauszahlungstermine abweichend von § 35 Abs. 1 des Gesetzes bestimmen. Das gleiche gilt für Steuerpflichtige, die überwiegend Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit beziehen, wenn der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen wird und der Arbeitgeber zur Vornahme des Steuerabzugs nicht verpflichtet ist.

## Zu § 46 des Gesetzes

## § 69a

**Veranlagung im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2  
des Gesetzes**

Einkünfte aus mehr als einem Dienstverhältnis sind im Einkommen enthalten, wenn

1. im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2 Buchstabe a oder b des Gesetzes der Arbeitnehmer gleichzeitig aus mehreren Dienstverhältnissen oder
2. im Fall des § 46 Abs. 2 Ziff. 2 Buchstabe a des Gesetzes jeder Ehegatte

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen hat.

## § 70

**Ausgleich von Härten in bestimmten Fällen**

Betragen in den Fällen des § 46 Abs. 2 Ziff. 1 bis 4 des Gesetzes die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, insgesamt mehr als 800 Deutsche Mark, aber nicht mehr als 1 600 Deutsche Mark, so ist vom Einkommen der Betrag abzuziehen, um den die bezeichneten Einkünfte insgesamt niedriger als 1600 Deutsche Mark sind.

## § 71

**Veranlagung  
auf Antrag nach § 46 Abs. 2 Ziff. 4 und 5  
des Gesetzes**

(1) Sind Ehegatten, bei denen im Veranlagungszeitraum die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 des Gesetzes vorgelegen haben, nach § 56 Abs. 1 Ziff. 1 Buchstabe b oder Abs. 5 nicht zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, so kann der Antrag auf getrennte Veranlagung nach § 46 Abs. 2 Ziff. 4 des Gesetzes nur bis zum Ablauf der Steuerklärungsfrist gestellt werden.

(2) In den Fällen des § 46 Abs. 2 Ziff. 5 des Gesetzes kann der Antrag auf Veranlagung nur bis zum Ablauf der Steuerklärungsfrist gestellt werden.

<sup>6)</sup> Im Land Berlin: Das Landesfinanzamt Berlin. (Fußnote lt. BGBl. 1962 I 312)

**Zu § 46 a des Gesetzes**

## § 72

**Veranlagung  
auf Antrag nach § 46 a Satz 2 des Gesetzes**

(1) Der Antrag auf Veranlagung zur Einbeziehung von Einkünften im Sinn des § 43 Abs. 1 Ziff. 3 bis 5 des Gesetzes kann nur bis zum Ablauf der Steuererklärungsfrist gestellt werden.

(2) Sind im Fall des Absatzes 1 in dem Einkommen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, von denen ein Steuerabzug vorgenommen worden ist, enthalten und betragen die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, insgesamt mehr als 800 Deutsche Mark, aber nicht mehr als 1 600 Deutsche Mark, so ist § 70 entsprechend anzuwenden. Das gilt nicht, wenn das Einkommen 24 000 Deutsche Mark übersteigt.

**Zu § 50 des Gesetzes**

## § 73

**Sondervorschriften für beschränkt Steuerpflichtige**

(1) Bei beschränkt Steuerpflichtigen ist ein wirtschaftlicher Zusammenhang mit inländischen Einkünften im Sinn des § 50 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes auch dann gegeben, wenn Darlehen zur Förderung des inländischen Wohnungsbaues im Sinn des § 7 c des Gesetzes gegeben werden.

(2) Beschränkt Steuerpflichtige, die zu dem in § 10 a Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes bezeichneten Personenkreis gehören und ihre frühere Erwerbsgrundlage verloren haben, können § 10 a des Gesetzes anwenden, wenn ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen den in dieser Vorschrift bezeichneten Sonderausgaben und inländischen Einkünften besteht und der Gewinn auf Grund im Inland ordnungsmäßig geführter Bücher nach § 4 Abs. 1 oder nach § 5 des Gesetzes ermittelt wird.

(3) Die Bücher werden im Inland im Sinn des § 50 Abs. 1 des Gesetzes geführt, wenn sie im Geltungsbereich des Gesetzes geführt werden.

**Zu § 50 a des Gesetzes**

## § 73 a \*

**Begriffsbestimmungen**

(1) Inländisch im Sinn des § 50 a Abs. 1 des Gesetzes sind solche Unternehmen, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Geltungsbereich des Gesetzes haben.

(2) Urheberrechte im Sinn des § 50 a Abs. 4 Buchstabe b des Gesetzes sind Rechte, die nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst, vom 19. Juni 1901 (Reichsgesetzbl. S. 227) und des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie, vom 9. Januar 1907 (Reichsgesetzbl. S. 7) — beide Gesetze in der derzeit geltenden Fassung — geschützt sind.

§ 73 a Abs. 2: LUG 440-1; KUG 440-3

§ 73 a Abs. 3: GeschMG 442-1; PatG 420-1; GebrMG 421-1; WZG 423-1

(3) Gewerbliche Schutzrechte im Sinn des § 50 a Abs. 4 Buchstabe b des Gesetzes sind Rechte, die nach Maßgabe des Geschmacksmustergesetzes vom 11. Januar 1876 (Reichsgesetzbl. S. 11), des Patentgesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 615, 623), des Gebrauchsmustergesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 615, 637) und des Warenzeichengesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 615, 643) geschützt sind.

## § 73 b

**Bemessungsgrundlage für den Steuerabzug  
im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes**

Dem Steuerabzug unterliegt der volle Betrag der Einnahmen. Abzüge (z. B. für Betriebsausgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben und Steuern) sind nicht zulässig.

## § 73 c

**Zeitpunkt des Zufließens  
im Sinn des § 50 a Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes**

Die Aufsichtsratsvergütungen oder die Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes fließen dem Gläubiger zu

1. im Fall der Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift:  
bei Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift;
2. im Fall der Hinausschiebung der Zahlung wegen vorübergehender Zahlungsunfähigkeit des Schuldners:  
bei Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift;
3. im Fall der Gewährung von Vorschüssen:  
bei Zahlung, Verrechnung oder Gutschrift der Vorschüsse.

## § 73 d

**Aufzeichnungen, Steueraufsicht**

(1) Der Schuldner der Aufsichtsratsvergütungen oder der Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes (Schuldner) hat besondere Aufzeichnungen zu führen. Aus den Aufzeichnungen müssen ersichtlich sein:

1. Name und Wohnung des beschränkt steuerpflichtigen Gläubigers (Steuerschuldners),
2. Höhe der Aufsichtsratsvergütungen oder der Vergütungen in Deutscher Mark,
3. Tag, an dem die Aufsichtsratsvergütungen oder die Vergütungen dem Steuerschuldner zugeflossen sind,
4. Höhe und Zeitpunkt der Abführung der einbehaltenen Steuer.

(2) Bei der Veranlagung des Schuldners zur Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) und bei örtlichen Prüfungen (Betriebsprüfungen usw.), die bei dem Schuldner vorgenommen werden, ist auch zu prüfen, ob die Steuern ordnungsmäßig einbehalten und abgeführt worden sind.

## § 73e

**Abführung und Anmeldung  
der Aufsichtsratssteuer und der Steuer  
von Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4  
des Gesetzes (§ 50 a Abs. 5 des Gesetzes)**

Der Schuldner hat die innerhalb eines Kalender- vierteljahrs einbehaltene Aufsichtsratssteuer oder die Steuer von Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes unter der Bezeichnung „Steuer- abzug von Aufsichtsratsvergütungen“ oder „Steuer- abzug von Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes“ jeweils bis zum 10. des dem Kalendervierteljahr folgenden Monats an das für seine Besteuerung nach dem Einkommen zuständige Finanzamt (Finanzkasse) abzuführen; ist der Schuldner keine Körperschaft und stimmen Betriebs- und Wohnsitzfinanzamt nicht überein, so ist die einbehaltene Steuer an das Betriebsfinanzamt abzuführen. Bis zum gleichen Zeitpunkt hat der Schuldner dem nach Satz 1 zuständigen Finanzamt eine Anmeldung über die Höhe der Aufsichtsrats- vergütungen oder der Vergütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes und die Höhe des Steuer- abzugs zu übersenden. Die Anmeldung muß vom Schuldner oder von einem zu seiner Vertretung Be- rechtigten unterschrieben sein.

## § 73f

**Steuerabzug  
in den Fällen des § 50 a Abs. 6 des Gesetzes**

Der Schuldner der Vergütungen für die Nutzung oder das Recht auf Nutzung von Urheberrechten im Sinn des § 50 a Abs. 4 Buchstabe b des Gesetzes braucht den Steuerabzug nicht vorzunehmen, wenn er diese Vergütungen auf Grund eines Überein- kommens nicht an den beschränkt steuerpflichtigen Gläubiger (Steuerschuldner), sondern an die Gesell- schaft für musikalische Aufführungs- und mechani- sche Vervielfältigungsrechte (Gema) oder an einen anderen Rechtsträger abführt und die obersten Fi- nanzbehörden der Länder mit Zustimmung des Bun- desministers der Finanzen einwilligen, daß dieser andere Rechtsträger an die Stelle des Schuldners tritt. In diesem Fall hat die Gema oder der andere Rechtsträger den Steuerabzug vorzunehmen; § 50 a Abs. 5 des Gesetzes sowie §§ 73d und 73e gelten entsprechend.

## § 73g

**Haftungsbescheid**

(1) Ist die Steuer nicht ordnungsmäßig einbehal- ten oder abgeführt, so hat das Finanzamt von dem Schuldner, in den Fällen des § 73f von dem dort bezeichneten Rechtsträger, oder von dem Steuer- schuldner die Steuer durch Haftungsbescheid anzu- fordern.

(2) Der Zustellung des Haftungsbescheids an den Schuldner bedarf es nicht, wenn der Schuldner die einbehaltene Steuer dem Finanzamt ordnungsmäßig angemeldet hat (§ 73e) oder wenn er vor dem Finanzamt oder einem Prüfungsbeamten des Finanz- amts seine Verpflichtung zur Zahlung der Steuer schriftlich anerkannt hat.

## § 73h

**Besonderheiten  
im Fall von Doppelbesteuerungsabkommen**

Ergibt sich aus einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, daß unter bestimmten Vor- aussetzungen Aufsichtsratsvergütungen oder Ver- gütungen im Sinn des § 50 a Abs. 4 des Gesetzes nicht oder nur nach einem vom Gesetz abweichenden niedrigeren Steuersatz besteuert werden kön- nen, so darf der Schuldner den Steuerabzug nur unterlassen oder nach dem niedrigeren Steuersatz vornehmen, wenn das nach § 73e zuständige Finanzamt bescheinigt, daß die Voraussetzungen für die Nichterhebung der Abzugsteuer oder die Erhebung der Abzugsteuer nach dem niedrigeren Steuersatz vorliegen. Die Bescheinigung des Finanz- amts ist als Beleg zu den Aufzeichnungen im Sinn des § 73d aufzubewahren.

## § 73i

**Abgeltung nach § 50 Abs. 4 des Gesetzes**

Die Einkommensteuer (Körperschaftsteuer) für die in § 50 a Abs. 1 und 4 des Gesetzes bezeichneten Einkünfte gilt durch den Steuerabzug als abgegol- ten, wenn die Einkünfte nicht Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind.

## Zu § 51 des Gesetzes

## § 74

**Rücklage für Preissteigerung**

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 5 des Ge- setzes ermitteln, können für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, halbfertigen Erzeugnisse, fertigen Er- zeugnisse und Waren, die vertretbare Wirtschaftsgüter sind und deren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) am Schluß des Wirt- schaftsjahrs gegenüber dem Börsen- oder Markt- preis (Wiederbeschaffungspreis) am Schluß des vor- angegangenen Wirtschaftsjahrs um mehr als 10 vom Hundert gestiegen ist, im Wirtschaftsjahr der Preissteigerung eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage für Preissteigerung nach Maß- gabe der Absätze 2 bis 4 bilden.

(2) Zur Errechnung der Rücklage für Preissteige- rung ist der Vomhundertsatz zu ermitteln, um den der Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungs- preis) der Wirtschaftsgüter im Sinn des Absatzes 1 am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs zuzüglich 10 vom Hundert dieses Preises niedriger ist als der Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaf- fungspreis) dieser Wirtschaftsgüter am Schluß des Wirtschaftsjahrs.

(3) Die Rücklage darf den steuerlichen Gewinn nur bis zur Höhe des Betrags mindern, der sich bei Anwendung des nach Absatz 2 berechneten Vom- hundertsatzes auf die am Schluß des Wirtschaftsjahrs in der Steuerbilanz ausgewiesenen und nach § 6 Abs. 1 Ziff. 2 Satz 1 des Gesetzes mit den Anschaf- fungs- oder Herstellungskosten bewerteten Wirt- schaftsgüter im Sinn des Absatzes 1 ergibt. Ist ein Wirtschaftsgut im Sinn des Absatzes 1 am Schluß des Wirtschaftsjahrs in der Steuerbilanz niedriger als mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten

bewertet worden, so darf die Rücklage den steuerlichen Gewinn bis zur Höhe des Betrags mindern, der sich bei Anwendung des nach Absatz 2 berechneten Vomhundertsatzes auf den in der Steuerbilanz ausgewiesenen niedrigeren Wert ergibt. Liegt dieser Wert unter dem Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) am Schluß des Wirtschaftsjahrs, so kann eine Rücklage nicht gebildet werden.

(4) Für Wirtschaftsgüter, die sich am Schluß des Wirtschaftsjahrs im Zustand der Be- oder Verarbeitung befinden und für die ein Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) nicht vorhanden ist, sind die Absätze 1 bis 3 mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Preissteigerung nach dem Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) des nächsten Wirtschaftsguts zu berechnen ist, in das das im Zustand der Be- oder Verarbeitung befindliche Wirtschaftsgut eingeht und für das ein Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) vorliegt.

(5) Die Rücklage für Preissteigerung ist spätestens bis zum Ende des auf die Bildung folgenden sechsten Wirtschaftsjahrs gewinnerhöhend aufzulösen. Bei Eintritt wesentlicher Preissenkungen, die auf die Preissteigerungen im Sinn des Absatzes 1 folgen, kann eine Auflösung zu einem früheren Zeitpunkt bestimmt werden.

#### § 75 \*

##### **Bewertungsfreiheit für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens privater Krankenanstalten**

(1) Steuerpflichtige, die eine im besonderen Maße der minderbemittelten Bevölkerung dienende private Krankenanstalt betreiben und die den Gewinn aus dem Betrieb dieser Anstalt auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, können von den Aufwendungen für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem folgenden Jahr neben den nach § 7 des Gesetzes von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen vornehmen, und zwar

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens  
bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens  
bis zur Höhe von insgesamt 30 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, höchstens jedoch für alle in Betracht kommenden Wirtschaftsgüter bis zu 100 000 Deutsche Mark jährlich. In den folgenden Jahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer.

(2) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können für die Wirtschaftsgüter in Anspruch genommen werden, die in der Zeit vom 1. Januar 1955 bis zum 31. Dezember 1964 angeschafft oder hergestellt werden. Bei Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen

§ 75 Abs. 3: GemeinnützigkeitsV 610-2-1

nach Absatz 1 vorgenommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

(3) Eine Krankenanstalt dient in besonderem Maße der minderbemittelten Bevölkerung, wenn die Voraussetzungen des § 10 Abs. 2 oder 3 der Verordnung zur Durchführung der §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes (Gemeinnützigkeitsverordnung) vom 24. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1592) erfüllt sind.

(4) Hat der Steuerpflichtige keine Konzession zum Betrieb der Krankenanstalt, so ist Absatz 1 nicht anzuwenden, es sei denn, daß die Krankenanstalt in einem Gebiet betrieben wird, in dem die Konzession nicht erforderlich ist.

(5) Das Jahr der Anschaffung ist das Jahr der Lieferung, das Jahr der Herstellung ist das Jahr der Fertigstellung.

#### § 76 \*

##### **Begünstigung der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter und der Vornahme bestimmter Baumaßnahmen durch Land- und Forstwirte, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln**

(1) Land- und Forstwirte, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, können von den Aufwendungen für die in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung bezeichneten beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem folgenden Wirtschaftsjahr neben den nach § 7 des Gesetzes von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen vorzunehmen, und zwar

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern  
bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern und bei Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern  
bis zur Höhe von insgesamt 30 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. In den folgenden Jahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer.

(2) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können für die Wirtschaftsgüter und für die Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern vorgenommen werden, die in der Zeit vom Beginn des Wirtschaftsjahrs 1954/55 bis zum Ende des Wirtschaftsjahrs 1963/64 angeschafft oder hergestellt werden. Bei Wirtschaftsgütern und bei Um- und Ausbauten, für die Abschreibungen nach Absatz 1 vorgenommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen. Dabei ist für die unbeweglichen

§ 76: Übergangsregelung f. d. Saarland siehe § 61 G v. 30. 6. 1959 600-2  
§ 76 Abs. 5: AO 610-1

Wirtschaftsgüter und für die Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern von einer höchstens 30jährigen Nutzungsdauer auszugehen.

(3) Die Abschreibungen nach Absatz 1 dürfen insgesamt 50 vom Hundert des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nicht übersteigen, der sich vor Berücksichtigung der Abschreibungen ergibt.

(4) Die beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und die Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen nach Absatz 1 vorgenommen werden, sind in ein besonderes, laufend zu führendes Verzeichnis aufzunehmen, das den Tag der Anschaffung oder Herstellung, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die Absetzungen für Abnutzung und die Abschreibungen zu enthalten hat.

(5) Die Abschreibungen nach Absatz 1 sind bei der Berechnung der in § 161 Abs. 1 Ziff. 1 Buchstabe e der Reichsabgabenordnung bezeichneten Grenze nicht zu berücksichtigen.

(6) § 75 Abs. 5 gilt entsprechend.

#### § 77\*

#### **Begünstigung der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter und der Vornahme bestimmter Baumaßnahmen durch Land- und Forstwirte, die den Gewinn nicht auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln**

(1) Land- und Forstwirte, die nicht zur Buchführung verpflichtet sind und Bücher nicht oder nicht ordnungsmäßig führen und deren Gewinn nicht nach der Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft vom 2. Juni 1949 — VOL — (WiGBl. S. 95)<sup>7)</sup> ermittelt wird, können bei Anschaffung oder Herstellung der in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung bezeichneten beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern  
bis zur Höhe von insgesamt 25 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern und bei Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern  
bis zur Höhe von insgesamt 15 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vom Gewinn abziehen.

(2) Der Abzug nach Absatz 1 kann für die beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und für die Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern vorgenommen werden, die in der Zeit

<sup>7)</sup> Im Land Berlin: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 1952 S. 1131.  
(Fußnote lt. BGBl. 1962 I 315)

§ 77: Übergangsregelung f. d. Saarland siehe § 61 G v. 30. 6. 1959 600-2  
§ 77 Abs. 1: VOL 611-1-3

vom Beginn des Wirtschaftsjahrs 1954/55 bis zum Ende des Wirtschaftsjahrs 1963/64 angeschafft oder hergestellt werden.

(3) Der nach Absatz 1 abzuziehende Betrag darf 50 vom Hundert des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nicht übersteigen, der sich vor Abzug dieses Betrags ergibt.

(4) § 75 Abs. 5 und § 76 Abs. 5 gelten entsprechend.

#### § 78\*

#### **Begünstigung der Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter und der Vornahme bestimmter Baumaßnahmen durch Land- und Forstwirte, deren Gewinn nach Durchschnittssätzen zu ermitteln ist**

(1) Land- und Forstwirte, deren Gewinn nach der Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft vom 2. Juni 1949 — VOL — (WiGBl. S. 95)<sup>8)</sup> zu ermitteln ist, können vorbehaltlich des Absatzes 2 bei Anschaffung oder Herstellung der in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung bezeichneten beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern  
25 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern und bei Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern  
15 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von dem nach der bezeichneten Verordnung ermittelten Gewinn abziehen. Der Abzug nach Satz 1 darf insgesamt 1000 Deutsche Mark nicht übersteigen und nicht zu einem Verlust aus Land- und Forstwirtschaft führen.

(2) Bei Land- und Forstwirten, deren Einkommensteuer nach § 10 der in Absatz 1 bezeichneten Verordnung für mehrere Jahre festgesetzt wird, sind die Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung der in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung bezeichneten beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter und Um- und Ausbauten an unbeweglichen Wirtschaftsgütern in der Weise zu berücksichtigen, daß die Einkommensteuer für das Kalenderjahr, in dem das Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung endet, um 10 vom Hundert dieser Aufwendungen, höchstens um 200 Deutsche Mark ermäßigt wird.

(3) Der Abzug nach Absatz 1 oder die Ermäßigung nach Absatz 2 kann für die Wirtschaftsgüter vorgenommen werden, die in der Zeit vom Beginn des Wirtschaftsjahrs 1954/55 bis zum Ende des Wirtschaftsjahrs 1963/64 angeschafft oder hergestellt werden.

<sup>8)</sup> Im Land Berlin: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 1952 S. 1131.  
(Fußnote lt. BGBl. 1962 I 316)

§ 78: Übergangsregelung f. d. Saarland siehe § 61 G v. 30. 6. 1959 600-2  
§ 78 Abs. 1: VOL 611-1-3

(4) § 75 Abs. 5 gilt entsprechend. Im Fall des Absatzes 1 gilt auch § 76 Abs. 5 entsprechend.

#### § 79\*

#### **Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung von Schädigungen durch Abwässer**

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 des Gesetzes ermitteln, können bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem folgenden Wirtschaftsjahr neben den nach § 7 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen vornehmen, und zwar

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens  
bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens  
bis zur Höhe von insgesamt 30 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. In den folgenden Wirtschaftsjahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer. § 75 Abs. 5 gilt entsprechend.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß

1. die Wirtschaftsgüter unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, Schädigungen durch Abwässer zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern,
2. die Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter im öffentlichen Interesse erforderlich ist und
3. die für die Wasserwirtschaft zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle das Vorliegen der Voraussetzungen der Ziffern 1 und 2 bescheinigt.

(3) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 des Gesetzes ermitteln, können bei Hingabe eines Zuschusses zur Finanzierung der Anschaffung oder Herstellung von abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens im Sinn des Absatzes 2 unter den Voraussetzungen des Absatzes 4 bei dem durch den Zuschuß erworbenen Wirtschaftsgut im Wirtschaftsjahr der Hingabe und in dem folgenden Wirtschaftsjahr neben den nach § 7 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert des Zuschusses vornehmen. Absatz 1 Satz 2 ist anzuwenden.

(4) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 3 ist, daß

1. der Steuerpflichtige den Zuschuß zum Zweck der Mitbenutzung der in Absatz 2 bezeichneten Wirtschaftsgüter gibt und

2. der Empfänger den Zuschuß unverzüglich und unmittelbar zur Anschaffung oder Herstellung dieser Wirtschaftsgüter verwendet und diese Verwendung und das Vorliegen einer Bescheinigung im Sinn des Absatzes 2 Ziff. 3 dem Steuerpflichtigen bestätigt.

(5) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können bei Wirtschaftsgütern in Anspruch genommen werden, die in der Zeit vom 1. Januar 1955 bis zum 31. Dezember 1965 angeschafft oder hergestellt werden. Die Abschreibungen nach Absatz 3 können bei Zuschüssen in Anspruch genommen werden, die in der Zeit vom 1. Januar 1955 bis zum 31. Dezember 1965 gegeben werden. Bei Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen nach Absatz 1 oder Absatz 3 vorgenommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

(6) Bei Wirtschaftsgütern, die mit Zuschüssen im Sinn des Absatzes 3 angeschafft oder hergestellt worden sind, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um den Betrag dieser Zuschüsse anzusetzen.

(7) Die Abschreibungen nach Absatz 1 und nach Absatz 3 können nicht in Anspruch genommen werden für Wirtschaftsgüter, die im Rahmen der Neuerrichtung von Betrieben oder Betriebsstätten angeschafft oder hergestellt werden.

#### § 80\*

#### **Bewertungsabschlag für bestimmte Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens ausländischer Herkunft**

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 5 des Gesetzes ermitteln, können die in der Anlage 3 oder in der Anlage 4 zu dieser Verordnung bezeichneten Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens statt mit dem sich nach § 6 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes ergebenden Wert mit einem niedrigeren Wert ansetzen, und zwar

1. die in der Anlage 3 bezeichneten Wirtschaftsgüter mit einem Wert, der bis zu 20 vom Hundert,
2. die in der Anlage 4 bezeichneten Wirtschaftsgüter mit einem Wert, der bei dem Mehrbestand an diesen Wirtschaftsgütern bis zu 30 vom Hundert und bei dem übrigen Bestand bis zu 20 vom Hundert

unter den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) des Bilanzstichtags liegt.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß

1. das Wirtschaftsgut im Ausland erzeugt oder hergestellt worden ist,
2. das Wirtschaftsgut nach der Anschaffung nicht bearbeitet oder verarbeitet worden ist,

§ 79: Übergangsregelung f. d. Saarland siehe § 62 G v. 30. 6. 1959 600-2

§ 80 Abs. 2: UStDB 611-10-1; UStG 611-10

3. das Land Berlin für das Wirtschaftsgut nicht vertraglich das mit der Einlagerung verbundene Preisrisiko übernommen hat und
4. das Wirtschaftsgut sich am Bilanzstichtag im Geltungsbereich des Gesetzes befunden hat; im Fall der Inanspruchnahme des Bewertungsabschlags nach Absatz 1 Ziff. 1 genügt es auch, wenn sich das Wirtschaftsgut zwar am Bilanzstichtag noch nicht in dem bezeichneten Gebiet befunden hat, jedoch nachweislich zur Einfuhr in dieses Gebiet bestimmt gewesen ist. Der Nachweis gilt als erbracht, wenn sich das Wirtschaftsgut spätestens neun Monate nach dem Bilanzstichtag im Geltungsbereich des Gesetzes befindet.

Ob eine Bearbeitung oder Verarbeitung im Sinn der Ziffer 2 vorliegt, bestimmt sich nach § 12 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. Die nach § 4 Ziff. 4 des Umsatzsteuergesetzes in Verbindung mit der Anlage 2 zu diesem Gesetz oder nach § 22 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz besonders zugelassenen Bearbeitungen und Verarbeitungen schließen die Anwendung des Absatzes 1 nicht aus, es sei denn, daß durch die Bearbeitung oder die Verarbeitung ein Wirtschaftsgut entsteht, das nicht in der Anlage 3 oder in der Anlage 4 aufgeführt ist.

(3) Mehrbestand im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 2 ist die mengenmäßige Erhöhung der Bestände an den in der Anlage 4 bezeichneten Wirtschaftsgütern am Schluß des Wirtschaftsjahrs (Bilanzstichtag) gegenüber den Beständen an den in der Anlage 4 bezeichneten Wirtschaftsgütern am Schluß des ersten nach dem 30. September 1955 endenden Wirtschaftsjahrs (Vergleichsstichtag), die nach Abzug etwaiger bei diesen Wirtschaftsgütern eingetretener mengenmäßiger Bestandsminderungen verbleibt. Die mengenmäßigen Bestandsänderungen am Bilanzstichtag gegenüber dem Vergleichsstichtag sind dabei für Wirtschaftsgüter nicht gleicher Art und Güte getrennt zu ermitteln. Der Abzug der Bestandsminderungen ist in der Weise durchzuführen, daß bei den Bestandserhöhungen die Mengen abzusetzen sind, die dem Wert der Bestandsminderungen entsprechen; dabei sind die Wirtschaftsgüter mit dem Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) am Bilanzstichtag zu bewerten. Bei der Ermittlung des Mehrbestands im Sinn des Satzes 1 sind nur Wirtschaftsgüter zu berücksichtigen, die sich im Geltungsbereich des Gesetzes befunden haben.

(4) Der Wertansatz nach Absatz 1 Ziff. 2 ist nur in Wirtschaftsjahren zulässig, die vor dem 1. Januar 1965 enden.

#### § 81 \*

#### **Bewertungsfreiheit für bestimmte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Kohlen- und Erzbergbau**

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 5 des Ge-

§ 81: Übergangsregelung f. d. Saarland siehe § 63 G v. 30. 6. 1959 600-2  
 § 81 Abs. 3: § 36 G über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft v. 7. 1. 1952 I 7 i. d. F. d. Art. 1 Nr. 14 G v. 22. 8. 1952 I 585 u. d. Art. 1 G v. 19. 12. 1954 I 437

setzes ermitteln, können bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, bei denen die in den Absätzen 2 bis 4 bezeichneten Voraussetzungen vorliegen, im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und den vier folgenden Wirtschaftsjahren neben den nach § 7 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung Abschreibungen vornehmen, und zwar

1. bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens  
bis zur Höhe von insgesamt 50 vom Hundert,
2. bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens  
bis zur Höhe von insgesamt 30 vom Hundert

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. In den folgenden Wirtschaftsjahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer. § 75 Abs. 5 gilt entsprechend. Bei Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen nach Satz 1 in Anspruch genommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist,

1. daß die Wirtschaftsgüter
  - a) im Tiefbaubetrieb des Steinkohlen-, Pechkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbaues
    - aa) für die Errichtung von neuen Förderschachtanlagen, auch in der Form von Anschlußschachtanlagen,
    - bb) für die Errichtung von neuen Förderschächten in Verbindung mit Aufschlußarbeiten unter Tage und für die Errichtung von Seilfahrt- oder Wetterschächten sowie für die Umstellung der Förder- und Seilfahreinrichtungen der Tagesschächte, und zwar von Flur- auf Turmförderung, von Dampf- auf elektrischen Antrieb, von Gestell- auf Gefäßförderung und von Hand- auf halb- oder vollautomatische Steuerung, und für die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Änderungen des Schachtes oder des Schachtausbaues,
    - cc) für die Zusammenfassung von mehreren Förderschachtanlagen zu einer einheitlichen Förderschachtanlage oder
    - dd) für den Wiederaufschluß stillliegender Grubenfelder und Feldesteile,
  - b) im Tagebaubetrieb des Braunkohlen- und Erzbergbaues für die Erschließung neuer Tagebaue und beim Übergang zum Tieftagebau für die Freilegung und Gewinnung der Lagerstätte  
angeschafft oder hergestellt werden,

2. daß mit der Durchführung der in Ziffer 1 Buchstabe a bezeichneten Vorhaben vor dem 1. Januar 1964 und der in Ziffer 1 Buchstabe b bezeichneten Vorhaben vor dem 1. Januar 1961 begonnen und
3. daß die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben von der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft bescheinigt worden ist.

(3) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können nur in Anspruch genommen werden

1. in den Fällen des Absatzes 2 Ziff. 1 Buchstabe a  
bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens unter Tage und bei den in der Anlage 5 zu dieser Verordnung bezeichneten Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens über Tage,
2. in den Fällen des Absatzes 2 Ziff. 1 Buchstabe b  
bei den in der Anlage 6 zu dieser Verordnung bezeichneten Wirtschaftsgütern des beweglichen Anlagevermögens,

die nach dem 31. Dezember 1955 ganz oder zum Teil angeschafft oder hergestellt werden. Sie können nur für den Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten in Anspruch genommen werden, der nach dem 31. Dezember 1951 entstanden ist. Bei Wirtschaftsgütern, für die von der Abschreibungsfreiheit nach § 36 des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft Gebrauch gemacht worden ist, sind Abschreibungen nach Absatz 1 nur insoweit zulässig, als sie zusammen mit den Abschreibungen nach § 36 des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft die in Absatz 1 Ziff. 1 und 2 bezeichneten Vomhundertsätze nicht übersteigen.

(4) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können nicht mehr in Anspruch genommen werden für Wirtschaftsgüter, die

1. in den Fällen des Absatzes 2 Ziff. 1 Buchstabe a Doppelbuchstaben aa und dd für die Errichtung von neuen Förderschachtanlagen, jedoch nicht in der Form von Anschlußschachtanlagen, nach dem 31. Dezember 1970 und
2. in den übrigen Fällen nach dem 31. Dezember 1965

angeschafft oder hergestellt werden. An die Stelle des 31. Dezember 1965 tritt bei begünstigten Vorhaben, mit deren Durchführung nach dem 31. Dezember 1960 begonnen worden ist, der 31. Dezember 1968. Bei Wirtschaftsgütern, die nach den in den Sätzen 1 und 2 bezeichneten Stichtagen angeschafft oder hergestellt werden, können die Abschreibungen von den vor diesen Stichtagen aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder Herstellungskosten vorgenommen werden.

(5) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können für Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder für Herstellungskosten im Wirtschaftsjahr der Anzahlung oder Teilherstellung und den vier folgenden

Wirtschaftsjahren in Anspruch genommen werden. Die Summe der Abschreibungen auf ein Wirtschaftsgut darf jedoch in diesem Fall nicht höher sein als die Summe der Abschreibungen, die nach Absatz 1 im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und den vier folgenden Wirtschaftsjahren zulässig gewesen wären.

(6) Bei den in Absatz 2 Ziff. 1 Buchstabe b bezeichneten Vorhaben können die nach dem 31. Dezember 1955 und vor dem 1. Januar 1966 aufgewendeten Kosten für den Vorabraum bis zu 50 vom Hundert als sofort abzugsfähige Betriebsausgaben behandelt werden.

#### § 82 \*

#### Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung der Verunreinigung der Luft

(1) Steuerpflichtige, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 des Gesetzes ermitteln, können bei abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, bei denen die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und dem folgenden Wirtschaftsjahr neben den nach § 7 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung bis zu insgesamt 50 vom Hundert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abschreiben. In den folgenden Wirtschaftsjahren bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer. § 75 Abs. 5 gilt entsprechend.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß

1. die Wirtschaftsgüter unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, die Verunreinigung der Luft zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern,
2. die Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter im öffentlichen Interesse erforderlich ist und
3. die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle das Vorliegen der Voraussetzungen der Ziffern 1 und 2 bescheinigt.

(3) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können auch für Schornsteine in Anspruch genommen werden, wenn diese auf Grund behördlicher Anordnung ausschließlich aus Gründen der Luftreinhaltung errichtet oder aufgestockt werden. Absatz 2 Ziff. 2 und 3 gilt entsprechend.

(4) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können bei Wirtschaftsgütern in Anspruch genommen werden, die in der Zeit vom 1. Januar 1957 bis zum 31. Dezember 1965 angeschafft oder hergestellt werden. Bei Wirtschaftsgütern, für die Abschreibungen nach Absatz 1 vorgenommen werden, sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Gesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.

§ 82: Übergangsregelung f. d. Saarland siehe § 62 G v. 30. 6. 1959 600-2

(5) Die Abschreibungen nach Absatz 1 können nicht in Anspruch genommen werden für Wirtschaftsgüter, die im Rahmen der Neuerrichtung von Betrieben oder Betriebstätten angeschafft oder hergestellt werden.

#### § 82 a

##### **Erhöhte Absetzungen von Herstellungskosten für Anlagen und Einrichtungen bei Wohngebäuden**

(1) Der Steuerpflichtige kann neben den Absetzungen für Abnutzung für das Gebäude von den Herstellungskosten, die für den Einbau der in der Anlage 7 zu dieser Verordnung bezeichneten Anlagen und Einrichtungen bei einem nicht zu einem Betriebsvermögen gehörenden Gebäude angewendet worden sind, an Stelle der nach § 7 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes zu bemessenden Absetzungen für Abnutzung im Jahr der Herstellung und in den folgenden neun Jahren jeweils bis zu 10 vom Hundert absetzen. Nach Ablauf dieser zehn Jahre bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung für den dann noch vorhandenen Restwert nach der Restnutzungsdauer des Gebäudes. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der erhöhten Absetzungen ist, daß

1. das Gebäude vor dem 21. Juni 1948 hergestellt worden ist und
2. die Grundfläche der Wohnzwecken dienenden Räume des Gebäudes mehr als die Hälfte der gesamten Nutzfläche beträgt.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 bei der Bemessung des Nutzungswertes der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus gilt § 15 entsprechend.

(3) Steht das Gebäude im Eigentum mehrerer Personen, so sind die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Herstellungskosten von allen Eigentümern mit einem einheitlichen Vomhundertsatz abzusetzen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auf Herstellungskosten für den Einbau von Anlagen und Einrichtungen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1957 und vor dem 1. Januar 1967 fertiggestellt werden.

(5) § 75 Abs. 5 gilt entsprechend.

#### § 82 b

##### **Behandlung größeren Erhaltungsaufwands bei Wohngebäuden**

(1) Der Steuerpflichtige kann größere Aufwendungen für die Erhaltung von Gebäuden, die im Zeitpunkt der Leistung des Erhaltungsaufwands nicht zu einem Betriebsvermögen gehören und überwiegend Wohnzwecken dienen, abweichend von § 11 Abs. 2 des Gesetzes auf zwei bis fünf Jahre gleichmäßig verteilen. Ein Gebäude dient überwiegend Wohnzwecken, wenn die Grundfläche der Wohnzwecken dienenden Räume des Gebäudes mehr als die Hälfte der gesamten Nutzfläche beträgt. Für die Zurechnung der Garagen zu den Wohnzwecken dienenden Räumen gilt § 7 b Abs. 6 des Gesetzes entsprechend.

(2) Wird ein Gebäude während des Verteilungszeitraums veräußert oder in ein Betriebsvermögen eingebracht, so ist der noch nicht berücksichtigte Teil des Erhaltungsaufwands im Jahr der Veräußerung oder der Überführung in das Betriebsvermögen als Werbungskosten abzusetzen.

(3) Steht das Gebäude im Eigentum mehrerer Personen, so ist der in Absatz 1 bezeichnete Erhaltungsaufwand von allen Eigentümern auf den gleichen Zeitraum zu verteilen.

#### § 82 c

##### **Steuervergünstigung für Vollblutzuchtbetriebe**

(1) Bei Vollblutzuchtbetrieben, die nicht landwirtschaftliche Haupt- oder Nebenbetriebe im Sinn des § 13 des Gesetzes oder Gewerbebetriebe im Sinn des § 15 des Gesetzes sind, sind auf Antrag nach Maßgabe des Satzes 2 und der Absätze 2 bis 6 die Ausgaben eines Kalenderjahrs, soweit sie die Einnahmen übersteigen, als Verlust bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft zu behandeln, wenn

1. mindestens zwei Zuchtstuten während des ganzen Kalenderjahrs gehalten worden sind und
2. die Einnahmen und Ausgaben des Vollblutzuchtbetriebs nachgewiesen werden.

Der Verlust ist nicht abzugsfähig im Sinn von § 10 d des Gesetzes.

(2) Ein Vollblutzuchtbetrieb liegt vor, wenn Vollblutstuten zu Zwecken der Vollblutzucht in der Bundesrepublik für eigene Rechnung gehalten werden. Wird neben der Vollblutzucht ein Rennstall unterhalten, so gehört auch dieser zum Vollblutzuchtbetrieb.

(3) Einnahmen des Zuchtbetriebs sind alle Beträge, die dem Züchter im Rahmen seines Zuchtbetriebs zufließen, z. B. außer Verkaufserlösen auch Rennpreise, Züchterprämien, Staatszuschüsse. Zu den Einnahmen eines Kalenderjahrs gehören auch Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben, die in dem vorangegangenen Kalenderjahr entstanden sind. Ausgaben sind die Aufwendungen, die durch den Zuchtbetrieb veranlaßt sind, wenn sie bei entsprechender Anwendung des § 4 Abs. 4 und 5 des Gesetzes als Betriebsausgaben zu behandeln wären. Die Vorschriften über die Absetzung für Abnutzung (§ 7 des Gesetzes) sind entsprechend anzuwenden.

(4) Verluste des Zuchtbetriebs sind nur bis zu einem Höchstbetrag von 5000 Deutsche Mark für jede Zuchtstute und für jedes weitere Vollblutpferd, höchstens aber für drei Pferde je Zuchtstute, zu berücksichtigen. Maßgebend ist hierbei die Zahl der Zuchtstuten und weiteren Vollblutpferde, die während des ganzen Kalenderjahrs im Betrieb gehalten wurden.

(5) Absatz 1 ist nur anzuwenden, wenn

1. die Eigenschaft als anerkannter Vollblutzuchtbetrieb und

2. die Zahl und die Namen der Zuchtstuten und Vollblutpferde, die während des ganzen Kalenderjahrs in dem Betrieb gehalten wurden,

durch eine Bescheinigung des Direktoriums für Vollblutzucht und Rennen nachgewiesen werden.

(6) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn Teilbetriebe oder erfolgreiche Rennpferde aus dem Zuchtbetrieb ausgeschieden werden, um die Einnahmen des Vollblutzuchtbetriebs niedrig zu halten.

Zu § 52 des Gesetzes

§ 83

**Weitergeltung des § 33a des Gesetzes  
in der Fassung vom 15. September 1953 \***

(1) Die Voraussetzungen für die Gewährung eines Freibetrags nach § 33a Abs. 1 des Gesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1355) sind bei einem Steuerpflichtigen in dem Kalenderjahr eingetreten, in dem er als unbeschränkt Steuerpflichtiger erstmals zu den in dieser Vorschrift bezeichneten Personengruppen gehört hat.

(2) In den Fällen, in denen § 33a Abs. 1 und 2 und § 41 Abs. 1 Ziff. 5 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 15. September 1953 auch weiterhin gelten, ist § 51 a der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vom 31. März 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 67) weiter anzuwenden.

§ 83 Überschrift: EStG 1953 v. 15. 9. 1953 I 1355

**Schlußvorschriften**

§ 84

**Geltungsbereich**

(1) Die vorstehende Fassung dieser Verordnung ist vorbehaltlich der Regelung in den Absätzen 2 bis 5 erstmals für den Veranlagungszeitraum 1961 anzuwenden.

(2) Die Vorschrift des § 15 ist erstmals auf Gebäude anzuwenden, bei denen der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 8. März 1960 gestellt worden ist.

(3) Die Vorschrift des § 79 Abs. 7 ist erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1960 beginnen.

(4) Die Vorschrift des § 80 Abs. 2 letzter Satz ist erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 23. August 1961 enden.

(5) Die Vorschrift des § 82 Abs. 3 ist erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 20. Juli 1961 enden.

§ 85 \*

**Anwendung im Land Berlin**

Die vorstehende Fassung dieser Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 25 des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 981) auch im Land Berlin.

§ 85: GVBl. Berlin 1962 S. 503; Drittes ÜberleitungsG 603-5

**Verzeichnis**  
**der Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens**  
**im Sinn des § 76 Abs. 1 Ziff. 1, des § 77 Abs. 1 Ziff. 1 und des § 78 Abs. 1 und 2**

- |   |  |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ackerschlepper (auch Geräteträger) und Einachs-<br/>schlepper, Einbau- und Anhängemaschinen und An-<br/>hängegeräte</li> <li>2. Mit Aufbaumotoren versehene Maschinen und Geräte<br/>zur Bodenbearbeitung und Pflanzenpflege</li> <li>3. Schlepper und Motorseilwinde und die zugehörigen<br/>Arbeitsmaschinen und -geräte für Obst-, Garten- und<br/>Weinbau und Forstwirtschaft, Motorseilwinden auch<br/>für Landwirtschaft</li> <li>4. Mähdrescher (einschl. Zusatzgeräte), Zusatzgeräte zu<br/>Dreschmaschinen für den Erntehofdrusch, Feldhäcks-<br/>ler, Sammelpressen und Vielfachgeräte zur Heu-<br/>werbung</li> <li>5. Maschinen, Geräte und Vorrichtungen zur Bekämp-<br/>fung von Schädlingen und Frostschäden</li> <li>6. Pflanz- und Legemaschinen</li> <li>7. Vorrats- und Sammelerntemaschinen für Hackfrüchte,<br/>Hopfen und Gemüse</li> <li>8. Maschinen zur Verteilung von Stall- und Handels-<br/>dünger</li> <li>9. Gummibereifte Wagen und Triebachsanhänger</li> <li>10. Maschinen zur Sortierung und Aufbereitung</li> <li>11. Maschinen und Geräte zur Erdaufbereitung einschließ-<br/>lich Dämpfer und Erdtopfpresen</li> <li>12. Keltern, Pressen und Filtriergeräte</li> <li>13. Maschinen und Vorrichtungen zur Flaschenabfüllung<br/>im Obst- und Weinbau</li> <li>14. Gär- und Lagertanks</li> <li>15. Transportable Motorsägen mit Vergasermotor</li> <li>16. Kulturzäune in der Forstwirtschaft</li> </ol> | <ol style="list-style-type: none"> <li>17. Fördereinrichtungen (mechanische und pneumatische)<br/>einschließlich der erforderlichen baulichen Anlagen</li> <li>18. Siloanlagen für Futter; Kühlanlagen zum Einfrieren<br/>von Fischfutter in der Forellenteichwirtschaft</li> <li>19. Trocknungsanlagen und -einrichtungen für landwirt-<br/>schaftliche Erzeugnisse</li> <li>20. Melkmaschinen, Weidemelk- und Melkstandanlagen</li> <li>21. Kühlanlagen zur Erhaltung von landwirtschaftlichen<br/>Erzeugnissen</li> <li>22. Be- und Entwässerungsanlagen, Grabenzieh- und<br/>Räummaschinen und bewegliche Pumpen</li> <li>23. Maschinelle Einrichtungen zu Gülle- und Jauche-<br/>anlagen</li> <li>24. Entrappungsmaschinen</li> <li>25. Gewächshäuser und Frühbeetanlagen<br/>einschließlich Heizungs- und Belich-<br/>tungseinrichtungen</li> <li>26. Getreidesilos im Zusammenhang mit<br/>der Haltung von Mähdreschern</li> <li>27. Gärfutterbehälter</li> <li>28. Dungstätten, Jauchegruben, Güllean-<br/>lagen und Mistilos</li> <li>29. Schattenhallen, Überwinterungsräume<br/>und Vorkeimräume</li> <li>30. Wasserversorgungsanlagen (Pumpen, Rohrleitungen<br/>und ähnliche Anlagen)</li> <li>31. Elektrische Anlagen und Geräte, die ihrer Art nach<br/>ausschließlich land- und forstwirtschaftlichen Zwecken<br/>dienen können</li> </ol> |
|---|--|
- } wenn sie  
Betriebs-  
vorrichtun-  
gen sind<sup>9)</sup>
- <sup>9)</sup> Vgl. auch Anlage 2 Abschnitt C Buchstaben a bis c und Abschnitt D  
Ziff. 1 Buchstaben a und b.  
(Fußnote lt. BGBl. 1962 I 321)

**Anlage 2**  
(zu §§ 76 bis 78)

**Verzeichnis**  
**der Wirtschaftsgebäude und Um- und Ausbauten an Wirtschaftsgebäuden**  
**im Sinn des § 76 Abs. 1 Ziff. 2, des § 77 Abs. 1 Ziff. 2 und des § 78 Abs. 1 und 2**

**A. Baumaßnahmen**  
**im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung**

1. Trennung der Reagenten von den Nichtreagenten bei der Tuberkulose- und Brucellosebekämpfung
  - a) Einbau von Trennwänden in Rindviehställen
  - b) Umbau von Einraumställen zu Mehrraumställen
  - c) Einbau von Jungviehlaufställen in vorhandene Gebäude (z. B. in Scheunen)
2. Verbesserung der Stallgebäude
  - a) Einbau größerer Fenster
  - b) Einbau von üblichen Lüftungsvorrichtungen
  - c) Verbesserung des Wärmeschutzes der Wände, Decken und Fußböden

**B. Baumaßnahmen im Rahmen der Technisierung**  
**und Rationalisierung der Innenwirtschaft**

1. Um- und Ausbau von Wirtschaftsgebäuden zu Lagerzwecken
2. Neubau, Anbau und Einbau von Melkständen und Milchkammeranlagen
3. Einbau von Trocknungs-, Kühl- und Gefrieranlagen
4. Neubau, Umbau und Einbau von Maschinenschuppen, Schleppergaragen und Treibstofflagern
5. Errichtung oder Umbau von Wirtschaftsküchen
6. Neubau von Ställen und Baumaßnahmen zur Modernisierung von Ställen

**C. Baumaßnahmen zur Verminderung**  
**der Lagerungsverluste landwirtschaftlicher Erzeugnisse**

- Errichtung von
- a) Getreidesilos oder Schüttböden im Zusammenhang mit der Haltung von Mähdreschern
  - b) Gärfutterbehältern
  - c) Dungstätten, Jauchegruben, Gülleanlagen und Mistsilos
  - d) Düngerschuppen
  - e) Baulichkeiten zur Lagerung von Gemüse, Obst und Kartoffeln einschließlich Sortier- und Verpackungsräumen
- } wenn sie nicht Betriebsvorrichtungen sind<sup>10)</sup>

**D. Sonstige Baumaßnahmen**

1. Errichtung von
  - a) Schattenhallen, Überwinterungsräumen und Vorkeimräumen
  - b) Gewächshäusern einschließlich Heizungs- und Belichtungseinrichtungen
  - c) Waldarbeiter- und Geräteschutzhütten
  - d) Weinberghütten
2. Ausbau von Räumen zur Aufnahme einer sterilen Abfüllanlage im Obst- und Weinbau
3. Neubau, Umbau und Ausbau von Kelterschuppen
4. Neubau, Umbau und Ausbau von Bruthäusern, Sortierhallen und Futterküchen in der Teichwirtschaft

<sup>10)</sup> Vgl. auch Anlage 1 Ziff. 25 bis 29  
(Fußnote lt. BGBl. 1962 I 322)

**Anlage 3**  
(zu § 80 Abs. 1 Ziff. 1)

**Verzeichnis**  
**der Wirtschaftsgüter im Sinn des § 80 Abs. 1 Ziff. 1**

- |  |   |
|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Eiprodukte</li> <li>2. Haare, Borsten, Därme, Bettfedern und Daunen; Meerschwämme</li> <li>3. Hülsenfrüchte, Reis, Industriebuchweizen, Industriehirse; an die Stelle von Reis treten für Wirtschaftsjahre, die nach dem 30. Juni 1962 enden, Rohreis und Halbrohreis</li> <li>4. Trockenfrüchte, Schalenfrüchte, Gewürze, konservierte Südfrüchte und Säfte aus Südfrüchten, Aprikosenkerne, Pfirsichkerne</li> <li>5. Rohkaffee, Rohkakao, Tee, Mate</li> <li>6. Tierische und rohe pflanzliche Öle und Fette sowie Olsaaten und Ölfrüchte, Ölkuchen, Ölkuchenmehle und Extraktionsschrote; Fettsäuren, Rohglyzerin</li> <li>7. Rohdrogen, ätherische Öle</li> <li>8. Wachse, Paraffine</li> <li>9. Rohtabak</li> <li>10. Asbest</li> <li>11. Pflanzliche Gerbstoffe</li> <li>12. Harze, Gummen, Terpentinöle und sonstige Lackrohstoffe; Kasein</li> <li>13. Kautschuk, Balata und Guttapercha</li> <li>14. Häute und Felle (auch für Pelzwerk)</li> <li>15. Roh- und Schnittholz, Naturkork, Zellstoff, Linters (nicht spinnbar)</li> <li>16. Muschelschalen, Steinnüsse, Naturhorn</li> </ol> | <ol style="list-style-type: none"> <li>17. Wolle (auch gewaschene Wolle und Kammzüge), andere Tierhaare, Baumwolle und Abfälle dieser Wirtschaftsgüter</li> <li>18. Flachs, Ramie, Hanf, Jute, Sisal, Kokosgarne, Manila, Hartfasern und sonstige pflanzliche Spinnstoffe (einschließlich Kokosfasern), Werg und verspinnbare Abfälle dieser Wirtschaftsgüter</li> <li>19. Polsterfasern (Kapok, Palmfaser [Crin d'Afrique], Polsterhede, Polsterwerg und Abfälle dieser Wirtschaftsgüter), pflanzliche Bürstenrohstoffe und Flechtrohstoffe (auch Stuhlrohr)</li> <li>20. Seidengarne, Seidenkammzüge</li> <li>21. Hadern und Lumpen</li> <li>22. Unedle NE-Metalle, roh und deren Vormaterial einschließlich Alkali- und Erdalkalimetalle, Metalle der seltenen Erden, Quecksilber, metallhaltige Vorstoffe und Erze zur Herstellung von Ferrolegerungen, feuerfesten Erzeugnissen und chemischen Verbindungen; Silicium, Selen und seine Vorstoffe; Silber, Platin und deren Vorstoffe</li> <li>23. Eisen- und Stahlschrott (einschließlich Schiffe zum Zerschlagen)</li> <li>24. Bergkristalle sowie Edelsteine und Schmucksteine, roh oder einfach gesägt, gespalten oder angeschliffen, Pulver von Edelsteinen und Schmucksteinen, Perlen</li> <li>25. Feldfuttersaaten, Gemüse- und Blumensaaten einschließlich Saatgut von Gemüsehülsenfrüchten</li> <li>26. Fleischextrakte</li> <li>27. Fischmehl, Fleischmehl, Blutmehl, Tapioka-(Cassava-, Manioka-)mehl</li> <li>28. Sintermagnesit</li> </ol> |
|--|---|

**Anlage 4**  
(zu § 80 Abs. 1 Ziff. 2)

**Verzeichnis**  
**der Wirtschaftsgüter im Sinn des § 80 Abs. 1 Ziff. 2**

- |   |  |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hülsenfrüchte, Reis; an die Stelle von Reis treten für Wirtschaftsjahre, die nach dem 30. Juni 1962 enden, Rohreis und Halbrohreis</li> <li>2. Tierische und rohe pflanzliche Öle und Fette sowie Olsaaten und Ölfrüchte, Ölkuchen und Extraktionsschrote; Fettsäuren, Rohglyzerin</li> <li>3. Asbest, Glimmer, Industriediamanten</li> <li>4. Harze, Gummen, Terpentinöle und sonstige natürliche Lackrohstoffe</li> <li>5. Naturkautschuk</li> <li>6. Häute und Felle (nicht für Pelzwerk)</li> <li>7. Roh- und Schnittholz, Zellstoff</li> <li>8. Textile Rohstoffe (Wolle [auch gewaschene Wolle und Kammzüge], andere Tierhaare, Baumwolle, Jute, Hanf, Flachs, Sisal und Manila)</li> </ol> | <ol style="list-style-type: none"> <li>9. Unedle NE-Metalle, roh und deren Vormaterial; Platin</li> <li>10. Eisenerze, Abbrände, Hochofenstaub (Gichtstaub); metallhaltige Vorstoffe und Erze zur Herstellung von Ferrolegerungen, feuerfesten Erzeugnissen und chemischen Verbindungen; Ferronickel; Eisen- und Stahlschrott</li> <li>11. Hartgrießweizen (durum) und Qualitätsweizen, Industriegerste, Industriehafer und Industriemais</li> <li>12. Kaolin</li> <li>13. Schwefelkies</li> <li>14. Bormineral</li> <li>15. Rohphosphat</li> <li>16. Zeitungsdruckpapier</li> </ol> |
|---|--|

**Anlage 5**  
(zu § 81 Abs. 3 Ziff. 1)

**Verzeichnis**  
**der Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens über Tage im Sinn des § 81 Abs. 3 Ziff. 1**

Die Bewertungsfreiheit des § 81 kann im Tiefbaubetrieb des Steinkohlen-, Pechkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbaues für die Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens über Tage in Anspruch genommen werden, die zu den folgenden, mit dem Grubenbetrieb unter Tage in unmittelbarem Zusammenhang stehenden, der Förderung, Seilfahrt und Wetterführung sowie der Aufbereitung des Minerals dienenden Anlagen und Einrichtungen gehören:

1. Förderanlagen und -einrichtungen einschließlich Schachthalle, Hängebank, Wagenumlauf und Ver-

ladeeinrichtungen sowie Anlagen der Berge- und Grubenholzwirtschaft

2. Anlagen und Einrichtungen der Wetterwirtschaft
3. Waschkauen sowie Einrichtungen der Grubenlampenwirtschaft, des Grubenrettungswesens und der Ersten Hilfe
4. Sieberei, Wäsche und sonstige Aufbereitungsanlagen; im Erzbergbau alle der Aufbereitung dienenden Anlagen sowie die Anlagen zum Rösten von Eisenerzen, wenn die Anlagen nicht zu einem Hüttenbetrieb gehören

**Anlage 6**  
(zu § 81 Abs. 3 Ziff. 2)

**Verzeichnis**  
**der Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens im Sinn des § 81 Abs. 3 Ziff. 2**

Die Bewertungsfreiheit des § 81 kann im Tagebaubetrieb des Braunkohlen- und Erzbergbaues für die folgenden Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens in Anspruch genommen werden:

1. Grubenaufschluß
2. Wirtschaftsgüter, die der Entwässerung der Lagerstätte dienen
3. Großgeräte, die der Lösung, Bewegung und Verkipfung der Abraummassen sowie der Förderung

und Bewegung des Minerals dienen, soweit sie wegen ihrer besonderen, die Ablagerungs- und Größenverhältnisse des Tagebaubetriebs berücksichtigenden Konstruktion nur für diesen Tagebaubetrieb oder anschließend für andere begünstigte Tagebaubetriebe verwendet werden

4. Wirtschaftsgüter, die zu den Aufbereitungsanlagen im Erzbergbau gehören, wenn die Aufbereitungsanlagen nicht zu einem Hüttenbetrieb gehören

**Anlage 7**  
(zu § 82 a)

**Verzeichnis**  
**der Anlagen und Einrichtungen im Sinn des § 82 a Abs. 1**

1. Wohnungsabschluß mit oder ohne Vorraum in der Wohnung
2. Kochraum mit Entlüftungsmöglichkeiten, Wasserzapfstelle und Spülbecken, Anschlußmöglichkeit für Kohle-, Gas- oder Elektroherd; entlüftbare Speisekammer oder entlüftbarer Speiseschrank
3. neuzeitliche sanitäre Anlagen

4. ein eingerichtetes Bad oder eine eingerichtete Dusche je Wohnung sowie Waschbecken
5. Anschlußmöglichkeit für Ofen oder gleichwertiges Heizgerät
6. elektrische Brennstellenanschlüsse und Steckdosen
7. Heizungsanlagen

**Einkommensteuertabelle**

zu § 32 a Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes

Gültig ab 1. Januar 1958

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1	3 419	—	41	5 760 — 5 819	480
2	3 420 — 3 479	12	42	5 820 — 5 879	492
3	3 480 — 3 539	24	43	5 880 — 5 939	504
4	3 540 — 3 599	36	44	5 940 — 5 999	516
5	3 600 — 3 659	48	45	6 000 — 6 059	528
6	3 660 — 3 719	60	46	6 060 — 6 119	540
7	3 720 — 3 779	72	47	6 120 — 6 179	552
8	3 780 — 3 839	84	48	6 180 — 6 239	564
9	3 840 — 3 899	96	49	6 240 — 6 299	576
10	3 900 — 3 959	108	50	6 300 — 6 359	588
11	3 960 — 4 019	120	51	6 360 — 6 419	600
12	4 020 — 4 079	132	52	6 420 — 6 479	612
13	4 080 — 4 139	144	53	6 480 — 6 539	624
14	4 140 — 4 199	156	54	6 540 — 6 599	636
15	4 200 — 4 259	168	55	6 600 — 6 659	648
16	4 260 — 4 319	180	56	6 660 — 6 719	660
17	4 320 — 4 379	192	57	6 720 — 6 779	672
18	4 380 — 4 439	204	58	6 780 — 6 839	684
19	4 440 — 4 499	216	59	6 840 — 6 899	696
20	4 500 — 4 559	228	60	6 900 — 6 959	708
21	4 560 — 4 619	240	61	6 960 — 7 019	720
22	4 620 — 4 679	252	62	7 020 — 7 079	732
23	4 680 — 4 739	264	63	7 080 — 7 139	744
24	4 740 — 4 799	276	64	7 140 — 7 199	756
25	4 800 — 4 859	288	65	7 200 — 7 259	768
26	4 860 — 4 919	300	66	7 260 — 7 319	780
27	4 920 — 4 979	312	67	7 320 — 7 379	792
28	4 980 — 5 039	324	68	7 380 — 7 439	804
29	5 040 — 5 099	336	69	7 440 — 7 499	816
30	5 100 — 5 159	348	70	7 500 — 7 559	828
31	5 160 — 5 219	360	71	7 560 — 7 619	840
32	5 220 — 5 279	372	72	7 620 — 7 679	852
33	5 280 — 5 339	384	73	7 680 — 7 739	864
34	5 340 — 5 399	396	74	7 740 — 7 799	876
35	5 400 — 5 459	408	75	7 800 — 7 859	888
36	5 460 — 5 519	420	76	7 860 — 7 919	900
37	5 520 — 5 579	432	77	7 920 — 7 979	912
38	5 580 — 5 639	444	78	7 980 — 8 039	924
39	5 640 — 5 699	456	79	8 040 — 8 099	936
40	5 700 — 5 759	468	80	8 100 — 8 159	948

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
81	8 160 — 8 219	960	141	11 760 — 11 819	1 680
82	8 220 — 8 279	972	142	11 820 — 11 879	1 692
83	8 280 — 8 339	984	143	11 880 — 11 939	1 704
84	8 340 — 8 399	996	144	11 940 — 11 999	1 716
85	8 400 — 8 459	1 008	145	12 000 — 12 059	1 728
86	8 460 — 8 519	1 020	146	12 060 — 12 119	1 740
87	8 520 — 8 579	1 032	147	12 120 — 12 179	1 752
88	8 580 — 8 639	1 044	148	12 180 — 12 239	1 764
89	8 640 — 8 699	1 056	149	12 240 — 12 299	1 776
90	8 700 — 8 759	1 068	150	12 300 — 12 359	1 788
91	8 760 — 8 819	1 080	151	12 360 — 12 419	1 800
92	8 820 — 8 879	1 092	152	12 420 — 12 479	1 812
93	8 880 — 8 939	1 104	153	12 480 — 12 539	1 824
94	8 940 — 8 999	1 116	154	12 540 — 12 599	1 836
95	9 000 — 9 059	1 128	155	12 600 — 12 659	1 848
96	9 060 — 9 119	1 140	156	12 660 — 12 719	1 860
97	9 120 — 9 179	1 152	157	12 720 — 12 779	1 872
98	9 180 — 9 239	1 164	158	12 780 — 12 839	1 884
99	9 240 — 9 299	1 176	159	12 840 — 12 899	1 896
100	9 300 — 9 359	1 188	160	12 900 — 12 959	1 908
101	9 360 — 9 419	1 200	161	12 960 — 13 019	1 920
102	9 420 — 9 479	1 212	162	13 020 — 13 079	1 932
103	9 480 — 9 539	1 224	163	13 080 — 13 139	1 944
104	9 540 — 9 599	1 236	164	13 140 — 13 199	1 956
105	9 600 — 9 659	1 248	165	13 200 — 13 259	1 968
106	9 660 — 9 719	1 260	166	13 260 — 13 319	1 980
107	9 720 — 9 779	1 272	167	13 320 — 13 379	1 992
108	9 780 — 9 839	1 284	168	13 380 — 13 439	2 004
109	9 840 — 9 899	1 296	169	13 440 — 13 499	2 016
110	9 900 — 9 959	1 308	170	13 500 — 13 559	2 028
111	9 960 — 10 019	1 320	171	13 560 — 13 619	2 040
112	10 020 — 10 079	1 332	172	13 620 — 13 679	2 052
113	10 080 — 10 139	1 344	173	13 680 — 13 739	2 064
114	10 140 — 10 199	1 356	174	13 740 — 13 799	2 076
115	10 200 — 10 259	1 368	175	13 800 — 13 859	2 088
116	10 260 — 10 319	1 380	176	13 860 — 13 919	2 100
117	10 320 — 10 379	1 392	177	13 920 — 13 979	2 112
118	10 380 — 10 439	1 404	178	13 980 — 14 039	2 124
119	10 440 — 10 499	1 416	179	14 040 — 14 099	2 136
120	10 500 — 10 559	1 428	180	14 100 — 14 159	2 148
121	10 560 — 10 619	1 440	181	14 160 — 14 219	2 160
122	10 620 — 10 679	1 452	182	14 220 — 14 279	2 172
123	10 680 — 10 739	1 464	183	14 280 — 14 339	2 184
124	10 740 — 10 799	1 476	184	14 340 — 14 399	2 196
125	10 800 — 10 859	1 488	185	14 400 — 14 459	2 208
126	10 860 — 10 919	1 500	186	14 460 — 14 519	2 220
127	10 920 — 10 979	1 512	187	14 520 — 14 579	2 232
128	10 980 — 11 039	1 524	188	14 580 — 14 639	2 244
129	11 040 — 11 099	1 536	189	14 640 — 14 699	2 256
130	11 100 — 11 159	1 548	190	14 700 — 14 759	2 268
131	11 160 — 11 219	1 560	191	14 760 — 14 819	2 280
132	11 220 — 11 279	1 572	192	14 820 — 14 879	2 292
133	11 280 — 11 339	1 584	193	14 880 — 14 939	2 304
134	11 340 — 11 399	1 596	194	14 940 — 14 999	2 316
135	11 400 — 11 459	1 608	195	15 000 — 15 059	2 328
136	11 460 — 11 519	1 620	196	15 060 — 15 119	2 340
137	11 520 — 11 579	1 632	197	15 120 — 15 179	2 352
138	11 580 — 11 639	1 644	198	15 180 — 15 239	2 364
139	11 640 — 11 699	1 656	199	15 240 — 15 299	2 376
140	11 700 — 11 759	1 668	200	15 300 — 15 359	2 388

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
201	15 360 — 15 419	2 400	261	18 960 — 19 019	3 344
202	15 420 — 15 479	2 412	262	19 020 — 19 079	3 362
203	15 480 — 15 539	2 424	263	19 080 — 19 139	3 378
204	15 540 — 15 599	2 436	264	19 140 — 19 199	3 396
205	15 600 — 15 659	2 448	265	19 200 — 19 259	3 412
206	15 660 — 15 719	2 460	266	19 260 — 19 319	3 430
207	15 720 — 15 779	2 472	267	19 320 — 19 379	3 446
208	15 780 — 15 839	2 484	268	19 380 — 19 439	3 462
209	15 840 — 15 899	2 496	269	19 440 — 19 499	3 480
210	15 900 — 15 959	2 508	270	19 500 — 19 559	3 496
211	15 960 — 16 019	2 520	271	19 560 — 19 619	3 514
212	16 020 — 16 079	2 532	272	19 620 — 19 679	3 530
213	16 080 — 16 139	2 548	273	19 680 — 19 739	3 548
214	16 140 — 16 199	2 566	274	19 740 — 19 799	3 564
215	16 200 — 16 259	2 582	275	19 800 — 19 859	3 582
216	16 260 — 16 319	2 598	276	19 860 — 19 919	3 598
217	16 320 — 16 379	2 614	277	19 920 — 19 979	3 616
218	16 380 — 16 439	2 630	278	19 980 — 20 039	3 632
219	16 440 — 16 499	2 646	279	20 040 — 20 099	3 650
220	16 500 — 16 559	2 664	280	20 100 — 20 159	3 666
221	16 560 — 16 619	2 680	281	20 160 — 20 219	3 684
222	16 620 — 16 679	2 696	282	20 220 — 20 279	3 700
223	16 680 — 16 739	2 712	283	20 280 — 20 339	3 718
224	16 740 — 16 799	2 730	284	20 340 — 20 399	3 734
225	16 800 — 16 859	2 746	285	20 400 — 20 459	3 752
226	16 860 — 16 919	2 762	286	20 460 — 20 519	3 768
227	16 920 — 16 979	2 778	287	20 520 — 20 579	3 786
228	16 980 — 17 039	2 794	288	20 580 — 20 639	3 804
229	17 040 — 17 099	2 812	289	20 640 — 20 699	3 820
230	17 100 — 17 159	2 828	290	20 700 — 20 759	3 838
231	17 160 — 17 219	2 844	291	20 760 — 20 819	3 854
232	17 220 — 17 279	2 860	292	20 820 — 20 879	3 872
233	17 280 — 17 339	2 878	293	20 880 — 20 939	3 888
234	17 340 — 17 399	2 894	294	20 940 — 20 999	3 906
235	17 400 — 17 459	2 910	295	21 000 — 21 059	3 924
236	17 460 — 17 519	2 928	296	21 060 — 21 119	3 940
237	17 520 — 17 579	2 944	297	21 120 — 21 179	3 958
238	17 580 — 17 639	2 960	298	21 180 — 21 239	3 974
239	17 640 — 17 699	2 976	299	21 240 — 21 299	3 992
240	17 700 — 17 759	2 994	300	21 300 — 21 359	4 010
241	17 760 — 17 819	3 010	301	21 360 — 21 419	4 026
242	17 820 — 17 879	3 026	302	21 420 — 21 479	4 044
243	17 880 — 17 939	3 044	303	21 480 — 21 539	4 062
244	17 940 — 17 999	3 060	304	21 540 — 21 599	4 078
245	18 000 — 18 059	3 076	305	21 600 — 21 659	4 096
246	18 060 — 18 119	3 094	306	21 660 — 21 719	4 112
247	18 120 — 18 179	3 110	307	21 720 — 21 779	4 130
248	18 180 — 18 239	3 126	308	21 780 — 21 839	4 148
249	18 240 — 18 299	3 144	309	21 840 — 21 899	4 164
250	18 300 — 18 359	3 160	310	21 900 — 21 959	4 182
251	18 360 — 18 419	3 176	311	21 960 — 22 019	4 200
252	18 420 — 18 479	3 194	312	22 020 — 22 079	4 216
253	18 480 — 18 539	3 210	313	22 080 — 22 139	4 234
254	18 540 — 18 599	3 228	314	22 140 — 22 199	4 252
255	18 600 — 18 659	3 244	315	22 200 — 22 259	4 270
256	18 660 — 18 719	3 260	316	22 260 — 22 319	4 286
257	18 720 — 18 779	3 278	317	22 320 — 22 379	4 304
258	18 780 — 18 839	3 294	318	22 380 — 22 439	4 322
259	18 840 — 18 899	3 312	319	22 440 — 22 499	4 338
260	18 900 — 18 959	3 328	320	22 500 — 22 559	4 356

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
321	22 560 — 22 619	4 374	381	26 160 — 26 219	5 440
322	22 620 — 22 679	4 392	382	26 220 — 26 279	5 458
323	22 680 — 22 739	4 408	383	26 280 — 26 339	5 476
324	22 740 — 22 799	4 426	384	26 340 — 26 399	5 494
325	22 800 — 22 859	4 444	385	26 400 — 26 459	5 512
326	22 860 — 22 919	4 462	386	26 460 — 26 519	5 530
327	22 920 — 22 979	4 478	387	26 520 — 26 579	5 548
328	22 980 — 23 039	4 496	388	26 580 — 26 639	5 568
329	23 040 — 23 099	4 514	389	26 640 — 26 699	5 586
330	23 100 — 23 159	4 532	390	26 700 — 26 759	5 604
331	23 160 — 23 219	4 548	391	26 760 — 26 819	5 622
332	23 220 — 23 279	4 566	392	26 820 — 26 879	5 640
333	23 280 — 23 339	4 584	393	26 880 — 26 939	5 658
334	23 340 — 23 399	4 602	394	26 940 — 26 999	5 676
335	23 400 — 23 459	4 620	395	27 000 — 27 059	5 694
336	23 460 — 23 519	4 636	396	27 060 — 27 119	5 712
337	23 520 — 23 579	4 654	397	27 120 — 27 179	5 730
338	23 580 — 23 639	4 672	398	27 180 — 27 239	5 750
339	23 640 — 23 699	4 690	399	27 240 — 27 299	5 768
340	23 700 — 23 759	4 708	400	27 300 — 27 359	5 786
341	23 760 — 23 819	4 726	401	27 360 — 27 419	5 804
342	23 820 — 23 879	4 742	402	27 420 — 27 479	5 822
343	23 880 — 23 939	4 760	403	27 480 — 27 539	5 840
344	23 940 — 23 999	4 778	404	27 540 — 27 599	5 858
345	24 000 — 24 059	4 796	405	27 600 — 27 659	5 878
346	24 060 — 24 119	4 814	406	27 660 — 27 719	5 896
347	24 120 — 24 179	4 832	407	27 720 — 27 779	5 914
348	24 180 — 24 239	4 848	408	27 780 — 27 839	5 932
349	24 240 — 24 299	4 866	409	27 840 — 27 899	5 950
350	24 300 — 24 359	4 884	410	27 900 — 27 959	5 970
351	24 360 — 24 419	4 902	411	27 960 — 28 019	5 988
352	24 420 — 24 479	4 920	412	28 020 — 28 079	6 006
353	24 480 — 24 539	4 938	413	28 080 — 28 139	6 024
354	24 540 — 24 599	4 956	414	28 140 — 28 199	6 042
355	24 600 — 24 659	4 974	415	28 200 — 28 259	6 062
356	24 660 — 24 719	4 992	416	28 260 — 28 319	6 080
357	24 720 — 24 779	5 010	417	28 320 — 28 379	6 098
358	24 780 — 24 839	5 026	418	28 380 — 28 439	6 116
359	24 840 — 24 899	5 044	419	28 440 — 28 499	6 136
360	24 900 — 24 959	5 062	420	28 500 — 28 559	6 154
361	24 960 — 25 019	5 080	421	28 560 — 28 619	6 172
362	25 020 — 25 079	5 098	422	28 620 — 28 679	6 190
363	25 080 — 25 139	5 116	423	28 680 — 28 739	6 210
364	25 140 — 25 199	5 134	424	28 740 — 28 799	6 228
365	25 200 — 25 259	5 152	425	28 800 — 28 859	6 246
366	25 260 — 25 319	5 170	426	28 860 — 28 919	6 264
367	25 320 — 25 379	5 188	427	28 920 — 28 979	6 284
368	25 380 — 25 439	5 206	428	28 980 — 29 039	6 302
369	25 440 — 25 499	5 224	429	29 040 — 29 099	6 320
370	25 500 — 25 559	5 242	430	29 100 — 29 159	6 340
371	25 560 — 25 619	5 260	431	29 160 — 29 219	6 358
372	25 620 — 25 679	5 278	432	29 220 — 29 279	6 376
373	25 680 — 25 739	5 296	433	29 280 — 29 339	6 394
374	25 740 — 25 799	5 314	434	29 340 — 29 399	6 414
375	25 800 — 25 859	5 332	435	29 400 — 29 459	6 432
376	25 860 — 25 919	5 350	436	29 460 — 29 519	6 450
377	25 920 — 25 979	5 368	437	29 520 — 29 579	6 470
378	25 980 — 26 039	5 386	438	29 580 — 29 639	6 488
379	26 040 — 26 099	5 404	439	29 640 — 29 699	6 506
380	26 100 — 26 159	5 422	440	29 700 — 29 759	6 526

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
441	29 760 — 29 819	6 544	501	33 360 — 33 419	7 686
442	29 820 — 29 879	6 562	502	33 420 — 33 479	7 706
443	29 880 — 29 939	6 582	503	33 480 — 33 539	7 724
444	29 940 — 29 999	6 600	504	33 540 — 33 599	7 744
445	30 000 — 30 059	6 620	505	33 600 — 33 659	7 764
446	30 060 — 30 119	6 638	506	33 660 — 33 719	7 782
447	30 120 — 30 179	6 656	507	33 720 — 33 779	7 802
448	30 180 — 30 239	6 676	508	33 780 — 33 839	7 822
449	30 240 — 30 299	6 694	509	33 840 — 33 899	7 840
450	30 300 — 30 359	6 714	510	33 900 — 33 959	7 860
451	30 360 — 30 419	6 732	511	33 960 — 34 019	7 880
452	30 420 — 30 479	6 750	512	34 020 — 34 079	7 900
453	30 480 — 30 539	6 770	513	34 080 — 34 139	7 918
454	30 540 — 30 599	6 788	514	34 140 — 34 199	7 938
455	30 600 — 30 659	6 808	515	34 200 — 34 259	7 958
456	30 660 — 30 719	6 826	516	34 260 — 34 319	7 978
457	30 720 — 30 779	6 846	517	34 320 — 34 379	7 996
458	30 780 — 30 839	6 864	518	34 380 — 34 439	8 016
459	30 840 — 30 899	6 882	519	34 440 — 34 499	8 036
460	30 900 — 30 959	6 902	520	34 500 — 34 559	8 056
461	30 960 — 31 019	6 920	521	34 560 — 34 619	8 074
462	31 020 — 31 079	6 940	522	34 620 — 34 679	8 094
463	31 080 — 31 139	6 958	523	34 680 — 34 739	8 114
464	31 140 — 31 199	6 978	524	34 740 — 34 799	8 134
465	31 200 — 31 259	6 996	525	34 800 — 34 859	8 154
466	31 260 — 31 319	7 016	526	34 860 — 34 919	8 172
467	31 320 — 31 379	7 034	527	34 920 — 34 979	8 192
468	31 380 — 31 439	7 054	528	34 980 — 35 039	8 212
469	31 440 — 31 499	7 072	529	35 040 — 35 099	8 232
470	31 500 — 31 559	7 092	530	35 100 — 35 159	8 252
471	31 560 — 31 619	7 110	531	35 160 — 35 219	8 270
472	31 620 — 31 679	7 130	532	35 220 — 35 279	8 290
473	31 680 — 31 739	7 148	533	35 280 — 35 339	8 310
474	31 740 — 31 799	7 168	534	35 340 — 35 399	8 330
475	31 800 — 31 859	7 186	535	35 400 — 35 459	8 350
476	31 860 — 31 919	7 206	536	35 460 — 35 519	8 370
477	31 920 — 31 979	7 224	537	35 520 — 35 579	8 388
478	31 980 — 32 039	7 244	538	35 580 — 35 639	8 408
479	32 040 — 32 099	7 262	539	35 640 — 35 699	8 428
480	32 100 — 32 159	7 282	540	35 700 — 35 759	8 448
481	32 160 — 32 219	7 302	541	35 760 — 35 819	8 468
482	32 220 — 32 279	7 320	542	35 820 — 35 879	8 488
483	32 280 — 32 339	7 340	543	35 880 — 35 939	8 508
484	32 340 — 32 399	7 358	544	35 940 — 35 999	8 528
485	32 400 — 32 459	7 378	545	36 000 — 36 059	8 548
486	32 460 — 32 519	7 396	546	36 060 — 36 119	8 566
487	32 520 — 32 579	7 416	547	36 120 — 36 179	8 586
488	32 580 — 32 639	7 436	548	36 180 — 36 239	8 606
489	32 640 — 32 699	7 454	549	36 240 — 36 299	8 626
490	32 700 — 32 759	7 474	550	36 300 — 36 359	8 646
491	32 760 — 32 819	7 494	551	36 360 — 36 419	8 666
492	32 820 — 32 879	7 512	552	36 420 — 36 479	8 686
493	32 880 — 32 939	7 532	553	36 480 — 36 539	8 706
494	32 940 — 32 999	7 550	554	36 540 — 36 599	8 726
495	33 000 — 33 059	7 570	555	36 600 — 36 659	8 746
496	33 060 — 33 119	7 590	556	36 660 — 36 719	8 766
497	33 120 — 33 179	7 608	557	36 720 — 36 779	8 786
498	33 180 — 33 239	7 628	558	36 780 — 36 839	8 806
499	33 240 — 33 299	7 648	559	36 840 — 36 899	8 826
500	33 300 — 33 359	7 666	560	36 900 — 36 959	8 846

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
561	36 960 — 37 019	8 866	621	40 560 — 40 619	10 082
562	37 020 — 37 079	8 886	622	40 620 — 40 679	10 102
563	37 080 — 37 139	8 906	623	40 680 — 40 739	10 124
564	37 140 — 37 199	8 926	624	40 740 — 40 799	10 144
565	37 200 — 37 259	8 946	625	40 800 — 40 859	10 164
566	37 260 — 37 319	8 966	626	40 860 — 40 919	10 186
567	37 320 — 37 379	8 986	627	40 920 — 40 979	10 206
568	37 380 — 37 439	9 006	628	40 980 — 41 039	10 226
569	37 440 — 37 499	9 026	629	41 040 — 41 099	10 248
570	37 500 — 37 559	9 046	630	41 100 — 41 159	10 268
571	37 560 — 37 619	9 066	631	41 160 — 41 219	10 288
572	37 620 — 37 679	9 086	632	41 220 — 41 279	10 310
573	37 680 — 37 739	9 106	633	41 280 — 41 339	10 330
574	37 740 — 37 799	9 126	634	41 340 — 41 399	10 350
575	37 800 — 37 859	9 146	635	41 400 — 41 459	10 372
576	37 860 — 37 919	9 166	636	41 460 — 41 519	10 392
577	37 920 — 37 979	9 186	637	41 520 — 41 579	10 412
578	37 980 — 38 039	9 206	638	41 580 — 41 639	10 434
579	38 040 — 38 099	9 226	639	41 640 — 41 699	10 454
580	38 100 — 38 159	9 246	640	41 700 — 41 759	10 476
581	38 160 — 38 219	9 266	641	41 760 — 41 819	10 496
582	38 220 — 38 279	9 286	642	41 820 — 41 879	10 516
583	38 280 — 38 339	9 306	643	41 880 — 41 939	10 538
584	38 340 — 38 399	9 328	644	41 940 — 41 999	10 558
585	38 400 — 38 459	9 348	645	42 000 — 42 059	10 580
586	38 460 — 38 519	9 368	646	42 060 — 42 119	10 600
587	38 520 — 38 579	9 388	647	42 120 — 42 179	10 620
588	38 580 — 38 639	9 408	648	42 180 — 42 239	10 642
589	38 640 — 38 699	9 428	649	42 240 — 42 299	10 662
590	38 700 — 38 759	9 448	650	42 300 — 42 359	10 684
591	38 760 — 38 819	9 468	651	42 360 — 42 419	10 704
592	38 820 — 38 879	9 490	652	42 420 — 42 479	10 726
593	38 880 — 38 939	9 510	653	42 480 — 42 539	10 746
594	38 940 — 38 999	9 530	654	42 540 — 42 599	10 768
595	39 000 — 39 059	9 550	655	42 600 — 42 659	10 788
596	39 060 — 39 119	9 570	656	42 660 — 42 719	10 810
597	39 120 — 39 179	9 590	657	42 720 — 42 779	10 830
598	39 180 — 39 239	9 612	658	42 780 — 42 839	10 852
599	39 240 — 39 299	9 632	659	42 840 — 42 899	10 872
600	39 300 — 39 359	9 652	660	42 900 — 42 959	10 894
601	39 360 — 39 419	9 672	661	42 960 — 43 019	10 914
602	39 420 — 39 479	9 692	662	43 020 — 43 079	10 936
603	39 480 — 39 539	9 712	663	43 080 — 43 139	10 956
604	39 540 — 39 599	9 734	664	43 140 — 43 199	10 978
605	39 600 — 39 659	9 754	665	43 200 — 43 259	10 998
606	39 660 — 39 719	9 774	666	43 260 — 43 319	11 020
607	39 720 — 39 779	9 794	667	43 320 — 43 379	11 040
608	39 780 — 39 839	9 816	668	43 380 — 43 439	11 062
609	39 840 — 39 899	9 836	669	43 440 — 43 499	11 082
610	39 900 — 39 959	9 856	670	43 500 — 43 559	11 104
611	39 960 — 40 019	9 876	671	43 560 — 43 619	11 124
612	40 020 — 40 079	9 898	672	43 620 — 43 679	11 146
613	40 080 — 40 139	9 918	673	43 680 — 43 739	11 166
614	40 140 — 40 199	9 938	674	43 740 — 43 799	11 188
615	40 200 — 40 259	9 958	675	43 800 — 43 859	11 210
616	40 260 — 40 319	9 980	676	43 860 — 43 919	11 230
617	40 320 — 40 379	10 000	677	43 920 — 43 979	11 252
618	40 380 — 40 439	10 020	678	43 980 — 44 039	11 272
619	40 440 — 40 499	10 040	679	44 040 — 44 099	11 294
620	40 500 — 40 559	10 062	680	44 100 — 44 159	11 316

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
681	44 160 — 44 219	11 336	741	47 760 — 47 819	12 628
682	44 220 — 44 279	11 358	742	47 820 — 47 879	12 650
683	44 280 — 44 339	11 378	743	47 880 — 47 939	12 672
684	44 340 — 44 399	11 400	744	47 940 — 47 999	12 694
685	44 400 — 44 459	11 422	745	48 000 — 48 059	12 716
686	44 460 — 44 519	11 442	746	48 060 — 48 119	12 738
687	44 520 — 44 579	11 464	747	48 120 — 48 179	12 760
688	44 580 — 44 639	11 486	748	48 180 — 48 239	12 784
689	44 640 — 44 699	11 506	749	48 240 — 48 299	12 806
690	44 700 — 44 759	11 528	750	48 300 — 48 359	12 830
691	44 760 — 44 819	11 550	751	48 360 — 48 419	12 852
692	44 820 — 44 879	11 570	752	48 420 — 48 479	12 876
693	44 880 — 44 939	11 592	753	48 480 — 48 539	12 898
694	44 940 — 44 999	11 614	754	48 540 — 48 599	12 922
695	45 000 — 45 059	11 634	755	48 600 — 48 659	12 944
696	45 060 — 45 119	11 656	756	48 660 — 48 719	12 968
697	45 120 — 45 179	11 678	757	48 720 — 48 779	12 990
698	45 180 — 45 239	11 698	758	48 780 — 48 839	13 014
699	45 240 — 45 299	11 720	759	48 840 — 48 899	13 036
700	45 300 — 45 359	11 742	760	48 900 — 48 959	13 060
701	45 360 — 45 419	11 762	761	48 960 — 49 019	13 082
702	45 420 — 45 479	11 784	762	49 020 — 49 079	13 106
703	45 480 — 45 539	11 806	763	49 080 — 49 139	13 128
704	45 540 — 45 599	11 828	764	49 140 — 49 199	13 152
705	45 600 — 45 659	11 848	765	49 200 — 49 259	13 174
706	45 660 — 45 719	11 870	766	49 260 — 49 319	13 198
707	45 720 — 45 779	11 892	767	49 320 — 49 379	13 220
708	45 780 — 45 839	11 914	768	49 380 — 49 439	13 244
709	45 840 — 45 899	11 934	769	49 440 — 49 499	13 266
710	45 900 — 45 959	11 956	770	49 500 — 49 559	13 290
711	45 960 — 46 019	11 978	771	49 560 — 49 619	13 312
712	46 020 — 46 079	12 000	772	49 620 — 49 679	13 336
713	46 080 — 46 139	12 020	773	49 680 — 49 739	13 358
714	46 140 — 46 199	12 042	774	49 740 — 49 799	13 382
715	46 200 — 46 259	12 064	775	49 800 — 49 859	13 406
716	46 260 — 46 319	12 086	776	49 860 — 49 919	13 428
717	46 320 — 46 379	12 108	777	49 920 — 49 979	13 452
718	46 380 — 46 439	12 128	778	49 980 — 50 039	13 474
719	46 440 — 46 499	12 150	779	50 040 — 50 099	13 498
720	46 500 — 46 559	12 172	780	50 100 — 50 159	13 520
721	46 560 — 46 619	12 194	781	50 160 — 50 219	13 544
722	46 620 — 46 679	12 216	782	50 220 — 50 279	13 566
723	46 680 — 46 739	12 236	783	50 280 — 50 339	13 590
724	46 740 — 46 799	12 258	784	50 340 — 50 399	13 614
725	46 800 — 46 859	12 280	785	50 400 — 50 459	13 636
726	46 860 — 46 919	12 302	786	50 460 — 50 519	13 660
727	46 920 — 46 979	12 324	787	50 520 — 50 579	13 682
728	46 980 — 47 039	12 346	788	50 580 — 50 639	13 706
729	47 040 — 47 099	12 366	789	50 640 — 50 699	13 728
730	47 100 — 47 159	12 388	790	50 700 — 50 759	13 752
731	47 160 — 47 219	12 410	791	50 760 — 50 819	13 776
732	47 220 — 47 279	12 432	792	50 820 — 50 879	13 798
733	47 280 — 47 339	12 454	793	50 880 — 50 939	13 822
734	47 340 — 47 399	12 476	794	50 940 — 50 999	13 844
735	47 400 — 47 459	12 498	795	51 000 — 51 059	13 868
736	47 460 — 47 519	12 520	796	51 060 — 51 119	13 892
737	47 520 — 47 579	12 542	797	51 120 — 51 179	13 914
738	47 580 — 47 639	12 562	798	51 180 — 51 239	13 938
739	47 640 — 47 699	12 584	799	51 240 — 51 299	13 960
740	47 700 — 47 759	12 606	800	51 300 — 51 359	13 984

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
801	51 360 — 51 419	14 008	861	54 960 — 55 019	15 412
802	51 420 — 51 479	14 030	862	55 020 — 55 079	15 434
803	51 480 — 51 539	14 054	863	55 080 — 55 139	15 458
804	51 540 — 51 599	14 078	864	55 140 — 55 199	15 482
805	51 600 — 51 659	14 100	865	55 200 — 55 259	15 506
806	51 660 — 51 719	14 124	866	55 260 — 55 319	15 530
807	51 720 — 51 779	14 146	867	55 320 — 55 379	15 552
808	51 780 — 51 839	14 170	868	55 380 — 55 439	15 576
809	51 840 — 51 899	14 194	869	55 440 — 55 499	15 600
810	51 900 — 51 959	14 216	870	55 500 — 55 559	15 624
811	51 960 — 52 019	14 240	871	55 560 — 55 619	15 648
812	52 020 — 52 079	14 264	872	55 620 — 55 679	15 670
813	52 080 — 52 139	14 286	873	55 680 — 55 739	15 694
814	52 140 — 52 199	14 310	874	55 740 — 55 799	15 718
815	52 200 — 52 259	14 334	875	55 800 — 55 859	15 742
816	52 260 — 52 319	14 356	876	55 860 — 55 919	15 766
817	52 320 — 52 379	14 380	877	55 920 — 55 979	15 788
818	52 380 — 52 439	14 404	878	55 980 — 56 039	15 812
819	52 440 — 52 499	14 426	879	56 040 — 56 099	15 836
820	52 500 — 52 559	14 450	880	56 100 — 56 159	15 860
821	52 560 — 52 619	14 474	881	56 160 — 56 219	15 884
822	52 620 — 52 679	14 496	882	56 220 — 56 279	15 908
823	52 680 — 52 739	14 520	883	56 280 — 56 339	15 930
824	52 740 — 52 799	14 544	884	56 340 — 56 399	15 954
825	52 800 — 52 859	14 566	885	56 400 — 56 459	15 978
826	52 860 — 52 919	14 590	886	56 460 — 56 519	16 002
827	52 920 — 52 979	14 614	887	56 520 — 56 579	16 026
828	52 980 — 53 039	14 636	888	56 580 — 56 639	16 050
829	53 040 — 53 099	14 660	889	56 640 — 56 699	16 074
830	53 100 — 53 159	14 684	890	56 700 — 56 759	16 096
831	53 160 — 53 219	14 706	891	56 760 — 56 819	16 120
832	53 220 — 53 279	14 730	892	56 820 — 56 879	16 144
833	53 280 — 53 339	14 754	893	56 880 — 56 939	16 168
834	53 340 — 53 399	14 778	894	56 940 — 56 999	16 192
835	53 400 — 53 459	14 800	895	57 000 — 57 059	16 216
836	53 460 — 53 519	14 824	896	57 060 — 57 119	16 240
837	53 520 — 53 579	14 848	897	57 120 — 57 179	16 264
838	53 580 — 53 639	14 870	898	57 180 — 57 239	16 286
839	53 640 — 53 699	14 894	899	57 240 — 57 299	16 310
840	53 700 — 53 759	14 918	900	57 300 — 57 359	16 334
841	53 760 — 53 819	14 942	901	57 360 — 57 419	16 358
842	53 820 — 53 879	14 964	902	57 420 — 57 479	16 382
843	53 880 — 53 939	14 988	903	57 480 — 57 539	16 406
844	53 940 — 53 999	15 012	904	57 540 — 57 599	16 430
845	54 000 — 54 059	15 034	905	57 600 — 57 659	16 454
846	54 060 — 54 119	15 058	906	57 660 — 57 719	16 478
847	54 120 — 54 179	15 082	907	57 720 — 57 779	16 500
848	54 180 — 54 239	15 106	908	57 780 — 57 839	16 524
849	54 240 — 54 299	15 128	909	57 840 — 57 899	16 548
850	54 300 — 54 359	15 152	910	57 900 — 57 959	16 572
851	54 360 — 54 419	15 176	911	57 960 — 58 019	16 596
852	54 420 — 54 479	15 200	912	58 020 — 58 079	16 620
853	54 480 — 54 539	15 222	913	58 080 — 58 139	16 644
854	54 540 — 54 599	15 246	914	58 140 — 58 199	16 668
855	54 600 — 54 659	15 270	915	58 200 — 58 259	16 692
856	54 660 — 54 719	15 294	916	58 260 — 58 319	16 716
857	54 720 — 54 779	15 318	917	58 320 — 58 379	16 740
858	54 780 — 54 839	15 340	918	58 380 — 58 439	16 764
859	54 840 — 54 899	15 364	919	58 440 — 58 499	16 788
860	54 900 — 54 959	15 388	920	58 500 — 58 559	16 810

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
921	58 560 — 58 619	16 834	981	62 160 — 62 219	18 278
922	58 620 — 58 679	16 858	982	62 220 — 62 279	18 302
923	58 680 — 58 739	16 882	983	62 280 — 62 339	18 326
924	58 740 — 58 799	16 906	984	62 340 — 62 399	18 350
925	58 800 — 58 859	16 930	985	62 400 — 62 459	18 374
926	58 860 — 58 919	16 954	986	62 460 — 62 519	18 398
927	58 920 — 58 979	16 978	987	62 520 — 62 579	18 422
928	58 980 — 59 039	17 002	988	62 580 — 62 639	18 446
929	59 040 — 59 099	17 026	989	62 640 — 62 699	18 472
930	59 100 — 59 159	17 050	990	62 700 — 62 759	18 496
931	59 160 — 59 219	17 074	991	62 760 — 62 819	18 520
932	59 220 — 59 279	17 098	992	62 820 — 62 879	18 544
933	59 280 — 59 339	17 122	993	62 880 — 62 939	18 568
934	59 340 — 59 399	17 146	994	62 940 — 62 999	18 592
935	59 400 — 59 459	17 170	995	63 000 — 63 059	18 616
936	59 460 — 59 519	17 194	996	63 060 — 63 119	18 642
937	59 520 — 59 579	17 218	997	63 120 — 63 179	18 666
938	59 580 — 59 639	17 242	998	63 180 — 63 239	18 690
939	59 640 — 59 699	17 266	999	63 240 — 63 299	18 714
940	59 700 — 59 759	17 290	1 000	63 300 — 63 359	18 738
941	59 760 — 59 819	17 314	1 001	63 360 — 63 419	18 762
942	59 820 — 59 879	17 338	1 002	63 420 — 63 479	18 786
943	59 880 — 59 939	17 362	1 003	63 480 — 63 539	18 812
944	59 940 — 59 999	17 386	1 004	63 540 — 63 599	18 836
945	60 000 — 60 059	17 410	1 005	63 600 — 63 659	18 860
946	60 060 — 60 119	17 434	1 006	63 660 — 63 719	18 884
947	60 120 — 60 179	17 458	1 007	63 720 — 63 779	18 908
948	60 180 — 60 239	17 482	1 008	63 780 — 63 839	18 932
949	60 240 — 60 299	17 506	1 009	63 840 — 63 899	18 958
950	60 300 — 60 359	17 530	1 010	63 900 — 63 959	18 982
951	60 360 — 60 419	17 554	1 011	63 960 — 64 019	19 006
952	60 420 — 60 479	17 578	1 012	64 020 — 64 079	19 030
953	60 480 — 60 539	17 602	1 013	64 080 — 64 139	19 054
954	60 540 — 60 599	17 626	1 014	64 140 — 64 199	19 078
955	60 600 — 60 659	17 650	1 015	64 200 — 64 259	19 104
956	60 660 — 60 719	17 674	1 016	64 260 — 64 319	19 128
957	60 720 — 60 779	17 698	1 017	64 320 — 64 379	19 152
958	60 780 — 60 839	17 722	1 018	64 380 — 64 439	19 176
959	60 840 — 60 899	17 746	1 019	64 440 — 64 499	19 200
960	60 900 — 60 959	17 770	1 020	64 500 — 64 559	19 226
961	60 960 — 61 019	17 794	1 021	64 560 — 64 619	19 250
962	61 020 — 61 079	17 818	1 022	64 620 — 64 679	19 274
963	61 080 — 61 139	17 842	1 023	64 680 — 64 739	19 298
964	61 140 — 61 199	17 866	1 024	64 740 — 64 799	19 322
965	61 200 — 61 259	17 890	1 025	64 800 — 64 859	19 348
966	61 260 — 61 319	17 916	1 026	64 860 — 64 919	19 372
967	61 320 — 61 379	17 940	1 027	64 920 — 64 979	19 396
968	61 380 — 61 439	17 964	1 028	64 980 — 65 039	19 420
969	61 440 — 61 499	17 988	1 029	65 040 — 65 099	19 446
970	61 500 — 61 559	18 012	1 030	65 100 — 65 159	19 470
971	61 560 — 61 619	18 036	1 031	65 160 — 65 219	19 494
972	61 620 — 61 679	18 060	1 032	65 220 — 65 279	19 518
973	61 680 — 61 739	18 084	1 033	65 280 — 65 339	19 542
974	61 740 — 61 799	18 108	1 034	65 340 — 65 399	19 568
975	61 800 — 61 859	18 132	1 035	65 400 — 65 459	19 592
976	61 860 — 61 919	18 156	1 036	65 460 — 65 519	19 616
977	61 920 — 61 979	18 180	1 037	65 520 — 65 579	19 640
978	61 980 — 62 039	18 204	1 038	65 580 — 65 639	19 666
979	62 040 — 62 099	18 230	1 039	65 640 — 65 699	19 690
980	62 100 — 62 159	18 254	1 040	65 700 — 65 759	19 714

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 041	65 760 — 65 819	19 738	1 101	69 360 — 69 419	21 218
1 042	65 820 — 65 879	19 764	1 102	69 420 — 69 479	21 244
1 043	65 880 — 65 939	19 788	1 103	69 480 — 69 539	21 268
1 044	65 940 — 65 999	19 812	1 104	69 540 — 69 599	21 292
1 045	66 000 — 66 059	19 836	1 105	69 600 — 69 659	21 318
1 046	66 060 — 66 119	19 862	1 106	69 660 — 69 719	21 342
1 047	66 120 — 66 179	19 886	1 107	69 720 — 69 779	21 368
1 048	66 180 — 66 239	19 910	1 108	69 780 — 69 839	21 392
1 049	66 240 — 66 299	19 936	1 109	69 840 — 69 899	21 418
1 050	66 300 — 66 359	19 960	1 110	69 900 — 69 959	21 442
1 051	66 360 — 66 419	19 984	1 111	69 960 — 70 019	21 466
1 052	66 420 — 66 479	20 008	1 112	70 020 — 70 079	21 492
1 053	66 480 — 66 539	20 034	1 113	70 080 — 70 139	21 516
1 054	66 540 — 66 599	20 058	1 114	70 140 — 70 199	21 542
1 055	66 600 — 66 659	20 082	1 115	70 200 — 70 259	21 566
1 056	66 660 — 66 719	20 108	1 116	70 260 — 70 319	21 592
1 057	66 720 — 66 779	20 132	1 117	70 320 — 70 379	21 616
1 058	66 780 — 66 839	20 156	1 118	70 380 — 70 439	21 642
1 059	66 840 — 66 899	20 180	1 119	70 440 — 70 499	21 666
1 060	66 900 — 66 959	20 206	1 120	70 500 — 70 559	21 690
1 061	66 960 — 67 019	20 230	1 121	70 560 — 70 619	21 716
1 062	67 020 — 67 079	20 254	1 122	70 620 — 70 679	21 740
1 063	67 080 — 67 139	20 280	1 123	70 680 — 70 739	21 766
1 064	67 140 — 67 199	20 304	1 124	70 740 — 70 799	21 790
1 065	67 200 — 67 259	20 328	1 125	70 800 — 70 859	21 816
1 066	67 260 — 67 319	20 354	1 126	70 860 — 70 919	21 840
1 067	67 320 — 67 379	20 378	1 127	70 920 — 70 979	21 866
1 068	67 380 — 67 439	20 402	1 128	70 980 — 71 039	21 890
1 069	67 440 — 67 499	20 428	1 129	71 040 — 71 099	21 916
1 070	67 500 — 67 559	20 452	1 130	71 100 — 71 159	21 940
1 071	67 560 — 67 619	20 476	1 131	71 160 — 71 219	21 966
1 072	67 620 — 67 679	20 502	1 132	71 220 — 71 279	21 990
1 073	67 680 — 67 739	20 526	1 133	71 280 — 71 339	22 016
1 074	67 740 — 67 799	20 550	1 134	71 340 — 71 399	22 040
1 075	67 800 — 67 859	20 576	1 135	71 400 — 71 459	22 064
1 076	67 860 — 67 919	20 600	1 136	71 460 — 71 519	22 090
1 077	67 920 — 67 979	20 624	1 137	71 520 — 71 579	22 114
1 078	67 980 — 68 039	20 650	1 138	71 580 — 71 639	22 140
1 079	68 040 — 68 099	20 674	1 139	71 640 — 71 699	22 164
1 080	68 100 — 68 159	20 698	1 140	71 700 — 71 759	22 190
1 081	68 160 — 68 219	20 724	1 141	71 760 — 71 819	22 214
1 082	68 220 — 68 279	20 748	1 142	71 820 — 71 879	22 240
1 083	68 280 — 68 339	20 772	1 143	71 880 — 71 939	22 264
1 084	68 340 — 68 399	20 798	1 144	71 940 — 71 999	22 290
1 085	68 400 — 68 459	20 822	1 145	72 000 — 72 059	22 316
1 086	68 460 — 68 519	20 846	1 146	72 060 — 72 119	22 340
1 087	68 520 — 68 579	20 872	1 147	72 120 — 72 179	22 366
1 088	68 580 — 68 639	20 896	1 148	72 180 — 72 239	22 390
1 089	68 640 — 68 699	20 922	1 149	72 240 — 72 299	22 416
1 090	68 700 — 68 759	20 946	1 150	72 300 — 72 359	22 440
1 091	68 760 — 68 819	20 970	1 151	72 360 — 72 419	22 466
1 092	68 820 — 68 879	20 996	1 152	72 420 — 72 479	22 490
1 093	68 880 — 68 939	21 020	1 153	72 480 — 72 539	22 516
1 094	68 940 — 68 999	21 044	1 154	72 540 — 72 599	22 540
1 095	69 000 — 69 059	21 070	1 155	72 600 — 72 659	22 566
1 096	69 060 — 69 119	21 094	1 156	72 660 — 72 719	22 590
1 097	69 120 — 69 179	21 120	1 157	72 720 — 72 779	22 616
1 098	69 180 — 69 239	21 144	1 158	72 780 — 72 839	22 640
1 099	69 240 — 69 299	21 168	1 159	72 840 — 72 899	22 666
1 100	69 300 — 69 359	21 194	1 160	72 900 — 72 959	22 690

Lfd. Nr.	Zu versteuender Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuender Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 161	72 960 — 73 019	22 716	1 221	76 560 — 76 619	24 232
1 162	73 020 — 73 079	22 742	1 222	76 620 — 76 679	24 256
1 163	73 080 — 73 139	22 766	1 223	76 680 — 76 739	24 282
1 164	73 140 — 73 199	22 792	1 224	76 740 — 76 799	24 308
1 165	73 200 — 73 259	22 816	1 225	76 800 — 76 859	24 332
1 166	73 260 — 73 319	22 842	1 226	76 860 — 76 919	24 358
1 167	73 320 — 73 379	22 866	1 227	76 920 — 76 979	24 384
1 168	73 380 — 73 439	22 892	1 228	76 980 — 77 039	24 408
1 169	73 440 — 73 499	22 918	1 229	77 040 — 77 099	24 434
1 170	73 500 — 73 559	22 942	1 230	77 100 — 77 159	24 460
1 171	73 560 — 73 619	22 968	1 231	77 160 — 77 219	24 486
1 172	73 620 — 73 679	22 992	1 232	77 220 — 77 279	24 510
1 173	73 680 — 73 739	23 018	1 233	77 280 — 77 339	24 536
1 174	73 740 — 73 799	23 042	1 234	77 340 — 77 399	24 562
1 175	73 800 — 73 859	23 068	1 235	77 400 — 77 459	24 588
1 176	73 860 — 73 919	23 094	1 236	77 460 — 77 519	24 612
1 177	73 920 — 73 979	23 118	1 237	77 520 — 77 579	24 638
1 178	73 980 — 74 039	23 144	1 238	77 580 — 77 639	24 664
1 179	74 040 — 74 099	23 168	1 239	77 640 — 77 699	24 688
1 180	74 100 — 74 159	23 194	1 240	77 700 — 77 759	24 714
1 181	74 160 — 74 219	23 220	1 241	77 760 — 77 819	24 740
1 182	74 220 — 74 279	23 244	1 242	77 820 — 77 879	24 766
1 183	74 280 — 74 339	23 270	1 243	77 880 — 77 939	24 790
1 184	74 340 — 74 399	23 294	1 244	77 940 — 77 999	24 816
1 185	74 400 — 74 459	23 320	1 245	78 000 — 78 059	24 842
1 186	74 460 — 74 519	23 346	1 246	78 060 — 78 119	24 868
1 187	74 520 — 74 579	23 370	1 247	78 120 — 78 179	24 892
1 188	74 580 — 74 639	23 396	1 248	78 180 — 78 239	24 918
1 189	74 640 — 74 699	23 420	1 249	78 240 — 78 299	24 944
1 190	74 700 — 74 759	23 446	1 250	78 300 — 78 359	24 970
1 191	74 760 — 74 819	23 472	1 251	78 360 — 78 419	24 996
1 192	74 820 — 74 879	23 496	1 252	78 420 — 78 479	25 020
1 193	74 880 — 74 939	23 522	1 253	78 480 — 78 539	25 046
1 194	74 940 — 74 999	23 548	1 254	78 540 — 78 599	25 072
1 195	75 000 — 75 059	23 572	1 255	78 600 — 78 659	25 098
1 196	75 060 — 75 119	23 598	1 256	78 660 — 78 719	25 122
1 197	75 120 — 75 179	23 624	1 257	78 720 — 78 779	25 148
1 198	75 180 — 75 239	23 648	1 258	78 780 — 78 839	25 174
1 199	75 240 — 75 299	23 674	1 259	78 840 — 78 899	25 200
1 200	75 300 — 75 359	23 698	1 260	78 900 — 78 959	25 226
1 201	75 360 — 75 419	23 724	1 261	78 960 — 79 019	25 250
1 202	75 420 — 75 479	23 750	1 262	79 020 — 79 079	25 276
1 203	75 480 — 75 539	23 774	1 263	79 080 — 79 139	25 302
1 204	75 540 — 75 599	23 800	1 264	79 140 — 79 199	25 328
1 205	75 600 — 75 659	23 826	1 265	79 200 — 79 259	25 352
1 206	75 660 — 75 719	23 850	1 266	79 260 — 79 319	25 378
1 207	75 720 — 75 779	23 876	1 267	79 320 — 79 379	25 404
1 208	75 780 — 75 839	23 902	1 268	79 380 — 79 439	25 430
1 209	75 840 — 75 899	23 926	1 269	79 440 — 79 499	25 456
1 210	75 900 — 75 959	23 952	1 270	79 500 — 79 559	25 482
1 211	75 960 — 76 019	23 978	1 271	79 560 — 79 619	25 506
1 212	76 020 — 76 079	24 002	1 272	79 620 — 79 679	25 532
1 213	76 080 — 76 139	24 028	1 273	79 680 — 79 739	25 558
1 214	76 140 — 76 199	24 054	1 274	79 740 — 79 799	25 584
1 215	76 200 — 76 259	24 078	1 275	79 800 — 79 859	25 610
1 216	76 260 — 76 319	24 104	1 276	79 860 — 79 919	25 634
1 217	76 320 — 76 379	24 130	1 277	79 920 — 79 979	25 660
1 218	76 380 — 76 439	24 154	1 278	79 980 — 80 039	25 686
1 219	76 440 — 76 499	24 180	1 279	80 040 — 80 099	25 712
1 220	76 500 — 76 559	24 206	1 280	80 100 — 80 159	25 738

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 281	80 160 — 80 219	25 764	1 341	83 760 — 83 819	27 312
1 282	80 220 — 80 279	25 788	1 342	83 820 — 83 879	27 338
1 283	80 280 — 80 339	25 814	1 343	83 880 — 83 939	27 364
1 284	80 340 — 80 399	25 840	1 344	83 940 — 83 999	27 390
1 285	80 400 — 80 459	25 866	1 345	84 000 — 84 059	27 416
1 286	80 460 — 80 519	25 892	1 346	84 060 — 84 119	27 442
1 287	80 520 — 80 579	25 918	1 347	84 120 — 84 179	27 468
1 288	80 580 — 80 639	25 942	1 348	84 180 — 84 239	27 494
1 289	80 640 — 80 699	25 968	1 349	84 240 — 84 299	27 520
1 290	80 700 — 80 759	25 994	1 350	84 300 — 84 359	27 546
1 291	80 760 — 80 819	26 020	1 351	84 360 — 84 419	27 572
1 292	80 820 — 80 879	26 046	1 352	84 420 — 84 479	27 598
1 293	80 880 — 80 939	26 072	1 353	84 480 — 84 539	27 624
1 294	80 940 — 80 999	26 098	1 354	84 540 — 84 599	27 650
1 295	81 000 — 81 059	26 124	1 355	84 600 — 84 659	27 676
1 296	81 060 — 81 119	26 148	1 356	84 660 — 84 719	27 702
1 297	81 120 — 81 179	26 174	1 357	84 720 — 84 779	27 728
1 298	81 180 — 81 239	26 200	1 358	84 780 — 84 839	27 754
1 299	81 240 — 81 299	26 226	1 359	84 840 — 84 899	27 780
1 300	81 300 — 81 359	26 252	1 360	84 900 — 84 959	27 806
1 301	81 360 — 81 419	26 278	1 361	84 960 — 85 019	27 832
1 302	81 420 — 81 479	26 304	1 362	85 020 — 85 079	27 858
1 303	81 480 — 81 539	26 330	1 363	85 080 — 85 139	27 884
1 304	81 540 — 81 599	26 354	1 364	85 140 — 85 199	27 910
1 305	81 600 — 81 659	26 380	1 365	85 200 — 85 259	27 936
1 306	81 660 — 81 719	26 406	1 366	85 260 — 85 319	27 962
1 307	81 720 — 81 779	26 432	1 367	85 320 — 85 379	27 988
1 308	81 780 — 81 839	26 458	1 368	85 380 — 85 439	28 014
1 309	81 840 — 81 899	26 484	1 369	85 440 — 85 499	28 040
1 310	81 900 — 81 959	26 510	1 370	85 500 — 85 559	28 066
1 311	81 960 — 82 019	26 536	1 371	85 560 — 85 619	28 092
1 312	82 020 — 82 079	26 562	1 372	85 620 — 85 679	28 118
1 313	82 080 — 82 139	26 588	1 373	85 680 — 85 739	28 144
1 314	82 140 — 82 199	26 612	1 374	85 740 — 85 799	28 170
1 315	82 200 — 82 259	26 638	1 375	85 800 — 85 859	28 196
1 316	82 260 — 82 319	26 664	1 376	85 860 — 85 919	28 222
1 317	82 320 — 82 379	26 690	1 377	85 920 — 85 979	28 248
1 318	82 380 — 82 439	26 716	1 378	85 980 — 86 039	28 274
1 319	82 440 — 82 499	26 742	1 379	86 040 — 86 099	28 302
1 320	82 500 — 82 559	26 768	1 380	86 100 — 86 159	28 328
1 321	82 560 — 82 619	26 794	1 381	86 160 — 86 219	28 354
1 322	82 620 — 82 679	26 820	1 382	86 220 — 86 279	28 380
1 323	82 680 — 82 739	26 846	1 383	86 280 — 86 339	28 406
1 324	82 740 — 82 799	26 872	1 384	86 340 — 86 399	28 432
1 325	82 800 — 82 859	26 898	1 385	86 400 — 86 459	28 458
1 326	82 860 — 82 919	26 924	1 386	86 460 — 86 519	28 484
1 327	82 920 — 82 979	26 950	1 387	86 520 — 86 579	28 510
1 328	82 980 — 83 039	26 974	1 388	86 580 — 86 639	28 536
1 329	83 040 — 83 099	27 000	1 389	86 640 — 86 699	28 562
1 330	83 100 — 83 159	27 026	1 390	86 700 — 86 759	28 588
1 331	83 160 — 83 219	27 052	1 391	86 760 — 86 819	28 614
1 332	83 220 — 83 279	27 078	1 392	86 820 — 86 879	28 640
1 333	83 280 — 83 339	27 104	1 393	86 880 — 86 939	28 668
1 334	83 340 — 83 399	27 130	1 394	86 940 — 86 999	28 694
1 335	83 400 — 83 459	27 156	1 395	87 000 — 87 059	28 720
1 336	83 460 — 83 519	27 182	1 396	87 060 — 87 119	28 746
1 337	83 520 — 83 579	27 208	1 397	87 120 — 87 179	28 772
1 338	83 580 — 83 639	27 234	1 398	87 180 — 87 239	28 798
1 339	83 640 — 83 699	27 260	1 399	87 240 — 87 299	28 824
1 340	83 700 — 83 759	27 286	1 400	87 300 — 87 359	28 850

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 401	87 360 — 87 419	28 876	1 461	90 960 — 91 019	30 458
1 402	87 420 — 87 479	28 902	1 462	91 020 — 91 079	30 484
1 403	87 480 — 87 539	28 930	1 463	91 080 — 91 139	30 510
1 404	87 540 — 87 599	28 956	1 464	91 140 — 91 199	30 536
1 405	87 600 — 87 659	28 982	1 465	91 200 — 91 259	30 564
1 406	87 660 — 87 719	29 008	1 466	91 260 — 91 319	30 590
1 407	87 720 — 87 779	29 034	1 467	91 320 — 91 379	30 616
1 408	87 780 — 87 839	29 060	1 468	91 380 — 91 439	30 642
1 409	87 840 — 87 899	29 086	1 469	91 440 — 91 499	30 670
1 410	87 900 — 87 959	29 112	1 470	91 500 — 91 559	30 696
1 411	87 960 — 88 019	29 140	1 471	91 560 — 91 619	30 722
1 412	88 020 — 88 079	29 166	1 472	91 620 — 91 679	30 748
1 413	88 080 — 88 139	29 192	1 473	91 680 — 91 739	30 776
1 414	88 140 — 88 199	29 218	1 474	91 740 — 91 799	30 802
1 415	88 200 — 88 259	29 244	1 475	91 800 — 91 859	30 828
1 416	88 260 — 88 319	29 270	1 476	91 860 — 91 919	30 854
1 417	88 320 — 88 379	29 296	1 477	91 920 — 91 979	30 882
1 418	88 380 — 88 439	29 324	1 478	91 980 — 92 039	30 908
1 419	88 440 — 88 499	29 350	1 479	92 040 — 92 099	30 934
1 420	88 500 — 88 559	29 376	1 480	92 100 — 92 159	30 962
1 421	88 560 — 88 619	29 402	1 481	92 160 — 92 219	30 988
1 422	88 620 — 88 679	29 428	1 482	92 220 — 92 279	31 014
1 423	88 680 — 88 739	29 454	1 483	92 280 — 92 339	31 040
1 424	88 740 — 88 799	29 480	1 484	92 340 — 92 399	31 068
1 425	88 800 — 88 859	29 508	1 485	92 400 — 92 459	31 094
1 426	88 860 — 88 919	29 534	1 486	92 460 — 92 519	31 120
1 427	88 920 — 88 979	29 560	1 487	92 520 — 92 579	31 148
1 428	88 980 — 89 039	29 586	1 488	92 580 — 92 639	31 174
1 429	89 040 — 89 099	29 612	1 489	92 640 — 92 699	31 200
1 430	89 100 — 89 159	29 638	1 490	92 700 — 92 759	31 226
1 431	89 160 — 89 219	29 666	1 491	92 760 — 92 819	31 254
1 432	89 220 — 89 279	29 692	1 492	92 820 — 92 879	31 280
1 433	89 280 — 89 339	29 718	1 493	92 880 — 92 939	31 306
1 434	89 340 — 89 399	29 744	1 494	92 940 — 92 999	31 334
1 435	89 400 — 89 459	29 770	1 495	93 000 — 93 059	31 360
1 436	89 460 — 89 519	29 796	1 496	93 060 — 93 119	31 386
1 437	89 520 — 89 579	29 824	1 497	93 120 — 93 179	31 414
1 438	89 580 — 89 639	29 850	1 498	93 180 — 93 239	31 440
1 439	89 640 — 89 699	29 876	1 499	93 240 — 93 299	31 466
1 440	89 700 — 89 759	29 902	1 500	93 300 — 93 359	31 494
1 441	89 760 — 89 819	29 928	1 501	93 360 — 93 419	31 520
1 442	89 820 — 89 879	29 956	1 502	93 420 — 93 479	31 546
1 443	89 880 — 89 939	29 982	1 503	93 480 — 93 539	31 574
1 444	89 940 — 89 999	30 008	1 504	93 540 — 93 599	31 600
1 445	90 000 — 90 059	30 034	1 505	93 600 — 93 659	31 626
1 446	90 060 — 90 119	30 060	1 506	93 660 — 93 719	31 654
1 447	90 120 — 90 179	30 088	1 507	93 720 — 93 779	31 680
1 448	90 180 — 90 239	30 114	1 508	93 780 — 93 839	31 706
1 449	90 240 — 90 299	30 140	1 509	93 840 — 93 899	31 734
1 450	90 300 — 90 359	30 166	1 510	93 900 — 93 959	31 760
1 451	90 360 — 90 419	30 192	1 511	93 960 — 94 019	31 786
1 452	90 420 — 90 479	30 220	1 512	94 020 — 94 079	31 814
1 453	90 480 — 90 539	30 246	1 513	94 080 — 94 139	31 840
1 454	90 540 — 90 599	30 272	1 514	94 140 — 94 199	31 866
1 455	90 600 — 90 659	30 298	1 515	94 200 — 94 259	31 894
1 456	90 660 — 90 719	30 326	1 516	94 260 — 94 319	31 920
1 457	90 720 — 90 779	30 352	1 517	94 320 — 94 379	31 946
1 458	90 780 — 90 839	30 378	1 518	94 380 — 94 439	31 974
1 459	90 840 — 90 899	30 404	1 519	94 440 — 94 499	32 000
1 460	90 900 — 90 959	30 430	1 520	94 500 — 94 559	32 026

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 521	94 560 — 94 619	32 054	1 581	100 320 — 100 439	34 638
1 522	94 620 — 94 679	32 080	1 582	100 440 — 100 559	34 692
1 523	94 680 — 94 739	32 106	1 583	100 560 — 100 679	34 746
1 524	94 740 — 94 799	32 134	1 584	100 680 — 100 799	34 800
1 525	94 800 — 94 859	32 160	1 585	100 800 — 100 919	34 856
1 526	94 860 — 94 919	32 188	1 586	100 920 — 101 039	34 910
1 527	94 920 — 94 979	32 214	1 587	101 040 — 101 159	34 964
1 528	94 980 — 95 039	32 240	1 588	101 160 — 101 279	35 018
1 529	95 040 — 95 099	32 268	1 589	101 280 — 101 399	35 072
1 530	95 100 — 95 159	32 294	1 590	101 400 — 101 519	35 126
1 531	95 160 — 95 219	32 320	1 591	101 520 — 101 639	35 182
1 532	95 220 — 95 279	32 348	1 592	101 640 — 101 759	35 236
1 533	95 280 — 95 339	32 374	1 593	101 760 — 101 879	35 290
1 534	95 340 — 95 399	32 402	1 594	101 880 — 101 999	35 344
1 535	95 400 — 95 459	32 428	1 595	102 000 — 102 119	35 398
1 536	95 460 — 95 519	32 454	1 596	102 120 — 102 239	35 454
1 537	95 520 — 95 579	32 482	1 597	102 240 — 102 359	35 508
1 538	95 580 — 95 639	32 508	1 598	102 360 — 102 479	35 562
1 539	95 640 — 95 699	32 536	1 599	102 480 — 102 599	35 616
1 540	95 700 — 95 759	32 562	1 600	102 600 — 102 719	35 672
1 541	95 760 — 95 819	32 588	1 601	102 720 — 102 839	35 726
1 542	95 820 — 95 879	32 616	1 602	102 840 — 102 959	35 780
1 543	95 880 — 95 939	32 642	1 603	102 960 — 103 079	35 834
1 544	95 940 — 95 999	32 670	1 604	103 080 — 103 199	35 890
1 545	96 000 — 96 119	32 696	1 605	103 200 — 103 319	35 944
1 546	96 120 — 96 239	32 750	1 606	103 320 — 103 439	35 998
1 547	96 240 — 96 359	32 804	1 607	103 440 — 103 559	36 054
1 548	96 360 — 96 479	32 858	1 608	103 560 — 103 679	36 108
1 549	96 480 — 96 599	32 910	1 609	103 680 — 103 799	36 162
1 550	96 600 — 96 719	32 964	1 610	103 800 — 103 919	36 218
1 551	96 720 — 96 839	33 018	1 611	103 920 — 104 039	36 272
1 552	96 840 — 96 959	33 072	1 612	104 040 — 104 159	36 326
1 553	96 960 — 97 079	33 126	1 613	104 160 — 104 279	36 382
1 554	97 080 — 97 199	33 180	1 614	104 280 — 104 399	36 436
1 555	97 200 — 97 319	33 234	1 615	104 400 — 104 519	36 490
1 556	97 320 — 97 439	33 288	1 616	104 520 — 104 639	36 546
1 557	97 440 — 97 559	33 342	1 617	104 640 — 104 759	36 600
1 558	97 560 — 97 679	33 394	1 618	104 760 — 104 879	36 656
1 559	97 680 — 97 799	33 448	1 619	104 880 — 104 999	36 710
1 560	97 800 — 97 919	33 502	1 620	105 000 — 105 119	36 764
1 561	97 920 — 98 039	33 556	1 621	105 120 — 105 239	36 820
1 562	98 040 — 98 159	33 610	1 622	105 240 — 105 359	36 874
1 563	98 160 — 98 279	33 664	1 623	105 360 — 105 479	36 930
1 564	98 280 — 98 399	33 718	1 624	105 480 — 105 599	36 984
1 565	98 400 — 98 519	33 772	1 625	105 600 — 105 719	37 040
1 566	98 520 — 98 639	33 826	1 626	105 720 — 105 839	37 094
1 567	98 640 — 98 759	33 880	1 627	105 840 — 105 959	37 150
1 568	98 760 — 98 879	33 934	1 628	105 960 — 106 079	37 204
1 569	98 880 — 98 999	33 988	1 629	106 080 — 106 199	37 260
1 570	99 000 — 99 119	34 042	1 630	106 200 — 106 319	37 314
1 571	99 120 — 99 239	34 096	1 631	106 320 — 106 439	37 370
1 572	99 240 — 99 359	34 150	1 632	106 440 — 106 559	37 424
1 573	99 360 — 99 479	34 204	1 633	106 560 — 106 679	37 480
1 574	99 480 — 99 599	34 258	1 634	106 680 — 106 799	37 534
1 575	99 600 — 99 719	34 312	1 635	106 800 — 106 919	37 590
1 576	99 720 — 99 839	34 368	1 636	106 920 — 107 039	37 644
1 577	99 840 — 99 959	34 422	1 637	107 040 — 107 159	37 700
1 578	99 960 — 100 079	34 476	1 638	107 160 — 107 279	37 754
1 579	100 080 — 100 199	34 530	1 639	107 280 — 107 399	37 810
1 580	100 200 — 100 319	34 584	1 640	107 400 — 107 519	37 864

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 641	107 520 — 107 639	37 920	1 701	114 720 — 114 839	41 256
1 642	107 640 — 107 759	37 976	1 702	114 840 — 114 959	41 312
1 643	107 760 — 107 879	38 030	1 703	114 960 — 115 079	41 368
1 644	107 880 — 107 999	38 086	1 704	115 080 — 115 199	41 424
1 645	108 000 — 108 119	38 140	1 705	115 200 — 115 319	41 480
1 646	108 120 — 108 239	38 196	1 706	115 320 — 115 439	41 536
1 647	108 240 — 108 359	38 252	1 707	115 440 — 115 559	41 592
1 648	108 360 — 108 479	38 306	1 708	115 560 — 115 679	41 648
1 649	108 480 — 108 599	38 362	1 709	115 680 — 115 799	41 704
1 650	108 600 — 108 719	38 416	1 710	115 800 — 115 919	41 760
1 651	108 720 — 108 839	38 472	1 711	115 920 — 116 039	41 816
1 652	108 840 — 108 959	38 528	1 712	116 040 — 116 159	41 872
1 653	108 960 — 109 079	38 582	1 713	116 160 — 116 279	41 928
1 654	109 080 — 109 199	38 638	1 714	116 280 — 116 399	41 984
1 655	109 200 — 109 319	38 694	1 715	116 400 — 116 519	42 042
1 656	109 320 — 109 439	38 748	1 716	116 520 — 116 639	42 098
1 657	109 440 — 109 559	38 804	1 717	116 640 — 116 759	42 154
1 658	109 560 — 109 679	38 860	1 718	116 760 — 116 879	42 210
1 659	109 680 — 109 799	38 916	1 719	116 880 — 116 999	42 266
1 660	109 800 — 109 919	38 970	1 720	117 000 — 117 119	42 322
1 661	109 920 — 110 039	39 026	1 721	117 120 — 117 239	42 378
1 662	110 040 — 110 159	39 082	1 722	117 240 — 117 359	42 434
1 663	110 160 — 110 279	39 136	1 723	117 360 — 117 479	42 492
1 664	110 280 — 110 399	39 192	1 724	117 480 — 117 599	42 548
1 665	110 400 — 110 519	39 248	1 725	117 600 — 117 719	42 604
1 666	110 520 — 110 639	39 304	1 726	117 720 — 117 839	42 660
1 667	110 640 — 110 759	39 358	1 727	117 840 — 117 959	42 716
1 668	110 760 — 110 879	39 414	1 728	117 960 — 118 079	42 774
1 669	110 880 — 110 999	39 470	1 729	118 080 — 118 199	42 830
1 670	111 000 — 111 119	39 526	1 730	118 200 — 118 319	42 886
1 671	111 120 — 111 239	39 582	1 731	118 320 — 118 439	42 942
1 672	111 240 — 111 359	39 636	1 732	118 440 — 118 559	42 998
1 673	111 360 — 111 479	39 692	1 733	118 560 — 118 679	43 056
1 674	111 480 — 111 599	39 748	1 734	118 680 — 118 799	43 112
1 675	111 600 — 111 719	39 804	1 735	118 800 — 118 919	43 168
1 676	111 720 — 111 839	39 860	1 736	118 920 — 119 039	43 224
1 677	111 840 — 111 959	39 914	1 737	119 040 — 119 159	43 282
1 678	111 960 — 112 079	39 970	1 738	119 160 — 119 279	43 338
1 679	112 080 — 112 199	40 026	1 739	119 280 — 119 399	43 394
1 680	112 200 — 112 319	40 082	1 740	119 400 — 119 519	43 450
1 681	112 320 — 112 439	40 138	1 741	119 520 — 119 639	43 508
1 682	112 440 — 112 559	40 194	1 742	119 640 — 119 759	43 564
1 683	112 560 — 112 679	40 250	1 743	119 760 — 119 879	43 620
1 684	112 680 — 112 799	40 306	1 744	119 880 — 119 999	43 678
1 685	112 800 — 112 919	40 360	1 745	120 000 — 120 119	43 734
1 686	112 920 — 113 039	40 416	1 746	120 120 — 120 239	43 790
1 687	113 040 — 113 159	40 472	1 747	120 240 — 120 359	43 848
1 688	113 160 — 113 279	40 528	1 748	120 360 — 120 479	43 904
1 689	113 280 — 113 399	40 584	1 749	120 480 — 120 599	43 960
1 690	113 400 — 113 519	40 640	1 750	120 600 — 120 719	44 018
1 691	113 520 — 113 639	40 696	1 751	120 720 — 120 839	44 074
1 692	113 640 — 113 759	40 752	1 752	120 840 — 120 959	44 130
1 693	113 760 — 113 879	40 808	1 753	120 960 — 121 079	44 188
1 694	113 880 — 113 999	40 864	1 754	121 080 — 121 199	44 244
1 695	114 000 — 114 119	40 920	1 755	121 200 — 121 319	44 300
1 696	114 120 — 114 239	40 976	1 756	121 320 — 121 439	44 358
1 697	114 240 — 114 359	41 032	1 757	121 440 — 121 559	44 414
1 698	114 360 — 114 479	41 088	1 758	121 560 — 121 679	44 470
1 699	114 480 — 114 599	41 144	1 759	121 680 — 121 799	44 528
1 700	114 600 — 114 719	41 200	1 760	121 800 — 121 919	44 584

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
1 761	121 920 — 122 039	44 642	1 821	129 120 — 129 239	48 074
1 762	122 040 — 122 159	44 698	1 822	129 240 — 129 359	48 132
1 763	122 160 — 122 279	44 756	1 823	129 360 — 129 479	48 190
1 764	122 280 — 122 399	44 812	1 824	129 480 — 129 599	48 248
1 765	122 400 — 122 519	44 868	1 825	129 600 — 129 719	48 304
1 766	122 520 — 122 639	44 926	1 826	129 720 — 129 839	48 362
1 767	122 640 — 122 759	44 982	1 827	129 840 — 129 959	48 420
1 768	122 760 — 122 879	45 040	1 828	129 960 — 130 079	48 478
1 769	122 880 — 122 999	45 096	1 829	130 080 — 130 199	48 536
1 770	123 000 — 123 119	45 154	1 830	130 200 — 130 319	48 594
1 771	123 120 — 123 239	45 210	1 831	130 320 — 130 439	48 650
1 772	123 240 — 123 359	45 268	1 832	130 440 — 130 559	48 708
1 773	123 360 — 123 479	45 324	1 833	130 560 — 130 679	48 766
1 774	123 480 — 123 599	45 382	1 834	130 680 — 130 799	48 824
1 775	123 600 — 123 719	45 438	1 835	130 800 — 130 919	48 882
1 776	123 720 — 123 839	45 496	1 836	130 920 — 131 039	48 940
1 777	123 840 — 123 959	45 552	1 837	131 040 — 131 159	48 998
1 778	123 960 — 124 079	45 610	1 838	131 160 — 131 279	49 056
1 779	124 080 — 124 199	45 666	1 839	131 280 — 131 399	49 112
1 780	124 200 — 124 319	45 724	1 840	131 400 — 131 519	49 170
1 781	124 320 — 124 439	45 780	1 841	131 520 — 131 639	49 228
1 782	124 440 — 124 559	45 838	1 842	131 640 — 131 759	49 286
1 783	124 560 — 124 679	45 894	1 843	131 760 — 131 879	49 344
1 784	124 680 — 124 799	45 952	1 844	131 880 — 131 999	49 402
1 785	124 800 — 124 919	46 010	1 845	132 000 — 132 119	49 460
1 786	124 920 — 125 039	46 066	1 846	132 120 — 132 239	49 518
1 787	125 040 — 125 159	46 124	1 847	132 240 — 132 359	49 576
1 788	125 160 — 125 279	46 180	1 848	132 360 — 132 479	49 634
1 789	125 280 — 125 399	46 238	1 849	132 480 — 132 599	49 692
1 790	125 400 — 125 519	46 296	1 850	132 600 — 132 719	49 750
1 791	125 520 — 125 639	46 352	1 851	132 720 — 132 839	49 808
1 792	125 640 — 125 759	46 410	1 852	132 840 — 132 959	49 866
1 793	125 760 — 125 879	46 466	1 853	132 960 — 133 079	49 924
1 794	125 880 — 125 999	46 524	1 854	133 080 — 133 199	49 982
1 795	126 000 — 126 119	46 582	1 855	133 200 — 133 319	50 040
1 796	126 120 — 126 239	46 638	1 856	133 320 — 133 439	50 098
1 797	126 240 — 126 359	46 696	1 857	133 440 — 133 559	50 156
1 798	126 360 — 126 479	46 754	1 858	133 560 — 133 679	50 214
1 799	126 480 — 126 599	46 810	1 859	133 680 — 133 799	50 272
1 800	126 600 — 126 719	46 868	1 860	133 800 — 133 919	50 330
1 801	126 720 — 126 839	46 926	1 861	133 920 — 134 039	50 388
1 802	126 840 — 126 959	46 982	1 862	134 040 — 134 159	50 446
1 803	126 960 — 127 079	47 040	1 863	134 160 — 134 279	50 504
1 804	127 080 — 127 199	47 098	1 864	134 280 — 134 399	50 562
1 805	127 200 — 127 319	47 154	1 865	134 400 — 134 519	50 620
1 806	127 320 — 127 439	47 212	1 866	134 520 — 134 639	50 678
1 807	127 440 — 127 559	47 270	1 867	134 640 — 134 759	50 736
1 808	127 560 — 127 679	47 326	1 868	134 760 — 134 879	50 794
1 809	127 680 — 127 799	47 384	1 869	134 880 — 134 999	50 852
1 810	127 800 — 127 919	47 442	1 870	135 000 — 135 119	50 910
1 811	127 920 — 128 039	47 500	1 871	135 120 — 135 239	50 968
1 812	128 040 — 128 159	47 556	1 872	135 240 — 135 359	51 026
1 813	128 160 — 128 279	47 614	1 873	135 360 — 135 479	51 086
1 814	128 280 — 128 399	47 672	1 874	135 480 — 135 599	51 144
1 815	128 400 — 128 519	47 730	1 875	135 600 — 135 719	51 202
1 816	128 520 — 128 639	47 786	1 876	135 720 — 135 839	51 260
1 817	128 640 — 128 759	47 844	1 877	135 840 — 135 959	51 318
1 818	128 760 — 128 879	47 902	1 878	135 960 — 136 079	51 376
1 819	128 880 — 128 999	47 960	1 879	136 080 — 136 199	51 434
1 820	129 000 — 129 119	48 016	1 880	136 200 — 136 319	51 492

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
1 881	136 320 — 136 439	51 550	1 941	143 520 — 143 639	55 068
1 882	136 440 — 136 559	51 610	1 942	143 640 — 143 759	55 126
1 883	136 560 — 136 679	51 668	1 943	143 760 — 143 879	55 186
1 884	136 680 — 136 799	51 726	1 944	143 880 — 143 999	55 244
1 885	136 800 — 136 919	51 784	1 945	144 000 — 144 119	55 304
1 886	136 920 — 137 039	51 842	1 946	144 120 — 144 239	55 362
1 887	137 040 — 137 159	51 900	1 947	144 240 — 144 359	55 422
1 888	137 160 — 137 279	51 960	1 948	144 360 — 144 479	55 480
1 889	137 280 — 137 399	52 018	1 949	144 480 — 144 599	55 540
1 890	137 400 — 137 519	52 076	1 950	144 600 — 144 719	55 598
1 891	137 520 — 137 639	52 134	1 951	144 720 — 144 839	55 658
1 892	137 640 — 137 759	52 192	1 952	144 840 — 144 959	55 716
1 893	137 760 — 137 879	52 252	1 953	144 960 — 145 079	55 776
1 894	137 880 — 137 999	52 310	1 954	145 080 — 145 199	55 834
1 895	138 000 — 138 119	52 368	1 955	145 200 — 145 319	55 894
1 896	138 120 — 138 239	52 426	1 956	145 320 — 145 439	55 952
1 897	138 240 — 138 359	52 486	1 957	145 440 — 145 559	56 012
1 898	138 360 — 138 479	52 544	1 958	145 560 — 145 679	56 072
1 899	138 480 — 138 599	52 602	1 959	145 680 — 145 799	56 130
1 900	138 600 — 138 719	52 660	1 960	145 800 — 145 919	56 190
1 901	138 720 — 138 839	52 718	1 961	145 920 — 146 039	56 248
1 902	138 840 — 138 959	52 778	1 962	146 040 — 146 159	56 308
1 903	138 960 — 139 079	52 836	1 963	146 160 — 146 279	56 366
1 904	139 080 — 139 199	52 894	1 964	146 280 — 146 399	56 426
1 905	139 200 — 139 319	52 954	1 965	146 400 — 146 519	56 486
1 906	139 320 — 139 439	53 012	1 966	146 520 — 146 639	56 544
1 907	139 440 — 139 559	53 070	1 967	146 640 — 146 759	56 604
1 908	139 560 — 139 679	53 128	1 968	146 760 — 146 879	56 662
1 909	139 680 — 139 799	53 188	1 969	146 880 — 146 999	56 722
1 910	139 800 — 139 919	53 246	1 970	147 000 — 147 119	56 782
1 911	139 920 — 140 039	53 304	1 971	147 120 — 147 239	56 840
1 912	140 040 — 140 159	53 364	1 972	147 240 — 147 359	56 900
1 913	140 160 — 140 279	53 422	1 973	147 360 — 147 479	56 958
1 914	140 280 — 140 399	53 480	1 974	147 480 — 147 599	57 018
1 915	140 400 — 140 519	53 540	1 975	147 600 — 147 719	57 078
1 916	140 520 — 140 639	53 598	1 976	147 720 — 147 839	57 136
1 917	140 640 — 140 759	53 656	1 977	147 840 — 147 959	57 196
1 918	140 760 — 140 879	53 716	1 978	147 960 — 148 079	57 256
1 919	140 880 — 140 999	53 774	1 979	148 080 — 148 199	57 314
1 920	141 000 — 141 119	53 832	1 980	148 200 — 148 319	57 374
1 921	141 120 — 141 239	53 892	1 981	148 320 — 148 439	57 434
1 922	141 240 — 141 359	53 950	1 982	148 440 — 148 559	57 492
1 923	141 360 — 141 479	54 008	1 983	148 560 — 148 679	57 552
1 924	141 480 — 141 599	54 068	1 984	148 680 — 148 799	57 612
1 925	141 600 — 141 719	54 126	1 985	148 800 — 148 919	57 670
1 926	141 720 — 141 839	54 186	1 986	148 920 — 149 039	57 730
1 927	141 840 — 141 959	54 244	1 987	149 040 — 149 159	57 790
1 928	141 960 — 142 079	54 302	1 988	149 160 — 149 279	57 848
1 929	142 080 — 142 199	54 362	1 989	149 280 — 149 399	57 908
1 930	142 200 — 142 319	54 420	1 990	149 400 — 149 519	57 968
1 931	142 320 — 142 439	54 480	1 991	149 520 — 149 639	58 026
1 932	142 440 — 142 559	54 538	1 992	149 640 — 149 759	58 086
1 933	142 560 — 142 679	54 596	1 993	149 760 — 149 879	58 146
1 934	142 680 — 142 799	54 656	1 994	149 880 — 149 999	58 206
1 935	142 800 — 142 919	54 714	1 995	150 000 — 150 119	58 264
1 936	142 920 — 143 039	54 774	1 996	150 120 — 150 239	58 324
1 937	143 040 — 143 159	54 832	1 997	150 240 — 150 359	58 384
1 938	143 160 — 143 279	54 892	1 998	150 360 — 150 479	58 444
1 939	143 280 — 143 399	54 950	1 999	150 480 — 150 599	58 502
1 940	143 400 — 143 519	55 008	2 000	150 600 — 150 719	58 562

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Nr. Lfd.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 001	150 720 — 150 839	58 622	2 061	157 920 — 158 039	62 210
2 002	150 840 — 150 959	58 682	2 062	158 040 — 158 159	62 270
2 003	150 960 — 151 079	58 740	2 063	158 160 — 158 279	62 330
2 004	151 080 — 151 199	58 800	2 064	158 280 — 158 399	62 390
2 005	151 200 — 151 319	58 860	2 065	158 400 — 158 519	62 450
2 006	151 320 — 151 439	58 920	2 066	158 520 — 158 639	62 510
2 007	151 440 — 151 559	58 978	2 067	158 640 — 158 759	62 570
2 008	151 560 — 151 679	59 038	2 068	158 760 — 158 879	62 630
2 009	151 680 — 151 799	59 098	2 069	158 880 — 158 999	62 690
2 010	151 800 — 151 919	59 158	2 070	159 000 — 159 119	62 750
2 011	151 920 — 152 039	59 218	2 071	159 120 — 159 239	62 810
2 012	152 040 — 152 159	59 276	2 072	159 240 — 159 359	62 870
2 013	152 160 — 152 279	59 336	2 073	159 360 — 159 479	62 930
2 014	152 280 — 152 399	59 396	2 074	159 480 — 159 599	62 990
2 015	152 400 — 152 519	59 456	2 075	159 600 — 159 719	63 050
2 016	152 520 — 152 639	59 516	2 076	159 720 — 159 839	63 110
2 017	152 640 — 152 759	59 576	2 077	159 840 — 159 959	63 170
2 018	152 760 — 152 879	59 634	2 078	159 960 — 160 079	63 232
2 019	152 880 — 152 999	59 694	2 079	160 080 — 160 199	63 292
2 020	153 000 — 153 119	59 754	2 080	160 200 — 160 319	63 352
2 021	153 120 — 153 239	59 814	2 081	160 320 — 160 439	63 412
2 022	153 240 — 153 359	59 874	2 082	160 440 — 160 559	63 472
2 023	153 360 — 153 479	59 934	2 083	160 560 — 160 679	63 532
2 024	153 480 — 153 599	59 994	2 084	160 680 — 160 799	63 592
2 025	153 600 — 153 719	60 052	2 085	160 800 — 160 919	63 652
2 026	153 720 — 153 839	60 112	2 086	160 920 — 161 039	63 712
2 027	153 840 — 153 959	60 172	2 087	161 040 — 161 159	63 774
2 028	153 960 — 154 079	60 232	2 088	161 160 — 161 279	63 834
2 029	154 080 — 154 199	60 292	2 089	161 280 — 161 399	63 894
2 030	154 200 — 154 319	60 352	2 090	161 400 — 161 519	63 954
2 031	154 320 — 154 439	60 412	2 091	161 520 — 161 639	64 014
2 032	154 440 — 154 559	60 472	2 092	161 640 — 161 759	64 074
2 033	154 560 — 154 679	60 530	2 093	161 760 — 161 879	64 134
2 034	154 680 — 154 799	60 590	2 094	161 880 — 161 999	64 196
2 035	154 800 — 154 919	60 650	2 095	162 000 — 162 119	64 256
2 036	154 920 — 155 039	60 710	2 096	162 120 — 162 239	64 316
2 037	155 040 — 155 159	60 770	2 097	162 240 — 162 359	64 376
2 038	155 160 — 155 279	60 830	2 098	162 360 — 162 479	64 436
2 039	155 280 — 155 399	60 890	2 099	162 480 — 162 599	64 496
2 040	155 400 — 155 519	60 950	2 100	162 600 — 162 719	64 558
2 041	155 520 — 155 639	61 010	2 101	162 720 — 162 839	64 618
2 042	155 640 — 155 759	61 070	2 102	162 840 — 162 959	64 678
2 043	155 760 — 155 879	61 130	2 103	162 960 — 163 079	64 738
2 044	155 880 — 155 999	61 190	2 104	163 080 — 163 199	64 798
2 045	156 000 — 156 119	61 250	2 105	163 200 — 163 319	64 860
2 046	156 120 — 156 239	61 310	2 106	163 320 — 163 439	64 920
2 047	156 240 — 156 359	61 370	2 107	163 440 — 163 559	64 980
2 048	156 360 — 156 479	61 430	2 108	163 560 — 163 679	65 040
2 049	156 480 — 156 599	61 490	2 109	163 680 — 163 799	65 100
2 050	156 600 — 156 719	61 550	2 110	163 800 — 163 919	65 162
2 051	156 720 — 156 839	61 608	2 111	163 920 — 164 039	65 222
2 052	156 840 — 156 959	61 668	2 112	164 040 — 164 159	65 282
2 053	156 960 — 157 079	61 728	2 113	164 160 — 164 279	65 342
2 054	157 080 — 157 199	61 788	2 114	164 280 — 164 399	65 404
2 055	157 200 — 157 319	61 848	2 115	164 400 — 164 519	65 464
2 056	157 320 — 157 439	61 908	2 116	164 520 — 164 639	65 524
2 057	157 440 — 157 559	61 968	2 117	164 640 — 164 759	65 584
2 058	157 560 — 157 679	62 028	2 118	164 760 — 164 879	65 646
2 059	157 680 — 157 799	62 088	2 119	164 880 — 164 999	65 706
2 060	157 800 — 157 919	62 150	2 120	165 000 — 165 119	65 766

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 121	165 120 — 165 239	65 826	2 181	172 320 — 172 439	69 472
2 122	165 240 — 165 359	65 888	2 182	172 440 — 172 559	69 532
2 123	165 360 — 165 479	65 948	2 183	172 560 — 172 679	69 594
2 124	165 480 — 165 599	66 008	2 184	172 680 — 172 799	69 654
2 125	165 600 — 165 719	66 068	2 185	172 800 — 172 919	69 714
2 126	165 720 — 165 839	66 130	2 186	172 920 — 173 039	69 776
2 127	165 840 — 165 959	66 190	2 187	173 040 — 173 159	69 836
2 128	165 960 — 166 079	66 250	2 188	173 160 — 173 279	69 898
2 129	166 080 — 166 199	66 312	2 189	173 280 — 173 399	69 958
2 130	166 200 — 166 319	66 372	2 190	173 400 — 173 519	70 020
2 131	166 320 — 166 439	66 432	2 191	173 520 — 173 639	70 080
2 132	166 440 — 166 559	66 492	2 192	173 640 — 173 759	70 142
2 133	166 560 — 166 679	66 554	2 193	173 760 — 173 879	70 202
2 134	166 680 — 166 799	66 614	2 194	173 880 — 173 999	70 264
2 135	166 800 — 166 919	66 674	2 195	174 000 — 174 119	70 324
2 136	166 920 — 167 039	66 736	2 196	174 120 — 174 239	70 386
2 137	167 040 — 167 159	66 796	2 197	174 240 — 174 359	70 448
2 138	167 160 — 167 279	66 856	2 198	174 360 — 174 479	70 508
2 139	167 280 — 167 399	66 918	2 199	174 480 — 174 599	70 570
2 140	167 400 — 167 519	66 978	2 200	174 600 — 174 719	70 630
2 141	167 520 — 167 639	67 038	2 201	174 720 — 174 839	70 692
2 142	167 640 — 167 759	67 100	2 202	174 840 — 174 959	70 752
2 143	167 760 — 167 879	67 160	2 203	174 960 — 175 079	70 814
2 144	167 880 — 167 999	67 220	2 204	175 080 — 175 199	70 874
2 145	168 000 — 168 119	67 282	2 205	175 200 — 175 319	70 936
2 146	168 120 — 168 239	67 342	2 206	175 320 — 175 439	70 996
2 147	168 240 — 168 359	67 402	2 207	175 440 — 175 559	71 058
2 148	168 360 — 168 479	67 464	2 208	175 560 — 175 679	71 118
2 149	168 480 — 168 599	67 524	2 209	175 680 — 175 799	71 180
2 150	168 600 — 168 719	67 584	2 210	175 800 — 175 919	71 242
2 151	168 720 — 168 839	67 646	2 211	175 920 — 176 039	71 302
2 152	168 840 — 168 959	67 706	2 212	176 040 — 176 159	71 364
2 153	168 960 — 169 079	67 768	2 213	176 160 — 176 279	71 424
2 154	169 080 — 169 199	67 828	2 214	176 280 — 176 399	71 486
2 155	169 200 — 169 319	67 888	2 215	176 400 — 176 519	71 546
2 156	169 320 — 169 439	67 950	2 216	176 520 — 176 639	71 608
2 157	169 440 — 169 559	68 010	2 217	176 640 — 176 759	71 670
2 158	169 560 — 169 679	68 072	2 218	176 760 — 176 879	71 730
2 159	169 680 — 169 799	68 132	2 219	176 880 — 176 999	71 792
2 160	169 800 — 169 919	68 192	2 220	177 000 — 177 119	71 852
2 161	169 920 — 170 039	68 254	2 221	177 120 — 177 239	71 914
2 162	170 040 — 170 159	68 314	2 222	177 240 — 177 359	71 976
2 163	170 160 — 170 279	68 376	2 223	177 360 — 177 479	72 036
2 164	170 280 — 170 399	68 436	2 224	177 480 — 177 599	72 098
2 165	170 400 — 170 519	68 496	2 225	177 600 — 177 719	72 158
2 166	170 520 — 170 639	68 558	2 226	177 720 — 177 839	72 220
2 167	170 640 — 170 759	68 618	2 227	177 840 — 177 959	72 282
2 168	170 760 — 170 879	68 680	2 228	177 960 — 178 079	72 342
2 169	170 880 — 170 999	68 740	2 229	178 080 — 178 199	72 404
2 170	171 000 — 171 119	68 802	2 230	178 200 — 178 319	72 464
2 171	171 120 — 171 239	68 862	2 231	178 320 — 178 439	72 526
2 172	171 240 — 171 359	68 922	2 232	178 440 — 178 559	72 588
2 173	171 360 — 171 479	68 984	2 233	178 560 — 178 679	72 648
2 174	171 480 — 171 599	69 044	2 234	178 680 — 178 799	72 710
2 175	171 600 — 171 719	69 106	2 235	178 800 — 178 919	72 772
2 176	171 720 — 171 839	69 166	2 236	178 920 — 179 039	72 832
2 177	171 840 — 171 959	69 228	2 237	179 040 — 179 159	72 894
2 178	171 960 — 172 079	69 288	2 238	179 160 — 179 279	72 956
2 179	172 080 — 172 199	69 350	2 239	179 280 — 179 399	73 016
2 180	172 200 — 172 319	69 410	2 240	179 400 — 179 519	73 078

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 241	179 520 — 179 639	73 140	2 301	186 720 — 186 839	76 828
2 242	179 640 — 179 759	73 200	2 302	186 840 — 186 959	76 888
2 243	179 760 — 179 879	73 262	2 303	186 960 — 187 079	76 950
2 244	179 880 — 179 999	73 322	2 304	187 080 — 187 199	77 012
2 245	180 000 — 180 119	73 384	2 305	187 200 — 187 319	77 074
2 246	180 120 — 180 239	73 446	2 306	187 320 — 187 439	77 136
2 247	180 240 — 180 359	73 506	2 307	187 440 — 187 559	77 196
2 248	180 360 — 180 479	73 568	2 308	187 560 — 187 679	77 258
2 249	180 480 — 180 599	73 630	2 309	187 680 — 187 799	77 320
2 250	180 600 — 180 719	73 692	2 310	187 800 — 187 919	77 382
2 251	180 720 — 180 839	73 752	2 311	187 920 — 188 039	77 444
2 252	180 840 — 180 959	73 814	2 312	188 040 — 188 159	77 506
2 253	180 960 — 181 079	73 876	2 313	188 160 — 188 279	77 566
2 254	181 080 — 181 199	73 936	2 314	188 280 — 188 399	77 628
2 255	181 200 — 181 319	73 998	2 315	188 400 — 188 519	77 690
2 256	181 320 — 181 439	74 060	2 316	188 520 — 188 639	77 752
2 257	181 440 — 181 559	74 120	2 317	188 640 — 188 759	77 814
2 258	181 560 — 181 679	74 182	2 318	188 760 — 188 879	77 876
2 259	181 680 — 181 799	74 244	2 319	188 880 — 188 999	77 936
2 260	181 800 — 181 919	74 304	2 320	189 000 — 189 119	77 998
2 261	181 920 — 182 039	74 366	2 321	189 120 — 189 239	78 060
2 262	182 040 — 182 159	74 428	2 322	189 240 — 189 359	78 122
2 263	182 160 — 182 279	74 490	2 323	189 360 — 189 479	78 184
2 264	182 280 — 182 399	74 550	2 324	189 480 — 189 599	78 246
2 265	182 400 — 182 519	74 612	2 325	189 600 — 189 719	78 308
2 266	182 520 — 182 639	74 674	2 326	189 720 — 189 839	78 368
2 267	182 640 — 182 759	74 734	2 327	189 840 — 189 959	78 430
2 268	182 760 — 182 879	74 796	2 328	189 960 — 190 079	78 492
2 269	182 880 — 182 999	74 858	2 329	190 080 — 190 199	78 554
2 270	183 000 — 183 119	74 920	2 330	190 200 — 190 319	78 616
2 271	183 120 — 183 239	74 980	2 331	190 320 — 190 439	78 678
2 272	183 240 — 183 359	75 042	2 332	190 440 — 190 559	78 740
2 273	183 360 — 183 479	75 104	2 333	190 560 — 190 679	78 802
2 274	183 480 — 183 599	75 166	2 334	190 680 — 190 799	78 862
2 275	183 600 — 183 719	75 226	2 335	190 800 — 190 919	78 924
2 276	183 720 — 183 839	75 288	2 336	190 920 — 191 039	78 986
2 277	183 840 — 183 959	75 350	2 337	191 040 — 191 159	79 048
2 278	183 960 — 184 079	75 412	2 338	191 160 — 191 279	79 110
2 279	184 080 — 184 199	75 472	2 339	191 280 — 191 399	79 172
2 280	184 200 — 184 319	75 534	2 340	191 400 — 191 519	79 234
2 281	184 320 — 184 439	75 596	2 341	191 520 — 191 639	79 296
2 282	184 440 — 184 559	75 658	2 342	191 640 — 191 759	79 358
2 283	184 560 — 184 679	75 718	2 343	191 760 — 191 879	79 418
2 284	184 680 — 184 799	75 780	2 344	191 880 — 191 999	79 480
2 285	184 800 — 184 919	75 842	2 345	192 000 — 192 119	79 542
2 286	184 920 — 185 039	75 904	2 346	192 120 — 192 239	79 604
2 287	185 040 — 185 159	75 964	2 347	192 240 — 192 359	79 666
2 288	185 160 — 185 279	76 026	2 348	192 360 — 192 479	79 728
2 289	185 280 — 185 399	76 088	2 349	192 480 — 192 599	79 790
2 290	185 400 — 185 519	76 150	2 350	192 600 — 192 719	79 852
2 291	185 520 — 185 639	76 212	2 351	192 720 — 192 839	79 914
2 292	185 640 — 185 759	76 272	2 352	192 840 — 192 959	79 976
2 293	185 760 — 185 879	76 334	2 353	192 960 — 193 079	80 038
2 294	185 880 — 185 999	76 396	2 354	193 080 — 193 199	80 098
2 295	186 000 — 186 119	76 458	2 355	193 200 — 193 319	80 160
2 296	186 120 — 186 239	76 520	2 356	193 320 — 193 439	80 222
2 297	186 240 — 186 359	76 580	2 357	193 440 — 193 559	80 284
2 298	186 360 — 186 479	76 642	2 358	193 560 — 193 679	80 346
2 299	186 480 — 186 599	76 704	2 359	193 680 — 193 799	80 408
2 300	186 600 — 186 719	76 766	2 360	193 800 — 193 919	80 470

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommen- steuer DM
	von — bis			von — bis	
2 361	193 920 — 194 039	80 532	2 421	201 120 — 201 239	84 250
2 362	194 040 — 194 159	80 594	2 422	201 240 — 201 359	84 312
2 363	194 160 — 194 279	80 656	2 423	201 360 — 201 479	84 374
2 364	194 280 — 194 399	80 718	2 424	201 480 — 201 599	84 436
2 365	194 400 — 194 519	80 780	2 425	201 600 — 201 719	84 498
2 366	194 520 — 194 639	80 842	2 426	201 720 — 201 839	84 560
2 367	194 640 — 194 759	80 904	2 427	201 840 — 201 959	84 622
2 368	194 760 — 194 879	80 966	2 428	201 960 — 202 079	84 684
2 369	194 880 — 194 999	81 026	2 429	202 080 — 202 199	84 746
2 370	195 000 — 195 119	81 088	2 430	202 200 — 202 319	84 808
2 371	195 120 — 195 239	81 150	2 431	202 320 — 202 439	84 870
2 372	195 240 — 195 359	81 212	2 432	202 440 — 202 559	84 934
2 373	195 360 — 195 479	81 274	2 433	202 560 — 202 679	84 996
2 374	195 480 — 195 599	81 336	2 434	202 680 — 202 799	85 058
2 375	195 600 — 195 719	81 398	2 435	202 800 — 202 919	85 120
2 376	195 720 — 195 839	81 460	2 436	202 920 — 203 039	85 182
2 377	195 840 — 195 959	81 522	2 437	203 040 — 203 159	85 244
2 378	195 960 — 196 079	81 584	2 438	203 160 — 203 279	85 306
2 379	196 080 — 196 199	81 646	2 439	203 280 — 203 399	85 368
2 380	196 200 — 196 319	81 708	2 440	203 400 — 203 519	85 430
2 381	196 320 — 196 439	81 770	2 441	203 520 — 203 639	85 492
2 382	196 440 — 196 559	81 832	2 442	203 640 — 203 759	85 554
2 383	196 560 — 196 679	81 894	2 443	203 760 — 203 879	85 616
2 384	196 680 — 196 799	81 956	2 444	203 880 — 203 999	85 678
2 385	196 800 — 196 919	82 018	2 445	204 000 — 204 119	85 740
2 386	196 920 — 197 039	82 080	2 446	204 120 — 204 239	85 802
2 387	197 040 — 197 159	82 142	2 447	204 240 — 204 359	85 864
2 388	197 160 — 197 279	82 204	2 448	204 360 — 204 479	85 926
2 389	197 280 — 197 399	82 266	2 449	204 480 — 204 599	85 988
2 390	197 400 — 197 519	82 328	2 450	204 600 — 204 719	86 052
2 391	197 520 — 197 639	82 390	2 451	204 720 — 204 839	86 114
2 392	197 640 — 197 759	82 452	2 452	204 840 — 204 959	86 176
2 393	197 760 — 197 879	82 514	2 453	204 960 — 205 079	86 238
2 394	197 880 — 197 999	82 576	2 454	205 080 — 205 199	86 300
2 395	198 000 — 198 119	82 638	2 455	205 200 — 205 319	86 362
2 396	198 120 — 198 239	82 700	2 456	205 320 — 205 439	86 424
2 397	198 240 — 198 359	82 762	2 457	205 440 — 205 559	86 486
2 398	198 360 — 198 479	82 824	2 458	205 560 — 205 679	86 548
2 399	198 480 — 198 599	82 886	2 459	205 680 — 205 799	86 610
2 400	198 600 — 198 719	82 948	2 460	205 800 — 205 919	86 672
2 401	198 720 — 198 839	83 010	2 461	205 920 — 206 039	86 734
2 402	198 840 — 198 959	83 072	2 462	206 040 — 206 159	86 796
2 403	198 960 — 199 079	83 134	2 463	206 160 — 206 279	86 860
2 404	199 080 — 199 199	83 196	2 464	206 280 — 206 399	86 922
2 405	199 200 — 199 319	83 258	2 465	206 400 — 206 519	86 984
2 406	199 320 — 199 439	83 320	2 466	206 520 — 206 639	87 046
2 407	199 440 — 199 559	83 382	2 467	206 640 — 206 759	87 108
2 408	199 560 — 199 679	83 444	2 468	206 760 — 206 879	87 170
2 409	199 680 — 199 799	83 506	2 469	206 880 — 206 999	87 232
2 410	199 800 — 199 919	83 568	2 470	207 000 — 207 119	87 294
2 411	199 920 — 200 039	83 630	2 471	207 120 — 207 239	87 356
2 412	200 040 — 200 159	83 692	2 472	207 240 — 207 359	87 418
2 413	200 160 — 200 279	83 754	2 473	207 360 — 207 479	87 480
2 414	200 280 — 200 399	83 816	2 474	207 480 — 207 599	87 544
2 415	200 400 — 200 519	83 878	2 475	207 600 — 207 719	87 606
2 416	200 520 — 200 639	83 940	2 476	207 720 — 207 839	87 668
2 417	200 640 — 200 759	84 002	2 477	207 840 — 207 959	87 730
2 418	200 760 — 200 879	84 064	2 478	207 960 — 208 079	87 792
2 419	200 880 — 200 999	84 126	2 479	208 080 — 208 199	87 854
2 420	201 000 — 201 119	84 188	2 480	208 200 — 208 319	87 916

Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM	Lfd. Nr.	Zu versteuernder Einkommensbetrag DM	Einkommensteuer DM
	von — bis			von — bis	
2 481	208 320 — 208 439	87 978	2 530	214 200 — 214 319	91 028
2 482	208 440 — 208 559	88 040	2 531	214 320 — 214 439	91 090
2 483	208 560 — 208 679	88 102	2 532	214 440 — 214 559	91 152
2 484	208 680 — 208 799	88 166	2 533	214 560 — 214 679	91 216
2 485	208 800 — 208 919	88 228	2 534	214 680 — 214 799	91 278
2 486	208 920 — 209 039	88 290	2 535	214 800 — 214 919	91 340
2 487	209 040 — 209 159	88 352	2 536	214 920 — 215 039	91 402
2 488	209 160 — 209 279	88 414	2 537	215 040 — 215 159	91 464
2 489	209 280 — 209 399	88 476	2 538	215 160 — 215 279	91 526
2 490	209 400 — 209 519	88 538	2 539	215 280 — 215 399	91 588
2 491	209 520 — 209 639	88 600	2 540	215 400 — 215 519	91 652
2 492	209 640 — 209 759	88 662			
2 493	209 760 — 209 879	88 726	2 541	215 520 — 215 639	91 714
2 494	209 880 — 209 999	88 788	2 542	215 640 — 215 759	91 776
2 495	210 000 — 210 119	88 850	2 543	215 760 — 215 879	91 838
2 496	210 120 — 210 239	88 912	2 544	215 880 — 215 999	91 900
2 497	210 240 — 210 359	88 974	2 545	216 000 — 216 119	91 962
2 498	210 360 — 210 479	89 036	2 546	216 120 — 216 239	92 024
2 499	210 480 — 210 599	89 098	2 547	216 240 — 216 359	92 088
2 500	210 600 — 210 719	89 160	2 548	216 360 — 216 479	92 150
			2 549	216 480 — 216 599	92 212
2 501	210 720 — 210 839	89 222	2 550	216 600 — 216 719	92 274
2 502	210 840 — 210 959	89 286	2 551	216 720 — 216 839	92 336
2 503	210 960 — 211 079	89 348	2 552	216 840 — 216 959	92 398
2 504	211 080 — 211 199	89 410	2 553	216 960 — 217 079	92 460
2 505	211 200 — 211 319	89 472	2 554	217 080 — 217 199	92 524
2 506	211 320 — 211 439	89 534	2 555	217 200 — 217 319	92 586
2 507	211 440 — 211 559	89 596	2 556	217 320 — 217 439	92 648
2 508	211 560 — 211 679	89 658	2 557	217 440 — 217 559	92 710
2 509	211 680 — 211 799	89 720	2 558	217 560 — 217 679	92 772
2 510	211 800 — 211 919	89 784	2 559	217 680 — 217 799	92 834
2 511	211 920 — 212 039	89 846	2 560	217 800 — 217 919	92 898
2 512	212 040 — 212 159	89 908			
2 513	212 160 — 212 279	89 970	2 561	217 920 — 218 039	92 960
2 514	212 280 — 212 399	90 032	2 562	218 040 — 218 159	93 022
2 515	212 400 — 212 519	90 094	2 563	218 160 — 218 279	93 084
2 516	212 520 — 212 639	90 156	2 564	218 280 — 218 399	93 146
2 517	212 640 — 212 759	90 218	2 565	218 400 — 218 519	93 208
2 518	212 760 — 212 879	90 282	2 566	218 520 — 218 639	93 270
2 519	212 880 — 212 999	90 344	2 567	218 640 — 218 759	93 334
2 520	213 000 — 213 119	90 406	2 568	218 760 — 218 879	93 396
			2 569	218 880 — 218 999	93 458
2 521	213 120 — 213 239	90 468	2 570	219 000 — 219 119	93 520
2 522	213 240 — 213 359	90 530	2 571	219 120 — 219 239	93 582
2 523	213 360 — 213 479	90 592	2 572	219 240 — 219 359	93 644
2 524	213 480 — 213 599	90 654	2 573	219 360 — 219 479	93 708
2 525	213 600 — 213 719	90 716	2 574	219 480 — 219 599	93 770
2 526	213 720 — 213 839	90 780	2 575	219 600 — 219 719	93 832
2 527	213 840 — 213 959	90 842	2 576	219 720 — 219 839	93 894
2 528	213 960 — 214 079	90 904	2 577	219 840 — 219 959	93 956
2 529	214 080 — 214 199	90 966	2 578	219 960 — 220 079	94 018

Für zu versteuernde Einkommensbeträge von 220 080 Deutsche Mark an beläuft sich die Einkommensteuer auf den um 22 562 Deutsche Mark verminderten Betrag von 53 vom Hundert des abgerundeten zu versteuernden Einkommensbetrags. Der zu versteuernde Einkommensbetrag ist auf den nächsten durch 120 ohne Rest teilbaren Betrag nach unten abzurunden, wenn er nicht bereits durch 120 ohne Rest teilbar ist.

Bei der Berechnung der Einkommensteuer sich ergebende Pfennigbeträge bleiben unberücksichtigt.

## Verordnung über die Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus

611-1-2

Vom 26. Januar 1937

Reichsgesetzbl. I S. 99

Auf Grund des § 12 der Reichsabgabenordnung und des § 29 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes wird hierdurch verordnet:\*

## § 1\*

**Grundsätzliche Regelung**

Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 des Einkommensteuergesetzes) wird der Nutzungswert der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus im Sinn des § 32 Abs. 1 Ziff. 4 der *Durchführungsbestimmungen zum Reichsbewertungsgesetz* vom 2. Februar 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 81) auf Grund des Einheitswerts des Grundstücks nach den Bestimmungen in den §§ 2 bis 4 bemessen.

## § 2

**Nutzungswert**

(1) Grundbetrag für den Nutzungswert der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus einschließlich der zugehörigen sonstigen Räume und Gärten (§ 21 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes) sind die folgenden Hundertsätze des maßgebenden Einheitswerts des Grundstücks (§ 3) anzusetzen:

1. 3 vom Hundert, wenn das Gebäude vor dem 1. Januar 1925 bezugsfertig geworden ist;
2. 3½ vom Hundert, wenn das Gebäude nach dem 31. Dezember 1924 bezugsfertig geworden ist.

(2) Von dem Grundbetrag sind bis zu seiner Höhe die Schuldzinsen abzusetzen, die mit der Nutzung des Grundstücks zu Wohnzwecken in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Einleitungssatz: § 12 AO i. d. F. d. § 21 Nr. 3 G v. 16. 10. 1934 I 925 u. d. § 28 Nr. 4 G v. 1. 12. 1936 I 961, § 29 Abs. 3 EStG v. 16. 10. 1934 I 1005 gleichlautend mit § 29 Abs. 3 EStG 611-1

§ 1: Durchführungsbestimmungen zum Reichsbewertungsg gem. Art. I Nr. 1 Buchst. a V v. 22. 11. 1939 I 2271 i. V. m. § 1 Nr. 1 G v. 16. 1. 1952 I 22 jetzt Durchführungsverordnung zum Bewertungsg (BewDV) 610-7

## § 3\*

**Maßgebender Einheitswert**

(1) Maßgebend ist der Einheitswert für den letzten Feststellungszeitpunkt (Hauptfeststellungs-, Fortschreibungs- oder Nachfeststellungszeitpunkt), der vor dem Beginn des Kalenderjahrs liegt oder mit dem Beginn des Kalenderjahrs zusammenfällt, für das der Nutzungswert der Wohnung zu ermitteln ist. Ist das Einfamilienhaus erst innerhalb des Kalenderjahrs bezugsfertig geworden, für das der Nutzungswert zu ermitteln ist, so ist der Einheitswert maßgebend, der zuerst für das Einfamilienhaus festgestellt wird. § 218 Abs. 2 und 4 und § 232 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung sind anzuwenden.

(2) Dient das Grundstück teilweise eigenen oder fremden gewerblichen, beruflichen oder öffentlichen Zwecken (§ 32 Abs. 1 Ziff. 4 letzter Satz der *Durchführungsbestimmungen zum Reichsbewertungsgesetz*), so vermindert sich der maßgebende Einheitswert um den Teil, der auf den gewerblich, beruflich oder öffentlich genutzten Teil des Grundstücks entfällt.

## § 4

**Geltungsbereich**

Die Bestimmungen dieser Verordnung sind nur auf Einfamilienhäuser anzuwenden, bei denen die gesamte Grundfläche nicht größer als das Zwanzigfache der bebauten Grundfläche ist. Auch wenn hiernach die Verordnung nicht anzuwenden ist, ist der Einkommensteuer mindestens ein Betrag zugrunde zu legen, der sich bei Anwendung der Verordnung nach § 2 ergeben würde, wenn die gesamte Grundfläche nicht größer als das Zwanzigfache der bebauten Grundfläche wäre.

## § 5

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung gilt erstmalig für die Einkommensteueranlagung für das Kalenderjahr 1936.

Der Reichsminister der Finanzen

§ 3 Abs. 1: AO 610-1

§ 3 Abs. 2: BewDV 610-7-1, siehe auch Fußnote zu § 1

## Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittsätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft\*

Vom 2. Juni 1949

WiGBI. S. 95

Auf Grund des Artikels XII des Anhangs zum Gesetz Nr. 64 zur vorläufigen Neuordnung von Steuern vom 22. Juni 1948 (Beilage Nr. 4 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Nr. 14 vom 26. Juli 1948) wird mit Zustimmung des Finanzausschusses des Wirtschaftsrates und mit Zustimmung des Finanzausschusses des Länderrates folgendes verordnet:

### § 1

#### Grundsätzliche Regelung

Der Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft wird auf Grund des Einheitswertes des land- und forstwirtschaftlichen Betriebs nach den folgenden Bestimmungen ermittelt, wenn

1. der Steuerpflichtige nicht zur Führung von Büchern verpflichtet ist;
2. ordnungsmäßige Bücher nicht geführt werden oder die Bücher sachliche Unrichtigkeiten vermuten lassen;
3. der Umsatz die von den Oberfinanzdirektionen oder den entsprechenden oberen Finanzbehörden zu bestimmende Grenze, die auf höchstens 40 000 Deutsche Mark festgesetzt werden darf, nicht übersteigt.

### § 2\*

#### Gewinn

(1) Bei Ermittlung des Gewinns ist als Grundbetrag der zwölfte Teil des maßgebenden Einheitswertes (§ 3) anzusetzen. Bei landwirtschaftlichen Betrieben, für die bei der Einheitsbewertung der Mindestwert nach § 33 des Bewertungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1035) und §§ 5 bis 7 der Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz vom 2. Februar 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 81) angesetzt ist, ist der Grundbetrag um fünf vom Hundert des Wohnungswerts (§ 6 der Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz) zu vermindern.

(2) Dem Grundbetrag sind hinzuzusetzen:

1. der Wert der Arbeitsleistung des Betriebsinhabers und seiner im Betrieb tätigen Familienangehörigen (§ 4),
2. vereinnahmte Pachtzinsen (§ 5 Abs. 2).

(3) Abzusetzen sind verausgabte Pachtzinsen (§ 5 Abs. 1) und diejenigen Schuldzinsen und sonstigen

dauernden Lasten (z. B. Altenteillasten), die Betriebsausgaben sind und nicht bereits bei Feststellung des Einheitswerts berücksichtigt worden sind.

### § 3\*

#### Maßgebender Einheitswert

(1) Maßgebend für die Gewinnermittlung nach § 2 ist grundsätzlich der Einheitswert auf den letzten Feststellungszeitpunkt (Hauptfeststellungs-, Fortschreibungs- oder Nachfeststellungszeitpunkt), der vor dem Beginn des Wirtschaftsjahrs liegt, für das der Gewinn zu ermitteln ist. Sind bei einer Fortschreibung oder Nachfeststellung die Umstände, die zu der Fortschreibung oder Nachfeststellung geführt haben, bereits vor Beginn des Wirtschaftsjahrs eingetreten, in das der Fortschreibungs- oder Nachfeststellungszeitpunkt fällt, so ist der fortgeschriebene oder nachträglich festgestellte Einheitswert bereits für den Gewinn dieses Wirtschaftsjahrs maßgebend. § 218 Abs. 2 und 4 und § 232 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung sind anzuwenden.

(2) Beim Pächter ist für die Zwecke der Gewinnermittlung der Einheitswert des eigenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebs um den Einheitswert für die zugepachteten land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen zu erhöhen. Besteht für die zugepachteten Flächen kein besonderer Einheitswert, so ist die Erhöhung nach dem Hektarsatz zu errechnen, der bei der Einheitsbewertung für den eigenen Betrieb zugrunde gelegt worden ist. Sind zugepachtete weinbaummäßig genutzte oder zu Sonderkulturen genutzte Flächen zusammen nicht größer als ein Viertel Hektar und die übrigen zugepachteten Flächen nicht größer als zwei Hektar, so ist der Einheitswert des eigenen Betriebs nicht zu erhöhen (vgl. § 5 Abs. 1).

(3) Beim Verpächter ist für die Gewinnermittlung nach dieser Verordnung der Einheitswert des land- und forstwirtschaftlichen Betriebs um den Teil zu vermindern, der auf die verpachteten Flächen entfällt. Das gilt nicht, wenn die verpachteten weinbaummäßig genutzten oder zu Sonderkulturen genutzten Flächen zusammen nicht größer als ein Viertel Hektar und die übrigen verpachteten Flächen nicht größer als zwei Hektar sind (vgl. § 5 Abs. 2).

(4) Land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen eines Betriebs, die bei der Einheitsbewertung nach § 51 des Bewertungsgesetzes dem Grundvermögen zugerechnet und mit dem gemeinen Wert bewertet worden sind (§ 53 des Bewertungsgesetzes, § 44 der Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz,

Text: Die Behördenbezeichnung „Oberfinanzpräsident“ gem. 1. DAFVG Anhang zu 600-1 geändert in „Oberfinanzdirektion“, siehe auch Nr. 2 der „Hinweise zur Benutzung dieser Lieferung“ S. 2

§ 2 Abs. 1: ReichsbewertungsG gem. § 1 G v. 16. 8. 1952 I 22 jetzt BewertungsgG (BewG) 610-7; Durchführungsbestimmungen zum ReichsbewertungsG gem. Art. I Nr. 1 Buchst. a V v. 22. 11. 1939 I 2271 i. V. m. § 1 G v. 16. 8. 1952 I 22 jetzt Durchführungsverordnung zum BewertungsgG (BewDV) 610-7-1

§ 3 Abs. 1: AO 610-1

§ 3 Abs. 4: ReichsbewertungsG gem. § 1 G v. 16. 8. 1952 I 22 jetzt BewertungsgG (BewG) 610-7; Durchführungsbestimmungen zum ReichsbewertungsG gem. Art. I Nr. 1 Buchst. a V v. 22. 11. 1939 I 2271 i. V. m. § 1 G v. 16. 8. 1952 I 22 jetzt Durchführungsverordnung zum BewertungsgG (BewDV) 610-7-1

sind für die Gewinnermittlung nach den Vorschriften über die Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens zu bewerten.

#### § 4

##### Bewertung der Arbeitsleistung

(1) Als Wert der Arbeitsleistung des Betriebsinhabers ist mindestens ein Betrag von 1200 Deutsche Mark anzusetzen. Dieser Betrag erhöhte sich, wenn der maßgebende Einheitswert (§ 3) 10 000 Deutsche Mark übersteigt. Für weibliche Betriebsinhaber beträgt der Wert der Arbeitsleistung zwei Drittel des für einen männlichen Betriebsinhaber anzusetzenden Betrags, wenn nicht die Leitung des Betriebs einer fremden Arbeitskraft übertragen ist.

(2) Bei den im Betrieb beschäftigten Familienangehörigen des Betriebsinhabers ist als Wert der Arbeitsleistung anzusetzen:

1. für männliche Familienangehörige ein Betrag in Höhe des halben ortsüblichen Arbeitslohns eines Knechts,
2. für weibliche Familienangehörige mit Ausnahme der Ehefrau des Betriebsinhabers ein Betrag in Höhe des halben ortsüblichen Arbeitslohns einer Magd.

Die Arbeitsleistung von Kindern unter 14 Jahren bleibt außer Betracht. Maßgebend für die Frage, ob ein Kind das 14. Lebensjahr vollendet hat, ist der Beginn des Wirtschaftsjahrs.

(3) Als Familienangehörige im Sinn des Absatzes 2 gelten Verwandte und Verschwägerter des Betriebsinhabers in gerader Linie und Stiefkinder, Adoptivkinder, Pflegekinder, Stiefeltern, Adoptiveltern und Pflegeeltern.

(4) Sind die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Personen nicht voll im Betrieb beschäftigt, so ist ein der Beschäftigung entsprechender Teil des nach den Absätzen 1 und 2 maßgebenden Werts der Arbeitsleistung anzusetzen.

(5) Die Arbeitsleistung der Ehefrau des Betriebsinhabers ist mit 600 Deutsche Mark zu bewerten. Dieser Betrag vermindert sich entsprechend, wenn weniger als die halbe Arbeitskraft der Ehefrau dem Betrieb gewidmet ist.

(6) Die näheren Bestimmungen über die für die Arbeitsleistung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen anzusetzenden Beträge treffen die Oberfinanzdirektionen oder die entsprechenden oberen Finanzbehörden.

#### § 5

##### Pachtzinsen

(1) Sind in den Pachtzinsen Steuern und sonstige bei Feststellung des Einheitswerts bereits berücksichtigte Lasten enthalten, die der Verpächter zu leisten hat, so sind nur die um diese Leistung verminderten Pachtzinsen (reine Pachtzinsen) abzugsfähig. Soweit die reinen Pachtzinsen den zwölften Teil des Einheitswerts des gepachteten Betriebs oder des auf die zugepachteten Flächen entfallenden Einheits-

werts übersteigen, sind sie nicht abzugsfähig. Sind zugepachtete weinbaumäßig genutzte oder zu Sonderkulturen genutzte Flächen zusammen nicht größer als ein Viertel Hektar und die übrigen zugepachteten Flächen nicht größer als zwei Hektar, so dürfen Pachtzinsen nicht abgezogen werden (vgl. § 3 Abs. 2).

(2) Ist der Gewinn des Verpächters nach dieser Verordnung zu ermitteln, so sind die vereinnahmten reinen Pachtzinsen dem nach § 2, § 3 Abs. 3 für den selbstbewirtschafteten Betrieb ermittelten Gewinn nur dann hinzuzurechnen, wenn sie nach § 21 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft gehören. Sind verpachtete weinbaummäßig genutzte oder zu Sonderkulturen genutzte Flächen zusammen nicht größer als ein Viertel Hektar und die übrigen verpachteten Flächen nicht größer als zwei Hektar, so bleiben die Pachtzinsen bei Ermittlung der Einkünfte des Verpächters außer Ansatz (vgl. § 3 Abs. 3).

#### § 6

##### Altenteilslasten

Für Altenteilslasten können die Oberfinanzdirektionen oder die entsprechenden oberen Finanzbehörden Pauschbeträge festsetzen.

#### § 7

##### Zuschläge

Für nachhaltige Betriebseinnahmen, die nach Art oder Höhe bei Feststellung des Einheitswerts und des Grundbetrags (§ 2 Abs. 1 Satz 1) nicht oder nach den tatsächlichen Verhältnissen nicht hinreichend berücksichtigt worden sind (z. B. Einnahmen aus Fuhrleistungen, aus Sonderkulturen und Nebenbetrieben), sind Zuschläge zu dem nach den vorstehenden Bestimmungen ermittelten Gewinn zu machen, wenn diese Einnahmen jährlich insgesamt 300 Deutsche Mark oder mehr betragen. Die näheren Bestimmungen treffen die Oberfinanzdirektionen oder die entsprechenden oberen Finanzbehörden.

#### § 8

##### Geltungsbereich

(1) Die Bestimmungen dieser Verordnung sind anzuwenden auf Betriebe, die bei der Einheitsbewertung als landwirtschaftliche Betriebe bewertet worden sind. Das gilt vorbehaltlich des Absatzes 2 auch dann, wenn zu dem Betrieb außer landwirtschaftlich genutzten Flächen noch andere Betriebsteile gehören, die bei der Einheitsbewertung gesondert bewertet worden sind (z. B. forstwirtschaftlich genutzte Grundstücksflächen, weinbaummäßig genutzte Grundstücksflächen).

(2) Gehören zu einem landwirtschaftlichen Betrieb forstwirtschaftlich oder weinbaummäßig genutzte Grundstücksflächen und entfällt auf die forstwirtschaftlich genutzten Flächen mehr als 10 vom Hundert des gesamten Einheitswerts des Betriebs, mindestens aber ein Teileinheitswert von 5000 Deutsche

Mark, oder entfallen auf die weinbaumäßig genutzten Flächen mehr als 0,2 Hektar, von denen mindestens 0,15 Hektar im Wirtschaftsjahr im Ertrag gestanden haben, so ist der Gewinn aus den forstwirtschaftlich oder weinbaumäßig genutzten Flächen nach näherer Bestimmung der Oberfinanzdirektionen oder der entsprechenden oberen Finanzbehörden besonders zu ermitteln. Für die anderen Teile des Betriebs gilt die Verordnung.

(3) Die Bestimmungen dieser Verordnung sind nicht anzuwenden auf Betriebe, die bei der Einheitsbewertung nicht als landwirtschaftliche Betriebe behandelt worden sind (z. B. Betriebe, die bei der Einheitsbewertung als Forstbetriebe, Weinbaubetriebe usw. behandelt sind). Gehören zu diesen Betrieben auch landwirtschaftlich genutzte Grundstücksflächen, so ist der Betriebsgewinn, der auf diese Flächen entfällt, nach den Bestimmungen dieser Verordnung zu ermitteln. Im übrigen wird der Gewinn dieser Betriebe nach näherer Bestimmung der Oberfinanzdirektionen oder der entsprechenden oberen Finanzbehörden ermittelt.

(4) Von der Gewinnermittlung nach dieser Verordnung können nach näherer Bestimmung der Oberfinanzdirektionen oder der entsprechenden oberen Finanzbehörden auch solche Betriebe ausgenommen werden, die bei der Einheitsbewertung zwar als landwirtschaftliche Betriebe behandelt worden sind, bei denen aber infolge ihrer betriebswirtschaftlichen Eigenart die Gewinnermittlung nach dieser Verordnung zu offenbar unrichtigen Ergebnissen führen würde, z. B. die Gräserbetriebe in den Marschgebieten und die Rieselfelderbetriebe.

### § 9

#### Geltungsdauer der Gewinnermittlung

(1) Der nach dieser Verordnung ermittelte Gewinn ist grundsätzlich für alle Wirtschaftsjahre zugrunde zu legen, für die derselbe Einheitswert nach § 3 Abs. 1 maßgebend bleibt. Er wird bei gleichbleibendem Einheitswert nur dann neu ermittelt, wenn Veränderungen im Betrieb auftreten, die den nach dieser Verordnung zu ermittelnden Gewinn nachhaltig wesentlich beeinflussen. Wesentlich in diesem Sinn ist eine Beeinflussung nur dann, wenn der neu zu ermittelnde Gewinn von dem bisher zugrunde gelegten Gewinn um mindestens 300 Deutsche Mark abweicht. Veränderungen, die zu einer Herabsetzung des Gewinns führen, werden nur auf Antrag berücksichtigt. Der Antrag ist bis zum Ablauf der Frist für die Abgabe der Einkommensteuererklärung zu stellen.

(2) Betriebseinnahmen, die neben den nachhaltigen Einnahmen nur in einzelnen Jahren erzielt werden, z. B. Einnahmen von Lohnfuhren, Einnahmen aus überhöhten Preisen und sonstige Einnahmen, die in anderen Jahren nicht oder nur in geringer Höhe erzielt werden, sind durch Sonderzuschläge zu dem sonst nach dieser Verordnung sich ergebenden Gewinn für das einzelne Jahr zu berücksichtigen, wenn dadurch der Gewinn mindestens um 300 Deutsche Mark erhöht wird.

### § 10

#### Geltungsdauer der Steuerfestsetzung

(1) Steuerpflichtige, die nur Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft oder neben diesen Einkünften solche von nicht mehr als 600 Deutsche Mark beziehen, haben die Einkommensteuer, die im Anschluß an die Gewinnermittlung nach dieser Verordnung festgesetzt wird, grundsätzlich für alle Jahre zu entrichten, für die derselbe Gewinn maßgebend bleibt (§ 9). Die Steuer wird fällig in Höhe eines Viertels der Jahressteuerschuld am 10. April und am 10. Juli desjenigen Jahres, für das die Steuer zu entrichten ist, und in Höhe der Hälfte der Jahressteuerschuld am 10. Januar des folgenden Jahres. Die Oberfinanzdirektionen oder die entsprechenden oberen Finanzbehörden können die Fälligkeitstermine abweichend von Satz 2 bestimmen. Sind bei der Steuerfestsetzung oder bei der Änderung der Steuerfestsetzung (Absatz 2) hiernach bereits Steuerbeträge fällig geworden für die Zeit, für die die Steuerfestsetzung gilt, so sind zuwenig entrichtete Beträge innerhalb 14 Tagen nach Bekanntgabe der Steuerfestsetzung oder geänderten Steuerfestsetzung nachzuzahlen und etwa zuviel gezahlte Beträge durch Rückzahlung oder Aufrechnung auszugleichen.

(2) Die Einkommensteuer wird bei gleichbleibendem Gewinn für die in Absatz 1 bezeichneten Steuerpflichtigen nur dann neu festgesetzt, wenn Umstände eintreten, die eine höhere oder niedrigere Festsetzung der Steuer auch für die folgenden Jahre begründen, insbesondere Änderungen im Familienstand, z. B. Verheiratung des Steuerpflichtigen und Geburt oder Tod eines Kindes, Umstände, die zu einer Herabsetzung der Steuer führen, werden nur auf Antrag berücksichtigt. Der Antrag ist bis zum Ablauf der Frist für die Abgabe der Einkommensteuererklärung zu stellen.

(3) Besondere wirtschaftliche Verhältnisse (§ 33 des Einkommensteuergesetzes), die die steuerliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen nur für einzelne Jahre wesentlich beeinträchtigen, z. B. außerordentliche Belastung durch Krankheit, Todesfall oder Unglücksfall, werden auf Antrag nur für das in Betracht kommende Jahr durch Ermäßigung der Einkommensteuer berücksichtigt. Der Antrag ist bis zum Ablauf der Frist für die Abgabe der Einkommensteuererklärung zu stellen.

### § 11

#### Steuererlaß in außergewöhnlichen Fällen

Treten außergewöhnliche Umstände auf, die den Gewinn nur in einzelnen Jahren beeinflussen, z. B. Mißernten, Viehseuchen und sonstige Schäden infolge höherer Gewalt, so kann die Steuer ganz oder zum Teil erlassen werden. Die Oberfinanzdirektionen oder die entsprechenden oberen Finanzbehörden bestimmen, ob und für welche Bezirke solche außergewöhnlichen Umstände vorliegen. Sie können auch Richtlinien über den Umfang des Steuererlasses aufstellen.

## § 12\*

**Inkrafttreten**

(1) Diese Verordnung ist erstmalig für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft des Wirtschaftsjahrs anzuwenden, das am 21. Juni 1948

§ 12 Abs. 1 Satz 1: § 1 der Zweiten V zur Durchführung der Steuerüberleitung hat folgenden Wortlaut: „Das erste Wirtschaftsjahr nach der Währungsumstellung bei Land- und Forstwirten, gleichviel, ob sie Buch führen oder nicht, umfaßt den Zeitraum vom 21. Juni 1948 bis zum 30. Juni 1949.“

§ 12 Abs. 1 Satz 3: Aufhebungsvorschrift

§ 12 Abs. 2: Übergangsbestimmungen

(§ 1 der Zweiten Verordnung zur Durchführung der Steuerüberleitung vom 13. Dezember 1948, Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949 S. 6) beginnt. Bei den in § 10 bezeichneten Steuerpflichtigen ist sie für die nach dem 10. Januar 1949 fälligen Zahlungen anzuwenden. ...

(2) ...

Der Direktor der Verwaltung für Finanzen  
des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

**Verordnung**

611-1-4

**über die einkommensteuerliche Behandlung der freien Erfinder \***

Vom 30. Mai 1951

Bundesgesetzbl. I S. 387, verk. am 12. 6. 1951

Auf Grund des Artikels II Ziff. 2 Buchstabe e des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 29. April 1950 (Bundesgesetzbl. S. 95) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

## § 1

**Freie Erfinder und Erfindertätigkeit**

(1) Freie Erfinder im Sinn dieser Verordnung sind natürliche Personen, die ihre Erfindertätigkeit nicht im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses ausüben. Wird die Erfindertätigkeit im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses ausgeübt, dann wird der Arbeitnehmer als freier Erfinder behandelt, soweit er die Erfindung außerhalb des Arbeitsverhältnisses verwertet.

(2) Erfindertätigkeit im Sinn dieser Verordnung ist eine Tätigkeit, die auf die Erzielung einer patentfähigen Erfindung gerichtet ist. Ob es tatsächlich zur Erteilung eines Patentes kommt, ist ohne Bedeutung.

## § 2

**Zurechnung der Einkünfte aus Erfindertätigkeit**

Die Einkünfte der freien Erfinder aus der Erfindertätigkeit gehören zu den Einkünften aus selbständiger Arbeit oder, soweit sie im Rahmen eines Gewerbebetriebes anfallen, zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb.

## § 3

**Voraussetzungen für die Begünstigung**

Die Einkünfte der freien Erfinder aus der Erfindertätigkeit werden nach Maßgabe der §§ 4 und 5 behandelt, wenn folgende Voraussetzungen sämtlich erfüllt sind:

1. Die oberste Wirtschaftsbehörde des Landes, in dem die Erfindertätigkeit ausgeübt wird, muß mit Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft bestätigt und die oberste Finanzbehörde

des Landes muß anerkannt haben, daß der Versuch oder die Erfindung volkswirtschaftlich wertvoll ist.

2. Die Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben, die sich auf die Versuche und Erfindungen beziehen, müssen gesondert aufgezeichnet werden.

## § 4\*

**Begünstigung der nicht im eigenen gewerblichen Betrieb verwerteten Erfindung**

Liegen die Voraussetzungen des § 3 vor und wird die Erfindung nicht im eigenen gewerblichen Betrieb verwertet, gilt folgendes:

1. Der Steuerpflichtige darf Aufwendungen, die durch seine Erfindertätigkeit veranlaßt sind, z. B. Aufwendungen zur Entwicklung, Verbesserung oder rechtlichen Sicherung der Erfindung, als Betriebsausgaben absetzen, wenn sie nach dem 31. Dezember 1949 entstanden sind. Diese Aufwendungen brauchen bei einer Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 und § 5 des Einkommensteuergesetzes nicht aktiviert und bei einer Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes durch einen Zuschlag nicht berücksichtigt zu werden.
2. Der Steuerpflichtige darf bei der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 und § 5 des Einkommensteuergesetzes nach Maßgabe der Sätze 2, 3 und 5 Verluste, die sich durch die steuerliche Behandlung der Aufwendungen nach Ziffer 1 in den 5 vorangegangenen Veranlagungszeiträumen ergeben haben, von den Einkünften aus selbständiger Arbeit oder aus Gewerbebetrieb absetzen, soweit sie nicht schon bei den Veranlagungen für die vorangegangenen Veranlagungszeiträume gemäß § 2 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes ausgeglichen oder gemäß § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Einkommensteuer-

§ 4: EStG hier zitiert i. d. F. v. 28. 12. 1950, 1951 I !

gesetzes abgezogen worden sind oder bei der Veranlagung für den laufenden Veranlagungszeitraum gemäß § 10 Abs. 1 Ziff. 4 des Einkommensteuergesetzes abgezogen werden. Die nicht ausgeglichenen oder nicht abgezogenen Verluste sind bis zur Höhe der Einkünfte aus selbständiger Arbeit oder aus Gewerbebetrieb in den Veranlagungszeiträumen zu berücksichtigen, in denen die Berücksichtigung frühestens möglich ist. Sie vermindern, wenn Einkünfte aus Erfindungen erzielt worden sind, zunächst diese Einkünfte und danach die anderen Einkünfte aus selbständiger Arbeit oder aus Gewerbebetrieb. Entsprechendes gilt bei einer Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes. Die Bestimmungen dieser Ziffer gelten erstmalig für Verluste, die nach dem 31. Dezember 1949 entstanden sind.

3. Die anteilige Einkommensteuer, die sich für die Einkünfte aus freier Erfindertätigkeit im Verhältnis zum Gesamtbetrag der Einkünfte auf Grund der Steuer, die für das gesamte Einkommen nach der Einkommensteuertabelle festzusetzen wäre, ergibt, wird auf Antrag für die Versuchszeit und für den Veranlagungszeitraum, in dem die Verwertung beginnt, und für die 8 folgenden Veranlagungszeiträume, bei patentierten Erfindungen höchstens aber für die Laufzeit des Patents, nur zur Hälfte erhoben. Voraussetzung dafür ist, daß der Steuerpflichtige die Steuerbegünstigung des § 34 Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes für Einkünfte aus freier Erfindertätigkeit für den in Betracht kommenden Veranlagungszeitraum nicht in Anspruch nimmt.

## § 5\*

**Begünstigung bei der Verwertung der Erfindung im eigenen gewerblichen Betrieb**

Liegen die Voraussetzungen des § 3 vor und wird die Erfindung im eigenen gewerblichen Betrieb des Erfinders oder in einem gewerblichen Betrieb verwertet, an dem der Erfinder als Mitunternehmer beteiligt ist, so findet § 4 Ziff. 1 und 2 sinngemäß Anwendung. Aufwendungen, die nach dem 20. Juni 1948 für Versuche oder für Erfindungen entstanden und aktiviert worden sind, dürfen über die Absetzungen nach § 7 des Einkommensteuergesetzes hinaus vom Zeitpunkt der Verwertung der Erfindung ab während der Restnutzungsdauer zu Lasten des Erfolgs jährlich in beliebiger Höhe abgesetzt werden (volle Bewertungsfreiheit).

## § 6\*

**Schlußvorschriften**

1. Diese Verordnung gilt erstmalig für den Veranlagungszeitraum 1950.
- (2) . . . .
- (3) . . . .

## § 7\*

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

§ 5: EStG hier zitiert i. d. F. v. 28. 12. 1950, 1951 I 1

§ 6 Abs. 2 u. 3: Übergangsbestimmungen

§ 7: In Berlin übernommen, siehe GVBl. Berlin 1951 S. 537

**Gesetz**  
**über die Behandlung von Zuwendungen**  
**an betriebliche Pensionskassen und Unterstützungskassen**  
**bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag**

611-1-5

Vom 26. März 1952

Bundesgesetzbl. I S. 206, verk. am 28. 3. 1952

## § 1\*

**Zuwendungen an betriebliche Pensionskassen**

(1) Kassen sind betriebliche Pensionskassen im Sinn dieses Gesetzes, wenn sie

1. als Versicherungsunternehmen nach dem Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315) oder als öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten beaufsichtigt werden,
2. der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeitnehmer eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs oder mehrerer wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe dienen und wenn mindestens neunzig vom Hundert der Gesamtzahl der Versicherten Arbeitnehmer oder frühere Arbeitnehmer dieser Betriebe oder deren Angehörige (§ 10 des Steueranpassungsgesetzes) sind.

(2) Zuwendungen an betriebliche Pensionskassen sind vorbehaltlich der Vorschriften der Absätze 3 bis 6 als Betriebsausgaben abzugsfähig, wenn die Zuwendungen entweder auf einer in der Satzung oder im Geschäftsplan der Kasse festgelegten Verpflichtung des Zuwendenden beruhen oder auf Grund einer Verfügung der Versicherungsaufsichtsbehörde zur Auffüllung des nach versicherungsmäßigen Grundsätzen erforderlichen Deckungskapitals dienen.

(3) Zuwendungen zur Bildung des Deckungskapitals

- a) für die Wiedererhöhung der durch die Währungsgesetzgebung herabgesetzten Anwartschaften,
- b) für die Erhöhungen der Leistungen, soweit diese den satzungsmäßigen Stand am 31. Dezember 1949 oder am Tage der Gründung übersteigen, wenn der Tag der Gründung im Kalenderjahr 1950 liegt,
- c) bei Kassen, die nach dem 31. Dezember 1950 gegründet werden,

sind nur mit dem Betrag abzugsfähig, der auf das Wirtschaftsjahr entfällt, wenn die Bildung des Deckungskapitals nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gleichmäßig auf die Zeit bis zu dem versicherungsmathematisch berechneten Eintritt des Versicherungsfalls verteilt wird. Unberührt bleiben satzungsmäßig festgelegte, in ihrer betragsmäßigen Höhe oder im Verhältnis zum Arbeitseinkommen

§ 1 Abs. 1 Nr. 1: VAG 7631-1

§ 1 Abs. 1 Nr. 2: StAnpG 610-2

der Versicherten gleichbleibende laufende Zuwendungen für Versicherungsverhältnisse, bei denen sich die künftige Versicherungsleistung entsprechend den Zuwendungen geschäftsplanmäßig alljährlich erhöht.

(4) Zuwendungen zur Auffüllung des Deckungskapitals für die durch die Währungsgesetzgebung herabgesetzten laufenden Leistungen einschließlich der zugehörigen Anwartschaften von Angehörigenrenten sind nur bis zu dem Betrag abzugsfähig, der sich bei gleichmäßiger Verteilung auf mindestens fünf Jahre für das einzelne Wirtschaftsjahr ergibt.

(5) Zuwendungen zur Abdeckung von Fehlbeträgen sind auch in der Form von Einmalbeiträgen abzugsfähig, wenn diese Fehlbeträge dadurch entstanden sind, daß der tatsächliche Verlauf der Einnahmen und Ausgaben von den geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen abgewichen ist oder daß sich die für die Pensionsgewährung satzungsgemäß maßgebenden Bezüge erhöht haben. Zuwendungen zur Abdeckung von Fehlbeträgen, die durch Satzungsänderung entstehen, sind nur nach Maßgabe des Absatzes 3 Satz 1 abzugsfähig.

(6) Übersteigen die tatsächlichen Leistungen der Kasse in einem Wirtschaftsjahr die satzungsmäßigen Leistungen, so kann eine Zuwendung an die Kasse bis zur Höhe des Betrags, der über die satzungsmäßigen Leistungen hinaus aufgewendet worden ist, neben den Zuwendungen nach den Absätzen 2 bis 5 als Betriebsausgabe abgezogen werden.

## § 2\*

**Zuwendungen an rechtsfähige Unterstützungskassen mit laufenden Leistungen ohne Rechtsanspruch der Leistungsempfänger oder mit Leistungen von Fall zu Fall**

(1) Zuwendungen an rechtsfähige Unterstützungskassen und sonstige rechtsfähige Hilfskassen sind unter den folgenden Voraussetzungen als Betriebsausgaben abzugsfähig:

1. Die Kassen müssen im Zeitpunkt der Zuwendung nach § 4 Abs. 1 Ziff. 7 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftsteuer befreit sein (§ 12 der Verordnung zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes).
2. Die Zuwendungen dürfen außer in den Fällen der Absätze 2 und 5 die Leistungen, die die Kasse im gleichen Wirtschaftsjahr

§ 2 Abs. 1 Nr. 1: KStG hier zitiert i. d. F. v. 28. 12. 1950, 1951 I 34, jetzt KStG 1961 611-4; § 12 KStDV i. d. F. v. 28. 12. 1950, 1951 I 38 jetzt § 11 KStDV 1961 611-4-1

§ 2 Abs. 1 Nr. 2: StAnpG 610-2

an Zugehörige oder frühere Zugehörige des Betriebs gewährt, nicht übersteigen. Leistungen, die nach Absatz 4 aus dem Vermögen zu bewirken sind, sind bei der Berechnung des Höchstbetrages nach Satz 1 außer Ansatz zu lassen. Zugehörige im Sinn dieser Vorschrift sind auch deren Angehörige (§ 10 des Steueranpassungsgesetzes).

(2) Neben den nach Absatz 1 Ziff. 2 zulässigen Zuwendungen können zur Ansammlung oder Auffüllung eines Kassenvermögens zugewendet werden:

1. an Kassen mit laufenden Leistungen
  - a) für die am 31. Dezember 1951 bereits laufenden Leistungen jährlich ein Fünftel des jeweiligen Deckungskapitals bis zur Höhe des jeweiligen gesamten Deckungskapitals dieser Leistungen sowie für die nach dem 31. Dezember 1951 anfallenden laufenden Leistungen das jeweilige Deckungskapital bis zur Höhe des gesamten Deckungskapitals dieser Leistungen zuzüglich
  - b) jährlich eineinhalb vom Hundert der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme bis zu insgesamt dreißig vom Hundert der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssumme der jeweils letzten drei Wirtschaftsjahre;
2. an Kassen mit Leistungen von Fall zu Fall jährlich einhalb vom Hundert der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme bis zu insgesamt fünfzehn vom Hundert der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssumme der jeweils letzten drei Wirtschaftsjahre.

(3) Für die Berechnung des Kassenvermögens und der zu seiner Ansammlung oder Auffüllung zulässigen Zuwendungen (Absatz 2) gilt folgendes:

1. Das Deckungskapital für laufende Leistungen im Sinn des Absatzes 2 Ziff. 1 Buchstabe a errechnet sich nach der anliegenden Tabelle.
2. Die bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Grundstücke und Gebäude bleiben bei der Berechnung des nach Absatz 2 zulässigen Kassenvermögens außer Ansatz.
3. Bei einer Kasse mit laufenden Leistungen und Leistungen von Fall zu Fall können Zuwendungen nach Absatz 2 Ziff. 1 und 2 erfolgen.
4. Bei Betrieben, die für ihre Arbeitnehmer mehrere Kassen eingerichtet haben, dürfen das Vermögen aller Kassen zusammen und die Zuwendungen für die Ansammlung eines Kassenvermögens an alle Kassen zusammen die in Absatz 2 Ziff. 1 und 2 genannten Höchstbeträge nicht übersteigen.

5. Gehört der Unternehmer selbst zu den künftigen Leistungsempfängern einer Kasse, so kann für ihn ein Betrag in Höhe des Lohns oder Gehalts eines vergleichbaren Arbeitnehmers berücksichtigt werden.

(4) Übersteigt das Kassenvermögen die in Absatz 2 vorgesehenen Grenzen, so ist es zur Bewirkung der Leistungen zu verwenden.

(5) Soweit sich Kassen die Mittel für ihre Leistungen durch einen Vertrag mit einem Lebensversicherungsunternehmen verschaffen, kann jährlich der Betrag der Jahresprämie, den die Kasse an das Versicherungsunternehmen zu zahlen hat, zugewendet werden; Absätze 2 bis 4 gelten insoweit für solche Kassen nicht. Bis zur Höhe der in Absatz 2 Ziff. 1 angegebenen jährlichen Beträge ist die Zuwendung auch dann abzugsfähig, wenn sie von der Unterstützungskasse als Einmalprämie an ein Versicherungsunternehmen gezahlt wird.

### § 3\*

#### **Zuwendungen an Unterstützungskassen, die nicht von der Körperschaftsteuer befreit sind**

Zuwendungen an Unterstützungskassen, die nicht von der Körperschaftsteuer befreit sind, sind nur in der Höhe als Betriebsausgaben abzugsfähig, in der aus der Kasse im gleichen Wirtschaftsjahr an Zugehörige oder frühere Zugehörige des Betriebs Leistungen erfolgen. Zugehörige im Sinn dieser Vorschrift sind auch deren Angehörige (§ 10 des Steueranpassungsgesetzes).

### § 4

#### **Schlußvorschriften**

Die Vorschriften der §§ 1 und 3 sind erstmals für den Veranlagungszeitraum 1950, die Vorschriften des § 2 erstmals für den Veranlagungszeitraum 1951 anzuwenden.

### § 5\*

#### **Anwendung im Gebiet des Landes Berlin**

Dieses Gesetz gilt nach § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Gebiet des Landes Berlin.

### § 6

#### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

§ 3: StAnpG 610-2

§ 5: GVBl. Berlin 1952 S. 627; Drittes ÜberleitungsG 603-5

**Tabelle für die Errechnung des Deckungskapitals  
für laufende Leistungen von steuerbefreiten Unterstützungskassen (§ 2 Abs. 3 Ziff. 1)**

Erreichtes Alter des Leistungs- empfängers (Jahre)	Die Jahresbeiträge der laufenden Leistungen sind zu vervielfachen bei Leistungen	
	an männliche Leistungs- empfänger mit	an weibliche Leistungs- empfänger mit
1	2	3
bis 25	14	23
26	15	23
27 bis 28	16	23
29	17	23
30 bis 32	17	22
33 bis 34	18	22
35 bis 38	18	21
39 bis 42	18	20
43 bis 45	18	19
46	17	19
47 bis 49	17	18
50 bis 52	17	17
53 bis 55	16	16
56 bis 57	16	15
58	15	15
59 bis 61	15	14
62 bis 63	14	13
64	14	12
65 bis 66	13	12
67	13	11
68	12	11
69 bis 70	12	10
71	11	10
72	11	9
73 bis 74	10	9
75	10	8
76	9	8
77	9	7
78 bis 79	8	7
80	8	6
81 bis 82	7	6
83	7	5
84 bis 85	6	5
86 bis 88	5	4
89	4	4
90 bis 91	4	3
92 bis 94	3	3
über 94	2	2

**611-1-6** **Verordnung**  
**über den Abzug von Spenden zur Förderung staatspolitischer Zwecke**

Vom 3. Juli 1956

Bundesgesetzbl. I S. 640, verk. am 5. 7. 1956

Auf Grund des § 51 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe c des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 441) und des § 23a Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe d des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 467) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Die Deutsche Wählergesellschaft e. V. in Frankfurt a. M. wird als eine juristische Person im Sinn des § 49 Ziff. 3 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vom 21. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 756) und des § 26 Ziff. 3 der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung vom 23. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 853) anerkannt.

§ 2

Diese Verordnung ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1955 anzuwenden.

§ 3\*

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 15 des Gesetzes zur Neuordnung von Steuern vom 16. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 373) auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

§ 3: GVBl. Berlin 1956 S. 927; Drittes ÜberleitungsG 603-5

**611-1-7** **Zweite Verordnung**  
**über den Abzug von Spenden zur Förderung staatspolitischer Zwecke \***

Vom 23. Oktober 1956

Bundesgesetzbl. I S. 836, verk. am 26. 10. 1956

Auf Grund des § 51 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe c des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 441) und des § 23a Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe d des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 467) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Die Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V., Köln, wird als eine juristische Person im Sinn des § 49 Ziff. 3 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vom 21. Dezember 1955 (Bundesgesetzblatt I S. 756) und des § 26 Ziff. 3 der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung vom 23. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 853) anerkannt.

§ 2

Diese Verordnung ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1955 anzuwenden.

§ 3\*

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 15 des Gesetzes zur Neuordnung von Steuern vom 16. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 373) auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Überschrift: Gem. Urteil d. BVerfG v. 24. 6. 1958 — 2 BvF 1/57 — unter II mit dem GG 100-1 vereinbar (Bek. v. 9. 7. 1958 I 447)

§ 3: GVBl. Berlin 1956 S. 1116; Drittes ÜberleitungsG 603-5

**Gesetz**  
**über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen**  
**in Berlin (West)**  
**(StErlG 1962)**

611-1-8

in der Fassung vom 26. Juli 1962

Bundesgesetzbl. I S. 502

Neufassung des Gesetzes v. 4. 7. 1955 I 384, das unter der Überschrift „Erstes Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 441), des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 467) und des Gesetzes zur Erhebung einer Abgabe „Notopfer Berlin“ am 5. 7. 1955 verkündet wurde, auf Grund des § 9 Abs. 3 dieses Gesetzes in der Fassung des Abschnitts II Art. 2 Nr. 10 des am 1. 8. 1962 in Kraft getretenen G v. 26. 7. 1962 I 481 sowie unter Berücksichtigung

- a) des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 473) und
- b) des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) und des Steuererleichterungsgesetzes für Berlin (West) vom 26. Juli 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 481)

laut Bekanntmachung vom 26. 7. 1962 I 501 \*

Abschnitt I

Einkommensteuer (Lohnsteuer) und  
Körperschaftsteuer

§ 1 \*

**Ermäßigung der veranlagten  
Einkommensteuer und Körperschaftsteuer**

(1) Bei natürlichen Personen, die

1. seit mindestens 4 Monaten vor dem Ende des Veranlagungszeitraums ihren ausschließlichen Wohnsitz in Berlin (West) haben oder
2. bei mehrfachem Wohnsitz während des ganzen Veranlagungszeitraums einen Wohnsitz in Berlin (West) haben und dort veranlagt werden oder
3. — ohne einen Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu haben — ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Berlin (West) haben,

ermäßigt sich die veranlagte Einkommensteuer, soweit sie auf Einkünfte aus Berlin (West) im Sinn des § 2 entfällt, um 30 vom Hundert. Bei Ehegatten im Sinn des § 26 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes genügt es für die Ermäßigung, wenn einer der Ehegatten die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllt.

(2) Bei Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihre Geschäftsleitung und ihren Sitz ausschließlich in Berlin (West) haben, ermäßigt sich die veranlagte Körperschaftsteuer, soweit sie auf Einkünfte aus Berlin (West) im Sinn des § 2 entfällt, um 20 vom Hundert und um 3,2 vom Hundert der in dem Einkommen enthaltenen Einkünfte aus Berlin (West) im Sinn des § 2.

(3) Bei Steuerpflichtigen, die, ohne die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 zu erfüllen, eine oder mehrere Betriebsstätten eines Gewerbebetriebs in Berlin (West) unterhalten, in denen während des Veranlagungszeitraums im Durchschnitt regelmäßig

insgesamt mindestens 25 Arbeitnehmer beschäftigt worden sind, ermäßigt sich die veranlagte Einkommensteuer um 30 vom Hundert oder die veranlagte Körperschaftsteuer um 20 vom Hundert, soweit sie nach § 2 Nr. 2 auf Einkünfte aus diesen Betriebsstätten entfällt; die veranlagte Körperschaftsteuer ermäßigt sich außerdem um 3,2 vom Hundert dieser in dem Einkommen enthaltenen Einkünfte aus Berlin (West) im Sinn des § 2 Nr. 2. Ist der Steuerpflichtige Mitunternehmer im Sinn des § 15 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes, so genügt es, wenn die in Satz 1 bezeichnete Mindestzahl von Arbeitnehmern insgesamt in den in Berlin (West) unterhaltenen Betriebsstätten des Unternehmens, an dem der Steuerpflichtige beteiligt ist, beschäftigt worden ist. Unterhält ein Steuerpflichtiger Betriebsstätten mehrerer Gewerbebetriebe in Berlin (West), so wird die Ermäßigung nur insoweit gewährt, als in den Betriebsstätten des einzelnen Gewerbebetriebs die in Satz 1 bezeichnete Mindestzahl von Arbeitnehmern beschäftigt worden ist.

§ 1 a

**Ermäßigung der veranlagten Einkommensteuer  
bei Zuzug von Arbeitnehmern**

Bei Arbeitnehmern, die, ohne die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 zu erfüllen, in Berlin (West) nach dem 12. August 1961 ihren Aufenthalt begründen und dort eine nichtselbständige Beschäftigung für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens drei Monaten aufnehmen, ermäßigt sich die veranlagte Einkommensteuer, soweit sie auf Einkünfte im Sinn des § 2 Nr. 4 Buchstabe a aus dieser Beschäftigung entfällt, um 30 vom Hundert.

§ 2 \*

**Einkünfte aus Berlin (West)**

Einkünfte aus Berlin (West) im Sinn des § 1 sind

1. Einkünfte aus in Berlin (West) betriebener Land- und Forstwirtschaft;

Einleitungssatz: G v. 4. 7. 1955 I 384 übernommen in Berlin GVBl. Berlin 1955 S. 461

§ 1 Abs. 1 u. 3: EStG 611-1

§ 2 Nr. 2: GewStG 611-5; EStG 611-1

§ 2 Nrn. 5 bis 7: EStG 611-1

2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb, die in einer Betriebstätte in Berlin (West) erzielt worden sind. Hat ein Gewerbebetrieb Betriebstätten (Teile von Betriebstätten) in Berlin (West) und an anderen Orten unterhalten, so gilt als Gewinn der Betriebstätten in Berlin (West) der Teil des Gesamtgewinns, der sich aus dem Verhältnis ergibt, in dem die Arbeitslöhne, die an die bei den Betriebstätten in Berlin (West) beschäftigten Arbeitnehmer gezahlt worden sind, zu der Summe der Arbeitslöhne stehen, die an die bei allen Betriebstätten beschäftigten Arbeitnehmer gezahlt worden sind. Für den Begriff der Arbeitslöhne sind die Vorschriften des § 31 des Gewerbesteuergesetzes maßgebend. Liegen Veräußerungsgewinne im Sinn des § 16 des Einkommensteuergesetzes vor, so tritt insoweit an die Stelle der Aufteilung nach dem Verhältnis der Arbeitslöhne eine Aufteilung nach dem Verhältnis der Werte des anteiligen Betriebsvermögens, die für die Berechnung des Veräußerungsgewinns zugrunde gelegt werden;
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit, soweit sie aus einer in Berlin (West) ausgeübten Tätigkeit erzielt worden sind;
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, wenn der Arbeitslohn
  - a) für eine Beschäftigung in Berlin (West) aus einem gegenwärtigen Dienstverhältnis bezogen wird oder
  - b) als Wartegeld, Ruhegeld, Witwen- und Waisengeld oder andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen zufließt;
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen
  - a) im Sinn des § 20 Abs. 1 Ziff. 1, 2, 4 und 5 des Einkommensteuergesetzes, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß der Schuldner der Kapitalerträge seinen ausschließlichen Wohnsitz oder seine Geschäftsleitung und seinen Sitz in Berlin (West) hat;
  - b) im Sinn des § 20 Abs. 1 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes, wenn das Kapitalvermögen durch Grundbesitz in Berlin (West), durch Rechte in Berlin (West), die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen, oder durch Schiffe, die in ein Schiffsregister in Berlin (West) eingetragen sind, gesichert ist;
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung im Sinn des § 21 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes, wenn das unbewegliche Vermögen, die Sachinbegriffe, gewerblichen Erfahrungen oder Gerechtigkeiten in Berlin (West) belegen oder in ein öffentliches Buch oder Register in Berlin (West) eingetragen sind oder in einer in Berlin (West) belegenen Betriebstätte verwertet werden;
7. Einkünfte im Sinn des § 22 des Einkommensteuergesetzes.

## § 3

### Behandlung von Organgesellschaften und verbundenen Unternehmen

(1) Organgesellschaften, deren Gewinn auf Grund einer Gewinnabführungsvereinbarung bei der Veranlagung zur Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer dem Gewinn des beherrschenden Unternehmens hinzugerechnet wird, sind für die Ermittlung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb, die in Betriebstätten in Berlin (West) erzielt worden sind (§ 2 Nr. 2), als Betriebstätten des beherrschenden Unternehmens anzusehen.

(2) Bestehen bei einem Unternehmen mit einem oder mehreren anderen Unternehmen, ohne daß die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, Verbindungen organisatorischer, finanzieller oder wirtschaftlicher Art, so kann das Finanzamt für die Zwecke der Ermäßigung der Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer den Gewinn aus Gewerbebetrieb dieses Unternehmens abweichend von dem bei der Veranlagung zugrunde gelegten Gewinn ansetzen. Maßgebend ist der Gewinn, der sich nach den Verhältnissen des Unternehmens ohne die bezeichneten Verbindungen ergeben hätte.

## § 4\*

### Berechnung der Ermäßigung der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer

(1) Sind in dem Einkommen nur Einkünfte aus Berlin (West) enthalten oder beträgt der Gesamtbetrag der Einkünfte nicht mehr als 3000 Deutsche Mark, so wird die Ermäßigung in vollem Umfang gewährt.

(2) Sind in dem Einkommen neben den Einkünften aus Berlin (West) noch andere Einkünfte enthalten, so ist die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer für die Berechnung der Ermäßigung

1. bei Steuerpflichtigen im Sinn des § 1 Abs. 1 und 2 im Verhältnis der Summe aller Einkünfte aus Berlin (West) — § 2 — zum Gesamtbetrag der Einkünfte,
2. bei Steuerpflichtigen im Sinn des § 1a im Verhältnis der nach dieser Vorschrift für die Ermäßigung zu berücksichtigenden Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit aus Berlin (West) zum Gesamtbetrag der Einkünfte,
3. bei Steuerpflichtigen im Sinn des § 1 Abs. 3 im Verhältnis der für die Ermäßigung zu berücksichtigenden Einkünfte aus Gewerbebetrieb aus Berlin (West) — § 2 Nr. 2 — zum Gesamtbetrag der Einkünfte

aufzuteilen. Dabei sind die Summe der für die Ermäßigung der Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer zu berücksichtigenden Einkünfte aus Berlin (West) und der Gesamtbetrag der Einkünfte auf volle 100 Deutsche Mark nach unten abzurunden. Beträgt die Summe der für die Ermäßigung der Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer nicht zu

berücksichtigenden Einkünfte nicht mehr als 3000 Deutsche Mark, so wird die Ermäßigung in vollem Umfang gewährt.

(3) Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden, daß Einkünfte, bei denen die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer durch den Steuerabzug als abgegolten gilt, im Fall des Absatzes 2 unberücksichtigt bleiben, Freibeträge, Verlustabzüge, nicht entnommene Gewinne, abzuziehende ausländische Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer von den Einkünften abgezogen werden, mit denen sie wirtschaftlich zusammenhängen oder auf die sie sich beziehen, nachzuersteuernde Mehrentnahmen diesen hinzugerechnet werden. Desgleichen kann durch Rechtsverordnung bestimmt werden, daß in den Fällen der §§ 34 und 34b des Einkommensteuergesetzes die außerordentlichen Einkünfte und die darauf entfallende Einkommensteuer von der Aufteilung nach Absatz 2 ausgenommen oder für die Berechnung der Ermäßigung nach den Grundsätzen des Absatzes 2 gesondert berücksichtigt werden.

### § 5

#### Ermäßigung der Lohnsteuer

(1) Die Lohnsteuer, die auf Einkünfte aus Berlin (West) im Sinn des § 2 Nr. 4 entfällt, ermäßigt sich um 30 vom Hundert

1. bei Arbeitnehmern, die
  - a) ihren ausschließlichen Wohnsitz in Berlin (West) haben oder
  - b) bei mehrfachem Wohnsitz während des ganzen Kalenderjahres einen Wohnsitz in Berlin (West) haben und sich dort überwiegend aufhalten oder
  - c) — ohne einen Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu haben — ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Berlin (West) haben;
2. bei sonstigen Arbeitnehmern, deren Arbeitslohn dem Umtausch durch die Lohnausgleichskasse in Berlin (West) unterliegt.

Bei Ehegatten, die beide unbeschränkt steuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt leben, genügt es für die Ermäßigung, wenn einer der Ehegatten die Voraussetzungen der Nummer 1 erfüllt.

(2) Beziehen Arbeitnehmer neben Einkünften aus Berlin (West) im Sinn des § 2 Nr. 4 andere Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, so gelten für die Berechnung der Ermäßigung die Vorschriften des § 4 entsprechend.

### § 5 a

#### Ermäßigung der Lohnsteuer bei Zuzug von Arbeitnehmern

Bei Arbeitnehmern, die, ohne die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 zu erfüllen, in Berlin (West) nach dem 12. August 1961 ihren Aufenthalt begründen und dort eine nichtselbständige Beschäftigung für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens drei Monate aufnehmen, ermäßigt sich die Lohnsteuer, soweit sie auf Einkünfte im Sinn des

§ 2 Nr. 4 Buchstabe a aus dieser Beschäftigung entfällt, um 30 vom Hundert. § 5 Abs. 2 gilt entsprechend.

### Abschnitt II

#### Vergünstigung für Arbeitnehmer in Berlin (West)

### § 6\*

#### Vergünstigung durch Zulagen

(1) Arbeitnehmer, die Arbeitslohn für eine Beschäftigung in Berlin (West) aus einem gegenwärtigen Dienstverhältnis beziehen (§ 2 Nr. 4 Buchstabe a), erhalten unbeschadet der Steuererleichterungen nach den Vorschriften der §§ 1, 1 a, 5 und 5 a eine Vergünstigung durch Gewährung von Zulagen. Die Zulagen gelten weder als steuerpflichtige Einnahmen im Sinn des Einkommensteuergesetzes noch als Einkommen, Verdienst oder Entgelt im Sinn der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. Sie gelten arbeitsrechtlich nicht als Bestandteil des Lohns oder Gehalts.

(2) Bemessungsgrundlage für die Zulage ist der für eine Beschäftigung aus einem gegenwärtigen Dienstverhältnis bezogene Arbeitslohn des Lohnabrechnungszeitraums. Arbeitslohn des Lohnabrechnungszeitraums sind der laufende Arbeitslohn, der für den Lohnabrechnungszeitraum gezahlt wird, und sonstige Bezüge, die in dem Lohnabrechnungszeitraum zufließen. Steuerfreie Einnahmen mit Ausnahme des Weihnachts-Freibetrags (§ 3 Ziff. 17 des Einkommensteuergesetzes) und der steuerfreien Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (§ 34 a des Einkommensteuergesetzes) bleiben außer Betracht.

(3) Die Höhe der Zulage ergibt sich aus der diesem Gesetz beigefügten Anlage. Übersteigt die Bemessungsgrundlage die Beträge, bis zu denen nach der Anlage höchstens eine Zulage vorgesehen ist, so wird eine Zulage nicht gewährt.

(4) Der Arbeitgeber hat die Zulagen zu errechnen. Er hat sie

1. bei monatlichen oder längeren Lohnabrechnungszeiträumen jeweils zusammen mit dem Arbeitslohn,
2. bei kürzeren als monatlichen Lohnabrechnungszeiträumen jeweils für alle in einem Kalendermonat endenden Lohnabrechnungszeiträume zusammen mit dem Arbeitslohn für den letzten in dem Kalendermonat endenden Lohnabrechnungszeitraum

auszuzahlen. Der Arbeitgeber hat die Summe der Zulagen dem Betrag, den er für seine Arbeitnehmer insgesamt an Lohnsteuer einbehalten hat, zu entnehmen und bei der nächsten Lohnsteueranmeldung in einer Summe abzusetzen. Übersteigt der zu entnehmende Betrag den Betrag, der insgesamt an Lohnsteuer einbehalten ist, so wird der übersteigende Betrag dem Arbeitgeber auf Antrag von dem Finanzamt, an das die Lohnsteuer abzuführen wäre,

aus den Einnahmen an Lohnsteuer ersetzt. Die vom Arbeitgeber entnommenen Beträge (Satz 3), die vom Finanzamt ersetzten Beträge (Satz 4) sowie etwa vom Finanzamt selbst ausgezahlte Zulagen mindern die Lohnsteuereinnahmen.

(5) Der Anspruch auf die Zulagen ist nicht übertragbar.

### § 7\*

#### Ergänzende Vorschriften

(1) Die Vorschriften des Ersten und Zweiten Teils der Reichsabgabenordnung, des Steueranpassungsgesetzes und des Gesetzes über den Bundesfinanzhof sind entsprechend anzuwenden, soweit in diesem Gesetz nicht etwas anderes vorgeschrieben ist.

(2) Der Arbeitnehmer kann beantragen, daß das Finanzamt, an das der Arbeitgeber die Lohnsteuer abzuführen hat, die Zulage durch Bescheid festsetzt. Der Antrag ist bis zum Ablauf von zwei Monaten nach dem Ende des Zeitraums, für den die Zulage nach § 6 Abs. 4 Satz 2 auszuzahlen ist, zu stellen; die Frist kann auf Antrag verlängert werden. Der Bescheid des Finanzamts soll die Höhe der Zulage für jeden Lohnabrechnungszeitraum, die Berechnungsgrundlagen und eine Rechtsmittelbelehrung enthalten. Der Bescheid kann angefochten werden; die Vorschriften der Reichsabgabenordnung über das Berufungsverfahren finden dabei entsprechende Anwendung. Das Finanzamt kann zu Unrecht gezahlte Zulagen vom Arbeitnehmer zurückfordern, wenn es feststellt, daß die Voraussetzungen für die Gewährung der Zulagen nicht vorgelegen haben. Der Rückforderungsanspruch entsteht in dem Zeitpunkt, in dem das Finanzamt von den die Rückforderung begründenden Tatsachen Kenntnis erlangt.

(3) Ist eine Zulage durch Bescheid rechtskräftig festgesetzt worden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Zulage an den Arbeitnehmer nach Maßgabe des rechtskräftigen Bescheids zu zahlen, wenn nicht das Finanzamt die Zulage selbst auszahlt. Das Finanzamt hat dem Arbeitgeber eine Abschrift des rechtskräftigen Bescheids zu übersenden.

(4) Der Arbeitgeber haftet für zu Unrecht gezahlte Zulagen. Das Finanzamt hat auf Anfrage des Arbeitgebers Auskunft über die Anwendung der Vorschriften über die Gewährung der Zulagen im einzelnen Fall zu erteilen.

(5) Der Arbeitgeber hat über die für den einzelnen Lohnabrechnungszeitraum gezahlten Zulagen Aufzeichnungen zu führen. Aus diesen Aufzeichnungen muß folgendes zu ersehen sein:

1. die Namen der Arbeitnehmer,
2. die jeweilige Bemessungsgrundlage,
3. die Höhe der an den einzelnen Arbeitnehmer gezahlten Zulagen,
4. die Gesamtsumme der für den einzelnen Lohnabrechnungszeitraum gezahlten Zulagen,

§ 7 Abs. 1: AO 610-1; StAnpG 610-2; G über den Bundesfinanzhof 350-1

§ 7 Abs. 2: AO 610-1

5. die aus der einbehaltenen Lohnsteuer jeweils entnommenen Beträge (§ 6 Abs. 4 Satz 3).

Die Aufzeichnungen sind fünf Jahre aufzubewahren; die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Schluß des Jahres, in dem die Zulagen, auf die sich die Aufzeichnungen beziehen, ausgezahlt worden sind.

(6) Beträge, die beim Finanzamt auf Grund eines mit der Zahlung der Zulagen zusammenhängenden Tatbestands, insbesondere auf Grund einer Rückforderung von Zulagen vom Arbeitnehmer oder einer Inanspruchnahme des Arbeitgebers im Rahmen seiner Haftung, eingehen, erhöhen die Lohnsteuereinnahmen.

### Abschnitt III

#### Ermächtigungs- und Schlußvorschriften

### § 8\*

#### Anwendungsbereich

(1) Die vorstehende Fassung dieses Gesetzes ist vorbehaltlich der Absätze 2 bis 6 erstmals für den Veranlagungszeitraum 1962 anzuwenden.

(2) Die Vorschrift des § 1 ist für den Veranlagungszeitraum 1962 mit der Maßgabe anzuwenden, daß sich die veranlagte Einkommensteuer, soweit sie auf Einkünfte aus Berlin (West) im Sinn des § 2 entfällt, zur Hälfte um 20 vom Hundert und zur anderen Hälfte um 30 vom Hundert ermäßigt.

(3) Die Vorschrift des § 1a ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1961 und letztmals für den Veranlagungszeitraum 1963 anzuwenden. Für den Veranlagungszeitraum 1961 ist sie mit der Maßgabe anzuwenden, daß sich die veranlagte Einkommensteuer um 20 vom Hundert ermäßigt. Für den Veranlagungszeitraum 1962 ist Absatz 2 entsprechend anzuwenden.

(4) Beim Steuerabzug vom Arbeitslohn sind die Vorschriften des § 5 bei laufendem Arbeitslohn erstmals auf den Arbeitslohn anzuwenden, der für einen Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird, der nach dem 31. Dezember 1961 endet, bei sonstigen Bezügen auf den Arbeitslohn, der dem Steuerpflichtigen nach dem 31. Dezember 1961 zufließt. Auf laufenden Arbeitslohn für Lohnzahlungszeiträume, die vor dem 1. Juli 1962 enden, und auf sonstige Bezüge, die vor dem 1. Juli 1962 zufließen, sind die Vorschriften des § 5 mit der Maßgabe anzuwenden, daß sich die Lohnsteuer um 20 vom Hundert ermäßigt. Die Bundesregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung zu bestimmen, daß sich beim Lohnsteuer-Jahresausgleich für das Kalenderjahr 1962 die Jahreslohnsteuer, soweit sie auf Einkünfte aus Berlin (West) im Sinn des § 2 Nr. 4 entfällt, zur Hälfte um 20 vom Hundert und zur anderen Hälfte um 30 vom Hundert ermäßigt.

(5) Die Vorschrift des § 5a ist erstmals auf Arbeitslohn anzuwenden, der für eine nach dem 12. August 1961 in Berlin (West) ausgeübte nichtselbständige Beschäftigung gezahlt wird. Absatz 4

§ 8 Abs. 4: JAV 611-2-4

Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Die Vorschrift des § 5a ist letztmals anzuwenden auf laufenden Arbeitslohn für Lohnzahlungszeiträume, die vor dem 1. Januar 1964 enden, und auf sonstige Bezüge, die vor dem 1. Januar 1964 zufließen.

(6) Die Vergünstigung für Arbeitnehmer durch Gewährung von Zulagen (§§ 6 und 7) wird erstmals für Lohnabrechnungszeiträume, die nach dem 30. Juni 1962 beginnen, gewährt.

## § 9

### Ermächtigungen

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates

1. zur Durchführung dieses Gesetzes Rechtsverordnungen zu erlassen, soweit dies zur Wahrung der Gleichmäßigkeit bei der Besteuerung und bei der Gewährung der Zulagen, zur Beseitigung von Unbilligkeiten in Härtefällen oder zur Verwaltungsvereinfachung erforderlich ist, und zwar

- a) über die Abgrenzung des begünstigten Personenkreises,
- b) über die Ermittlung und Abgrenzung der Einkünfte aus Berlin (West) einschließlich der darauf entfallenden Betriebsausgaben und Werbungskosten,
- c) über die Zugrundelegung des durchschnittlich bezogenen Arbeitslohns bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für Zulagen, wenn bei kürzeren als monatlichen Lohnabrechnungszeiträumen die Höhe des Arbeitslohns in dem Zeitraum, für den die Zulagen auszu zahlen sind, geschwankt hat;

2. Vorschriften durch Rechtsverordnung zu erlassen

- a) über eine Beschränkung der Haftung des Arbeitgebers für die Einbehaltung und Abführung der Lohnsteuer in den in § 5 Abs. 1 Nr. 1 und in § 5a bezeichneten Fällen,
- b) über die Behandlung der Fälle des § 5 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben b und c und des § 5a beim Steuerabzug vom Arbeitslohn,
- c) über einen Lohnsteuer-Jahresausgleich, wenn in den in § 5 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben a und c bezeichneten Fällen der Arbeitnehmer während eines Teils des Kalenderjahrs seinen ausschließlichen Wohnsitz oder — in Ermangelung eines Wohnsitzes im Geltungsbereich dieses Gesetzes — seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Berlin (West) hat,

d) über einen Lohnsteuer-Jahresausgleich in den Fällen des § 5a, wenn die Voraussetzungen für die Ermäßigung nicht während des ganzen Kalenderjahrs vorgelegen haben,

e) über die Nachforderung von Lohnsteuer, wenn in den Fällen des § 5 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b ein Wohnsitz in Berlin (West) nicht während des ganzen Kalenderjahrs oder ein Aufenthalt nicht überwiegend bestanden hat oder wenn in den Fällen des § 5a eine nichtselbständige Beschäftigung in Berlin (West) nicht während eines zusammenhängenden Zeitraums von mindestens drei Monaten ausgeübt worden ist;

3. Vorschriften durch Rechtsverordnung zu erlassen

- a) über das Verfahren bei der Gewährung von Zulagen,
- b) über die Ersetzung von Zulagen an Arbeitgeber, wenn die Summe der Zulagen den Betrag übersteigt, der insgesamt an Lohnsteuer einbehalten ist; dabei kann auch eine Verrechnung mit anderen Abgaben oder Beiträgen des Arbeitgebers zugelassen werden. Die verrechneten Beträge sind vom Finanzamt wie Minderungen der Lohnsteuereinnahmen zu behandeln;

4. die in § 4 Abs. 3 vorgesehenen Rechtsverordnungen zu erlassen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Berechnung der nach §§ 1, 1a, 5 und 5a zu ermäßigenden Einkommensteuer und Lohnsteuer aus der Einkommensteuertabelle und den Lohnsteuertabellen abgeleitete Tabellen unter Vorname von Auf- und Abrundungen bis zum nächsten durch fünf teilbaren Pfennigbetrag aufzustellen und bekanntzumachen.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, den Wortlaut dieses Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung mit neuem Datum, unter neuer Überschrift und in neuer Paragraphenfolge bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

## § 10\*

### Geltung im Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigungen erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 10: GVBl. Berlin 1962 S. 890; Drittes ÜberleitungsgG 603-5

**Anlage**  
(zu § 6 Abs. 3)

**Höhe der Zulage**

(1) Für die Errechnung der Zulage ist die Bemessungsgrundlage (§ 6 Abs. 2) bei monatlicher Lohnabrechnung auf volle Deutsche-Mark-Beträge und bei wöchentlicher Lohnabrechnung auf den nächsten durch 10 teilbaren Pfennigbetrag aufzurunden. Die Zulage beträgt

1. bei monatlicher Lohnabrechnung bei einer aufgerundeten Bemessungsgrundlage
 

	bis	500 DM	5 vom Hundert der Bemessungsgrundlage,	
von	501 DM bis	600 DM	25,— DM	zuzüglich 4 vom Hundert des Betrags über 500 DM,
von	601 DM bis	715 DM	29,— DM	zuzüglich 3 vom Hundert des Betrags über 600 DM,
von	716 DM bis	1 175 DM	32,45 DM	zuzüglich 2 vom Hundert des Betrags über 715 DM,
von	1 176 DM bis	1 590 DM	41,65 DM	zuzüglich 1 vom Hundert des Betrags über 1 175 DM,
von	1 591 DM bis	2 840 DM	45,80 DM	abzüglich 6,50 DM für jede vollen 520 DM über 1 590 DM;
  
2. bei wöchentlicher Lohnabrechnung bei einer aufgerundeten Bemessungsgrundlage
 

	bis	115,40 DM	5 vom Hundert der Bemessungsgrundlage,	
von	115,50 DM bis	138,50 DM	5,76 DM	zuzüglich 4 vom Hundert des Betrags über 115,40 DM,
von	138,60 DM bis	165,00 DM	6,72 DM	zuzüglich 3 vom Hundert des Betrags über 138,50 DM,
von	165,10 DM bis	271,20 DM	7,50 DM	zuzüglich 2 vom Hundert des Betrags über 165 DM,
von	271,30 DM bis	366,90 DM	9,60 DM	zuzüglich 1 vom Hundert des Betrags über 271,20 DM,
von	367,— DM bis	655,40 DM	10,56 DM	abzüglich 1,50 DM für jede vollen 120 DM über 366,90 DM;
  
3. bei täglicher Lohnabrechnung bei einer Bemessungsgrundlage
 

	bis	19,23 DM	5 vom Hundert der Bemessungsgrundlage,	
von	19,24 DM bis	23,08 DM	0,96 DM	zuzüglich 4 vom Hundert des Betrags über 19,23 DM,
von	23,09 DM bis	27,50 DM	1,12 DM	zuzüglich 3 vom Hundert des Betrags über 23,08 DM,
von	27,51 DM bis	45,19 DM	1,25 DM	zuzüglich 2 vom Hundert des Betrags über 27,50 DM,
von	45,20 DM bis	61,15 DM	1,60 DM	zuzüglich 1 vom Hundert des Betrags über 45,19 DM,
von	61,16 DM bis	109,23 DM	1,76 DM	abzüglich 0,25 DM für jede vollen 20 DM über 61,15 DM.

(2) Bei anderen als den in Absatz 1 bezeichneten Lohnabrechnungszeiträumen ist der Anteil der Bemessungsgrundlage zu ermitteln, der auf einen Arbeitstag (eine Woche, einen Monat) entfällt. Die Zulage errechnet sich durch Vervielfachung des auf den so ermittelten Anteil der Bemessungsgrundlage entfallenden Betrags der Zulage mit der Zahl der Arbeitstage (Wochen, Monate). Bei mehrtägigen Lohnabrechnungszeiträumen, die nicht in vollen Arbeitswochen oder in vollen Arbeitsmonaten bestehen, ist zur Feststellung der Zahl der Arbeitstage für je sieben Kalendertage ein Tag abzuziehen.

(3) Bei der Errechnung der Zulage bleiben Bruchteile von Pfennigen unberücksichtigt.

## Abkürzungsverzeichnis

ABl.	= Amtsblatt	geänd.	= geändert
Abs.	= Absatz, Absätze	GebrMG	= Gebrauchsmustergesetz
AKG	= Allgemeines Kriegs- folgengesetz	GG	= Grundgesetz für die Bun- desrepublik Deutschland
angef.	= angefügt	gem.	= gemäß
Art.	= Artikel	GeschmMG	= Geschmacksmustergesetz
Auslandsbonds- EntschG	= Auslandsbonds-Entschä- digungsgesetz	GewStG	= Gewerbesteuer-gesetz
AuslWBG	= Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds	GVBl.	= Gesetz- und Verordnungs- blatt
BAnz.	= Bundesanzeiger	HHG	= Häftlingshilfegesetz
BEG	= Bundesentschädigungs- gesetz	HGB	= Handelsgesetzbuch
Bek.	= Bekanntmachung	i.	= in
BetrVG	= Betriebsverfassungs- gesetz	i. d. F.	= in der Fassung
BewDV	= Durchführungsverord- nung zum Bewertungs- gesetz	i. V. m.	= in Verbindung mit
BGBI.	= Bundesgesetzblatt	JAV	= Verordnung über den Lohnsteuer-Jahresaus- gleich
Bl., -bl.	= Blatt, -blatt	KapStDV	= Kapitalertragsteuer- Durchführungsverord- nung
BR	= Bundesrepublik	KStG	= Körperschaftsteuergesetz
Buchst.	= Buchstabe(n)	KStDV	= Körperschaftsteuer- Durchführungsverord- nung
BVerfG	= Bundesverfassungs- gericht	KUG	= Gesetz betreffend das Ur- heberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
BVG	= Bundesversorgungsgesetz	KGAG	= Kindergeldanpassungs- gesetz
BVFG	= Bundesvertriebenen- gesetz	KGEG	= Kindergeldergänzungs- gesetz
d.	= der, die, das, des	KgfEG	= Kriegsgefangenen- Entschädigungsgesetz
1. DAFVG	= Erste Verwaltungsanord- nung zur Durchführung des Gesetzes über die Finanzverwaltung	KGG	= Kindergeldgesetz
DMBilG	= D-Markbilanzgesetz	LAG	= Lastenausgleichsgesetz
DMBilG Saar	= D-Markbilanzgesetz für das Saarland	lt.	= laut
eingef.	= eingefügt	LStDV	= Lohnsteuer-Durch- führungsverordnung
EStDV	= Einkommensteuer-Durch- führungsverordnung	LUG	= Gesetz betreffend das Ur- heberrecht an Werken der Literatur und der Ton- kunst
EStG	= Einkommensteuergesetz	Nr., Nrn.	= Nummer(n)
ESt-Tabelle	= Einkommensteuer- Tabelle	PatG	= Patentgesetz
ErbStG	= Erbschaftsteuergesetz		
f.	= für		
G	= Gesetz		

RBankLiquG	= Gesetz über die Liquidation der Deutschen Reichsbank und der Deutschen Golddiskontbank	vgl.	= vergleiche
S.	= Seite	VOL	= Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittsätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft
StAnpG	= Steueranpassungsgesetz	WEG	= Wohnungseigentumsgesetz
StErlG	= Gesetz über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West)	WertpBerG	= Wertpapier-Bereinigungsgesetz
u.	= und	WGG	= Gesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen
UStDB	= Umsatzsteuer-Durchführungsbestimmungen	WiGBL	= Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
UStG	= Umsatzsteuergesetz	II. WoBauG	= Zweites Wohnungsbau-gesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz)
v.	= von, vom	WSG	= Wehrsoldgesetz
V	= Verordnung	WZG	= Warenzeichengesetz
VAG	= Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bauspar-kassen	Ziff.	= Ziffer(n)
verk.	= verkündet		

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn/Köln — Druck: Bundesdruckerei Berlin  
 Laufender Bezug im Abonnement für alle Rechtsgebiete nur durch den Verlag. Bezugspreis pro Blatt (2 Seiten) DM 0,07  
 einschließlich Versandkosten

Einzelhefte von allen Rechtsgebieten DM 0,09 pro Blatt zuzüglich Versandgebühren, gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages  
 auf Postscheckkonto „Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzblatt Teil III“ Köln 11 28 oder nach Zahlung auf Grund einer Vorausrechnung  
 Preis dieser Ausgabe DM 6,12 zuzüglich Versandgebühren DM 0,35